



Thomas Hofmann & Albert Schedl [Hrsg]

# **Von der k.k. Geologischen Reichsanstalt zur Geologischen Bundesanstalt – Protokolle eines Übergangs**

Berichte der Geologischen Bundesanstalt (ISSN 1017-8880) Band 115

Von der k.k. Geologischen  
Reichsanstalt zur Geologischen  
Bundesanstalt –  
Protokolle eines Übergangs

Herausgeber:

Thomas Hofmann & Albert Schedl

## Impressum

Berichte der Geologischen Bundesanstalt, 115

ISSN 1017-8880

Wien, im Mai 2016

Umschlaggestaltung: Monika Brüggemann-Ledolter, Geologische Bundesanstalt

Links: Palais Rasumofsky, Sitz der k.k. geologischen Reichsanstalt bzw. Geologischen Bundesanstalt (bis 2005)

Rechts: Denkmal der Republik neben dem Parlament auf der Wiener Ringstraße

Adressen der Autoren und Herausgeber:

Dr. Andreas Suttner, Kollergasse, 1030 Wien

[andreas.suttner@gmail.com](mailto:andreas.suttner@gmail.com)

Dr. MMag. Martin Krenn M.A., Mautner Markhof Gasse 58/5/20, 1110 Wien

[martin.krenn@univie.ac.at](mailto:martin.krenn@univie.ac.at)

Mag. Thomas Hofmann, Geologische Bundesanstalt, Neulinggasse 38, 1030 Wien

[thomas.hofmann@geologie.ac.at](mailto:thomas.hofmann@geologie.ac.at)

Dr. Albert Schedl, Geologische Bundesanstalt, Neulinggasse 38, 1030 Wien

[albert.schedl@geologie.ac.at](mailto:albert.schedl@geologie.ac.at)

Alle Rechte für das In- und Ausland vorbehalten © Geologische Bundesanstalt (GBA)

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Geologische Bundesanstalt, Neulinggasse 38, 1030 Wien, [www.geologie.ac.at](http://www.geologie.ac.at)

Satz und Layout: Martin Krenn, Wien

Druck: Riegelnik Ges.m.b.H, Piaristengasse 17-19, 1080 Wien

Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Arbeit verantwortlich und mit der digitalen Verbreitung ihrer Arbeit im Internet einverstanden.

Ziel der „Berichte der Geologischen Bundesanstalt“ ist die Verbreitung wissenschaftlicher Ergebnisse durch die Geologische Bundesanstalt.

Die „Berichte der Geologischen Bundesanstalt“ sind im Buchhandel nicht erhältlich.

## Inhalt

### **Thomas Hofmann & Albert Schedl**

Von der k.k. Geologischen Reichsanstalt zur Bundesanstalt –  
das Ende einer Ära als Chance eines Neubeginns: ein Vorwort .....4

### **Andreas Suttner**

Die Geologische Reichsanstalt am Beginn der Ersten Republik .....8

### **Martin Krenn**

Zum allgemeinen Kontext der Protokolle des Geologenrates –  
Die Geologische Reichsanstalt/Staatsanstalt in den Jahren 1919 bis 1921/22 .....16

### **Martin Krenn, Andreas Suttner & Thomas Hofmann**

Die Haussitzungen und ihr Inhalt .....47

### **Martin Krenn & Andreas Suttner**

Textkritische Edition: Protokoll der Sitzungen des Geologenrates der deutsch-  
oesterreichischen geologischen Reichsanstalt (mit Beilagen A bis H) .....50

## **ANHANG**

**Abkürzungsverzeichnis** .....210

### **Martin Krenn**

Personenverzeichnis .....212

### **Andreas Suttner, Martin Krenn & Thomas Hofmann**

Zeittafel 1918 bis 1922 .....222

## Von der k.k. Geologischen Reichsanstalt zur Bundesanstalt – das Ende einer Ära als Chance eines Neubeginns: ein Vorwort

Thomas Hofmann & Albert Schedl

Nachdem am 12. November 1918 mit der Proklamation der Republik Deutschösterreich die Monarchie zu Ende gegangen war, galt es in allen Bereichen der Gesellschaft und des Staates einen Neuanfang, der keineswegs leicht fiel, in die Wege zu leiten.

So schreibt Freiherr v. Jettl im *Fremden-Blatt* vom 25. Dezember 1918 (S. 4) unter dem Titel: „Die neue Zeit“: *„Wir feiern heute das Weihnachtsfest unter traurigen Auspizien. Die Weihnachtsbotschaft: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! ist weit davon entfernt, in Erfüllung zu gehen. Wohin wir blicken, sehen wir nichts als ein Trümmerfeld. Es gibt keinen Kaiser mehr und kein Oesterreich-Ungarn. Wir sind über Nacht Republikaner geworden und die Monarchie ist in ihre Bestandteile zerfallen. Das zu Ende gehende Jahr hat sie hinweggerafft. Eine neue Zeit ist angebrochen und verlangt neue Menschen. Wir Allen [sic!] aber müssen uns ihr anbequemen. Nichts wäre weniger am Platze als ein hilfloses Wehklagen. Was wir erleben, ist ein Elementarereignis. [...]“* Gleichzeitig erkennt er hier eine Chance: *„Daß sich in unserem alten Oesterreich notwendige Regenerationen immer nur nach schweren Katastrophen vollzogen, daß sie nur auf dem bitteren Wege verlorener Kriege zu erreichen waren, ist ein tragisches Verhängnis. Jeder Schritt vorwärts mußte uns abgerungen werden, ihn freiwillig zu tun, dazu fehlte uns stets die Kraft oder der Mut. [...]“*

Einen Monat später, am 28. Jänner 1919 erstattete der gewesene Direktor Emil Tietze (15. Juni 1845 Breslau – 4. März 1931 Wien) den *Jahresbericht der Geologischen Reichsanstalt für 1918* (Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, [1919] 1, 2–44, 1919). Er selbst hatte mit Gesuch vom 31. Jänner 1918 um Versetzung in den Ruhestand gebeten. Dem wurde per Dekret des deutschösterreichischen Staatsaktes für Unterricht vom 29. Dezember 1918, Z. 18816/Abt. 9 stattgegeben. Tietze, nicht mehr im Amt, übt sich zunächst in Wehmut: *„Das deutsche Volk jedoch sowohl hier in Deutschösterreich wie im Deutschen Reiche ist von einer Katastrophe betroffen worden. deren Umfang sich noch gar nicht ermessen läßt, so daß es zweifelhaft bleibt, ob dieses Volk der Dichter und Denker, wie man es genannt hat, welches zu den fortgeschrittensten des Erdballs zählte, seine kulturelle Höhe und Bedeutung wird weiterhin behaupten können. Ein Volk von Bettlern und Parias, wozu es durch überaus harte Bedingungen nach der Absicht wenigstens einiger seiner Feinde gemacht werden soll, ist nicht mehr imstande, andere als höchstens kümmerliche Kulturblüten zu erzeugen. Sowohl die Technik wie die meisten Zweige der Wissenschaft und der Kunst bedürfen materieller Mittel zu ihrer Entfaltung, und woher sollen diese Mittel kommen, wenn der größeren Masse einer Nation die Bedingungen selbst für eine nur bescheidene Lebensführung verkümmert werden! [...]“*

In weiterer Folge wird er konkreter: *„Diese allgemeine Lage, die so tief in die Schicksale jedes Einzelnen eingreift und die es jedenfalls auch noch ungewiß läßt, welches die künftigen Lebensbedingungen unserer Anstalt sein werden, hat übrigens schon bisher gewisse Vorgänge im Gefolge gehabt, welche unser Institut direkt berührten.“* und referiert über

personelle Umwälzungen im Ressort: „Der Unterrichtsminister Exzellenz Cwiklinski, der, wie aus meinen früheren Jahresberichten hervorgehen kann, lange Zeit hindurch teils als Sektionschef, teils später als Minister mit unseren Angelegenheiten zu tun gehabt und der sich dabei, wie wir nicht vergessen wollen, stets als wohlwollender Vorgesetzter gezeigt hat, war schon während des Sommers zurückgetreten und durch Exzellenz Madeyski ersetzt worden. Nach der Erklärung der Republik und der Abtrennung Deutschösterreichs von den übrigen Staaten der ehemaligen Monarchie trat Staatssekretär Pacher an die Spitze der Unterrichtsverwaltung, der wir als wissenschaftliches Forschungsinstitut unterstehen. Das Referat über unsere Agenden blieb indessen in den Händen des Ministerialrates v. Hoertingen.“ wie auch an der Anstalt: „Abgesehen davon, daß, wie ich schon am Eingange dieses Berichtes erwähnte, mein Pensionsgesuch und dasjenige des Herrn Vizedirektors Hofrat Vacek am Schlüsse des Jahres zustimmend erledigt wurden, wurden die Herren Chefgeologen Oberbergrat G. v. Bukowski und Bergrat Karl Hinterlechner, sowie der Musealbeamte Želízko ihrer Stellung enthoben, da dieselben als Ausländer (was sie durch die Teilung der Monarchie geworden waren) nicht im Dienste der deutschösterreichischen Republik verbleiben konnten. Diese Herren sind demnach seit Beginn des neuen Jahres aus dem Verbände der Anstalt geschieden und ihre Trennung von uns ist eine unmittelbare Folge der politischen Vorgänge. [...] Auch der Zeichner Skala und der Präparator Spatný wurden ihres Dienstes aus demselben Grunde, wie die vorgenannten drei Herren am Schlüsse des Jahres enthoben.“ Schlussendlich weist er auf die neue Leitung hin: „Mit der Leitung der Anstalt wurde zunächst der rangälteste Chefgeologe, Herr Regierungsrat Geyer betraut.“

Tietze nutzte die letzten Seiten des Jahresberichtes für eine Rückschau und „noch einige persönliche Bemerkungen“ um hier auch „auf meine Ansichten, wie auf meine Absichten bezüglich unserer Anstalt zurückzukommen“. Rückwirkend betont er: „In diesem idealen Bilde erscheint mir die Anstalt als ein möglichst selbständiges Forschungsinstitut, welches unabhängig dastehen soll von den Lehren irgend einer bestimmten Schule, andererseits aber auch unabhängig gegenüber den Kreisen, welche die Kräfte der Anstalt ausschließlich in den Dienst der sogenannten praktischen Interessen stellen und eine bloße Expertisen-Maschine aus ihr machen wollen.“

Tietze tritt für ein ausgewogenes Verhältnis der geologischen Grundlagenarbeit und der angewandten Geologie ein („Daß in den letzten Jahren die Betätigung unserer Mitglieder auf praktischem Gebiet (zu welchem schließlich auch die sogenannte Kriegsgeologie gehört) gegenüber der systematischen Arbeit für unsere unmittelbare Aufgabe stark hervortrat, lag in den ganz unabwendbaren Notwendigkeiten der Zeit. Unter normalen Verhältnissen braucht man sich aber nicht von der Straße abbringen zu lassen, welche der bisherigen Tradition der Anstalt entspricht und welche ein Mittelweg ist im Vergleich zu den einseitigen Richtungen, die nach der Meinung dieser oder jener Kreise einzuschlagen wären.“) und warnt vor einer zu starken Hinwendung zu den Angewandten Geowissenschaften: „In einem Institut jedoch, in welchem die Zeit und die Arbeitskraft der Mitglieder über Gebühr von den Wünschen der Praktiker in Anspruch genommen wird, verschwindet die wissenschaftliche Arbeitsmöglichkeit, und wenn dieser Zustand chronisch wird, auch das wissenschaftliche Interesse, welches dann überdies leicht von Bestrebungen überwuchert wird, die mehr den Geschäftsmann als den Gelehrten bezeichnen.“

Einmal mehr betont er die Notwendigkeit der Unabhängigkeit: *„Die Oberaufsicht der Akademie der Wissenschaften, wie sie uns im Jahre 1860 aufgenötigt werden sollte, brauchen wir nicht, und die Angliederung der Anstalt an eine Lehrkanzel, wie sie einige Male später den Absichten Mancher entsprochen hätte, würde ich für eine verfehlte Maßregel halten, so sehr wir auch bestrebt sein müssen, ein gutes Einvernehmen mit den Hochschulkreisen zu pflegen.“*

Eine Antwort auf Tietzes Rückblick, sowie die weitere Entwicklung findet sich im *„Jahresbericht der Geologischen Staatsanstalt für 1919“* (Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, [1920] 1, 1–40, 1919) vom Leiter der Anstalt, Georg Geyer. Der Neubeginn manifestierte sich nach außen hin zunächst in der Umbenennung der Reichsanstalt in *„Staatsanstalt“* per Erlass vom 28. August 1919. Im Gegensatz zu Tietze sieht er keine Gefahr in der Überbetonung der angewandten Geowissenschaften, vielmehr betont er deren Bedeutung. *„Da aber anderseits wieder die Ergebnisse jener in das innere Gerüst des Schichtenmantels eindringenden Arbeiten stets neue, positive Anhaltspunkte für unsere theoretischen Vorstellungen liefern – es möge hier nur an die erhobenen Bohrprofile erinnert werden – so will es mir scheinen, daß durch jenes Handinhandgehen von Wissenschaft und Praxis weder der Fortschritt in der wissenschaftlichen Landesdurchforschung noch auch jener der geologischen Wissenschaft im allgemeinen verzögert werden.“* Er weist auf die neuen Rahmenbedingungen hin und den verstärkten Druck im Bereich der Rohstoffforschung: *„Zu den zahlreichen Aufgaben, die den Geologen in früherer Zeit zufielen, gesellen sich also immer wieder neue Probleme, darauf beruhend, daß die Brauchbarkeit mancher Rohprodukte nach und nach erst erwiesen wird, daß viele Vorkommnisse früher nicht abbauwürdig erschienen, heute aber unter den geänderten politischen Verhältnissen herangezogen werden und hinsichtlich ihrer Ausdehnung oder Verbreitung erst genauer untersucht werden müssen.“*

Hinsichtlich der Neuorientierung der Anstalt schreibt Tietze: *„Noch gegen Schluß des Jahres 1918, nach erfolgtem Umsturz, durch den der Zerfall der alten Monarchie herbeigeführt worden war, und nachdem gleichzeitig mit dem Abgang der leitenden Persönlichkeiten unserer Anstalt in den Ruhestand gerechnet werden mußte, machten sich unter den Institutsmitgliedern Besorgnisse geltend hinsichtlich der Zukunft der Geologischen Reichsanstalt.“*

Bereits am 15. Jänner 1919 lag eine *„Promemoria“* (Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, [1919] 2, 45–50), die von Geyer am 17. Jänner 1919 im Ressort übergeben wurde. Inhalt war die *„Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt“* im Sinne eines Businessplanes. Wenig später, am 11. März 1919 (Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, [19] 4, 97–104), lag ein *„Satzungsentwurf für die deutschösterreichische Geologische Reichsanstalt.“* vor, wo in § 1 die Unabhängigkeit (*„ein selbständiges wissenschaftliches Forschungsinstitut“*) betont wurde. Weiter Paragraphen galten Zweck (§ 2), Aufgaben (§ 2) bis hin zu Geologischer Beirat (§ 6). Schlussendlich finden sich abschließend Begründung und Erläuterungen. Als Äquivalent wäre das Forschungsorganisationsgesetz (FOG) anzusehen.

Die oben genannten Veröffentlichungen sind die Resultate hausinterner Beratungen, die mit der Gründung der Republik notwendig geworden waren. Darüber hinaus wurden – diese Tatsache scheint bislang wenigen bekannt gewesen zu sein – bis in das Jahr 1922 intensive Gespräche im Rahmen von Sitzungen des hier etablierten Geologenrates geführt. Nicht weniger als 36 Sitzungen zwischen 18. Jänner 1919 (= ein Tag nach Überreichung der

„Promemoria“ im Ressort) bis zum 16. Jänner 1922 fanden unter dem Vorsitz von Georg Geyer, Schriftführer war Heinrich Beck, statt.

Einem Zufallsfund im Archiv der GBA sind die handschriftlichen „Protokolle der Sitzungen des Geologenrates der deutsch Oesterreichischen Reichsanstalt“ (Signatur: A 18242-R) zu verdanken. Andreas Suttner hat die Bedeutung dieser Protokolle erkannt und im Zuge seines Praktikums an der Geologischen Bundesanstalt (2010/2011) mit der Transkription begonnen. Das von ihm hinterlassene Dokument umfasste die Transkription der Sitzungen vom 18. Jänner 1919 bis zum 14. Juni 1920. Im Original durchgestrichene Passagen wurden in dieser Ersttranskription durchgestrichen dargestellt; Fußnoten, textkritische Anmerkungen, inhaltsbezogene Kommentare oder Ähnliches lagen in seiner Version mit Datum vom 11. November 2011 nicht vor. Martin Krenn, ebenfalls Verwaltungspraktikant (2015/2016), griff die erwähnten „Protokolle der Sitzungen ...“ wie auch die Ersttranskription Suttners auf. Er finalisierte die Transkription der Texte und versah den gesamten Text mit Fußnoten und textkritischen Anmerkungen. Bei dieser Gesamtlesung konnten einzelne Fragen, die sich bei der Ersttranskription gestellt hatten, gelöst werden. In Absprache mit den Editoren wurden personenbezogene Daten in einem Personenverzeichnis erfasst, um wissenschaftlichen Apparat nicht zu überfrachten. Überhaupt wurde von einer detaillierten sachkritischen Kommentierung der Transkription Abstand genommen, da dies die begleitenden wissenschaftlichen Beiträge leisten. Auf eine Vereinheitlichung der wissenschaftlichen Zitationsweise in den einzelnen Beiträgen wurde bewusst verzichtet.

Der Dank der Herausgeber gilt den Autoren, die viel Mühe investiert haben, um die Geschichte der GBA am Beginn der Republik, um viele interessante Aspekte zu erhellen.

## Die Geologische Reichsanstalt am Beginn der Ersten Republik

Andreas Suttner

### *In stürmischen Zeiten....*

Im letzten Jahr des Ersten Weltkriegs zeigten das Staatengebilde Österreich-Ungarn und die seit rund 600 Jahren bestehende Herrschaft der Habsburger starke Auflösungserscheinungen. Die Krise manifestierte sich durch aus dem Staatenverband ausscherende separatistische Nationalstaaten der Tschechen, Slowaken, Ungarn und Kroaten sowie durch ein gravierendes Versorgungsproblem. Nach dem endgültigen Zusammenbruch der österreich-ungarischen Front, trat am 30. Oktober 1918 eine provisorische Nationalversammlung der deutschsprachigen Wahlbezirke Österreich-Ungarns zusammen, um eine zukünftige Regierung zu gestalten. Sie wählte einen Staatsrat, der ungestört von der noch existierenden kaiserlichen Regierung, mit der Regierungs-, Verwaltungs- und Vollzugsgewalt betraut wurde. Durch die Verzichtserklärung Kaiser Karl I. (1887–1922) konnte Deutsch-Österreich unter der Leitung des Sozialdemokraten Karl Renner (1870–1950) am 12. November 1918 zur demokratischen Republik werden.

Der Aufbau der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, darunter Deutsch-Österreich, ist als umwälzende, radikale Neugestaltung der Staatsgewalt in Europa zu verstehen. Die Regierungen verfügten anfangs weder über Verwaltungsapparate noch über militärische Machtmittel um ihre Verfassungen durchzusetzen.<sup>1</sup> Im Vakuum der zerfallenden Monarchien Österreich-Ungarns, des Deutschen Reiches und des zaristischen Russlands etablierte sich zeitgleich ein Gegner der bürgerlich-demokratischen Republiken. Die von der Russischen Revolution von 1917 beeinflusste Rätebewegung stellte in der Zeit des Umbruchs ein ernst zu nehmendes konkurrierendes Lösungsmodell für die zukünftige Ausgestaltung der entstehenden Nationalstaaten dar.<sup>2</sup>

In Deutsch-Österreich gründeten sich die ersten Arbeiterräte im Jänner 1918.<sup>3</sup> Die Sozialdemokratische Partei setzte aber schon während des ersten Aufflackerens dieser revolutionären Entwicklung auf eine verstärkte Einflussnahme und integrierte die Räte in ihren Organisationsapparat zur Errichtung einer parlamentarischen Demokratie und der Umsetzung radikaler sozialer Reformen.<sup>4</sup> Die Arbeiterräte dienten fortan vorwiegend als

---

<sup>1</sup> Wolfgang Maderthaler, Die eigenartige Größe der Beschränkung – Österreichs Revolution im mitteleuropäischen Spannungsfeld, in: Helmut Konrad, Wolfgang Maderthaler (Hrsg.), Das Werden der Ersten Republik - ... der Rest ist Österreich, Bd. 1, Wien, 2008, S. 191–195.

<sup>2</sup> Arbeiter- und Soldatenräte waren am Ende des Ersten Weltkrieges Ausdruck für die massenhafte Politisierung, Mobilisierung und Radikalisierung der Arbeiterschaft. Sie sollten die aktive Partizipation an öffentlichen Fragen gewährleisten. Ziel war die Räterepublik, die dem parlamentarischen-demokratischen Repräsentativsystem diametral entgegengestellt war, in: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien, Wien, 2004, Bd. 4, S. 632 ff.

<sup>3</sup> Die Arbeiterräte entstanden spontan im Zuge des sogenannten Jännerstreiks von 1918 vor allem in Wien und in niederösterreichischen Industriestädten. Ihr Vorbild fanden sie in den „Sowjets“ der russischen Revolution. Zur ausführlichen Geschichte und Verortung der Rätebewegung in Österreich: Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918 – 1924, Wien – Zürich, 1987.

<sup>4</sup> Maderthaler, Revolution, in: Konrad, Maderthaler (Hrsg.), Republik, Bd. 1, 2008, S. 200.

Verwaltungsorgane.<sup>5</sup> Ein erster Soldatenrat wurde am 30. Oktober 1918 in Wien durch Offiziere und Soldaten gegründet. Die Soldatenräte erwiesen sich in weiterer Folge ebenfalls als Instrument zur Konsolidierung der jungen Republik.<sup>6</sup>

Die aufstrebende Rätebewegung wurde vom, durch den Umbruch in seinen Grundfesten erschütterten, bürgerlichen und nationalen Lager zunehmend mit Argwohn beobachtet. Eigene Bauern-, Bürger- und Ständeräte wurden als politisches Gegengewicht zu den revolutionären Soldaten- und Arbeiterräten gegründet. Damit sollte vorwiegend die Mitwirkung des bürgerlichen Lagers in einer im Raum stehenden Durchsetzung der Rätebewegung gesichert werden.<sup>7</sup>

Auch im Verwaltungsapparat gab es erste zaghafte Versuche, etwa durch die Gründung von Angestelltenräten, das neuartige politische Modell zu übernehmen.<sup>8</sup> Besonders betroffen waren ehemalige Institutionen des Kaiserreichs, die nach dem Zusammenbruch eine Neuverortung, -ausrichtung und -einbettung in den neuen Staatsbetrieb versuchten. Dabei mussten sie sich mit den neuen politischen Strömungen auseinandersetzen und arrangieren.

### ***Die Geologische Reichsanstalt im Umbruch***

Der Zusammenbruch des Kaiserreiches und die Etablierung der demokratischen Republik Deutsch-Österreich stellte auch für die k.k. Geologische Reichsanstalt (GRA) eine Zäsur dar. Anfang November 1918 übernahm das Staatsamt für Unterricht die einschlägigen Angelegenheiten des ehemaligen Ministeriums für Kultus und Unterricht im Staatsgebiet der jungen Republik Deutsch-Österreich und damit die Oberhoheit über die GRA. Gleichzeitig wurde im Sinne der Selbstbestimmung der Nationen von Woodrow Wilson (1856–1924) die Zugehörigkeit aller nicht-deutschen Nationalitäten zu staatlichen Institutionen ausgesetzt. Laut Grundgesetz der Nationalversammlung durften nur noch Beamte deutscher Nationalität, die ein Gelöbnis auf die deutsch-österreichische Regierung leisteten, weiter im Staatsdienst verbleiben.<sup>9</sup> An der Geologischen Reichsanstalt waren vom wissenschaftlichen Personal die Chefgeologen Gejza Bukowski von Stolzenburg (Polen) und Kurt Hinterlechner (Jugoslawien) betroffen. Vom nicht wissenschaftlichen Personal der spätere Sekretär der geologischen Anstalt der Tschechoslowakischen Republik Johann V. Želísko (Tschechoslowakei), der Kanzleioffiziant Guido Skala (Tschechoslowakei) und der später in der Geologischen Anstalt

---

<sup>5</sup> Sie fungierten als Kontrollorgan der Verwaltungsbürokratie und arbeiteten mit öffentlichen Körperschaften wie Landtagen, Kommunen und Parlamenten zusammen, in: Julius Braunthal, Die Arbeiterräte in Deutschösterreich – Ihre Geschichte und ihre Politik. Die Beratungen und Beschlüsse der II. Reichskonferenz. Das Originalstatut, Wien, 1919, S. 29–31.

<sup>6</sup> Angetrieben von der Proklamation der ungarischen Räterepublik Bela Kuns vom 21. März 1919 und der Errichtung der Münchner Räterepublik vom 7. August 1919, versuchte eine in Wien innerhalb der Soldatenräte gegründete Rote Garde im Frühjahr 1919 zweimal den Umsturz der jungen Republik. Am 18. April und am 15. Juni. Diese wurden jedoch von den Kreisarbeiter- und Soldatenräten verhindert, in: Maderthaler, Revolution, in: Konrad, Maderthaler (Hrsg.), Republik, Bd. 1, 2008, S. 196 f., 199–203.

<sup>7</sup> Melanie Strohmaier, Deutschösterreich und Deutschland in den Jahren 1918 und 1919: Optionen für eine zukünftige Staatsform zwischen Streiks und politisch organisiertem Vorgehen – Die Bedeutung der Rätebewegung für die Staatsform in Deutschösterreich und Deutschland nach dem Ende der Monarchie, Wien, 1998, Diplomarbeit, S. 41, 54; Hautmann, Rätebewegung, 1986, S. 433–463.

<sup>8</sup> Die postalischen Gewerkschaften forderten beispielsweise Angestelltenräte bei der Post, die ihnen aber per Erlass verweigert wurden, in: Kabinettsprotokoll Nr. 45, 25. Februar 1919, Punkt. 8.

<sup>9</sup> Amtsarchiv GRA, 1918, Zahl: 675.

der Tschechoslowakischen Republik tätige Präparator Franz Spatny<sup>10</sup> (Tschechoslowakei).<sup>11</sup> Der GRA wurde damit ihre Rechtfertigung als gesamtstaatliche Institution, wie sie im Kaiserreich bestanden hatte, entzogen.

Als Georg Geyer und Julius Dreger Mitte Dezember 1918 beim Staatssekretär für Unterricht Raphael Pacher vorstellig wurden, existierten bereits vage Ideen, die eine Neugestaltung des wissenschaftlichen und praktischen Betriebes der Geologischen Reichsanstalt im Visier hatten. Der Präzisierung der Ausführungen in einem vom Staatssekretär geforderten Entwurf, wurde durch die Wahl eines Ausschusses Rechnung getragen, der aus den Geologen Georg Geyer, Lukas Waagen, Otto Ampferer und Hermann Vettors bestand. Darin sollte die zukünftige Ausgestaltung der Reichsanstalt hinsichtlich ihrer Aufgaben und Struktur ausgearbeitet werden. Schon am 17. Jänner 1919 konnte dem Ministerium ein durchdachtes Promemoria<sup>12</sup> überreicht werden.

Dessen Inhalt zielte durchwegs auf eine Neuorientierung und Modernisierung der in kaiserlichen Strukturen verhafteten Anstalt ab. Die GRA sollte, konform der beginnenden Etablierung gleichartiger Institutionen in anderen europäischen Ländern, Forschungsinstitut bleiben. Man wollte sich aber der neuen bürgerlich-demokratischen Republik, die sich im Vakuum der zerfallenden Institutionen der kaiserlichen Herrscherdynastie langsam entwickelte, anpassen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau sowie die Unabhängigkeit des neuen Staates sollten durch die forcierte Erforschung seiner geologischen Rohstoffquellen durch die GRA unterstützt werden.<sup>13</sup> Dafür wurde eine Modernisierung der wissenschaftlichen Ausrüstung angestrebt, die die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten durch moderne Lichtquellen (elektrische Beleuchtung für die ganzjährige Nutzung der Räumlichkeiten) mit einschloss. Die Erweiterung des Laboratoriums sollte zusätzlich die Möglichkeiten einer gewinnorientierten Nutzung gewährleisten, die sich auch in der Erhöhung der Taxen zwecks Vermehrung der Einkünfte niederschlagen sollte. Davon waren auch die Publikationen betroffen, die mittels Werbeanzeigen im Schutzumschlag als Quelle zur Requirierung von Einkünften genutzt werden sollten.<sup>14</sup>

### ***Neue Strukturen der internen Verwaltung***

Die Geschwindigkeit des nur nach einem Monat Beratung erstellten Promemorias überrascht. Wie war es dem wissenschaftlichen Personal der GRA möglich gewesen, Neuerungen dieser Dichte in so kurzer Zeit zusammenzutragen?

---

<sup>10</sup> Spatny erbat sich während der Suche nach einer passenden Wohnung in Prag einen Verbleib in seiner ehemaligen Dienstwohnung. Es wurde ihm unter der Auflage, dem neuen Präparator König zwecks Herstellung von Dünnschliffen Unterricht zu geben, erlaubt. Trotz Weigerung und einseitiger Kündigung der Wohnung durch die GRA im Februar wurde im Mai beschlossen, dass er die Wohnung des verstorbenen Dieners Palme bewohnen dürfe bis ein neuer Diener gefunden sei, in: Amtsarchiv GRA, 1919, Zahl: 585, Sitzung am 7. Februar 1919, 14. Februar, 1919 6. Mai 1919.

<sup>11</sup> Amtsarchiv GRA, 1918, Zahl: 692.

<sup>12</sup> Amtsarchiv der GRA, 1919, Zahl: 58.

<sup>13</sup> Vorschläge zur Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt – Ueberreicht von den Mitgliedern der Geologischen Reichsanstalt, in: Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, 1918, Nr. 2, S. 1 f; Beilage A: Bedeutung der Geologischen Reichsanstalt für den Deutschösterreichischen Staat, Wien, 1919.

<sup>14</sup> Ebd., S. 5.

Die Einrichtung von regelmäßigen Haussitzungen ab Dezember 1918 innerhalb eines Geologenrates, in dem alle Geologen und Chemiker der Anstalt teilnahmen, machte es möglich.<sup>15</sup> Dieser Geologenrat und das daraus entstandene Promemoria wurden nicht nur von Vettters als Beginn einer neuen Epoche der GRA verstanden. Die Drucklegung in der Februarnummer 1919 der hauseigenen „Verhandlungen“ wurde außerdem so gewählt „daß die erste Äußerung des Geologenrates als Einleitung einer neuen Epoche unmittelbar der letzten Äußerung des bisherigen Systemes folgt.“<sup>16</sup>

Die Geschäftsordnung des Geologenrates<sup>17</sup> wurde von Waagen, Ampferer und Vettters ausgearbeitet und in der Sitzung am 31. Jänner 1919 verlesen und diskutiert.<sup>18</sup> In der darauf folgenden Sitzung wurde endgültig über die Geschäftsordnung abgestimmt. Dreger strebte darin eine Umbenennung des Geologenrates in Geologenbeirat oder Geologenbund und der Haussitzungen in Sitzungen an, da er die bisherige Bezeichnung als sozialdemokratische Analogie verstand. Er plädierte dafür, zuerst die endgültige Festigung des politischen Systems abwarten. Trotzdem sahen die anderen Mitglieder die Idee der Modernisierung mehrheitlich in der Betitelung Geologenrat verankert. Dies gipfelte in Benennung der *Geschäftsordnung für die Haussitzungen des Geologenrates der G. R. A. in Wien*.<sup>19</sup> Dreger hatte mit seiner Betitelung *Beirat* die inhaltlichen Aufgaben und die formelle Ausgestaltung der Diskussionsinstitution jedoch besser erfasst. Der Geologenrat war nicht in der Nähe der Rätebewegung angesiedelt, vielmehr wurden die Statuten der Preussischen Geologischen Landesanstalt von 1907 als historisches Beispiel für die neuartige interne Verwaltung der GRA adaptiert. Der eingeeengte Vertretungsanspruch des deutschen Kollegiums wurde aber erheblich in der späteren Ausformung des *Geologischen Beirates der deutschösterreichischen Geologischen Reichsanstalt* erweitert.<sup>20</sup>

Der Geologenrat war also aus einem institutionellen Beispiel der preussischen Monarchie erwachsen. Trotzdem dürfte die allzu moderne Ausformung des Beirates durch die neue republikanische Verwaltung nachhaltig beeinflusst worden sein. Alleine die Etablierung der Richtungs- und teilweisen Selbstbestimmung durch die wissenschaftlichen Mitglieder der Anstalt ist als beispielhaft anzusehen. Ende März 1919 nahm die Anstalt zusätzlich Kontakt zur *Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutsch-Österreich* auf, in der sie fortan mitwirkte.<sup>21</sup> Dadurch konnten die Beiratsmitglieder neue demokratische Methoden, wie etwa

---

<sup>15</sup> Ebd., S. 1.

<sup>16</sup> Sitzung am 18. Jänner 1919.

<sup>17</sup> Beilage D: Geschäftsordnung für die Haussitzungen des Geologenrates der Geologischen Reichsanstalt, Wien, 7. Februar 1919.

<sup>18</sup> Sitzung am 31. Jänner 1919.

<sup>19</sup> Sitzung am 7. Februar 1919, Beilage D: Geschäftsordnung für die Haussitzungen des Geologenrates der Geologischen Reichsanstalt, Wien, 7. Februar 1919.

<sup>20</sup> Leider ist nicht mehr feststellbar, ob Waagen, Ampferer oder Vettters die Idee in die interne Diskussion einbrachte. Die Geologische Bundesanstalt besitzt auch heute noch das Original exemplar mit den Statuten deren § 7 und 8 die mittels Bleistift kenntlich gemacht wurden. Satzungen der Königlichen Geologischen Landesanstalt und der Königlichen Bergakademie zu Berlin vom 1. April 1907, in: der Zeitschrift für Praktische Geologie, Berlin, 1907, S. 165 – 168; Denkschrift an das deutschösterreichische Staatsamt für Unterricht betreffend die festzulegenden Satzungen der deutschösterreichischen Geologischen Reichsanstalt, in: Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, 1919, Nr. 4, S. 7.

<sup>21</sup> Dreger, Hammer und Spengler nahmen an der konstituierenden Versammlung der Gewerkschaft teil und Dreger berichtete dem Geologenrat am 1. April 1919 über die Organisation. Die Einrichtung einer eigenen Fachgruppe scheiterte und die GRA schloss sich den „Naturwissenschaftlichen Forschungsinstituten“ an. Die Gruppe, deren Vertreter Dr. Pietschmann, Dr. Pircher und von der GRA Dr. Waagen waren, bestand neben der GRA aus dem

eine Streikdrohung der Aufnahmsgeologen im Jahr 1919, die zur Durchsetzung der finanziellen Mittel des Aufnahmsplanes diene, einüben.<sup>22</sup> Ab November 1919 wurde auch die Idee der Personalvertretung auf gewerkschaftlicher Basis durch die 14 wissenschaftlichen Mitglieder des Geologenrates präzisiert.<sup>23</sup>

Ein weiteres demokratisches Moment gelang mit einem Passus über die Wahl von Vertrauensmännern aus der Mitte des Geologenrates. Diese sollten den Rat, der nach außen hin nicht offiziell anerkannt war, bei den Ministerien vertreten.<sup>24</sup> Damit sollte aber nicht nur das Monopol des Direktors,<sup>25</sup> die Vertretung der GRA nach außen, durch den Geologenrat gestürzt werden. Vielmehr diene die Einrichtung der Institution ebenfalls dazu in hausinterne Entscheidungsabläufe einzugreifen. Dem Direktor sollte keine Eingabe ohne die Konsultation der Vertrauensmänner möglich sein.<sup>26</sup>

Schon am 31. Jänner 1919 wurde dem Staatsamt für Unterricht die Gründung des Beirates und die Wahl der Vertrauensmänner Wilhelm Hammer und Lukas Waagen<sup>27</sup> mitgeteilt, als Ersatzmänner wurden Otto Ampferer und Hermann Vettors gewählt.<sup>28</sup> Der Staatssekretär zeigte sich anfangs ablehnend gegenüber dem Vertrauensmänner-Passus. Das Eingreifen in den Dienstbetrieb durch Vertrauensmänner wurde auch nicht in anderen Beamtenkörpern praktiziert, diese vertraten nur ihre wirtschaftlichen Interessen vor den Ministerien. Zudem wurde die bisherige Position des Direktors vom Ministerium präferiert.<sup>29</sup> Das Festhalten der Mitglieder des Geologenrates am Passus führte jedoch zur seiner endgültigen Durchsetzung. Durch die Erlaubnis des Ministeriums für Unterricht im Mai 1919 bei der Musikakademie und den Hofämtern Vertrauensmänner anzunehmen, sah man auch deren Einführung an der GRA als berechtigt. Außerdem hatte auch die Preussische Geologische Landesanstalt in ihren Statuten von 1907 einen fast gleich lautenden Passus. Diese demokratische Einrichtung, Beck nennt sie in den Haussitzungen *sozialistisches Prinzip*, sollte ebenfalls dabei helfen, den

---

Naturhistorischen Museum und der Meteorologischen Zentralanstalt, in: Sitzung am 21. März 1919, 1. April 1919, 12. April 1919.

<sup>22</sup> Die Drohung wurde vom Finanzministerium aber sofort durchschaut und als Geflunker abgetan, in: Sitzung am 31. Mai 1919.

<sup>23</sup> Amtsarchiv der GRA, 1919, Zahl: 577.

<sup>24</sup> Vergleichsbeispiele wurden bei den österreichischen Eisenbahnern und bei der Polnischen Geologischen Kommission gesucht, aber aufgrund nicht gegebener Übertragbarkeit auf den Geologenrat wieder fallen gelassen, in: Sitzung am 24. Jänner 1919.

<sup>25</sup> Dem langjährigen Direktor Emil Tietze folgten Ende 1919 mit Direktor Georg Geyer und Vizedirektor Julius Dreger, zwei Hauptprotagonisten des Geologenrates nach, in: Albert Schedl, Die Geologische Bundesanstalt in der 1. Republik (1918-1938), in: Geologische Bundesanstalt (Hrsg.), Die Geologische Bundesanstalt in Wien – 150 Jahre Geologie im Dienste Österreichs (1849–1999), Wien, 1999, S. 130; Dabei wurde der vom Ministerium vorgesehene Kandidat für den Direktorposten Carl Diener, der selbst die Innovationen des Geologenrates Richtung Umstrukturierungen und Vertrauensmänner stark befürwortete, ausgestochen, in: Sitzung am 18. Jänner 1919, 14. Februar 1919 und 11. März 1919.

<sup>26</sup> Sitzung am 24. Jänner 1919.

<sup>27</sup> Durch die Gewerkschaft Ende Juni 1919 angeregt, wurden dem Geologischen Beirat zwei weitere interne Gruppen der GRA als so genannter Angestelltenrat beigefügt. Die erste Gruppe bildeten die technischen und Kanzleibeamten, die die Vertrauensmännin [sic!] Margarethe Girardi und den Ersatzmann Oskar Lauf wählten. Als zweite Gruppe wählten die Unterbeamten und Diener den Vertrauensmann Matthias Wallner und den Ersatzmann Josef König, in: Amtsarchiv der GRA, 1919, 396, Sitzung am 26. Juni 1919.

<sup>28</sup> Amtsarchiv GRA, 1919, Zahl: 295.

<sup>29</sup> Sitzung am 14. Februar 1919.

sozialdemokratischen Staatskanzler Karl Renner für die offizielle Anerkennung des Geologenrates und die damit einhergehende Modernisierung der Anstalt zu gewinnen.<sup>30</sup>

Die Diskussion über die endgültige Ausgestaltung des Beirates fiel in eine bewegte Zeit. Nach den allgemeinen Wahlen vom 16. Februar 1919 ging es Schlag auf Schlag. Die neue Regierung, bestehend aus Sozialdemokratischer Partei und Christlichsozialer Partei, gründete sich am 15. März 1919 unter dem Staatskanzler Karl Renner und Vizekanzler Jodok Fink. Am 21. März 1919 wurde Ungarn zur Räterepublik und strahlte auf die österreichische linksradikale Rätebewegung aus, die schon am 18. April 1919 einen ersten von zwei Putschversuchen in Wien durchführten. Kaiser Karl I. wurde am 24. März 1919 ins Exil in die Schweiz geschickt und nach seiner Erklärung, die österreichische Nationalversammlung und deren Beschlüsse seien für ihn null und nichtig, enteignet.<sup>31</sup>

Die verwaltungstechnische Neuausrichtung des Institutes wurde während der Enquete im Österreichischen Staatsamt für Unterricht von Ende Februar bis März 1919 forciert. Die Enquete eröffnete zwar Staatssekretär Pacher, Vorsitzender war aber Sektionschef Kelle. Gleich in der ersten Sitzung vom 27. Februar wurden Min. R. Hörtingen, Rothky, Diener und Geyer mit der Erstellung eines Statutenentwurfs beauftragt. Dieser sollte die Aufgaben der GRA und die Fragen des Personalstandes konkretisieren. Ein erster Entwurf von Diener und Rothky orientierte sich an den Statuten der Preussischen Geologischen Landesanstalt, der Englischen Anstalt und des Promemorias und entsprach fast vollständig den Wünschen über die Vertrauensmänner und dem Promemoria. Geyer berichtete am 7. März dem Geologenrat über den Entwurf, worauf Waagen sofort die Ausarbeitung des Promemorias im Sinne des Geologenrates in Auftrag gab. Es sollte an den Statutenentwurf angelehnt sein, ohne den Bericht von Geyer zu enthalten. Als Komitee sollte Geyer mit den vier Vertrauensmännern daran arbeiten, die das Promemoria über die Änderung des Statutes der GRA am 11. März in einer außerordentlichen Sitzung vorstellten. Diener befürwortete diesen Entwurf, wollte die Frage der Direktion in einem eigenen § 7 „*An der Spitze der Anstalt steht der Direktor und dessen Stellvertreter, daneben besteht ein Kollegium der wissenschaftlichen Beamten...*“ aber geregelt wissen. Der Geologenrat wurde dadurch als Kollegium der wissenschaftlichen Beamten mit einer Beraterfunktion versehen. Mit dem Staatsamt wurde in der Enquetesitzung vom 19. März aber nicht auf Grundlage des kurz vorher adaptierten Promemorias verhandelt, sondern mit dem Entwurf Dieners. Die Vertrauensmänner und Geyer unterstützten Diener dabei und der Beschluss über das neue Statut konnte gefasst werden.<sup>32</sup>

Der ab Februar 1919 stillschweigend in Geologischer Beirat umbenannte Geologenrat,<sup>33</sup> der seit Ende der Monarchie mit seinen zweiwöchigen Haussitzungen die Geschicke der

---

<sup>30</sup> Sitzung am 7. März 1919 und 11. März 1919.

<sup>31</sup> Siehe „Zeittafel 1918 bis 1922“ im Anhang dieses Bandes. Darin werden die vorliegenden „Protokolle der Sitzungen des Geologenrates“ in der Konsolidierungsphase der Ersten Republik und innerhalb internationaler Entwicklungen verortet.

<sup>32</sup> Sitzung am 28. Feber 1919; Sitzung am 7. März 1919, außerordentliche Sitzung am 11. März 1919, Sitzung am 21. März 1919.

<sup>33</sup> In den offiziellen Eigenpublikationen wurde von der Geologischen Reichs- bzw. Staatsanstalt ab Februar 1919 die Bezeichnung Geologischer Beirat verwendet, in: Denkschrift an das deutschösterreichische Staatsamt für Unterricht betreffend die festzulegenden Satzungen der deutschösterreichischen Geologischen Reichsanstalt, in: Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, 1919, Nr. 4, S. 7; Jahresbericht der Geologischen Staatsanstalt für 1919 – Erstattet vom derzeitigen Leiter Regierungsrat G. Geyer (Bericht vom 29. Jänner 1920), in: Verhandlungen der Geologischen Staatsanstalt, 1920, Nr. 1, S. 5. Es findet sich kein Hinweis, dass über die Umbenennung diskutiert wurde. In der Sitzung vom 11. März 1919 berichtet Geyer anfangs noch von der *Frage*

Geologischen Reichsanstalt/Geologischen Staatsanstalt<sup>34</sup> gelenkt hatte, wurde damit als beratende Institution bestätigt. Das Modell, das eigentlich nur in der Übergangsphase durch Fühlungnahme mit verschiedensten Staatsinstitutionen die Einbettung der Anstalt in den neuen Staatsbetrieb gewährleisten sollte, wurde dabei als flexibles Instrument für Personal- und Geldentscheidungen verstanden.<sup>35</sup>

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Geologischen Reichsanstalt konnten dadurch erheblichen Einfluss auf die Einrichtungen und die Forschungsziele nehmen, die sie gemeinsam seit Dezember 1918 zu formulieren versuchten. Als wissenschaftliche Mitglieder waren Geologen, Chemikern, Musealkustoden und Bibliothekare<sup>36</sup> mit jeweiliger Hochschulausbildung zugelassen.<sup>37</sup> Die Aufwertung der bisherigen Position der ehrenamtlichen Volontäre und Adjunkten mit der gleichzeitigen Abschaffung des *Supplementelends* war ebenfalls wichtiges Anliegen. Es sollte auch nicht Vermögenden die Aufnahme ermöglicht werden.<sup>38</sup>

Der Direktor wurde in seiner Position an den Beirat gebunden und hatte einen Vertretungsanspruch nach Außen, besonders im Umgang mit den Ministerien. Er sollte aus der Mitte des Beirates gewählt werden, war jedoch verpflichtet die Entscheidungen des Rates zu tragen. Dafür wollten die wissenschaftlichen Mitarbeiter ein Vorschlagsrecht für das Ministerium, das den Direktor ernannte.<sup>39</sup> Seine politische Rolle beschränkte sich damit auf die einer schlichtenden Partei des Rates. Gerechtfertigt wurde dieser Umstand mit der Modernisierung der kommenden Aufgaben und der spezialisierten wissenschaftlichen Forschung in verschiedenen Disziplinen, die nur mittels allgemeiner Diskussion zu lösen waren.<sup>40</sup>

---

*des Geologenrates*, in den Statuten will Diener aber schon ein *Kollegium der wissenschaftlichen Beamten*. In der nächsten Sitzung vom 21. März 1919 heißt es nur noch *geologischer Beirat*. Ob die Besprechung Dieners mit den Vertrauensmännern, ein Entgegenkommen Geyers, oder der Wunsch des Staatsamtes den Umschwung gebracht hat, ist heute nicht mehr festzustellen, in: Sitzung am 11. März 1919, Sitzung am 21. März; In den Haussitzungen wurde die Bezeichnung *Geologenrat* beibehalten, in Sitzung am 12. April 1919, Sitzung am 6. Mai 1919, Sitzung am 26. Juni 1919, Sitzung am 12. Jänner 1921, Sitzung am 6. Mai 1921.

<sup>34</sup> Ende April 1919 war mittlerweile auch der Name der *Geologischen Reichsanstalt* durch den Unterstaatssekretär für Unterricht zwecks Anpassung an die neuen staatsrechtlichen Verhältnisse in *Geologische Staatsanstalt* umbenannt worden, in: Amtsarchiv GRA, 1919, Zahl: 507; die Umbenennung erfolgte per Erlass vom 28. August 1919, in: Jahresbericht der Geologischen Staatsanstalt für 1919 – Erstattet vom derzeitigen Leiter Regierungsrat G. Geyer (Bericht vom 29. Jänner 1920), in: Verhandlungen der Geologischen Staatsanstalt, 1920, Nr. 1, S. 5; Die Umbenennung in *Geologische Bundesanstalt* erfolgte erst am 24. Jänner 1922, in: Schedl, 1. Republik, in: Geologische Bundesanstalt, 1999, S. 133.

<sup>35</sup> Denkschrift an das deutschösterreichische Staatsamt für Unterricht betreffend die festzulegenden Satzungen der deutschösterreichischen Geologischen Reichsanstalt, in: Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, 1919, Nr. 4, S. 7.

<sup>36</sup> Die Aufnahme des Bibliothekars als wissenschaftliches Mitglied war im Jänner 1919 noch strittig gewesen und löste im Rat einen Disput aus, in: Sitzung am 31. Jänner 1919.

<sup>37</sup> Denkschrift an das deutschösterreichische Staatsamt für Unterricht betreffend die festzulegenden Satzungen der deutschösterreichischen Geologischen Reichsanstalt, in: Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, 1919, Nr. 4, S. 3.

<sup>38</sup> Ebd., S. 6.

<sup>39</sup> Gerechtfertigt sah man dieses Anliegen im Geologenrat durch die Anerkennung des Vorschlagsrechtes über die Besetzung des Direktors in der Akademie für Musik und darstellende Kunst vom Staatsamt für Unterricht, in: Sitzung am 1. April 1919.

<sup>40</sup> Denkschrift an das deutschösterreichische Staatsamt für Unterricht betreffend die festzulegenden Satzungen der deutschösterreichischen Geologischen Reichsanstalt, in: Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, 1919, Nr. 4, S. 7.

Der Geologenrat/Geologische Beirat führte das Institut bis zur 36. und letzten Sitzung am 16. Jänner 1922 durch die stürmischen Zeiten des Übergangs in ein neues politisches Staatssystem. Neben der aktiven Teilnahme an der Diskussion zwischen den staatlichen Institutionen über die Position der Anstalt im noch neuen, keineswegs gefestigten politischen System wurden nicht zuletzt die Weichen für die zukünftigen Entwicklungen mit der Festlegung der fachlichen Inhalte und der Modernisierung der Anstalt gelegt. Nach fast genau 3 Jahren war man in der neuen demokratischen Republik angekommen. Mit Ende des Geologenrates kam auch die intensive Namensdiskussion durch die Umbenennung in Geologische Bundesanstalt am 24. Jänner 1922 zu einem Abschluss.

# **Zum allgemeinen Kontext der Protokolle des Geologenrates – Die Geologische Reichsanstalt/Staatsanstalt in den Jahren 1919 bis 1921/22**

**Martin Krenn**

## **1. Einleitung**

Die vom Geologenrat der Geologischen Reichsanstalt/Staatsanstalt angefertigten Protokolle behandeln eine Vielzahl unterschiedlicher Materien dienstlicher, fachwissenschaftlicher, personalpolitischer und nicht zuletzt struktureller Natur. Ohne im letzten Detail auf diese mannigfaltigen Themenstellungen und die mit ihnen verbundenen Diskussionen und Auseinandersetzungen eingehen zu können, sollen im Folgenden einige der zentralen Punkte für die Geschichte der Geologischen Bundesanstalt in jenen „langen“ Jahren herausgegriffen und behandelt werden. Damit werden gleichsam der allgemeine Kontext und die „Rahmenhandlung“ umrissen, in dem die Protokolle des Geologenrates entstanden und in dem der interne Meinungsbildungsprozess der Geologen am angestammten Sitz des geologischen Dienstes Österreichs, dem Palais Rasumofsky im 3. Wiener Gemeindebezirk, verlief. Hierbei wird das Augenmerk vor allem auf Fragen der Dienstbewältigung im Alltag sowie der Personalentwicklung gelegt; über wissenschaftliche Fragen im Zusammenhang mit dem geologischen Aufnahmeprogramm der Reichsanstalt/Staatsanstalt in den Jahren 1919 bis 1921/22 wird größtenteils hinweggesehen, da hier die jeweiligen Jahresberichte die entsprechenden Informationen in großer Detailgenauigkeit bereitstellen. Besonderer Wert wird nicht zuletzt der Frage beigemessen, welchen Einfluss das Ministerium für Kultus und Unterricht bzw. das Staatsamt für Inneres und Unterricht auf die Geologische Reichsanstalt/Staatsanstalt auszuüben vermochte und wie sich das Verhältnis zwischen der vorgesetzten Behörde am Minoritenplatz im 1. Wiener Gemeindebezirk und den Geologen der Rasumofskygasse gestaltete.

## **2. Vor dem Umbruch: Die k.k. Geologische Reichsanstalt im Sommer 1918**

Im Frühsommer und Sommer des Jahres 1918 kündigten sich die gravierenden Ereignisse des „österreichischen Herbstes“ – Zusammenbruch der Monarchie und Ausrufung der Republik Deutschösterreich – an der Geologischen Reichsanstalt noch nicht an. So forderte etwa das Ministerium für Kultus und Unterricht in Person von Minister Ludwig Ćwikliński die Beamtschaft der Reichsanstalt am 7. Juni 1918 noch zur Subskription einer weiteren – der nunmehr VIII. – Kriegsanleihe auf<sup>1</sup>. Dieser Aufforderung wurde in der Folge entsprochen, von den 28 zu diesem Zeitpunkt im Dienststand der Reichsanstalt aufscheinenden Mitarbeitern zeichneten nicht weniger als 20, darunter alle an der Anstalt verbliebenen, nicht zum Kriegsdienst herangezogenen Fachgeologen – Otto Ampferer, Gejza von Bukowski, Julius Dreger, Friedrich Eichleiter, Georg Geyer, Gustav Götzinger, Oskar Hackl, Wilhelm Hammer,

---

<sup>1</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 394/1918: Der Minister für Kultus und Unterricht, Ćwikliński, an die k.k. Geologische Reichsanstalt vom 7.6.1918.

Karl Hinterlechner, Fritz Kerner, Wilhelm Petraschek, August Rosiwal, Erich Spengler, Emil Tietze, Michael Vacek und Lukas Waagen (16) – sowie Kanzleioffiziantin Margarete Girardi, Zeichner Oskar Lauf, Kanzleioberoffiziant Guido Skala und Amtsassistent Johann Zelizko<sup>2</sup> (nicht aber Laborant Johann Felix, Oberbibliothekar Anton Matosch<sup>3</sup>, Amtsdienner Franz Palme, Präparator Franz Spatny, Amtsdienner Johann Ulbig, Aushilfsdienner Alois Kreyca, die provisorische Hausmeisterin Antonie Rausch sowie die Waschfrau Anna Schneider)<sup>4</sup>. Im „Feld“ bzw. „Vor-Feld“ standen und wirkten demnach<sup>5</sup> auf Seite der Geologen an verschiedener Stelle Heinrich Beck, Theodor Ohnesorge, Bruno Sander, Albrecht Spitz und Hermann Vettters<sup>6</sup> nebst dem Volontär Arthur Winkler von Hermaden, für den Tietze in seinem Jahresbericht von 1917 eingedenk der militärischen Auszeichnungen Winklers (Militärverdienstkreuz, doppeltes Signum laudis, Truppenkreuz, deutsches Eisernes Kreuz<sup>7</sup>) besonders lobende Worte fand.

Daneben bemühte sich das k.u.k. Kriegsministerium auch immer wieder um die fachliche Expertise der Reichsanstalt bei der Beurteilung aktueller geologischer Probleme. Für die wissenschaftliche Begutachtung der Schwefelkieslagerstätten der Merdita in Albanien „entlieh“ es sich etwa 1917 die beiden Geologen Ampferer und Hammer für zweieinhalb Monate und schickte sie auf den Balkan<sup>8</sup>. Auch Waagen hatte im Jahr 1917 in Angelegenheit der Wasserversorgung von Triest und der Munitionsfabrik zu Enzesfeld zu „*intervenieren*“, wie Tietze in seinem Jahresbericht anführt<sup>9</sup>. Auch im ersten Halbjahr 1918 nahmen diese so genannten „*Reisen und Untersuchungen in besonderer Mission*“ einen Gutteil der Arbeitskapazitäten der Geologen an der Reichsanstalt in Anspruch, wobei immerhin festgehalten werden konnte, dass sie (die Untersuchungen) „*wenigstens teilweise einen vorzugsweise wissenschaftlichen Charakter*“ trugen, handelte es sich doch auch darum, „*Gelegenheiten für Beobachtungen in dem von den Kriegereignissen direkt betroffenen Gebieten nicht ungenützt vorübergehen zu lassen, welche Gelegenheiten namentlich durch die im ersten Teil des Jahres für uns noch günstige Kriegslage geschaffen waren*“ (Tietze)<sup>10</sup>. Somit standen diese Sondermissionen „*in einem direkten Zusammenhang zu den Kriegereignissen und den damit verbundenen Versorgungspässen bei verschiedenen*

---

<sup>2</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 394/1918: Der Minister für Kultus und Unterricht, Ćwikliński, an die k.k. Geologische Reichsanstalt vom 7.6.1918, Beilage mit tabellarischer Aufschlüsselung.

<sup>3</sup> Der allerdings bereits am 8. Mai 1918 verstorben war. Siehe hier auch GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 611/1918 mit der in Aussicht genommenen Neubesetzung der Bibliothekarsstelle mit Alfred Maluschka.

<sup>4</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 394/1918: Der Minister für Kultus und Unterricht, Ćwikliński, an die k.k. Geologische Reichsanstalt vom 7.6.1918: Beilage mit tabellarischer Aufschlüsselung.

<sup>5</sup> Siehe Tietze, Emil: Jahresbericht der Geologischen Reichsanstalt für 1918 (Bericht vom 28.1.1919). In: Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt Nr. 1/1919, S. 2–44, hier S. 5.

<sup>6</sup> Vettters hat sich etwa für die militärisch-geologische Aufnahme Albaniens einen bleibenden Namen gemacht; siehe hier Onuzi, Kujtim: Bergrat Dr. Hermann Vettters (31.7.1880–6.10.1941). Der große Forscher zur Geologie von Albanien. In: Berichte der Geologischen Bundesanstalt, Bd. 72, Wien 2008, S. 65–66 sowie Vettters, Wolfgang: Auf Spurensuche nach dem Großvater Vettters. Ein sehr persönlicher Versuch des Enkels. In: Jahrbuch der Geologischen Bundesanstalt 149 (2009), S. 269–282, hier insbes. S. 279 ff. mit den Zeichnungen Vettters aus Albanien.

<sup>7</sup> Tietze, Emil: Jahresbericht für 1917 (Bericht vom 29.1.1918). In: Verhandlungen der k.k. geologischen Reichsanstalt Nr. 1/1918, S. 1–36, hier S. 2.

<sup>8</sup> Ebd., S. 25 f.

<sup>9</sup> Ebd., S. 26.

<sup>10</sup> Ebd., S. 22.

Rohstoffen“, wobei die *„geologische Begutachtung von kriegswirtschaftlich wichtigen Rohstoffvorkommen“* den zentralen Arbeitsschwerpunkt bildete<sup>11</sup>.

Am 22. Juni 1918 genehmigte das Ministerium schließlich auch den am 11. März seitens der Direktion eingereichten Arbeitsplan für wie während des Sommers durchzuführenden geologischen Neuaufnahmen, Revisionsarbeiten und Spezialuntersuchungen<sup>12</sup>, samt einer einmaligen Reisepauschale von 8.000 Kronen für die *„zu persolvierenden Arbeiten“*<sup>13</sup>. Angesichts der Situation an den militärischen Fronten der Doppelmonarchie gab das Ministerium aber zu bedenken, dass vorgesehene geologische Arbeiten im *„weiteren und engeren Kriegsgebiet“* nur nach gepflogener Rücksprache mit den militärischen Kommandos der jeweiligen Orte möglich seien; die *„Leiter der einzelnen Sektionen“* hätten sich demnach bei den örtlichen Kommandanturen *„vorzustellen und deren Weisungen striktest nachzukommen“*<sup>14</sup>. Die Landeschefs der einzelnen Verwaltungsteile Cisleithaniens wurden durch das Ministerium jedenfalls vorab instruiert, *„den in ihren Verwaltungsgebieten operierenden Geologen jede mögliche Unterstützung ihrer Arbeiten angedeihen zu lassen“*<sup>15</sup>. Entsprechend fertigte die Direktion der Reichsanstalt am 2. Juli schließlich die Arbeitsaufträge an die einzelnen Geologen (Vacek, Geyer, Bukowski, Rosiwal, Dreger, Kerner, Hammer, Hinterlechner, Waagen, Ampferer, Petrascheck, Götzinger und Spengler sowie an den beigezogenen Othenio Abel) aus<sup>16</sup>. Die Kriegswichtigkeit der Arbeiten wurde dadurch unterstrichen, dass nicht nur die engere Agenda abgearbeitet, sondern darüber hinaus auch nach geologischem „Mehrwert“ Ausschau gehalten werden sollte: *„Bei Gelegenheit der von Ihnen durchzuführenden geologischen Aufnahmen“*, so Tietze in seinem Schreiben an die genannten Aufnahmsgeologen, *„wollen Sie auch gegebenen Falls auf das Vorkommen von nutzbaren Mineralien, Gesteinen und die Wasserführung des Gebirges (Quellenvorkommen) achten und darüber die etwa wünschenswerten [sic] Notizen sammeln.“*<sup>17</sup> Anfang 1919 resümierte Tietze schließlich die nur spärlichen Fortschritte im wissenschaftlichen Programm der Anstalt in jenen Jahren:

*„Abgesehen von der Verringerung des für diese Zwecke verfügbaren Personals durch militärische Einberufungen [...] waren die Geologen der Anstalt, so weit sie noch auf Aufnahmen zu entsenden gewesen wären, durch besondere Aufträge meist so stark in Anspruch genommen, daß ihnen wenig Zeit für die regelrechte Tätigkeit übrig blieb. Dazu kamen die gesteigerten Schwierigkeiten des Reisens und vor allem die Schwierigkeiten der Verpflegung und Ernährung, welche in manchen Gebieten einen hohen Grad erreicht hatten.“*<sup>18</sup>

Vor diesem Hintergrund ist Bachl-Hofmann beizupflichten, wonach die geologischen Arbeiten bis zum Kriegsende insgesamt *„zunehmenden Einschränkungen unterworfen“* blieben und

<sup>11</sup> Bachl-Hofmann, Christina: Die Geologische Reichsanstalt von 1849 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. In: Geologische Bundesanstalt (Hg.): Die Geologische Bundesanstalt in Wien. 150 Jahre Geologie im Dienste Österreichs (1849–1999). Wien 1999, S. 55–77, hier S. 75.

<sup>12</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 398/1918: Ministerium für Kultus und Unterricht an die Direktion der k.k. Geologischen Reichsanstalt vom 22.6.1918.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Details zum Aufnahmsplan: GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 398/1918: Die Direktion der k.k. Geologischen Reichsanstalt an alle Geologen der Reichsanstalt vom 2.7.1918 (Konzept).

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Tietze: Jahresbericht für 1918, S. 9.

sich die Kartierungsarbeiten „wegen der verstärkten Personaldezimierung als Folge der militärischen Einberufungen und aufgrund der geringen Dotation der Reisediäten [...] in den letzten Kriegsjahren im Wesentlichen auf das Ostalpengebiet und die unmittelbar angrenzenden Gebiete der Monarchie“ konzentrierten<sup>19</sup>.

Noch wenige Tage vor der konstituierenden Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich (21. Oktober 1918) kommunizierte Tietze mit dem Ministerium in der Angelegenheit der Nachbesetzung der Stelle von August Rosival, der vermöge Allerhöchster EntschlieÙung Kaiser Karls vom 16. Juli 1918 zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Mineralogie und Geologie an der Technischen Hochschule in Wien berufen wurde<sup>20</sup>. Tietze schlug nun Oskar Hackl, seit 1913 auf einer Assistentenstelle an der Reichsanstalt „systemisiert“, für ein dienstliches Avancement vor, zumal „dessen Dienstleistung immer eine hervorragend zufriedenstellende war und die heutigen erschwerten Lebensbedingungen eine Erhöhung der Bezüge jederzeit wünschenswert erscheinen lassen“<sup>21</sup>. Die durch die Vorrückung Hackls frei werdende Assistentenstelle wollte Tietze mit Erich Spengler besetzen<sup>22</sup>. Die Amtsbestätigung für Arthur Winkler von Hermaden vom 11. November 1918, dem letzten Arbeitstag des nur kurzzeitig amtierenden Ministers Richard von Hampe, stellte Tietze noch auf dem alten Papier der Reichsanstalt aus, vergaÙ dabei jedoch nicht, das alte Wappen-Emblem sowie das nunmehr hinfällig gewordene Epitheton „kaiserlich-königlich“ mit Rotstift durchzustreichen<sup>23</sup>. Die Reichsanstalt hatte den Umbruch der Staatsform – am 12. November erfolgte mit der Verabschiedung des „Gesetzes über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich“ die Proklamation der Republik – intern mittels Streichung vorweggenommen.

### 3. Exkurs zur Unterrichtsverwaltung 1918/19 bis 1922

Auf Basis des von der deutschen Nationalversammlung der zerfallenden Habsburger-Monarchie beschlossenen Grundgesetzes übernahm der deutschösterreichische Staatsrat die Regierungs- und Vollzugsgewalt in Deutschösterreich. Dem entsprechend trat nun auch das deutschösterreichische Staatsamt für Inneres und Unterricht an die Stelle des k.k. Ministeriums für Kultus und Unterricht als der bislang zuständigen Zentralbehörde für die k.k. Geologische Reichsanstalt. Zum Leiter des Staatsamtes erkor der Staatsrat nun den im böhmischen Iserthal (tschechisch Řeky) geborenen Raphael Pacher von der Deutschnationalen Volkspartei; seit 30. Oktober 1918 fungierte und operierte der studierte Germanist und Historiker Pacher im Kabinett der Staatsregierung Renner (I.) damit de facto als erster Bildungs- und Unterrichtsminister der österreichischen Republik und trat damit die Nachfolge von Kurzzeit-Minister Richard von Hampe aus dem kaiserlichen Kabinett

---

<sup>19</sup> Bachl-Hofmann: Die Geologische Reichsanstalt, S. 75.

<sup>20</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 494/1918: Ministerium für Kultus und Unterricht an die Direktion der k.k. Geologischen Reichsanstalt vom 5.8.1918.

<sup>21</sup> Der allerdings bereits am 8. Mai 1918 verstorben war. Siehe hier auch GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 630/1918: Die Direktion der k.k. Geologischen Reichsanstalt, Tietze, an das k.k. Ministerium vom 17.10.1918 (Kopie).

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 673/1918: Amtsbestätigung der Direktion der Geologischen Reichsanstalt für Arthur Winkler von Hermaden vom 11.11.1918.

Lammasch (27. Oktober bis 11. November 1918) an<sup>24</sup> – Hampes Vorgänger waren die beiden polnischstämmigen Minister Georg Ritter von Madeyski (25. Juli bis 27. Oktober 1918) sowie Ludwig Ćwikliński (30. August 1917 bis 25. Juli 1918). Im „Nebenamt“ war Pacher zudem als Landeshauptmann der am 29. Oktober 1918 proklamierten Republik Deutschböhmen mit Sitz in Reichenberg engagiert – aufgrund seiner Bestellung zum Unterrichtsminister gab er am 5. November 1918 dieses Amt an seinen Mitstreiter Rudolf Lodgman von Auen ab. Auch Lodgman konnte allerdings den angestrebten Anschluss Deutschböhmens an Deutschösterreich nicht durchführen, sondern wurde am 13. November mit dem Einmarsch der tschechoslowakischen Armee und damit dem jähen Ende aller Überlegungen und Konzepte konfrontiert, die Deutschböhmen als Bundesland in einem föderal strukturierten österreichischen Staatsgebilde verorten wollten. Zweifelsohne handelte es sich mit der Umwandlung des k.k. Ministeriums in ein republikanisches Staatsamt um den bedeutendsten Einschnitt in der Geschichte des Unterrichtsamtes, wie auch Musil feststellt<sup>25</sup>.

Kurz bevor die österreichische Nationalversammlung am 15. März 1919 in Wien eine rot-schwarze Konzentrationsregierung unter Vorsitz von Karl Renner mit der Regierungsgewalt betraute, schied Pacher bereits aus dem Amt des Unterrichtsministers aus, wobei er zuvor noch wichtige legislatorische und administrative Vorhaben auf den Weg gebracht hatte (Übernahme der Hoftheater und Hofsammlungen in den Verband der Unterrichtsverwaltung, Übernahme von militärischen Erziehungsanstalten in zivile Verwaltung<sup>26</sup>).

Renner selbst übernahm nun in dieser ersten nach allgemeinen Wahlen vom Parlament gewählten republikanischen Regierung als Staatskanzler auch die Leitung der Staatsämter für Inneres und Unterricht (5. März bis 9. Mai 1919), wobei ihm bald der Sozialdemokrat Matthias Eldersch als Staatssekretär für Inneres und Unterricht nachfolgte (9. Mai bis 17. Oktober 1919)<sup>27</sup>. In dieser lediglich bis zum 17. Oktober 1919 amtierenden Regierung fand sich mit dem parteilosen Josef Schumpeter als Staatssekretär für Finanzen auch ein äußerst prominentes Mitglied wieder. Mit 17. Oktober 1919 und der auf Grundlage des „Gesetzes über die Staatsregierung“ gebildeten Regierung Renner III übernahm Eldersch abermals die Leitung des Staatsamtes für Inneres und Unterricht, wobei ihm als Unterstaatssekretäre der Sozialdemokrat Otto Glöckel (für den Bereich Unterricht) sowie der Christlichsoziale Wilhelm Miklas (für den Bereich Kultus) zur Seite standen.

In der Übergangs-Proporzregierung von Michael Mayr (Christlichsoziale Partei, CsP), welche vom 7. Juli bis zum 20. November 1920 im Amt war, stand Walter Breisky (CsP) bei wechselnden Ressortleitern (erst Egon Glanz, dann Rudolf Ramek, alle CsP) den Unterrichtsagenden im nunmehrigen Bundesministerium für Inneres und Unterricht vor. Breisky stieg in der Bundesregierung Mayr II schließlich zum Vizekanzler auf, blieb aber gleichzeitig mit den Agenden der Unterrichtsverwaltung und solcherart auch mit der

---

<sup>24</sup> Sehr zum Bedauern der unter dem Vorsitz von Sektionschef in Rente Egon Loebenstein erarbeiteten, 1948 erschienenen Festschrift „100 Jahre Unterrichtsministerium“. So bemerkt der Verfasser des entsprechenden Artikels, Josef Musil, dass Hampe „*durch seine Persönlichkeit zu den besten Hoffnungen berechtigt*“ habe – die sich aber aufgrund der kurzen Amtszeit nicht erfüllen konnten: Musil, Josef: Zur Geschichte des österreichischen Unterrichtsministeriums 1848–1948. In: 100 Jahre Unterrichtsministerium 1848–1948. Festschrift des Bundesministeriums für Unterricht in Wien. Wien 1948, S. 7–36, hier S. 25.

<sup>25</sup> Ebd., S. 25.

<sup>26</sup> Ebd., S. 26.

<sup>27</sup> Die einzelnen Daten wurden dem Anhang zu Musils Beitrag entnommen: Ebd., Liste der führenden Persönlichkeiten der österreichischen Unterrichtsverwaltung seit dem 23. März 1848, S. 30–35.

Geologischen Reichsanstalt betraut. Dies änderte sich auch nicht mit der am 21. Juni 1921 gewählten Regierung unter Bundeskanzler Johann Schober (Großdeutsche); als Minister für Inneres und Unterricht fungierte vom 21. Juni 1921 bis 16. Jänner 1922 Leopold Waber (Großdeutsche). Die Regierung Schober amtierte bis zum 26. Jänner 1922. Als letzte, für die hier behandelte Zeitperiode relevante Regierung ist die Regierung Schober II zu erwähnen, in der Breisky weiterhin Vizekanzler war und im Bundesministerium für Inneres mit den Agenden von Unterricht und Kultur vertraut blieb (27. Jänner bis 31. Mai 1922).

Insgesamt handelte es sich für die Unterrichtsverwaltung in diesen ersten vier Jahren des Bestehens der österreichischen Republik um eine Zeit „*rasch wechselnder Reorganisationen und beginnender Konsolidierung*“<sup>28</sup>, die erst mit Wiedererrichtung des Bundesministeriums für Unterricht Mitte April 1923 ihren vorläufigen Abschluss finden sollte. Erster „wirklicher“ Unterrichtsminister der Republik Österreich wurde der Christlichsoziale Emil Schneider, der bereits seit 1922 unter Vizekanzler Felix Frank (Großdeutsche) im Bundesministerium für Inneres und Unterricht mit den Agenden des Unterrichts und Kultus betraut gewesen war (31. Mai 1922 bis 17. April 1923).

Strukturell ressortierte während dieser Periode die Geologische Reichsanstalt, später Geologische Staatsanstalt (1920) und schließlich Geologische Bundesanstalt (1922) die ganze Zeit über im Staatsamt für Inneres und Unterricht bzw. dem Bundesministerium für Inneres und Unterricht<sup>29</sup>. Dies war allerdings kein historischer Automatismus, entspannten sich um die Frage der verwaltungsmäßigen Zugehörigkeit der Anstalt nach der Ausrufung der Republik Deutschösterreich durchaus intensive Debatten zwischen dem Staatsamt für Inneres und Unterricht auf der einen und dem Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und öffentliche Bauten<sup>30</sup>.

Insbesondere Eldersch schien in dem mehrfach entscheidenden Jahr 1919 nicht sonderlich großen Wert auf den Verbleib des geologischen Dienstes in seinem Amtsbereich gelegt zu haben, wie entsprechende Äußerungen im Geologenrat der Reichsanstalt<sup>31</sup> sowie in zwischenamtlichen Beratungen zur Zukunft der Reichsanstalt<sup>32</sup> nahe legen. Letztlich konnten

---

<sup>28</sup> Ebd., S. 26.

<sup>29</sup> Nur sehr spärlich ist der Abschnitt zur Geologischen Bundesanstalt in der genannten Festschrift: Duschek, Adalbert: Die technischen Hochschule, in Wien und Graz, die Montanistische Hochschule und die Geologische Bundesanstalt. In: 100 Jahre Unterrichtsministerium, S. 84-91, hier S. 89-91.

<sup>30</sup> Siehe hier etwa die Meldung in Geyers Jahresbericht: Geyer, Georg: Jahresbericht der Geologischen Staatsanstalt für 1919 (Bericht vom 29.1.1920). In: Verhandlungen der Geologischen Staatsanstalt Nr. 1/1920, S. 1-40, hier S. 6.

<sup>31</sup> GBA, Archiv und Bibliothek, Wissenschaftliches Archiv, Sonderaufbewahrung, Inv.-Nr. A 18.242: Protokollbuch der Sitzungen des Geologenrates an der Geologischen Reichsanstalt, Protokoll der Sitzung des Geologenrates vom 1.4.1919 (unpag.).

<sup>32</sup> Siehe etwa Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Kultus und Unterricht, Unterrichtsministerium, Allgemeine Reihe, Karton 3351 (altes Faszikel 2983), Zl. 5426/1919: Verhandlungsschrift über die in Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt am 27. Februar 1919 im Staatsamte für Unterricht abgehaltene zwischenamtliche Beratung, S. 7 ff.: Ministerialrat Otto Rotky vom Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und öffentliche Bauten machte in diesem Zusammenhang etwa deutlich, dass das von ihm repräsentierte Amt „*grosses Interesse an der Geologischen Reichsanstalt*“ habe (S. 7). Für ihn ergab sich hierbei die grundsätzliche „*Frage, ob auch bei uns nicht die Geologische Reichsanstalt einem technischen Ministerium unterstellt werden sollte, denn mit dem Unterrichtswesen haben die geologischen Landesaufnahmen wenig zu tun. Ihre Verbindung mit diesem Ressort sei nur eine recht lose. Durch die Unterstellung unter ein technisches Ministerium würde das Mißtrauen zwischen den Bergbaupraktikern und der Geologischen Reichsanstalt beseitigt werden. Es würde in rascherer und zielbewußterer Weise ermöglicht werden, unsere Mineralienschatze zu erforschen.*“ (S. 9).

sich die Proponenten einer Kontinuitätslösung aber durchsetzen; die Reichsanstalt verblieb bei der Unterrichtsverwaltung angesiedelt, wenngleich dies an der Reichsanstalt selbst nicht unbedingt auf ungeteilte Zustimmung stieß<sup>33</sup>.

#### 4. Die Geologische Reichsanstalt im Umbruch 1918

Über die geänderten Verhältnisse im Staate informierte der neue politische Verantwortliche für die Reichsanstalt, Minister Pacher, die Direktion am 6. November 1918. Die wichtigste Weichenstellung betraf hierbei zunächst die Personalsituation, da Angehörige nicht-deutscher Nationalität<sup>34</sup> im Personalstand der Reichsanstalt „abgewickelt“ werden sollten<sup>35</sup>. Für die Bediensteten deutscher Nationalität gelte der Grundsatz, dass sie, „*insoferne sie bereit sind, in den Dienst der deutschösterreichischen Regierung zu treten*“, von dieser übernommen würden, wobei sie „*sich durch Gelöbnis und Handschlag zur treuen Befolgung des Gesetzes und der Weisungen des Staatsrates sowie zur uneigennützig und unparteiischen Vernehmung ihres Dienstes zu verpflichten haben*“<sup>36</sup>. Tietze hatte in der Folge des Gelöbnis am 8. November im Ministerium zu leisten, er selbst sodann die ihm unterstehenden Beamten in der Rasumofskygasse auf die Republik zu vereidigen<sup>37</sup>.

Die solcherart eingetretene Situation einer schwelenden Rechtsunsicherheit im Hinblick auf die Bediensteten nicht-deutscher Nationalität – es handelte sich um Chefgeologen Bukowski (Polen), Chefgeologen Hinterlechner (Jugoslawien), Musealassistent Želísko (Tschechoslowakei), den Zeichner Skala (Tschechoslowakei) und den Präparator Spatny (Tschechoslowakei) – erwies sich für die Reichsanstalt jedenfalls als wenig praktikabel. Tietze ersuchte daher das Ministerium um eine Kulanzlösung, ein vorläufiges Provisorium und damit um Belassung der Genannten im Dienste, da dies „*mit Rücksicht auf den Dienstbetrieb sehr wünschenswert*“ sei, zumal „*für die nächste Zeit entsprechende Ersatzkräfte deutscher Nationalität nicht vorhanden sind*“<sup>38</sup>. Dies bekräftigte Tietze auch nochmals in seinem (letzten) Jahresbericht 1918, wenn er davon spricht, dass die „*allgemeine Lage, die so tief in die Schicksale jedes Einzelnen eingreift und die es jedenfalls auch noch ungewiß läßt, welches die künftigen Lebensbedingungen unserer Anstalt sein werden*“, schon „*gewisse Vorgänge im Gefolge gehabt*“ hätte, welche die Anstalt „*direkt berührten*“<sup>39</sup>.

<sup>33</sup> In den Begründungen und Erläuterungen zum Satzungsentwurf, der von der Reichsanstalt im März 1919 unter dem Titel „Denkschrift an das deutschösterreichische Staatsamt für Unterricht betreffend die festzulegenden Satzungen der deutschösterreichischen Geologischen Reichsanstalt“ veröffentlicht wurde (Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt Nr. 4/1919, S. 97–104), heißt es vielsagend: „*Sie [die Beamten der Reichsanstalt] glauben, daß dies sowohl im Rahmen des Staatsamtes für Unterricht wie des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten als auch des Staatsamtes des Innern möglich sein werde, müssen jedoch betonen, daß die seitens des früheren k.k. Ministeriums für Kultus und Unterricht zur Verfügung gestellten Geldmittel in jeder Hinsicht unzureichend waren.*“ (S. 101)

<sup>34</sup> Tatsächlich findet sich im Schreiben die Wortwahl „deutsche Nationalität“: GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 675/1918: Staatssekretär Pacher an die Direktion der k.k. Geologischen Reichsanstalt vom 6.11.1918.

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> Ebd.

<sup>37</sup> Ebd.

<sup>38</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 692/1918: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt an das Deutsch-österreichische Staatsamt für Unterricht vom 27.11.1918 (Konzept).

<sup>39</sup> Tietze: Jahresbericht für 1918, S. 4.

Ende November 1918 besaß das nunmehrige Staatsamt für Inneres und Unterricht jedenfalls weder einen Einblick in die aktuelle Personalsituation noch in die institutionelle Ausstattung der Reichsanstalt. Als eine der ersten konkreten Amtshandlungen brachte man am Minoritenplatz daher auch einen Erlass des k.k.-Vorgängers in Erinnerung, wonach tunlichst über Mietverträge und mit diesen in Zusammenhang stehenden Pläne und Unterlagen Auskunft zu geben sei<sup>40</sup>. Die Direktion der Reichsanstalt hatte bis dato offensichtlich einer Stellungnahme entsagt. Nun wurde jedoch dieser im Geiste der Budgetoptimierung stehenden Maßnahme Anfang Dezember entsprochen: Tietze meldete pflichtbewusst, dass seitens der Reichsanstalt *„keine Lokalitäten in Miete genommen wurden“*<sup>41</sup>. Dabei hatte die Direktion Tietze vor dem Krieg immer wieder die Frage einer notwendigen Vergrößerung der der Reichsanstalt zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten ventiliert, war damit jedoch aufgrund fehlender finanzieller Mittel beim Ministerium nie durchgedrungen<sup>42</sup>. Resigniert formulierte Tietze daher auch in seinem Jahresbericht 1918, dass *„die stattgehabten Ereignisse diese Bestrebungen vereitelt [haben], und gegenwärtig ist noch weniger als zuvor daran zu denken, daß sich die Mittel finden könnten, in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen“*<sup>43</sup>.

Nahezu gleichzeitig mit der erwähnten Anfrage zur räumlichen Situation erging vom Staatsamt auch die mit *„aeußerst dringend“* gekennzeichnete Aufforderung an die Direktion der Reichsanstalt, ihm *„unverzüglich“* die bei ihr angestellten *„Zivilstaatsbediensteten“* zu melden, wobei abermals nach deutscher und nicht-deutscher Nationalität sowie nach der genauen Stellung der jeweiligen Person innerhalb der *„Dienstpragmatik“* differenziert werden sollte<sup>44</sup>. Schließlich wurde, auf die Anfang November erfolgte Vereidigung der Bediensteten auf die Republik anspielend, darauf aufmerksam gemacht, dass *„durch die Ablegung des Gelöbnisses für den deutschösterreichischen Staat der seinerzeit zu treffenden Entscheidung über die dauernde Uebernahme in den Dienst dieses Staates nicht vorgegriffen wird. Vielmehr wird diese Entscheidung hiedurch nicht berührt.“*<sup>45</sup>

Das Staatsamt bewegte sich hier auf der Grundlage der Beschlüsse des Kabinettsrates vom 23. November 1918 in Staatsbedienstetenfragen<sup>46</sup>, die einen Maßnahmenkatalog zur Überführung der Beamenschaft in den republikanischen Staatsdienst beinhalteten und dabei richtungsweisend drei große Fallgruppen präjudizierten: Bedienstete deutscher Nationalität sollten übernommen werden, Beamte mit Vollendung des 60. Lebensjahres *„unverzüglich in den dauernden Ruhestand zu versetzen“*<sup>47</sup>. Bedienstete nicht-deutscher Nationalität hatten zudem im besten Fall nur noch die Aussicht auf eine provisorische Belassung im Dienst, *„wenn und solange sie zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes für die nächste Zeit wegen Mangels*

---

<sup>40</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 689/1918: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt vom 18.11.1918.

<sup>41</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 689/1918: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt an das Staatsamt für Unterricht vom 1.12.1918 (Konzept).

<sup>42</sup> Tietze: Jahresbericht für 1918, S. 38.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 712/1918: Staatsamt für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt vom 26.11.1918.

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Siehe den entsprechenden Druck unter GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 713/1918: Beschlüsse des Kabinettsrates vom 23.11.1918 in Staatsbedienstetenfragen.

<sup>47</sup> Ebd., Abschnitt II., Z. 1.

*an deutschen Bediensteten im Personalstande [...] unbedingt erforderlich“* seien<sup>48</sup>. Andernfalls gelte es, die betreffenden Personen ihres Dienstes zu entheben. Deus ex machina dieses Maßnahmenkatalogs war das Ziel einer *„erhebliche[n] Verringerung des Standes der Bediensteten infolge der Finanzlage des Staates“*<sup>49</sup>. Aus diesem Grund wurde auch ein genereller „Aufnahmestopp“ in den öffentlichen Dienst verfügt: *„Die Aufnahme von Personen, die bisher noch nicht im Zivilstaatsdienste gestanden sind, in den deutschösterreichischen Staatsdienst hat bis auf weiteres in der Regel zu unterbleiben“*, so der Kabinettsrat ultimativ<sup>50</sup>.

### **Personelle Weichenstellungen an der Reichsanstalt**

Tietze ließ die angeforderten Erhebungen durchführen und übermittelte am 11. Dezember 1918 ein detailliertes Personalverzeichnis mit den gewünschten Angaben. Demnach waren *„unzweifelhaft deutscher Nationalität“* 21 Personen an der Reichsanstalt in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis (17 Beamte, 4 Unterbeamte und Diener) und 3 weitere als Kanzleioffizianten, Kanzleigehilfen und Aushilfsdiener vertragsmäßig angestellt<sup>51</sup>. Demgegenüber waren 5 Personen (die bereits genannten Bukowski, Želísko, Hinterlechner, Skala und Spatny) *„zweifellos nichtdeutscher Nationalität“*<sup>52</sup>. Zeitgleich zu diesen Erhebungen trafen auch erläuternde Richtlinien Pachers zu den Kabinettsrats-Beschlüssen ein, die nun eine Art Durchführungserlaß darstellten und darauf abzielten, die *„vorgesehenen Maßnahmen, soweit sie im dortigen Wirkungskreis liegen, unverzüglich durchzuführen“*<sup>53</sup>. Insbesondere lieferte Pacher den Entwurf einer Gelöbnisformel sowie konkrete Vorschläge, bis wann und in welcher Form Enthebungen und Pensionierungen durchzuführen seien<sup>54</sup>.

Am 16. Dezember reagierte die Direktion der Reichsanstalt und legte in einem ausführlichen Schreiben die Personalsituation dar<sup>55</sup>. Aufgrund der Alterssituation waren Chefgeologe Geyer und die Amtsdienner Palme und Ulbig von der Pensionierung „bedroht“; Geyer und Ulbig sollten nun nach dem Wunsch Tietzes auch über das 60. Lebensjahr hinaus weiter beschäftigt werden. Es werde nämlich

*„das wissenschaftliche Personal unserer Anstalt [...] voraussichtlich demnächst ohnehin eine im Verhältnis zu dem kleinen Status beträchtliche Reduktion erfahren. Der Direktor [Tietze] und der Vizedirektor [Vacek] haben bereits anfangs [sic] dieses Jahres um ihre Pensionierung gebeten, Chefgeologe Rosival und*

<sup>48</sup> Ebd., Abschnitt IV., letzter Satz.

<sup>49</sup> Ebd., Abschnitt II., Z. 2.

<sup>50</sup> Ebd., Abschnitt II., Z. 3.

<sup>51</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 712/1918: Beilage: Verzeichnis der Anzahl der an der Geologischen Reichsanstalt in Wien derzeit befindlichen Zivilbediensteten vom 11.12.1918 (Konzept).

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 713/1918: Der Staatssekretär für Unterricht, Pacher, an die Geologische Reichsanstalt vom 4.12.1918.

<sup>54</sup> Ebd.: Beilage: Richtlinien für die vorläufige Behandlung einiger Staatsbedienstetenfragen vom 4.12.1918. Ergänzt wurde dies durch die Vorlage nunmehr nach einzelnen Gruppen differenzierter Gelöbnis-Muster: GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 740/1918: Der Staatssekretär für Unterricht, Pacher, an die Geologische Reichsanstalt vom 12.12.1918: Beilage: Behelf für die Behandlung aktiver Bediensteter des Dienstbereiches des ehem. k.k. Ministeriums f. Kultus und Unterricht.

<sup>55</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 727/1918: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt, Tietze, an das Deutsch-österreichische Staatsamt für Unterricht vom 16.12.1918 (Kopie).

*Geologe Dr. Petraschek<sup>56</sup> sind zu ordentlichen Professoren an Hochschulen ernannt worden. Die Chefgeologen Oberbergrat v. Bukowski und Bergrat Dr. Hinterlechner sowie der Musealbeamte Zelisko werden jedenfalls in einiger Zeit die Anstalt verlassen müssen, weil sie nicht deutscher Nationalität sind. Dr. Spitz ist im Ortlergebiet vor Kurzem tödlich verunglückt und ein Ersatzmann für den im Mai verstorbenen Oberbibliothekar Matosch ist noch nicht ernannt worden.*<sup>57</sup>

Ein Verlust Geyers, der sich „*noch einer grossen Frische und Rüstigkeit erfreut*“, könne aus Sicht Tietzes nicht kompensiert werden, vielmehr stehe zu befürchten, dass ein solcher Abgang Geyers angesichts der „*Reihe von Aufgaben, die mit der alpinen Geologie zusammenhängen, einen beträchtlichen Schaden in der Sache unseres Instituts bedeuten würde*“<sup>58</sup>. Auch Ulbig, der „*bisher auch mit dem Dienste in der Direktion betraut*“ war, habe sich „*förmlich unentbehrlich gemacht*“<sup>59</sup>. In einer weiteren Eingabe wurde auch hinsichtlich Bukowskis um dessen Weiterbeschäftigung an der Anstalt ersucht, ebenso Hinterlechner, wobei hier angegeben wurde, dass dieser eine Stelle in Prag in Aussicht habe und potentiell abgesichert sei<sup>60</sup>. Es handele sich bei den Arbeiten beider, so Tietze in seiner durchaus blumigen wie taktisch geschickten Begründung, „*nicht um bürokratische Aufgaben, die eventuell beliebig von einer Person auf die andere übertragen werden können oder um Arbeiten, die (um ein populäres Gleichnis zu gebrauchen) sich etwa verhalten, wie ein Strumpf, den eine Frau zu stricken begann und dessen Vollendung einer zweiten Frau übertragen werden kann*“<sup>61</sup>. Vielmehr gehe es um

*„wissenschaftliche Arbeiten die mit Untersuchungen bestimmter Gebiete beginnen wurden und deren Abschluss, wenn nicht ganz neue Untersuchungen von einem anderen Geologen angestellt werden, nur von demselben Forscher erzielt werden kann, der die Untersuchungen ausgeführt hat. Es handelt sich also um Arbeiten, die bereits die geistige und (wie dies bei geologischen Untersuchungen der Fall ist) körperliche Tätigkeit bestimmter Personen in Anspruch genommen und die überdies dem Staate bereits eine Menge Geld gekostet haben, bei denen also Zeit, Mühe und Geld verloren wäre, wenn man sie plötzlich Jemand anderem übertragen wollte.“*<sup>62</sup>

Diesen Ansinnen wurde allerdings nur teilweise entsprochen: Geyer konnte, ebenso wie Ulbig, weiter beschäftigt werden und übernahm als rangältester Geologe ab dem 1. Jänner 1919

<sup>56</sup> Siehe GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 716/1918: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt vom 4.12.1918. Petraschek wurde per Allerhöchster Entschliessung vom 4.11.1918, gleichsam eine der letzten Dispositionen der k.k. Regierung in Personalfragen, zum ordentlichen Professor für Geologie, Paläontologie und Lagerstättenlehre an der montanistischen Hochschule in Leoben ernannt.

<sup>57</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 727/1918: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt, Tietze, an das Deutsch-österreichische Staatsamt für Unterricht vom 16.12.1918 (Kopie). Siehe auch das entsprechende Original unter Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Unterrichtsministerium, Allgemeiner Reihe, Karton 3362 (altes Faszikel 2992), Zl. 3699/1918.

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> Ebd. – Und nochmals im Jahresbericht Tietzes von 1918: „*Herr Ulbig, der seit 1885 an unserem Institute tätig ist, hat sich während dieser Zeit stets der vollen Zufriedenheit der Vorstände unserer Anstalt erfreut und würdig gezeigt. Er ist mit der Gebarung in unserem Hause so wohlvertraut, daß sein plötzlicher Abgang namentlich im Hinblick auf die vielen sonstigen gleichzeitigen Personalveränderungen an der Anstalt eine nicht sogleich auszufüllende Lücke zurückgelassen hätte.*“ (Tietze: Jahresbericht für 1918, S. 5)

<sup>60</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 749/1918: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt, Tietze, an das Deutsch-österreichische Staatsamt für Unterricht vom 27.12.1918 (Kopie).

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Ebd.

sogar die (provisorische) Führung der Direktionsgeschäfte<sup>63</sup>, Bukowski wurde am 30. Dezember 1918 entlassen<sup>64</sup>, nachdem die Argumentation der Reichsanstalt vom Staatsamt abgeschmettert worden war<sup>65</sup>. Gegen die Entlassung von Želízko, Skala und Spatny wurde seitens der Reichsanstalt hingegen kein Einwand erhoben<sup>66</sup>, in der ersten Nummer der „Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt“ 1919 wurden diese auch öffentlich verkündet<sup>67</sup>. Ende des Jahres 1918 wurde zudem im Hinblick auf den Beschluss des Kabinettsrates vom 2. Dezember 1918 verfügt, „das Dienstverhältnis aller auf Kriegsdauer aufgenommenen Aushilfskräfte“ aufzukündigen<sup>68</sup>.

Gleichzeitig legte Tietze am 16. Dezember auch eine abschließende Liste der an der Reichsanstalt in den deutschösterreichischen Staatsdienst überführten Bediensteten vor<sup>69</sup>. Ende Dezember traten Tietze und Vacek wie angekündigt in den Ruhestand über<sup>70</sup>; über eine etwaige Nachbesetzung ihrer Stellen wurde vom Staatsamt eine „Schlussfassung“ in Aussicht gestellt<sup>71</sup>. Am 1. Jänner 1919 fanden sich somit folgende Personen – in alphabetischer Reihenfolge genannt – im Personalstand der Reichsanstalt: Ampferer (Geologe), Dreger (Chefgeologe), Eichleiter (Chemiker), Felix (Laborant), Geyer (Chefgeologe), Girardi (Kanzleioffiziantin), Götzinger (Assistent), Hackl (Assistent), Hammer (Geologe), Kerner (Chefgeologe), Lauf (Zeichner), Spengler (Praktikant), Ulbig (Amtsdiener), Waagen (Geologe), Ohnesorge (Adjunkt), Beck (Adjunkt), Veters (Adjunkt), Sander (Assistent)<sup>72</sup>.

In der Folge blieb das Verhältnis zwischen der Reichsanstalt und der Zentralstelle konstant um die Problemkreise Stellenplan und Vergütungsfragen angesiedelt – was sich auch in den mit 18. Jänner 1919 einsetzenden Protokollen widerspiegelt. Im Archiv der Geologischen Bundesanstalt haben sich zahlreiche Eingaben zu Remunerationen, Vergütungen, Teuerungszulagen<sup>73</sup>, Berechnungen von Vorrückungstichtagen oder (kriegsbedingte)

<sup>63</sup> Siehe hier im Detail meine Ausführungen: Krenn, Martin: Carl Diener (1862-1928) – Ein „Beinahe-Direktor“ der Geologischen Bundesanstalt in den ersten Jahren der österreichischen Republik. In: Jahrbuch der Geologischen Bundesanstalt 2015.

<sup>64</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 773/1918: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an Gejza von Bukowski vom 30.12.1918 (Abschrift). Siehe auch Verhandlungen 1/1919, S. 1.

<sup>65</sup> Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Unterrichtsministerium, Allgemeiner Reihe, Karton 3362 (altes Faszikel 2992), Zl. 3699/1918: Legatur-Bericht auf dem Mantelbogen vom 30.12.1918: „Ungeachtet der von der Direktion für die Weiterbelassung der Chefgeologen Gejza von Bukowski und Dr. Karl Hinterlechner ins Treffen geführte [sic] Argumente wäre mit deren sofortigen Enthebung vorzugehen.“

<sup>66</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 749/1918: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt vom 16.12.1918. – Spatny verlor in der Folge auch seine Dienstwohnung (siehe GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 96/1919: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt in Wien vom 3.2.1919).

<sup>67</sup> N.N.: Vorgänge an der Anstalt. In: Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt Nr. 1/1919, S. 1.

<sup>68</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 772/1918: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an die Geologische Reichsanstalt vom 27.12.1918.

<sup>69</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 728/1918: Namensverzeichnis sämtlicher in den deutsch-österreichischen Staatsdienst übernommener Bediensteter der Geologischen Reichsanstalt in Wien.

<sup>70</sup> Siehe GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 768/1918: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an die Geologische Reichsanstalt in Wien vom 29.12.1918.

<sup>71</sup> Ebd.

<sup>72</sup> Rekonstruiert aus GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 55/1919: Zirkularliste in Angelegenheit der Reiselegitimationen, o.D. [Jänner 1919].

<sup>73</sup> Siehe etwa GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 766/1918: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an die Geologische Reichsanstalt vom 24.12.1918.

Anrechnungen auf den zu erwartenden Ruhegenuss erhalten<sup>74</sup>, daneben auch immer wieder Bewerbungen auswärtiger Geologen, die jedoch allesamt abschlägig beantwortet werden mussten. Im Dezember 1918, um jetzt nur einen Fall exemplarisch heranzuziehen, stellte auch der deutsche Geologe Friedrich Schuh, der 1913 an der Universität Freiburg mit der Arbeit „Geologische Beschreibung der Gegend von Saignelégier und les Pommerats mit einem Anhang zur allgemeinen Juratektonik“ promoviert hatte, „nach Rücksprache mit Prof. Diecke in Freiburg, dessen Schüler ich bin und mit Oberbergrat Reis in München“ die Anfrage, „ob ich als Geologe in der österr. Reichsanstalt eine Anstellung finden kann“<sup>75</sup>. Die Direktion der Reichsanstalt sah sich jedenfalls unter Verweis auf entsprechende Vorgaben des Staatsamtes für Unterricht gezwungen, „von der Neuaufnahme von Geologen für unsere Anstalt“ absehen zu müssen<sup>76</sup>. Schuh nahm die Absage sichtlich sportlich, habilitierte sich bereits 1920 an der Universität Rostock mit einer Arbeit über „Magnetische Messungen im südwestlichen Mecklenburg als Methode geologischer Forschung“ und wirkte ab 1924 als ao. Professor an den Universitäten Freiburg und Rostock, ab 1935 bis zu seiner Emeritierung 1946 schließlich als ordentlicher Professor für Geologie und Paläontologie an der Universität Münster<sup>77</sup>.

### **Die Devise maximaler Sparsamkeit**

Die Finanzlage des neuen Staates erlaubte es der Reichsanstalt auch in der Folge nicht, das enge Korsett des „Aufnahmestopps“ zu sprengen. Am 21. Dezember 1918 legte das Staatsamt nochmals nach und ließ allen ihm unterstehenden Ämtern und Anstalten wissen, dass der Staatshaushalt auch in nächster Zeit keinerlei Spielraum lasse. Demgegenüber wurde die Devise ausgegeben: „Sparsamkeit und ökonomische Wirtschaftsführung ist strengste Pflicht aller anweisenden Behörden.“<sup>78</sup> Operative Lenkungsbehörde war nunmehr das Staatsamt für Finanzen, dem bei allen Personaldiskussionen die Letztentscheidung zukam<sup>79</sup>. Von direkter Relevanz für die Reichsanstalt war auch, dass Remunerationen nur noch „nach Maßgabe des unabweisbaren Bedarfes angewiesen werden“ durften<sup>80</sup>. Gleichzeitig wurde auch bereits die „Bedachtnahme auf Personalreduktionen“ eingemahnt<sup>81</sup>.

Die Sparschraube sollte darüber hinaus auch ausgabenseitig angezogen werden. So wurde die Reichsanstalt Ende Dezember 1918 angewiesen, „strengstens Vorsorge zu treffen, daß die Beheizung und Beleuchtung in den dortämtlichen Räumen auf das notwendigste, jedenfalls

---

<sup>74</sup> Siehe etwa GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 718/1918: Der Staatssekretär für Unterricht, Pacher, an die Geologische Reichsanstalt vom 6.12.1918 (Abschrift): Richtlinien für die begünstigte Anrechnung der Dienstzeit der deutschösterreichischen Zivilbediensteten während des Krieges bei der Bemessung des Ruhegenusses.

<sup>75</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 733/1918: Friedrich Schuh an Emil Tietze vom 10.12.1918.

<sup>76</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 733/1918: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt, Geyer, an Friedrich Schuh vom 13.12.1919 (Kopie).

<sup>77</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium: [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_person\\_00003460](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_person_00003460), zuletzt abgerufen 18.11.2015.

<sup>78</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 742/1918: Der Staatssekretär für Unterricht, Pacher, an die Geologische Reichsanstalt vom 21.12.1918: Beilage: Grundsätze für die Gebahrung in der Zeit vom 1. November 1918 bis 30. Juni 1919, S. 1.

<sup>79</sup> Ebd., S. 2.

<sup>80</sup> Ebd.

<sup>81</sup> Ebd.

aber auf annähernd die Hälfte des gegenwärtigen Verbrauches beschränkt werde“<sup>82</sup>. Auch sollte in Erwägung gezogen werden, „mit Einbruch der Dunkelheit d.i. um 4 Uhr nachmittags zu schließen“, die Gasbeheizung „ausschließlich auf die Vormittagsstunden zu beschränken“ und selbige „in den Stiegenhäusern und Gängen einzustellen“<sup>83</sup>. Das wiederum erachtete Tietze in seiner Replik als nicht leistbar. Am letzten Tag des Jahres gab er gegenüber dem Staatsamt zu bedenken, dass „eine nennenswerte weitere Reduzierung des Bedarfes“ an Beheizung und Beleuchtung unmöglich sei, widrigenfalls „die Anstalt und insbesondere das h.o. Laboratorium [...] zeitweise oder gar gänzlich gesperrt werden“ müsse<sup>84</sup>. Gleichzeitig gab er zu bedenken, dass „die Amtstätigkeit an der h.o. Anstalt in der vergangenen Winterperiode wegen ungleichmäßiger und ungenügender Beschickung mit Brennmaterial zeitweilig eingestellt war, welches Schicksal auch in der heurigen Winterperiode der Anstalt droht“<sup>85</sup>. Nach dem letzten Kriegswinter drohte nun auch ein „Republikswinter“.

## 5. Die Geologische Reichsanstalt im Jahr 1919

Das in struktureller Hinsicht wohl entscheidende Thema des Jahres 1919 stellte die Frage der weiteren Struktur der Reichsanstalt unter den geänderten verfassungspolitischen Bedingungen dar. Über die diesbezüglichen Diskussionen im Kreis der im Haus beschäftigten Geologen und die Diskussionen zwischen der Reichsanstalt und dem Staatsamt für Unterricht geben die Protokolle des Geologenrates luzide Auskunft. Details finden sich im Beitrag von Andreas Suttner.

Wenngleich es zu Beginn des Jahres 1919 noch keineswegs sicher aussah, was den Fortbestand der Reichsanstalt anbelangte<sup>86</sup> und Tietze seinem Jahresbericht 1918 die resignierenden Worte anfügte, wonach es „für mich, wie für uns Alle betrüblich [ist], daß unsere Anstalt der stattgehabten Ereignisse wegen nicht mehr im Stande sein wird, ihre alte Stellung voll zu behaupten“<sup>87</sup>, so bestand spätestens mit Ausgang der beiden großen zwischenstaatsamtlichen Enquetes vom 27. Februar und vom 19. März 1919 Klarheit über die Fortführung der Anstalt als eigenständiges Forschungsinstitut. So eröffnete der neue Unterstaatssekretär Otto Glöckel die Sitzung am 19. März mit der viel beachteten Bemerkung, dass die Geologische Reichsanstalt „ein Forschungsinstitut bleiben [müsse], jedoch mit stärkerer Betonung der praktischen Betätigung; es sei von größter Wichtigkeit, die Resultate

---

<sup>82</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 745/1918: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an die Geologische Reichsanstalt vom 19.12.1918.

<sup>83</sup> Ebd.

<sup>84</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 745/1918: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt, Tietze, an das Deutsch-österreichische Staatsamt für Unterricht vom 31.12.1918 (Konzept).

<sup>85</sup> Ebd.

<sup>86</sup> ÖStA, AVA, Kultus und Unterricht, Unterrichtsministerium, Allgemeine Reihe, Karton 3351 (altes Faszikel 2983), Zl. 5426/1919: Verhandlungsschrift über die in Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt am 27. Februar 1919 im Staatsamte für Unterricht abgehaltene zwischenamtliche Beratung, S. 2: Dort wird bezüglich der Einleitung durch Staatssekretär Pacher vermerkt: „Der Vorsitzende [= Pacher] begrüßt die Beratungsteilnehmer und führt im Wesentlichen aus, daß infolge der Verkleinerung des Staatsgebietes auch eine Neuanpassung der Geologischen Reichsanstalt an die dermaligen Verhältnisse eintreten müsse. Ob diese Anstalt als selbstständiges wissenschaftliches Institut weiter bestehen oder in einer anderen Form in Erscheinung treten soll, sei die Kardinalfrage.“

<sup>87</sup> Tietze: Jahresbericht für 1918, S. 44.

*der Wissenschaft in nahe Beziehung zu bringen*<sup>88</sup>. Damit war zumindest die Minimalforderung des von der Reichsanstalt in die Diskussion eingebrachten „Pro Memorias“ erfüllt, das als „leitenden Grundsatz“ die Eigenständigkeit der Reichsanstalt als „wissenschaftliches Forschungsinstitut“ zum nicht verhandelbaren Postulat erhoben hatte<sup>89</sup>. Der neu amtierende Direktor Geyer bereitete die Anstalt auf der anderen Seite auch auf Schwerpunktverschiebungen im Tätigkeitsprofil vor, könne man sich wohl „nicht der Vorstellung verschließen, daß es unter Umständen notwendig werden kann, wenigstens auf einer gewissen Strecke, prinzipiell vom altgewohnten Kurs abzuweichen, falls dies äußere Umstände erfordern sollten“ und daher die Anstalt „zeitweilig das Schwergewicht seiner Tätigkeit, mehr als dies in früheren Jahren geschah, nach der Seite einer erhöhten Auswirkung unserer aufgestapelten, rein wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Nutzen der praktischen Anwendung verschiebt“<sup>90</sup>.

Die allgemeinen Umstände der schweren wirtschaftlichen Lage, in der sich die Republik Deutschösterreich im Jahr 1919 wiederfand, ließen auch im Bereich der Unterrichtsverwaltung kaum mehr als eine „Mangelverwaltung“ zu. Gravierende budgetäre Probleme quälten das Staatsamt somit auch im Jahr 1919 und „prädeternierten“ das Verhältnis der Zentrale zu den ihr unterstehenden Dienststellen – was auch von der einschlägigen Fachpresse, etwa im Gestalt der „Täglichen Montan-Berichte“, nicht unbemerkt blieb<sup>91</sup>.

So scheiterte etwa der Versuch der Direktion der Reichsanstalt, die Hausmeisterin Antonie Rausch, die nebenbei auch den Dienst als (provisorische) Heizerin in der Rasumofskygasse versah, einer höheren Gehaltsklasse zuzuordnen, da Rausch nach Meinung des Staatsamtes die „Heizarbeiten offenbar nur nebenbei besorgt“ und daher „nicht dem Heizpersonal [...] zuzuzählen“ sei<sup>92</sup>. Immerhin aber bedeutete Ende Februar 1919 eine Mitteilung der Unterrichtsverwaltung einen leisen Hoffnungsschimmer für jene Ende 1918 entlassenen ehemaligen Bediensteten der Reichsanstalt – es sollte nämlich im Einvernehmen mit dem Staatsamt für Finanzen eine zentrale Personalvermittlungsstelle des Bundes geschaffen werden, weshalb detaillierte Auskünfte über jene Personen eingeholt wurden, die „der deutschösterreichische Staat gemäß den Richtlinien nicht übernehmen konnte, die er aber teils in Verwendung behalten oder genommen hat“<sup>93</sup>.

---

<sup>88</sup> ÖStA, AVA, Kultus und Unterricht, Unterrichtsministerium, Allgemeine Reihe, Karton 3351 (altes Faszikel 2983), Zl. 5426/1919: Verhandlungsschrift über die in Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt am 19. März 1919 im Staatsamte für Inneres und Unterricht abgehaltene zwischenamtliche Beratung, S. 2.

<sup>89</sup> Promemoria in Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt. In: Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt Nr. 2/1919, S. 45–50, hier S. 45.

<sup>90</sup> Geyer: Jahresbericht für 1919, S. 2.

<sup>91</sup> Tägliche Montan-Berichte Nr. 6 vom 9.1.1919, S. 1: „Durch die Pensionierungen und durch den Umstand, daß die hauptsächlichsten Vertreter der praktischen Geologie den Dienst der Reichsanstalt verlassen und an die Hochschulen gegangen sind [...], verliert die Anstalt sehr in einer Richtung, deren Pflege der heimische Bergbau befördert zu sehen gewünscht hat. Hoffentlich gelingt es dem neuen Leiter, Ersatz zu schaffen und tüchtige junge Kräfte für dieses Fach heranzuziehen.“ Siehe hier auch GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 31/1919.

<sup>92</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 35/1919: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt in Wien vom 9.1.1919.

<sup>93</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 151/1919: Der Staatssekretär für Unterricht, Pacher, an die Geologische Reichsanstalt vom 25.2.1919.

Damit verbunden war auch die Einführung einer einheitlichen Personalstatistik im Staatsamt für Finanzen<sup>94</sup>, wobei die diesbezüglich hinterlassenen Aktennotizen der Direktion eine spannende Momentaufnahme der Besoldungslage der einzelnen Geologen der Reichsanstalt erlauben: Spitzenverdiener mit Stand Mitte März 1919 war demnach Eichleiter als Vorstand des chemischen Laboratoriums, der auf einen Jahresbezug von 13.262 Kronen kam (was einem heutigen Geldwert von ca. 2.387 Euro entspricht und aufgrund der Inflation damit nur noch die Hälfte des Wertes aus dem Vorjahr repräsentierte<sup>95</sup>), gefolgt von Dreger (12.266 Kronen) und Hammer (11.558 Kronen). Zum Vergleich: Tietze ging 1918 mit einem Jahresverdienst von 15.436 Kronen in Pension, Veters verdiente 1919 7.524 Kronen, Spengler – an der untersten Stufe der Hierarchie angesiedelt – immerhin noch 4.756 Kronen<sup>96</sup>. Insgesamt verringerten sich die Personalaufwendungen für die wissenschaftlichen Beamten beträchtlich: 1918 wurden noch 140.872 Kronen für die entsprechende Entlohnung der Geologen ausbezahlt, 1919 wurde mit 123.674 Kronen kalkuliert<sup>97</sup>. Der Gesamtaufwand des Staatsamtes für Unterricht für die Geologische Reichsanstalt wurde für die Jahre 1919/1920 übrigens mit 206.770 Kronen budgetiert<sup>98</sup>. Dies ist vor dem Hintergrund aufschlussreich, dass die Direktion der Reichsanstalt den Schätzwert ihrer inneren Einrichtung in der Rasumofskygasse 23 mit 417.700 Kronen angegeben wurde, wobei hier die Sammlung der hauseigenen musealen Sammlung aus der Schätzung ausgenommen wurde<sup>99</sup>.

An eine Wiederaufnahme oder gar Neuaufnahme von Personal war jedoch zunächst weiterhin nicht zu denken. Dies führte zu dringenden Eingaben der Direktion an das Staatsamt, wobei erstere insbesondere die Tatsache bemängelte, dass von sechs vorgesehenen Dienerstellen lediglich zwei besetzt seien<sup>100</sup>. Es bestand für Geyer durchaus unmittelbarer Handlungsbedarf, und zwar sowohl im Hinblick auf den allgemeinen Betrieb, auf die Führung des hauseigenen Museums wie auf die hygienischen Zustände (so lasse „*die Reinlichkeit in den Anstaltsräumen viel zu wünschen übrig*“<sup>101</sup>), wobei Geyer letztlich unmissverständlich klar stellte: „*Die Fortführung des Betriebes in den ausgedehnten Räumen der Geologischen Reichsanstalt, einer Anstalt, die aus 2 großen Gebäuden besteht und 1 großes chemisches Laboratorium und ein Museum umfaßt, ist weiterhin mit nur 4 Dienerkräften technisch nicht durchführbar.*“<sup>102</sup> Noch im November 1919 wandte sich die Reichsanstalt mit der dringenden Bitte an das Staatsamt, zwei weitere systemisierte Dienerstellen zur Nachbesetzung freizugeben<sup>103</sup>.

---

<sup>94</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 316/1919: Der Unterstaatssekretär für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt vom 14.5.1919.

<sup>95</sup> Österreichische Nationalbank: VPI Börsenkurier.

<sup>96</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 316/1919: Tabellarisches Verzeichnis der Direktion der Geologischen Reichsanstalt mit statistischen Daten der Hausbediensteten (Konzept), o.D. [Juni 1919].

<sup>97</sup> Ebd.

<sup>98</sup> Staatsvoranschlag des Staates Deutschösterreich für das Verwaltungsjahr 1919/20, 3. Teilheft zu Gruppe VIII: Inneres und Unterricht: Unterricht und Kunst. Wien 1919, S. 101.

<sup>99</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 21/1919: Nachweis über den Schätzwert der inneren und wissenschaftlichen Einrichtung der Geologischen Reichsanstalt in Wien nach dem Preisstande im Juli 1914 (Konzept), 29.1.1919.

<sup>100</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 270/1919: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt an das Deutschösterreichische Staatsamt für Unterricht vom 9.5.1919 (Konzept).

<sup>101</sup> Ebd.

<sup>102</sup> Ebd.

<sup>103</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 647/1919: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt, Geyer, an das Staatsamt für Unterricht vom 21.11.1919 (Konzept).

Im Frühjahr 1919 war der Spielraum des Staatsamtes jedenfalls eingeschränkt. Im Gegenteil, sah man sich am Minoritenplatz gezwungen, die Direktion aufgrund der kritischen Lage der Kohlenversorgung mit einer „*unvermeidliche[n] Verschärfung der bestehenden Sparmassnahmen beim Verbrache von Gas und elektrischer Energie*“ zu konfrontieren<sup>104</sup>. Für die Reichsanstalt bedeutete dies, dass jeglicher Verbrauch von Gas zur Raumbeheizung verboten wurde. Als Arbeitsbeginn wurde nunmehr (frühestens) 9 Uhr festgelegt, die Beleuchtung der Arbeitsräume nur noch bis längstens 17:30 Uhr gestattet<sup>105</sup> (im Sommer wurde die Dienstzeit zwischen 8 und 14 Uhr gelegt<sup>106</sup>). Zur Sparsamkeit wurde auch im Hinblick auf die Courtoisie bei der amtlichen Korrespondenz angehalten; so sollten die bisher üblichen Höflichkeitsformeln und Ergebnheitsfloskeln ausnahmslos entfallen und nur noch jene im Gebrauche stehen bleiben, die „*im Rahmen des guten Tones liegen*“<sup>107</sup>. Immerhin aber konnte „*aus Anlass der dermalen noch fortbestehenden, durch den Krieg geschaffenen besonders ungünstigen Verhältnisse*“ den Bediensteten der Reichsanstalt neben der standardmäßig ausbezahlten Teuerungszulage auch ein einmaliger Zuschuss zum Gehalt gewährt werden<sup>108</sup>. Ebenso konnte aufgrund der „*gegenwärtigen, für die Staatsbediensteten besonders drückenden Lebensverhältnisse und der dermaligen schwierigen wirtschaftlichen Lage dieser Bediensteten*“ vom Staatsamt für Unterricht erfolgreich eine Ermäßigung für Fahrten auf den Linien der österreichischen Staatsbahnen im Umfang von 50 Prozent des regulären Fahrpreises ausgehandelt werden<sup>109</sup>. Gegenüber dem Staatsamt für Verkehrswesen wurde seitens der Direktion zudem darauf gedrängt, dass die Geologen auf ihren Dienstreisen eine privilegierte Behandlung durch die staatliche Eisenbahn erhalten sollten: „*Da die Beamten und Angestellten der Geologischen Staatsanstalt [sic] sehr häufig Dienstreisen zu unternehmen gezwungen sind, und da deren Dienstreisen zumeist mit ungewöhnlich grossen körperlichen Strapazen verbunden sind*“, ersuchte Eichleiter in Vertretung des Direktors am 11. September 1919 darum, den Angestellten der Reichsanstalt „*Passierscheine zur vorzeitigen Besteigung des Zuges*“ zu gewähren<sup>110</sup>.

In einem anderen Fall blieb das Staatsamt für Inneres und Unterricht hartnäckig: Wie schon 1918 wurde darauf hingewiesen, dass individuelle, gleichsam „wilde“ Einmietungen einzelner Behörden ohne vorherige Genehmigung durch das Staatsamt bzw. die Staatsgebäudeverwaltung – als republikanische Vorgängerin der heutigen BIG (Bundesimmobiliengesellschaft) – strikt zu unterlassen seien<sup>111</sup>. Die Reichsanstalt konnte in

---

<sup>104</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 175/1919: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an die Geologische Reichsanstalt in Wien vom 12.3.1919.

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 379/1919: Der Unterstaatssekretär für Unterricht an die Geologische Reichsanstalt vom 28.6.1919.

<sup>107</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 233/1919: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Unterricht an die Geologische Reichsanstalt vom 8.4.1919.

<sup>108</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 260/1919: Der Unterstaatssekretär für Unterricht an die Geologische Reichsanstalt vom 22.4.1919.

<sup>109</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 302/1919: Der Unterstaatssekretär für Unterricht an die Geologische Reichsanstalt vom 22.5.1919.

<sup>110</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 520/1919: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt, Eichleiter, an das Staatsamt für Verkehrswesen vom 11.9.1919 (Kopie).

<sup>111</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 445/1919: Der Unterstaatssekretär für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt vom 28.7.1919.

diesem Punkt allerdings auf ein ruhiges Gewissen blicken und die Zuschrift des Staatsamtes ad acta legen<sup>112</sup>.

### **Aufnahmsgeologen und Geologenaufnahmen**

Ansonsten sah man sich mit der Abarbeitung der 1918 verabschiedeten Beschlüsse beschäftigt, so etwa der begünstigten Anrechnung der Dienstzeit während des Krieges für die Vorrückung in höhere Bezüge<sup>113</sup>. Daneben hatte sich das Staatsamt auch immer mit individuellen Anträgen einzelner Mitarbeiter der Reichsanstalt auseinanderzusetzen, die implizit auch ein wahres Zeitpanorama entwerfen. Im Juli 1919 etwa erreichte ein Schreiben von Vettters den Minoritenplatz, worin er, Vettters, um Gewährung einer Kurkostenaushilfe im Umfang von 800 Kronen bat. Der Gefertigte sei nämlich

*„seit längerer Zeit an Kniegelenksexudaten und Oedemen in Folge Unterernährung erkrankt und steht seit mehr als einem Monat in ärztlicher Behandlung. Zur Wiederherstellung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit wurde ihm ausser Heilbädern [...] und Massagen vor Allem ausgiebige Fleischnahrung verordnet. Bei den jetzt in Wien herrschenden Ernährungsverhältnissen ist diese aber nur bei Verköstigung im Gasthaus erhältlich.“*<sup>114</sup>

Gleichzeitig führte Vettters ins Treffen, dass *„die Preise für die dringendsten Lebensbedürfnisse derartig hohe sind, dass der Gehalt des Gefertigten samt allen Zulagen kaum ausreicht, für seine vierköpfige Familie die notwendigsten Lebensmittel etz. zu bezahlen“* und er daher *„nicht in der Lage [ist], die eben angeführten Heilmittel zu gebrauchen und die verordnete Kost sich zu verschaffen“*<sup>115</sup>. – Das Staatsamt bewilligte eine einmalige Aushilfe von 600 Kronen<sup>116</sup>.

Auch in einem anderen Fall zeigte sich das Staatsamt kulant. Ebenso wie andere Einrichtungen war auch die Geologische Reichsanstalt von den in Wien tätigen Liquidierungskommissionen der Nachfolgestaaten der Habsburger-Monarchie betroffen. Vor dem Friedensvertrag von Saint Germain, der in Artikel 208 die Eigentumsverhältnisse für jeglichen Besitz, der der vormaligen k.k.-(cisleithanischen)-Regierung gehörte und auf österreichischem Territorium gelegen ist, zugunsten der Republik Österreich klärte<sup>117</sup>, hatte die Auffassung vorgeherrscht, dass eine gemeinsame Liquidationsmasse bestehe und den

<sup>112</sup> Ebd., Amtsvermerk Dreger vom 5.8.1919.

<sup>113</sup> Siehe das umfassende Material unter GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 190/1919, auch Zl. 192/1919.

<sup>114</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 436/1919: Hermann Vettters an das deutschösterreichische Unterrichtsamt vom 6.7.1919.

<sup>115</sup> Ebd.

<sup>116</sup> Ebd.: Deutschösterreichisches Staatsamt für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt in Wien vom 23.7.1919.

<sup>117</sup> Staatsgesetzblatt Nr. 303/1920: Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919, Artikel 208: *„Die Staaten, denen ein Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie übertragen wurde oder die aus dem Zerfall dieser Monarchie entstanden sind, erwerben alles Gut und alles Eigentum das der ehemaligen oder der gegenwärtigen österreichischen Regierung gehörte und auf ihren Gebieten gelegen ist. Im Sinne des gegenwärtigen Artikels gehören zum Besitz und Eigentum der ehemaligen oder gegenwärtigen österreichischen Regierung: das Vermögen des ehemaligen österreichischen Kaiserreiches, der Anteil dieses Reiches an dem gemeinsamen Besitz der österreichisch-ungarischen Monarchie, alle Krongüter sowie das Privatvermögen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Herrscherfamilie.“*

Sukzessionsstaaten der Monarchie aliquot zustehe<sup>118</sup>. Anders als etwa bei den Archivinstitutionen des ehemaligen Habsburgerstaates<sup>119</sup> sind derartige Ausfolgungen für die Reichsanstalt jedoch nicht überliefert – und wurden nach Selbstauskunft der Direktion auch nicht getätigt<sup>120</sup>

Wohl aber wurde sie indirekt mit diesem Problemkreis konfrontiert, da der vormalige Inhaber der Präparatorenstelle, Franz Spatny, in der Zwischenzeit in den Dienst der tschechoslowakischen Liquidierungskommission getreten war und nun um Weiterbelassung seiner Dienstwohnung ersuchte<sup>121</sup>. Spatny konnte sich dabei auf gewichtige Unterstützung des tschechoslowakischen Außenministeriums berufen, dessen Interventionen beim deutschösterreichischen Staatsamt für Äußeres wiederum eine positive Rezeption erfuhren<sup>122</sup>. Aus „Billigkeitsgründen“ sollte Spatny daher nach Meinung der Staatsämter des Äußeren und des Unterrichts das provisorische Wohnrecht eingeräumt werden, wobei seine „*vieljährige befriedigende Dienstleistung*“, die „*Geringfügigkeit seiner Bezüge*“ sowie die „*Schwierigkeit, eine andere Wohnung in Wien zu beschaffen*“ ins Treffen geführt wurden<sup>123</sup>. Der Direktion der Reichsanstalt blieb vor diesem Hintergrund gar keine andere Wahl, als ebenfalls dem Ansuchen zu entsprechen, jedoch nicht ohne die Bemerkung anzuschließen, dass „*diese Benützung von Wohnräumen der Anstalt nur eine vorläufige bleiben darf, da durch den dringend erbeteten Ersatz unserer Dienstkräfte in hoffentlich nicht ferner Zeit ein Bedarf an Wohnungen für die neu ernannten Amtsdienner entstehen wird*“<sup>124</sup>. Dies wurde spätestens mit der Ernennung von Josef König zum Nachfolger Spatnys als Präparator am 17. Juni 1919 virulent<sup>125</sup>. Allerdings wurde in der Folge nicht König die Spatny-Wohnung zugewiesen, sondern dem Laboranten Johann Felix<sup>126</sup>.

Unbenommen von Kostendruck und Struktur-Diskussionen kam die fachliche Arbeit nicht zum Erliegen. Auch hier galt es zunächst, der Reorganisation des Staatswesens Genüge zu tun. So unterstützte die Geologische Reichsanstalt etwa das deutschösterreichische Staatsamt für Landwirtschaft in dessen Bemühen bei der Feststellung von Kalk- und Mergellagern in Österreich, da nach Auskunft des Staatsamtes „*die in Ausbeutung stehenden Kalk- und*

---

<sup>118</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 363/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Geologische Reichsanstalt vom 16.6.1920.

<sup>119</sup> Siehe hier allgemein Huguenin-Bergénat, Yves: Kulturgüter bei Staatensukzession. Die internationalen Verträge Österreichs nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie im Spiegel des aktuellen Völkerrechts. Berlin/New York 2010.

<sup>120</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 363/1920: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt, Geyer, an das Staatsamt für Inneres und Unterricht vom 28.6.1920 (Konzept). Demnach wurden seitens der Anstalt „*keinerlei Inventargegenstände an die Nationalstaaten abgegeben*“.

<sup>121</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 261/1919: Deutschösterreichisches Staatsamt für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt vom 26.4.1919.

<sup>122</sup> Ebd.

<sup>123</sup> Ebd.

<sup>124</sup> Ebd.: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt, Geyer, an das Staatsamt für Unterricht (Konzept), o.D. Siehe auch GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 504/1919: Der Unterstaatssekretär für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt vom 1.9.1919. Demnach verfügte das Staatsamt, dass die Wohnung Spatnys „*längstens bis zum Novembertermin zu räumen sein*“ würde.

<sup>125</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 356/1919: Deutschösterreichisches Staatsamt für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt in Wien vom 17.6.1919. Siehe auch Geyer: Jahresbericht für 1919, S. 7.

<sup>126</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 506/1919: Der Unterstaatssekretär für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt in Wien vom 1.9.1919.

*Mergellager nicht genügen, um den Bedarf der Landwirtschaft an Dungkalk zu decken*<sup>127</sup>. Am 17. April 1919 reichte die Direktion den Arbeitsplan für die geplanten sommerlichen Neuaufnahmen, Revisionsarbeiten und Spezialuntersuchungen ein, der Anfang Juni vom Staatsamt vollinhaltlich genehmigt wurde<sup>128</sup>. Der Reichsanstalt wurde hierfür ein Sondererlag von 20.830 Kronen zur Bestreitung der Reisekosten, Diäten und Materialanschaffungen genehmigt<sup>129</sup>. Über das wissenschaftliche Aufnahms-Programm des Jahres 1919 gibt Geyer in seinem Jahresbericht detaillierte Auskunft<sup>130</sup>. Als Erfolg konnte Geyer hierbei die Erhöhung der pauschalierten Reisediäten von 16 auf 40 Kronen verbuchen<sup>131</sup>. Nicht zuletzt unterstützte das Staatsamt für Volksernährung die im Feld tätigen Geologen der Reichsanstalt durch Naturalzuweisungen von Mehl und Reis<sup>132</sup>.

Im August 1919 kam es schließlich auch zur ersten wissenschaftlichen Neubesetzung an der Reichsanstalt. Mit Wirkung 19. August ernannte Unterstaatssekretär Glöckner den Bibliotheksassistenten an der Universitätsbibliothek Wien, Alphons Maluschka, zum Bibliothekar II. Klasse an der Reichsanstalt<sup>133</sup>. Damit konnte die Neubesetzung der Bibliothekarsstelle, die seit dem Tod von Matosch im Mai 1918 vakant geblieben war, erfolgreich durchgeführt werden; auch für Maluschka ging damit eine Zeit längeren Zuwartens vorüber, hatte er sich doch bereits im Oktober 1918 (in auffallend forschender Manier) für die Stelle beworben<sup>134</sup>. Derweil blieb die umkämpfte Frage der künftigen Führung der Reichsanstalt (siehe hier die Protokolle) ungelöst und wurde das „Interregnum“ von Geyer, der sich eigentlich schon in Pension befand, prolongiert. Glöckel bedankte sich bei Geyer explizit für die *„bisherige Führung der Direktionsgeschäfte“* und betraute ihn auch über das Jahr 1919 hinaus *„bis auf Weiteres mit der Leitung dieser Anstalt“*, wofür ihm zusätzlich zu seiner Pension eine Personalzulage von 800 Kronen sowie eine Jahresremuneration von 1.000 Kronen zugebilligt wurden<sup>135</sup>.

Im Herbst 1919 versuchte das Staatsamt, eine bevorzugte Versorgung mit Brennstoffen für seine Angestellten in Wien zu erreichen – allerdings erfolglos, wie man der Reichsanstalt

<sup>127</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 129/1919: Deutsch-österreichisches Staatsamt für Landwirtschaft an die Geologische Reichsanstalt vom 13.2.1919.

<sup>128</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 350/1919: Deutschösterreichisches Staatsamt für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt vom 2.6.1919. Siehe auch GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 228/1919: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt, Geyer: Aufnahmsplan der Geologischen Reichsanstalt für das Verwaltungsjahr 1919-20 vom 11.4.1919 (Konzept).

<sup>129</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 350/1919: Deutschösterreichisches Staatsamt für Unterricht an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt vom 2.6.1919.

<sup>130</sup> Geyer: Jahresbericht für 1919, S. 11 ff.

<sup>131</sup> Geyer: Jahresbericht für 1919, S. 11.

<sup>132</sup> Ebd.

<sup>133</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 487/1919: Der Unterstaatssekretär für Unterricht, Glöckel, an die Direktion der Geologischen Reichsanstalt in Wien vom 19.8.1919. Siehe auch Geyer: Jahresbericht für 1919, S. 7.

<sup>134</sup> Ebd.: Alphons Maluschka an die Direktion der k.k. Geologischen Reichsanstalt vom 9.10.1919. Das vierzeilige Schreiben trägt folgenden Inhalt: *„Der Gefertigte ersucht um Verleihung der Stelle des Bibliothekars an der k.k. Geologischen Reichsanstalt in der IX. Rangs-Klasse, die durch den Tod des Bibliothekars Dr. Matosch im Mai 1918 erledigt worden ist.“* Eine Grußformel ist in diesem Schreiben nicht vorhanden. Siehe auch GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 131/1919: Die Direktion der Geologischen Reichsanstalt, Geyer, an das deutschösterreichische Staatsamt für Unterricht vom 19.2.1919 (Kopie), wo Maluschka für die Stelle vorgeschlagen und das Staatsamt *„um geneigte ehetunlichste Erledigung der Angelegenheit“* gebeten wird.

<sup>135</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 36/1920: Der Unterstaatssekretär für Unterricht, Glöckel: Dekret für Georg Geyer vom 20.12.1919 (Abschrift).

mitteilen musste. Das Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, welches für die Organisation der Brennstoff-Versorgung verantwortlich zeichnete, gab nämlich zu verstehen, dass eine „*Bevorrätigung der Privathaushalte mit Brennstoffen für den kommenden Winter in Anbetracht der anhaltend ungünstigen Kohleneinläufe nach Wien nicht möglich*“ sei<sup>136</sup>. Um allerdings „*den in Wien wohnhaften Staatsangestellten wenigstens den Bezug der nach den jeweiligen Verfügungen des Magistrates bemessenen laufenden Kohlenmengen zu sichern*“, führte man eine Aktion durch, die eine rayonmäßige Belieferung sicherstellen sollte<sup>137</sup>. Der staatseigene Fuhrpark wurde dabei herangezogen, um die Hauszustellung der Brennstoffe en gros zu bewerkstelligen, sodass „*die Staatsangestellten der Notwendigkeit erhoben werden, die kleinen Wochenmengen vom Kohlenhändler abzuholen*“ und die „*Versorgung jeweils auf längere Zeit hinaus gesichert*“ wäre<sup>138</sup>.

## 6. Die Geologische Staatsanstalt im Jahr 1920

Die schwere Wirtschaftskrise, in der sich Österreich im Jahr 1920 wiederfand, schlug sich auch im Betrieb der Geologischen Staatsanstalt nieder. Die grassierende Inflation – Anfang des Jahres 1920 repräsentierten 100 Kronen nur noch knapp 9 Euro, 1921 gar nur noch knapp 3 Euro<sup>139</sup> – trieb auch das veranschlagte Jahresbudget der Staatsanstalt in die Höhe, wo nun mit einem Aufwand von nicht weniger als 1,169.432 Kronen kalkuliert wurde, davon knapp 420.000 Kronen allein für Personalkosten<sup>140</sup>. Geyer sprach angesichts dieser Zahlen von einer „*abnorme[n] Teuerung*“, welche „*die Aufnahmestätigkeit im Gelände, nicht weniger aber auch das Ausmaß unserer Druckschriften beeinträchtigte*“<sup>141</sup>.

Dass obige Kalkulation allerdings nicht mit der wirtschaftlichen Realität Schritt hielt, zeigen die laufenden Eingaben der Staatsanstalt an das Unterrichtsamt mit den Ersuchen um Zuschüsse zum bewilligten Budget. Bereits im Februar musste die Direktion um Erhöhung der allgemeinen Mittel ersuchen, da die „*in allen Belangen eingetretene Preissteigerung*“ ein Arbeiten zu bisherigen Konditionen und Bedingungen verunmöglicht hatte<sup>142</sup>. Im Mai sah sich das Staatsamt veranlasst, der Staatsanstalt weitere 85.000 Kronen zur Bestreitung ihrer Auslagen zur Verfügung zu stellen<sup>143</sup>. Auch die Teuerungszuschläge mussten kontinuierlich

---

<sup>136</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 540/1919: Deutschösterreichisches Staatsamt für Inneres und Unterricht an die Geologische Reichsanstalt vom 12.9.1919, S. 1.

<sup>137</sup> Ebd., S. 1 f.

<sup>138</sup> Ebd., S. 2.

<sup>139</sup> Österreichische Nationalbank: VPI Börsenkurier. Die „schlimmen“ Inflationsjahre standen jedoch noch bevor: 1922 standen 10.000 Kronen für knapp 10 Euro, 1923 für ca. 4 Euro, 1924 für lediglich 3,60 Euro.

<sup>140</sup> Staatsvoranschlag der Republik Österreich für das Verwaltungsjahr 1920/21. 3. Teilheft in Gruppe VIII: Inneres und Unterricht: Unterricht und Kunst. Wien 1920, S. 182

<sup>141</sup> Geyer, Georg: Jahresbericht der Geologischen Staatsanstalt für 1920 (Bericht vom 25.1.1921). In: Verhandlungen der Geologischen Staatsanstalt Nr. 1/1921, S. 1–36, hier S. 1.

<sup>142</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 82/1920: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Geyer, an das Staatsamt für Unterricht vom 14.2.1920 (Konzept).

<sup>143</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 315/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Direktion der Geologischen Staatsanstalt in Wien vom 26.5.1920.

angepasst werden, weshalb es im ganzen Verlauf des Jahres 1920 zu Neuberechnungen der Entlohnungsschemata kam<sup>144</sup>.

In diesem Zusammenhang erwies sich die Hilfsaktion der „Sveriges Geologiska Undersökning“, also des zentralen schwedischen geologischen Dienstes, für die Geologische Staatsanstalt als Glücksfall. Die Schweden brachten Anweisungen auf Lebensmittel (Feinmehl, Margarine, Kondensmilch, Haferflocken, Corned beef) zur Geltung, die nun unter den bedürftigen Mitgliedern der Staatsanstalt zur Verteilung gelangten<sup>145</sup>. Ebenso zeigten sich andere geologische Institutionen (Preußische Geologische Staatsanstalt, Dansk geologisk Forening, US Geological Survey) und Einzelpersonen (Familie Mühlberg aus Aarau) mit der Staatsanstalt in Wien solidarisch und übermittelten so genannte „Liebesgaben“ zur Linderung der ärgsten Not<sup>146</sup>. Die Prekarität der wirtschaftlichen Verhältnisse jener Zeit zeigt sich auch in einer Anfrage des Staatsamtes für Heereswesen, das die Geologische Staatsanstalt um Amtshilfe bei der Bestimmung von Kohlensubstituten ersuchte. Infolge des herrschenden Kohlenmangels sei man nämlich *„vielfach genötigt Ersatzmittel wie Torf und Briquettes zu verwenden“*, deren Brennwert nun aber unsicher war<sup>147</sup>.

Der Personalstand konnte in diesem Jahr 1920 zumindest gehalten werden. Als Geologen waren Geyer, Dreger, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Ohnesorge, Beck, Vettors, Hackl, Götzinger, Sander und Spengler beschäftigt, als Vorstand des chemischen Laboratoriums amtierte weiterhin Eichleiter, als Bibliothekar nunmehr Maluschka<sup>148</sup>, der sich auch bereits um die Neustrukturierung der Bibliotheksbestände und die Wiederaufnahme des Schriftentauschs mit den entsprechenden fachlichen Institutionen im Ausland verdient machte<sup>149</sup>. Zum Personalstand zählten weiters Lauf als Zeichner, Girardi und Huber als Kanzleibeamte sowie Felix und Wallner als Unterbeamte, König als Präparator, Kreyca als Amtsdienner und Strohmer als Kanzleihilfe<sup>150</sup>. Insgesamt waren somit 23 Personen an der Staatsanstalt beschäftigt. Im März 1920 machte das Unterrichtsamt zudem den Weg für eine Neuaufnahme bereit: Der bisherige Volontär Arthur Winkler wurde als Praktikant an der Staatsanstalt zugelassen, wofür er in der Folge 3.000 Kronen Jahresgehalt bezog<sup>151</sup>. Am 14. April 1920 trat Winkler schließlich seinen Dienst an der Staatsanstalt an<sup>152</sup>. Auf Leitungsebene wurde Geyer abermals als

<sup>144</sup> Siehe etwa GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 381/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Direktion der Geologischen Staatsanstalt vom 26.6.1920 – mit dem neuen Gehaltsschema ab Juni 1920.

<sup>145</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 652/1920: Hilfsaktion des Schwedischen Roten Kreuzes für Österreich an die Geologische Staatsanstalt, o.D. [Ende Oktober 1920].

<sup>146</sup> Geyer: Jahresbericht für 1920, S. 6 f.

<sup>147</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 11/1920: Österreichisches Staatsamt für Heereswesen an die Geologische Reichsanstalt vom 5.1.1920.

<sup>148</sup> Siehe hier GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 136/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Direktion der Geologischen Staatsanstalt vom 3.3.1920 – mit der Aufschlüsselung der einzelnen Gehälter.

<sup>149</sup> Geyer: Jahresbericht für 1920, S. 34: Wieder aufgenommen werden konnte solcherart der Schriftentausch mit Deutschland, Schweiz, Niederlanden, Dänemark, Schweden, Norwegen, England, Italien, Spanien, Rumänien, Polen, Finnland sowie mit einzelnen nicht näher angeführten Institutionen in Asien, Afrika und Australien. Der Anfrage der Geologischen Staatsanstalt ablehnend gegenüber standen interessanterweise Frankreich und Belgien.

<sup>150</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 136/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Direktion der Geologischen Staatsanstalt vom 3.3.1920.

<sup>151</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 174/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, Der Unterstaatssekretär Glöckel, an die Direktion der Geologischen Staatsanstalt vom 13.3.1920. Siehe auch Geyer: Jahresbericht für 1920, S. 3.

<sup>152</sup> Ebd.: Amtsvermerk Georg Geyer vom 17.4.1920.

provisorischer Direktor verlängert, wobei das Staatsamt Juni 1921 als Endtermin dieser Konstruktion postulierte<sup>153</sup>. Ihm zur Seite stand ab Juli 1920 Julius Dreger als offiziell ernannter Vizedirektor der Anstalt<sup>154</sup>. Geyer vertrat schließlich Österreich auch auf der Direktoren-Konferenz der deutschen geologischen Landesanstalten in Eisenach Anfang Oktober 1920, wofür ihm das Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten einen speziellen Reiseverlag über 2.000 Kronen gewährte<sup>155</sup>. Ende November 1920 erfuhr der Stand der Amtsdienerschaft zudem eine strukturelle Besserstellung – so wurde etwa festgehalten, dass sie in Hinkunft „zu Reinigungsarbeiten nicht mehr heranzuziehen sind“<sup>156</sup>.

In praktischer Hinsicht wurde vom Staatsamt nunmehr auch die Amtszeit für alle ihm unterstellten Ämter und Anstalten einheitlich geregelt. Demnach wurde eine siebenstündige Amtszeit von halb 9 vormittags bis halb 4 nachmittags festgesetzt; die Amtszeit sollte sich dabei „um den für die Mittagsmahlzeit etwa verbrauchten Zeitraum“ verlängern<sup>157</sup>. Dies hatte auch direkten Einfluss auf die bisher in großem Maß anfallenden Überstunden an der Anstalt, die bei einer Regelarbeitszeit von sechs Stunden am Tag geradezu zwingend aufgetreten waren<sup>158</sup>. Das Staatsamt gab nun auch zu bedenken, dass die Reduktion der Überstunden nicht Anlass zu „sachlich nicht begründeten Mehrdienstleistungen“ geben dürfe<sup>159</sup>. Gegen eine derartige Praxis solle seitens der Direktion „mit der grössten Rigorosität“ vorgegangen werden<sup>160</sup>. Diese Maßnahme führte zwar zur Ablehnung in anderen Dienststellen, wo die Angestellten weiterhin auf die Bezahlung der siebten Dienststunde als Überstunde drängten – an der Reichsanstalt schienen allerdings keine diesbezüglichen Beschwerden aufgetreten zu sein<sup>161</sup>. Auch im Hinblick auf die Urlaubsregelung trat nun wieder Normalität ein, indem das Staatsamt verfügte, Urlaube „in dem vor Kriegsausbruch üblichen Ausmaße“ – in der Regel 4 Wochen – zu bewilligen<sup>162</sup>. Eine diesbezügliche Urlaubsliste der Bediensteten der Staatsanstalt hat sich für das Jahr 1920 erhalten und erlaubt den wenig überraschenden Befund, dass auch im Jahr 1920 Juli und August die beliebtesten Urlaubsmonate waren<sup>163</sup>.

<sup>153</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 387/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an Georg Geyer vom 30.6.1920 (Abschrift).

<sup>154</sup> Geyer: Jahresbericht für 1920, S. 3.

<sup>155</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 663/1920: Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten an Direktor Georg Geyer vom 27.9.1920. Hier einliegend auch Geyers Protokoll von diesem Treffen. Siehe hier auch GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 527/1920 mit der Einladung an Geyer – Der Präsident der Geologischen Landesanstalt Preußen, Beyschlag, an Direktor Georg Geyer vom 30.8.1920 (Kopie) – sowie Geyers „Werbeschreiben“ beim Staatsamt für Unterricht sowie bei der Montanbehörde: Geyer an das Staatsamt für Inneres und Unterricht vom 24.9.1920 (Konzept) sowie an das Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und öffentliche Arbeiten vom 24.9.1924 (Konzept).

<sup>156</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 706/1920: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Geologische Staatsanstalt vom 26.11.1920.

<sup>157</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 199/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Geologische Staatsanstalt vom 6.4.1920.

<sup>158</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 276/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Geologische Staatsanstalt vom 11.5.1920.

<sup>159</sup> Ebd.

<sup>160</sup> Ebd.

<sup>161</sup> Siehe GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 677/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Geologische Staatsanstalt vom 16.12.1921.

<sup>162</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 307/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Geologische Staatsanstalt vom 25.5.1920.

<sup>163</sup> Ebd.: Rundschreiben der Geologischen Staatsanstalt inkl. Urlaubsliste, o.D. [nach 25.5.1920].

### **Liquidierungsfragen**

Die staatliche Konsolidierung der Republik Deutschösterreich sowie der Sukzessionsstaaten der ehemaligen Habsburger-Monarchie führte auch zur Formulierung von Ansprüchen auf Bestände der Staatsanstalt. Im April 1920 erreichte die Direktion eine Anfrage aus Slowenien, das die Frage einer möglichen Abtretung von Lehrbehelfen für die neu eingerichtete mineralogisch-geologische Lehrkanzel der Universität Laibach ventilerte und dabei gerne auf eine vollständige Sammlung des „Jahrbuchs“, der „Verhandlungen“ und der „Abhandlungen“ zurückgegriffen hätte<sup>164</sup>. Diese Reihen sollten ebenso abgetreten werden wie *„alle jene Originale der geologischen Karten (in welchem Maßstabe immer), die sich auf das gegenwärtig in der Verwaltung der Landesregierung für Slovenien befindliche Gebiet beziehen“*<sup>165</sup>. Während das Staatsamt nun die Auffassung vertrat, dass eine etwaige Abtretung nur gegen entsprechendes Entgelt in Frage käme<sup>166</sup>, ging Dreger namens der Staatsanstalt einen Schritt weiter. So hätten Originalkarten *„jedenfalls in unserer Anstalt [zu] verbleiben“*, allenfalls komme in Betracht, *„auf Kosten des Bestellers Kopien gerade gewünschter Blätter“* herzustellen<sup>167</sup>. Auch eine Herauslösung von Sammlungsbeständen aus dem Museum wollte er kategorisch ausschließen: *Von diesem Material „könnten wir, ohne unsere wertvollen, europäischen Ruf besitzenden Sammlungen zu einem kleinen ostalpinen Lokalmuseum herabzudrücken, nur überzählige Stücke an die neuen Nationalstaaten abgeben“*<sup>168</sup>. Die Direktion stellte sich hier auf die Grundlage des bereits erwähnten Artikels 208 des Staatsvertrags von Saint Germain.

Im August 1920 trat auch die offizielle Tschechoslowakei an die Staatsanstalt heran, um die Bedingungen für Ausfolgungen von Beständen zu erörtern<sup>169</sup>, nachdem eine „Privatinitiative“ der neu entstandenen Geologischen Landesinstituts der Tschechoslowakei unter Verweis auf die maßgebliche Federführung des österreichischen Außenamts im Sand verlaufen war<sup>170</sup>. Besonderes Augenmerk legte man neben den Publikationen der Staatsanstalt dabei auf die handkolorierten geologischen Originalmappen bis zum Jahr 1892, die sich *„auf das gesamte Ländergebiet der tschechoslowak. Republik beziehen“*, auf *„geologische Originalmappen und Reambulationen, welche seit dem Jahr 1892 auf dem Gebiete der tschechoslowak. Republik ausgeführt worden sind“* sowie auf die dazugehörigen Archivalien<sup>171</sup>. Das Staatsamt sah diese Anfrage nun differenziert: Zwar seien nach den Bestimmungen des (zu diesem Zeitpunkt noch nicht ratifizierten) bilateralen Abkommens Österreichs mit der Tschechoslowakei Materialien

<sup>164</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 218/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Direktion der Geologischen Staatsanstalt in Wien vom 16.4.1920. Beigeschlossen: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an das österreichische Staatsamt des Aeusseren in Wien (Abschrift), o.D.

<sup>165</sup> Ebd.

<sup>166</sup> Ebd.

<sup>167</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 218/1920: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Dreger, an das Staatsamt für Unterricht in Wien vom 26.4.1920 (Konzept).

<sup>168</sup> Ebd.

<sup>169</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 547/1920: Représentant de la République Tschécoslovaque dans la section d’Autriche de la Commission des réparations à Vienne an das Staatsamt für Inneres und Unterricht vom 20.8.1920 (Abschrift).

<sup>170</sup> Siehe hier GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 4/1920: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Geyer, an die Direktion der Geologischen Anstalt der tschechoslowakischen Republik (Konzept), o.D. [nach 5.1.1920].

<sup>171</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 547/1920: Représentant de la République Tschécoslovaque dans la section d’Autriche de la Commission des réparations à Vienne an das Staatsamt für Inneres und Unterricht vom 20.8.1920 (Abschrift).

tschechoslowakischer Provenienz bedingungslos und unentgeltlich auszufolgen<sup>172</sup>. Allerdings wollte das Staatsamt angesichts der eben noch nicht erfolgten Ratifizierung dieses Abkommens „eine Verpflichtung zur angestrebten Ausfolgung im vollen Umfange“ gerade nicht anerkennen. Im Gegenteil: Die Direktion wurde aufgefordert, „das dortseits entbehrliche Material abzustossen und hinsichtlich des angeforderten einen Wert repräsentierenden Materialen auch die Frage der Entgeltlichkeit zu erörtern“<sup>173</sup>. Geyer erachtete es in seiner inhaltlichen Stellungnahme allerdings als ein Ding der Unmöglichkeit, Originalkarten und Archivalien auszufolgen<sup>174</sup>. Begründet wurde dies mit dem „Autorenrecht der einzelnen Bearbeiter, welche die Karten hier im Hause für die Geologische Reichsanstalt ausgefertigt haben, so dass weder deren Provenienz noch deren Eigenschaft als tschechoslowakischer Kulturbesitz für eine Auslieferung oder etwa Rückerstattung herangezogen werden können“<sup>175</sup>. Auch Kopien dürften grundsätzlich nur im Haus angefertigt werden<sup>176</sup>. Nach nochmaliger Rückfrage des Staatsamtes, das sich etwa dafür interessierte, in welchem Vertragsverhältnis die Bearbeiter der Karten zur Reichsanstalt gestanden wären<sup>177</sup>, sah sich Geyer Ende November 1920 zudem zu der Präzisierung veranlasst, dass die geologischen Karten als historische Dokumente anzusprechen seien. Nachdem nun historisches Aufnahmsmaterial auch im Falle der Liquidierung des Militärgeographischen Instituts von der Ausfolgung ausgeschlossen blieb, dürften „umso weniger die geologischen Originalkarten unter die abzuliefernden Materialien eingereiht werden“<sup>178</sup>. Und im Hinblick auf die Autorenrechte gelte, dass es nichts zur Sache tue, wenn „jene Arbeiten seinerzeit von Beamten der Geologischen Reichsanstalt oder im Auftrage dieses Reichsinstitutes ausgeführt worden sind, ebenso wenig als dass das Urheberrecht eines staatlich angestellten Hochschullehrers bezüglich eines von ihm herausgegebenen Druckwerkes in Zweifel gezogen werden kann“<sup>179</sup>.

### **Wissenschaftliche Kontinuitäten**

Das sommerliche Aufnahmeprogramm der Reichsanstalt wurde auch im Jahr 1920 fortgeführt<sup>180</sup>. Über Details gibt abermals der Jahresbericht von Geyer Auskunft<sup>181</sup>, wobei in programmatischer Hinsicht dieses Mal der Fokus auf dem Bestreben lag, „die Arbeiten der Geologischen Staatsanstalt der Volkswirtschaft nutzbar zu machen“<sup>182</sup>. Allerdings litten die Arbeiten im Feld unter der bereits angesprochenen Teuerungswelle. Auch die nochmalige

---

<sup>172</sup> Ebd.: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Liquidierungs-Abteilung, an die Geologische Staatsanstalt in Wien vom 7.9.1920.

<sup>173</sup> Ebd.

<sup>174</sup> Ebd.: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Geyer, an das Staatsamt für Inneres und Unterricht vom 25.9.1920 (Konzept).

<sup>175</sup> Ebd.

<sup>176</sup> Ebd.

<sup>177</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 703/1920: Staatsamt für Inneres und Unterricht, Liquidierungs-Abteilung, an die Geologische Staatsanstalt in Wien vom 6.11.1920.

<sup>178</sup> Ebd.: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Geyer, an das Staatsamt für Inneres und Unterricht vom 29.11.1920 (Konzept).

<sup>179</sup> Ebd.

<sup>180</sup> Siehe den Schriftverkehr unter GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 382/1920.

<sup>181</sup> Geyer: Jahresbericht für 1920, S. 7 ff.

<sup>182</sup> Ebd., S. 1.

Erhöhung der Tagesdiäten auf 100 Kronen<sup>183</sup> konnte hier keine Abhilfe schaffen, sodass sich die Geologen schon bald nicht mehr in der Lage sahen, „mit den verfügbaren Reisezuschüssen ihre persönlichen Ausgaben zu bestreiten“<sup>184</sup>. Von einer „Erleichterung, beziehungsweise Förderung ihres Arbeitsfortschrittes durch die Benützung von Fahrmitteln oder die Hilfe von Gepäckträgern“, fügte Geyer an, „konnte schon gar nicht die Rede sein“<sup>185</sup> – der Grund, weshalb die Aufnahmen überhaupt bewältigt werden konnten, war für ihn vor diesem Hintergrund allein dem „opferwilligen wissenschaftlichen Eifer der Herren Aufnahmsgeologen“<sup>186</sup> geschuldet. Bezeichnenderweise schloss Geyer daher seinen Jahresbericht 1920 mit einem empathischen Appell an die politischen Verantwortungsträger der Republik ab, durch „entsprechende Anpassung unserer Dotationen an die heutigen Bedürfnisse die Weiterführung unserer Arbeiten im Gelände und die Herausgabe der damit zusammenhängenden Karten und Druckschriften auch unter diesen schwierigen Verhältnissen ermöglichen“ zu wollen<sup>187</sup>. Denn, so rief Geyer nochmals in grundsätzlicher Hinsicht in Erinnerung: „Die Wissenschaft von heute ist die Technik von morgen – der Aufwand für die Erhaltung der Forschungstätigkeit in ihrer Breite ist die Versicherungsprämie für unsere wirtschaftliche Zukunft.“<sup>188</sup>

## 7. Die Staatsanstalt im Jahr 1921

Auch im Jahr 1921 blieb die budgetäre Problematik an der Geologischen Staatsanstalt virulent. Der nach Geyer „hemmende Einfluß“ der allgemeinen Teuerung bewirkte etwa massive Einschnitte beim Umfang der hausinternen Publikationen, beim Ankauf von Fachliteratur oder bei der Anschaffung von Heizmaterial für die Arbeitsräume in der Rasumofskygasse<sup>189</sup>. Im März 1921 sah sich das Staatsamt für Unterricht zudem genötigt, gegen die „ungewöhnlich große Anzahl von ‚dringenden Staatsgesprächen‘ vorzugehen“<sup>190</sup>. Die Direktion der Staatsanwaltschaft wurde aufgefordert, durch „Einführung entsprechender Kontrollmaßnahmen auf die im allgemeinen Interesse gebotene Einschränkung“ dieser Telefonate zu achten und „solche Gespräche in Hinkunft im Falle wirklicher Dringlichkeit, d.h. nur dann, wenn sich die Angelegenheit infolge ihrer Besonderheit nicht mittels Telegramms oder auf schriftlichem Wege erledigen läßt, geführt werden“<sup>191</sup>.

Wesentlich drängender erschien für die Staatsanstalt allerdings das Problem der allgemeinen finanziellen Ausstattung. Nachdem die Direktion bereits Anfang des Jahres an das Staatsamt herantreten musste, um die Herausgabe der Jahrespublikationen und den Betrieb der Bibliothek sowie des Laboratoriums überhaupt noch (wenn auch mit reduzierter Agenda)

<sup>183</sup> Ebd., S. 7.

<sup>184</sup> Ebd.

<sup>185</sup> Ebd.

<sup>186</sup> Ebd.

<sup>187</sup> Ebd., S. 36.

<sup>188</sup> Ebd.

<sup>189</sup> Geyer, Georg: Jahresbericht der Geologischen Bundesanstalt für 1921 (Bericht vom 31.1.1922). In: Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt Nr. 1/1922, S. 1–44, hier S. 1.

<sup>190</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 180/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Geologische Staatsanstalt vom 18.3.1921.

<sup>191</sup> Ebd.

gewährleisten zu können, überwies das Staatsamt einen einmaligen Zuschuss im Ausmaß von 204.000 Kronen und nochmals 23.900 Kronen als Regiekostenpauschale<sup>192</sup>. Bei dieser Gelegenheit wurde der Leitung der Staatsanstalt jedoch nochmals eingeschärft, „*die tunlichste Einschränkung der Ausgaben und die möglichste Erhöhung der Einnahmen [...] im Auge zu behalten*“<sup>193</sup>. Die Direktion hatte die angesprochene Frage allerdings durchaus nicht vernachlässigt und bereits im Jänner 1921 beim Staatsamt eine Erhöhung der Verkaufspreise für ihre Druckschriften und Karten angesucht und zusätzlich die „*Neueinführung einer Gebühr für schriftliche Auskünfte an Privatpersonen*“ erbeten<sup>194</sup>. Der Erhöhung der Preise für die Publikationen folgte auch sogleich eine internationale Verstimmung, da die tschechoslowakische Gesandtschaft in Wien eine „*Lex specialis*“ zu Ungunsten der Tschechoslowakei erblickte<sup>195</sup>. Geyer sah nun keine Veranlassung, für die Tschechoslowakei eine Ausnahme zu machen und die notwendig gewordenen Preiserhöhungen wieder auszusetzen<sup>196</sup>.

In diesem Zusammenhang von Interesse ist auch die Tatsache, dass der Schriftentausch im Jahr 1921 bereits wieder annähernd das Vorkriegsniveau erreichte. Mit 89 wissenschaftlichen Instituten stand die Reichsanstalt 1921 im Tauschverkehr, wenngleich es öffentlich bedauert wurde, dass Frankreich und Belgien weiterhin auf ihrer ablehnenden Haltung beharrten<sup>197</sup>.

Diese Ermahnung des Staatsamtes zur einnahmenseitigen Sanierung der Anstalts-Finzen stand im Zusammenhang mit einer kaum mehr zu bestreitenden Finanzierung ihrer Grundausrüstung. So sah man sich am Minoritenplatz veranlasst, durch die „*ausserordentliche Steigerung der Brennstoffpreise*“ im Herbst und Winter 1921 Einschränkungen in der Beheizung der Amtsgebäude zu verfügen<sup>198</sup>. Die Reichsanstalt wurde daher ersucht,

*„für die grösstmögliche Sparsamkeit in der Verwendung der Brennstoffe Sorge zu tragen und Sparmassnahmen zu treffen, welche geeignet sind, unter Wahrung des gesundheitlichen Interesses der Angestellten den Bedarf an Brennstoffen auf das zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unerlässliche Mindestmass herabzusetzen“*<sup>199</sup>.

Wie bereits in den Jahren zuvor, sollten alle „*Ermessensausgaben*“, unter die auch die Heizkosten subsummiert wurden, radikal gekürzt werden.

---

<sup>192</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 200/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Direktion der Geologischen Staatsanstalt in Wien vom 23.3.1921.

<sup>193</sup> Ebd.

<sup>194</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 33/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Direktion der Geologischen Staatsanstalt vom 17.1.1921.

<sup>195</sup> Ersichtlich aus GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 324/1921: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Geyer, an das Bundesministerium für Inneres und Unterricht vom 10.6.1921 (Konzept).

<sup>196</sup> Ebd.

<sup>197</sup> Geyer: Jahresbericht für 1921, S. 42.

<sup>198</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 592/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Geologische Staatsanstalt vom 2.11.1921.

<sup>199</sup> Ebd.

### **Wissenschaftliche Tätigkeiten**

Im März wurde auch wieder der sommerliche Aufnahmsplan der Geologen zur Genehmigung vorgelegt und dieses Mal bereits kurze Zeit später vom Staatsamt vollinhaltlich bewilligt<sup>200</sup>. Der Aufnahmsplan sah zum größten Teil die Fortsetzung des festgelegten Arbeitsprogrammes vor. Abermals kam der Grundsatz volkswirtschaftlicher Verwertbarkeit zur Anwendung; so sollten „*einzelne bergwirtschaftlich hervorragende Zonen einer Spezialuntersuchung unterzogen*“ werden<sup>201</sup>. Vettters etwa sollte die Fortführung der geologischen Aufnahme des Tertiärs im Amstettner Bergland und im Anningergebiet besorgen, zudem die Neuaufnahme des Jungtertiärs im südlichen Teil von Blatt Krems zu beginnen. Gegebenenfalls sollte er auch mit den Aufnahmen für das Blatt Eisenstadt-Ödenburg ins Auge fassen<sup>202</sup>. Nicht zu vernachlässigen war auch die Beteiligung von Geologen der Staatsanstalt als Fachgutachter bei im Bau befindlichen Kraftwerksprojekten in den Alpen<sup>203</sup>. Im Detail gibt hier abermals der Jahresbericht von Geyer Auskunft<sup>204</sup>. Im Oktober genehmigte das Staatsamt in diesem Zusammenhang auch eine erhöhte Tagespauschale (von nunmehr 450 Kronen), wollte aber gleichzeitig diesen Mehraufwand durch eine Verkürzung der Aufnahmezeit der Geologen wieder hereingebracht wissen<sup>205</sup>. Es hätte sich nach den Vorstellungen der Zentralverwaltung daher um eine kostenneutrale Maßnahme handeln sollen, was nun aber von der Reichsanstalt kritisch hinterfragt wurde. 1921 etwa wollten mehrere Geologen die „*aussergewöhnlich günstige Herbstwitterung*“ dafür benutzen, um ihre Arbeiten in den Aufnahmegebieten noch weiter voranzutreiben<sup>206</sup>. Geyer bat daher im Gegenzug sogar um eine nochmalige Erhöhung des Gesamtbudgets für die Aufnahmsdiäten<sup>207</sup>. Angesichts des im September als realistisches Szenario angenommenen Staatsbankrotts – das Staatsamt für Unterricht wies die Direktion an, alle Ausgaben „*strengstens auf das Alleräußerste zu drosseln*“ und „*alle irgendwie aufschiebbarer Ausgaben, auch wenn sie voranschlagsmäßig gedeckt oder bereits bewilligt sind, unbedingt aufzuschieben*“<sup>208</sup> – blieb das Gesuch der Reichsanstalt hier allerdings ungehört. Das Staatsamt klärte vielmehr darüber auf, „*bei Anforderungen staatlicher Mittel für den Auszahlungsbedarf [...] die allerstrengste Einschränkung*“ obwalten zu lassen und im Gegenzug alle vorhandenen Kassenbestände „*sofort zur Abfuhr zu bringen*“<sup>209</sup>.

Neben den regulären, turnusmäßig durchgeführten Aufnahmstätigkeiten übernahm die Staatsanstalt auch im Jahr 1921 staatspolitisch heikle Aufträge, etwa die geologische

---

<sup>200</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 138/1921: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Geyer, an das Staatsamt für Inneres und Unterricht vom 3.3.1921 (Konzept) sowie GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 247/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Direktion der Geologischen Staatsanstalt in Wien vom 31.3.1921.

<sup>201</sup> Geyer: Jahresbericht für 1921, S. 8.

<sup>202</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 247/1921: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Geyer, an Hermann Vettters vom 1.5.1921 (Konzept).

<sup>203</sup> Geyer: Jahresbericht 1921, S. 3.

<sup>204</sup> Ebd., S. 8 ff.

<sup>205</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 559/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Direktion der Geologischen Anstalt vom 3.10.1921.

<sup>206</sup> Ebd.: Die Direktion der Geologischen Anstalt, Geyer, an das Bundesministerium für Inneres und Unterricht vom 19.10.1921 (Konzept).

<sup>207</sup> Ebd.

<sup>208</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 507/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Direktion der Geologischen Staatsanstalt vom 6.9.1921.

<sup>209</sup> Ebd.

Überprüfung der Grenzregulierung zwischen Österreich und Italien in der Umgebung des Plöckenpasses. Hier stellte die Staatsanstalt klar, dass die von Italien forcierte Axiallinie in der Struktur der karnischen Alpenkette das Gegenteil einer „Grenze entlang der Wasserscheide“ bilde, wie sie der Friedensvertrag von Saint Germain postulierte<sup>210</sup>. Zur Ablehnung einer derartigen Grenzführung bedurfte es nach Ansicht der Direktion jedenfalls „keiner geologischen Argumente“<sup>211</sup>.

### **Personalfragen**

In der Personalfrage gab es keine weiteren Bewegungen hinsichtlich Neuaufnahmen wissenschaftlicher Bediensteter. Immerhin aber wurden im Mai 1921 zwei niederrangige Bedienstete aufgenommen: der Unterbeamte Anton Pelech sowie der Amtsdienstler Wenzel Lastovka, die beide vom Militärliquidierungsamt kamen und der Geologischen Reichsanstalt nunmehr dienstzugeteilt wurden<sup>212</sup>. Allerdings kam es in der Frage der Vorrückung der Geologen in die nächsten Rangklassen zu intensiven Diskussionen mit dem Staatsamt<sup>213</sup>; die Staatsanstalt holte hierzu sogar Unterstützung von außen in Form der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten in Österreich ein, da sie zur Auffassung gelangt war, das Staatsamt würde „fällige Beförderungen durch verzögerte Erledigungen“ absichtlich hinaus schieben<sup>214</sup>. Geyer hielt hier im Sinne einer Sicherung der wissenschaftlichen Qualität an der Anstalt an einer großzügigen Regelung fest: „Um nun der Geologischen Staatsanstalt einen qualifizierten Nachwuchs zu sichern, die vorhandenen hochwertigen Kräfte zu erhalten und um drittens zu versuchen, dass durch spätere Überstellungen von Hochschulassistenten unter Beibehaltung ihrer Bezüge an der Anstalt unhaltbare Zustände eintreten, welche die wissenschaftliche Zusammenarbeit unmöglich machen würden“, müsse nach Ansicht der Direktion eine spezifische Vorrückungslogik zum Tragen kommen<sup>215</sup>. Die für das Jahr 1921 vorhandene Evaluierung des wissenschaftlichen Personals an der Staatsanstalt spiegelt jedenfalls die beinahe umfassende Zufriedenheit der Zentralstelle mit den Mitarbeiterleistungen wider<sup>216</sup>. Eine Ausnahme bildete hier allerdings Theodor Ohnesorge, dem eine vernichtende Beurteilung („minder entsprechend“<sup>217</sup>) ausgestellt wurde, was wiederum in der Tatsache begründet lag, dass er nach seiner 1920 ausgeführten

---

<sup>210</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 391/1921: Die Geologische Staatsanstalt an das Landeszentralbüro für den Grenzdienst Klagenfurt (Durchschlag), o.D.

<sup>211</sup> Ebd.

<sup>212</sup> Siehe GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 358/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Geologische Staatsanstalt vom 17.6.1921. Die Zuteilung unter GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 297/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an das Präsidium des Militärliquidierungsamts vom 25.5.1921 (Abschrift). Siehe auch Geyer: Jahresbericht für 1921, S. 3.

<sup>213</sup> Siehe den Schriftverkehr unter GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 80/1921. Siehe auch GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 237/1921: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Geyer, an das Bundesministerium für Inneres und Unterricht vom 22.4.1921 (Konzept).

<sup>214</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 115/1921: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Geyer, an die Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten in Österreich vom 23.2.1921 (Konzept).

<sup>215</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 427/1921: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Geyer, an die Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Österreichs vom 31.7.1921 (Konzept).

<sup>216</sup> Siehe Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Unterrichtsministerium, Allgemeine Reihe, Karton 3362 (altes Faszikel 2992), Zl. 4532/1920 mit den darin befindlichen Beurteilungen der Qualifizierungskommission vom 26. Feber 1920. Die Beurteilungen der Geologen waren durchwegs „sehr gut“, mit Ausnahme von Beck, dem eine „gute“ Arbeitsleistung attestiert wurde.

<sup>217</sup> Ebd.

Aufnahmstätigkeit in Salzburg – und trotz wiederholter eindringlicher Mahnung – einfach nicht mehr in Wien erschien<sup>218</sup>.

Ähnlich verhielt es sich bei der Durchführung des Besoldungsgesetzes und der Überführung der Beamten in das neue Besoldungsschema<sup>219</sup>. Dieser konnte jedoch erst im Folgejahr abgeschlossen werden<sup>220</sup>. Ende September 1921 ging Geyer schließlich in die Offensive und legte dem Staatsamt den Entwurf für einen Stellenplan der Staatsanstalt vor, wobei er die Maxime verfolgte, dass „*der Sollstand des Institutes im Hinblick auf die Vielseitigkeit der Aufgaben der Anstalt eine Rückerhöhung auf den alten Stand bedarf*“<sup>221</sup>. Man habe zwar „*grosse Gebiete verloren*“, auf der anderen Seite aber seien die Aufgaben der geologischen Erschließung gleich geblieben und habe man neue Agenden wie etwa die Übersichtskarte oder das praktische Register hinzubekommen<sup>222</sup>. Dieses praktische Register, also ein Kataster der nutzbaren Mineralien und Gesteine Österreichs, wurde auch in den Haussitzungen des Geologenrates breit rezipiert<sup>223</sup>. In einer personell breit besetzten Besprechung am 23. April 1921, an der alle wissenschaftlichen Bediensteten der Anstalt teilnahmen und neben Repräsentanten der Ministerialbürokratie auf Fachkollegen wie Franz Eduard Suess oder Carl Diener trafen, wurde die Anlage eines derartigen „Lagerstätten-Katasters“ als besondere Aufgabe der Geologischen Staatsanstalt definiert und formell beschlossen<sup>224</sup>. In einem ersten Schritt sollten zunächst die vorhandene Literatur und bestehende Quellenbestände auf nutzbare Lagerstätten mit dem Ziel der Herstellung eines geordneten Quellenkatalogs ausgewertet werden, der wiederum um Informationen der Montanbehörden ergänzt werden und schließlich in einen „*erweiterungsfähigen und durch Karten sowie Profilbeilagen vervollständigten Lagerstättenkataster*“ einmünden sollte<sup>225</sup>. Die damit zusammenhängenden Aufgaben wurden an der Geologischen Staatsanstalt auf sämtliche Geologen aufgeteilt<sup>226</sup>.

### **Die Klärung der Namensfrage und das Ende des Geologenrates**

Bereits kurz nach dem staatspolitischen Umbruch im Herbst 1918 hatte nicht nur eine intensive Diskussion über die strukturelle Neuausrichtung der Geologischen Reichsanstalt eingesetzt. Auch die Frage des künftigen Namens des geologischen Dienstes der Republik stand nun im Fokus der Auseinandersetzung. In der zweiten Vollversammlung der zwischenstaatsamtlichen Enquete vom 19. März 1919 wurde auch die Namensfrage erörtert, wobei Carl Diener

---

<sup>218</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 109/1921: Die Direktion der Geologischen Staatsanstalt, Geyer, an Theodor Ohnesorge vom 19.2.1921 (Konzept). Ohnesorge wurde bedeutet, dass er damit ein unentschuldigbares Dienstvergehen begangen habe.

<sup>219</sup> Siehe GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 418/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht an die provisorische Administration der Wiener Hochschulen vom 22.7.1921 (Abschrift). Siehe hier auch etwa Siehe GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 379/1921 mit der Korrespondenz bezüglich der Regelung der Bezüge der Geologen.

<sup>220</sup> Geyer: Jahresbericht für 1921, S. 3.

<sup>221</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 521/1921: Die Direktion der Geologischen Anstalt, Geyer, an das Bundesministerium für Inneres und Unterricht vom 20.9.1921 (Konzept).

<sup>222</sup> Ebd.

<sup>223</sup> Siehe auch GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 354/1921 mit dem Protokoll der „Ursitzung“ genannten ersten Besprechung vom 23.4.1921.

<sup>224</sup> Geyer: Jahresbericht für 1921, S. 35 ff.

<sup>225</sup> Ebd., S. 37.

<sup>226</sup> Ebd.

ausführte, dass in dem von ihm miterarbeiteten Satzungsentwurf die Umbenennung auf „Staatsanstalt“ vorgeschlagen wurde, da der bisherige Name „Reichsanstalt“ oder ein auf „Landesanstalt“ lautender Alternativvorschlag *„den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entsprechen würden“*<sup>227</sup>. Dieser Festlegung Dieners stand eine Front der Ablehnung von Seiten der Geologenschaft an der Rasumofskygasse gegenüber: Der kurz zuvor als Professur an die Technische Hochschule in Wien berufene August Rosiwal etwa sprach sich für die Beibehaltung des Titels „Geologische Reichsanstalt“ aus, Lukas Waagen, der als gewählter Vertrauensmann der Reichsanstalt an der Enquete-Sitzung teilnahm, schlug die Einführung des Titels „Deutschösterreichische Geologische Reichsanstalt“ vor<sup>228</sup>. Da die einsetzende Diskussion zu keinem Konsens führte, wurde auf Anregung von Sektionschef Kelle beschlossen, *„die Entscheidung der Titelfrage dem Herrn Unterstaatssekretär und der Staatskanzlei zu überlassen“*<sup>229</sup>. Dort entschied man sich in der Folge für die Umbenennung der Reichsanstalt in „Geologische Staatsanstalt“, was per Ministerialerlass vom 28. August 1919 auch offiziell mitgeteilt wurde<sup>230</sup>.

Nachdem das Staatsamt für Inneres und Unterricht, für die Direktion der Staatsanstalt durchaus überraschend, im August 1921 anordnete, dass Letztere ab 1. September in „Geologische Anstalt“ umbenannt werden sollte<sup>231</sup>, sah sich Geyer veranlasst, in dieser Frage zu intervenieren. Die Direktion und die im Haus beschäftigten Geologen hatten nämlich größere Bedenken hinsichtlich des vorgesehenen neuen Namens und schlugen im Gegenzug die Beibehaltung des Namens „Staatsanstalt“ oder die *„Wahl eines anderen Namens, wie etwa Geologische Bundesanstalt“* vor, da dies *„dem Dienstbetrieb des Institutes besser entspräche“*<sup>232</sup>. Geyer befürchtete nämlich eine *„Verwechslung mit den Geologischen Instituten an den Universitäten“*<sup>233</sup>. Und er brachte einen weiteren Punkt in die Diskussion ein:

*„Durch den kurzen Namen könnte nämlich leicht die Vorstellung erweckt werden, dass es sich nur um ein Wiener oder ein niederoesterreichisches Institut, nicht aber um jene Anstalt handle, welcher die geologische Durchforschung des ganzen Bundesbereiches übertragen ist, eine Auffassung, welche zweifellos der Thätigkeit unserer Geologen in den Bundesländern abträglich wäre.“*<sup>234</sup>

Die Direktion ließ daher klare Präferenzen für die Beibehaltung des Namens „Geologische Staatsanstalt“ erkennen, wollte sich aber auch mit den Namen „Geologische Bundesanstalt“

<sup>227</sup> Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Kultus und Unterricht, Unterrichtsministerium, Allgemeine Reihe, Karton 3351 (altes Faszikel 2983), Zl. 5426/1919: Protokoll über die am 19. März 1919 in der Zeit von ½ 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Staatsamte für Unterricht abgehaltene Enquete über die Neugestaltung der Geologischen Reichsanstalt, S. 3.

<sup>228</sup> Ebd.

<sup>229</sup> Ebd.

<sup>230</sup> Schedl, Albert: Die Geologische Bundesanstalt in der 1. Republik (1918-1938). In: Die Geologische Bundesanstalt in Wien, S. 130-138, hier S. 133. Der entsprechende Ministerialerlass konnte allerdings nicht im Archiv der GBA aufgefunden werden.

<sup>231</sup> Siehe GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 470/1921: Bundesministerium für Inneres und Unterricht, Unterrichtsamt, an die Geologische Staatsanstalt vom 11.8.1921 – es stellt dies ein einfaches Rundschreiben des Ministeriums ohne nähere Erläuterung der Gründe für die Umbenennung dar. Siehe auch Geyer: Jahresbericht für 1921, S. 3.

<sup>232</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Allgemeine Reihe, Zl. 526/1921: Die Direktion der Geologischen Anstalt, Geyer, an das Bundesministerium für Inneres und Unterricht vom 23.9.1921 (Konzept).

<sup>233</sup> Ebd.

<sup>234</sup> Ebd.

abfinden<sup>235</sup>. In der abschließenden Sitzung des Geologenrates vor Auflösung dieses Gremiums am 16. Jänner 1922 wurde die Namensfrage nochmals ausführlich diskutiert, wobei die Geologen jetzt eindeutig auf den Namen „Bundesanstalt“ orientierten (der unspezifische Name „Geologische Anstalt“ wäre nämlich dazu angetan, „*bedeutende Verwirrung*“ zu stiften) und gleichzeitig beklagten, dass man im Gegensatz zu den Museen nicht über bestehende Präferenzen hinsichtlich der Namensfindung befragt wurde<sup>236</sup>.

Das nunmehrige Bundesministerium für Inneres und Unterricht ging letztlich auf die Wünsche der Staatsanstalt ein. Am 24. Jänner 1922 übermittelte es per Ministerialerlass die Entscheidung, wonach die Institution in der Rasumofskygasse fortan auf den Namen „Geologische Bundesanstalt“ hören sollte<sup>237</sup>. An der Bundesanstalt zeigte sich Geyer erleichtert, da durch die erfolgte Namensänderung der „*Wirkungskreis*“ des geologischen Dienstes auf diese Weise „*näher gekennzeichnet erscheint, als durch den früheren Namen*“<sup>238</sup>.

---

<sup>235</sup> Ebd.

<sup>236</sup> GBA, Archiv und Bibliothek, Wissenschaftliches Archiv, Sonderaufbewahrung, Inv.-Nr. A 18.242: Protokollbuch der Sitzungen des Geologenrates an der Geologischen Reichsanstalt, Protokoll der Sitzung des Geologenrats vom 16.1.1922 (unpag.).

<sup>237</sup> GBA, Archiv, Amtsarchiv, Ministerialerlässe, Zl. 14/1922. Siehe auch Geyer, Georg: Jahresbericht der Geologischen Bundesanstalt für 1922 (Bericht vom 30.1.1923). In: Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt Nr. 1/1923, S. 1–44, hier S. 2.

<sup>238</sup> Geyer: Jahresbericht für 1922, S. 2.

## Die Haussitzungen und ihr Inhalt

**Martin Krenn, Andreas Suttner & Thomas Hofmann**

Die Haussitzungen des Geologenrates, später Geologischer Beirat, wurden von Mitte Dezember 1918, in protokollierter Form vom 18. Jänner 1919 bis 16. Jänner 1922 durchgeführt. In insgesamt 36 Sitzungen wurde nicht nur die Einbettung der Geologischen Reichsanstalt in das neue politische System koordiniert, sondern auch interne Probleme (Finanzierung, Personal, Aufnahmeprogramm etc.) oder die Frage der künftigen wissenschaftlichen Ausrichtung der Anstalt diskutiert. Somit fungierten die Haussitzungen des Geologenrates als Diskussions-, Koordinations- und Aktionsplattform.

Die Geschäftsordnung der Haussitzungen, die in der Sitzung am 7. Februar 1919 vom Geologenrat beschlossen wurde, erlaubte eine kurzfristige Einberufung des Rates. Aktuelle Fragen konnten dadurch zeitnah diskutiert, der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Geologen der Reichsanstalt schnell vorangetrieben werden<sup>1</sup>. Hinsichtlich der möglichen Beratungsgegenstände legte die Geschäftsordnung dabei fest:

*„BERATUNGSGEGENSTÄNDE der Haussitzungen sind alle die Anstalt als Ganzes betreffenden Angelegenheiten wie Neuorganisation, Arbeitsplan, Verteilung der wissenschaftlichen und praktischen Arbeiten an der Anstalt, Neuaufnahme von Mitgliedern und sonstigen Angestellten der GBA, auswärtigen Mitarbeitern und Lokalbeobachtern, Ernennung von Korrespondenten, Vertretung der Anstalt nach außenhin wie bei Kongressen, Beratungen und Versammlungen, Erörterung des Budgets der GRA. und diesbezügliche Vorschläge, Vornahme der Wahl der Vertrauensmänner usw.“<sup>2</sup>*

Der zeitliche Ablauf der 36 Sitzungen stellt sich wie folgt dar. Im ersten Jahr 1919 fanden beginnend mit 18. Jänner insgesamt 19 Sitzungen statt, 1920 und 1921 waren es nur mehr je acht Sitzungen, 1922 gab es eine Sitzung am 16. Jänner. Realiter entspricht das Intervall von der ersten bis zur letzten Sitzung einem Zeitraum von exakt drei Jahren.

Die Sitzungstermine fanden ausschließlich an Vormittagen, soweit dies in den Protokollen vermerkt ist, statt. Der Beginn war fast durchwegs um 10 Uhr, bzw. 10 Uhr 15, selten früher oder später. Das Ende war meist um 12 Uhr, bzw. etwas früher oder später. Die Dauer der Sitzungen lag demnach zwischen eineinhalb und zwei(einhalb) Stunden. Die kürzeste Sitzung war am 10. November 1919 mit 1,5 Stunden, die längste und zugleich letzte Sitzung am 16. Jänner 1922 dauerte mehr als 2,5 Stunden.

Zu den Sitzungstagen ist zu bemerken, dass die ersten acht Sitzungen (18. Jänner bis 7. März 1919) jeweils an Freitagen im Wochenrhythmus stattfanden. Nach einer außerordentlichen Sitzung am 11. März 1919 wurden überwiegend Samstage und Dienstage gewählt. Die letzte Sitzung vor der Sommerpause war am 21. Juli, die erste im 2. Halbjahr fand am 10. November 1919 statt. Das Jahr 1920 stellt sich ähnlich dar, die ersten sieben Sitzungen fand in größeren Abständen (Monatsrhythmus) zwischen 4. Jänner und 6. Juli statt, die erste Sitzung im Herbst

---

<sup>1</sup> Beilage D: Geschäftsordnung für die Haussitzungen des Geologenrates der Geologischen Reichsanstalt, Wien, 7. Februar 1919.

<sup>2</sup> Ebd.

und gleichzeitig die letzte Jahressitzung war am 22. November. Auch 1921 verliefen die Sitzungen in ähnlichen zeitlichen Abständen wie im Vorjahr, allerdings war die Sommerpause zwischen den Sitzungen am 6. Mai und 10. November deutlich verlängert. Insgesamt folgten dann noch drei Sitzungen in den Jahren 1921 und 1922.

Was den Ablauf der Sitzungen betrifft, so war der Vorsitz bei Geyer (Ausnahme: 28. Februar 1919; Dreger) stets, das Protokoll wurde von Beck geführt wurde (Ausnahme: 22. November 1920; Vettters). Die fast stets gleichbleibende Reihenfolge bei der Aufzählung der Anwesenden (z.B. 18. Jänner 1919) mit „Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Götzingler, Spengler“ könnte als Sitzordnung interpretiert werden, ist aber nicht zu verifizieren.

Hervorzuheben ist der auswärtige Referent Prof. Josef Emanuel Hibsich, der am 28. Februar 1918 über agrogeologische Themen referierte. Die Sitzungsteilnahme des Bibliothekars Alphons Maluschka, der im August 1919 eingestellt worden war, beginnt mit der Sitzung am 10. November 1919.

Erklärtes Hauptziel des Geologenrates in seinen ersten Sitzungen war die Eingliederung der Geologischen Reichsanstalt in das neue politische System – so nahmen etwa die Vorbereitungen der vom Staatsamt für Unterricht einberufenen Enquete zur Zukunft der Geologischen Reichsanstalt viel Raum und Zeit in Anspruch. Es galt für die Geologen der Anstalt, die Linie für ein gemeinsames Vorgehen zu definieren, die erforderlichen Schritte untereinander abzustimmen und konkrete Arbeitsaufträge (etwa im Hinblick auf Kontaktierung einflussreicher Persönlichkeiten des politischen Lebens) zu verteilen. Der Geologenrat erwies sich in diesem Zusammenhang als jenes Gremium an der Reichsanstalt, in dem alle relevanten Informationen zusammenliefen und in der Folge die Basis für weiterführende Diskussionen bildeten. Grundsätzlich wurden alle wichtigen Eingaben an die Reichsanstalt kollektiv im Geologenrat diskutiert. Daneben bildete das verwaltungstechnische „Tagesgeschäft“ eine zentrale Aufgabe des Rates, nicht zuletzt auch die Versorgung der Anstalt mit Lebensmitteln, Heizmaterial und Kleidung für die Mitglieder.

Die Frage der Modernisierung der Strukturen innerhalb der Anstalt führte gleichzeitig zu einem Diskurs über die Zuordnung zu einem neuen Ministerium, da sich die Mitglieder des Geologenrates vom Staatsamt für Unterricht weitgehend unverstanden und nicht entsprechend vertreten fühlten<sup>3</sup>. Eine „Ausgliederung“ der Anstalt formulierten die Geologen dabei nicht als programmatisches Ziel. Vielmehr zeigte man sich grundsätzlich mit der Unterordnung unter ein staatliches Ministerium bzw. Staatsamt einverstanden, wollte jedoch eine Ausweitung des eigenen institutionellen Handlungsspielraums erwirken. Hervorzuheben ist hier beispielsweise die gewünschte Anerkennung von Personalentscheidungen durch das wissenschaftliche Personal selbst, besonders bezüglich der Wahl des Direktors: Dieser sollte nach den Vorstellungen der Geologen von ihnen selbst und aus ihrer Mitte gewählt werden, das bisher ausschließlich dem Ministerium zukommende Ernennungsrecht somit ausgehebelt werden<sup>4</sup>. Ein durchgängiges Sujet der Beratungen bildete auch das Problem der

---

<sup>3</sup> Die Angliederung an ein neues Staatsamt sollte mit der Ausrichtung der wissenschaftlichen Arbeiten zusammenhängen. Beim Staatsamt für öffentliche Arbeiten sollten Bergbau, Kohlefrage und Pedologie im Vordergrund stehen, beim Staatsamt für Landwirtschaft Kalk- und Mergelfrage sowie Pedologie.

<sup>4</sup> Beilage B: Pro Memoria in Angelegenheit der Neubesetzung der Direktorstelle an der Geologischen Reichsanstalt in Wien, Wien, 7. Jänner 1919.

Ausfinanzierung der Reichsanstalt. Budgetfragen und diesbezügliche Diskussionen mit der übergeordneten Behörde bzw. die Suche nach alternativen Finanzierungsquellen („Drittmitteln“) oder einer zeitgemäßen Preisgestaltung bei den eigenen Publikationen beschäftigten den Geologenrat daher auf nahezu allen seinen Sitzungen.

Personalfragen, nicht zuletzt auch die ständig virulente Problematik eines adäquaten Besoldungsschemas für die Anstaltsbediensteten wurden auf den Sitzungen des Geologenrates ebenso prominent behandelt wie die Frage der gewerkschaftlichen Organisation oder jene nach wissenschaftlichen Kooperationen. Den allgemeinen politischen Umständen angepasst wurde auch der innere Betrieb an der Reichsanstalt. So mussten etwa die durch den Krieg entstandenen Lücken der Anstaltsbibliothek gefüllt und die Bibliothek generell einer Neuordnung unterzogen werden; auch mit diversen Begehrlichkeiten der Nachfolgestaaten der k.u.k.-Monarchie – gefordert wurden etwa Archivmaterial, Druck- und Kartenwerke, Studienbehelfe oder technische Gegenstände – hatte sich der Rat auseinander zu setzen. Breiten Raum nahmen auch die Diskussionen zur engeren wissenschaftlichen Agenda der Reichsanstalt, insbesondere im Kontext mit ihrem geologischen Aufnahmeprogramm, ein. Damit zusammenhängend waren auch Fragen nach der Erhöhung der Tagesdiäten für die Aufnahmegeologen.

Auch die vom geologischen Staatsdienst seitens der österreichischen Politik geforderte verstärkte „praktische“ Orientierung sollte in umfassende Diskussionen im Geologenrat und die Erarbeitung von Grundsatzpapieren hinsichtlich der Bedeutung der Reichsanstalt für die Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft einmünden<sup>5</sup>. Zu nennen sind hier nicht nur die Auseinandersetzungen mit dem 1921 erfolgten Beschluss zur Anlage eines zentralen „Lagerstätten-Katasters“<sup>6</sup>. Dies gipfelte nicht zuletzt in einer beginnenden Normierung der Kartierung und Planerstellung, was Farbschemata, Blattsschnitte und Aufnahmemethoden anbelangte.

Neben der bereits beschriebenen Neustrukturierung von Entscheidungsfindung, Aufgaben, Personal und Strukturen wurden auch „profane“ Probleme auf den Sitzungen des Geologenrates behandelt, so etwa die Frage der technischen Aufwertung des Gebäudes in der Rasumofskygasse oder die Einführung einer zentralen Arbeitszeiterfassung der Anstaltsbediensteten.

---

<sup>5</sup> Beilage E: An den Herrn Staatssekretär für Landwirtschaft sowie Beilage F: Zur Sitzung am 21. März 1919 - Einige Richtlinien für die Tätigkeit der g. R. A. im Hinblick auf die Interessen der Landwirtschaft.

<sup>6</sup> Durch den Zerfall der Donaumonarchie wurden die Rohstoffvorkommen von der verarbeitenden Industrie in Österreich getrennt. Um teuren Rohstoffimporten ausweichen zu können, beschäftigte sich die GRA vor allem mit deren Auffindung, Kartierung und Analyse. Es kam ebenfalls zu einer verstärkten Nutzung der Wasserkraft als Energielieferant, was die zukünftige Ausgestaltung der GRA ebenfalls stark beeinflusste, in: Schedl, 1. Republik, in: Geologische Bundesanstalt, 1999, S. 130.

**Textkritische Edition:**  
**Protokoll der Sitzungen des Geologenrates der deutsch-**  
**oesterreichischen geologischen Reichsanstalt**

**(mit Beilagen A bis H)**

**Martin Krenn & Andreas Suttner**

### **Editorische Vorbemerkung**

Die vorliegende Edition basiert auf den Protokollen des Geologenrates an der Geologischen Reichsanstalt/Staatsanstalt 1919 bis 1921/22. Die handschriftlich verfassten, oft nachträglich redigierten Protokolle sind in einem eigens zu diesem Zweck geführten „Protokollbuch“ (Signatur: A 18242-R) versammelt. Andreas Suttner hat im Jahr 2011 eine erste Transkription der Sitzungen vom 18. Jänner 1919 bis zum 14. Juni 1920 erarbeitet und die Beilagen A bis F zur Publikation ausgewählt; Martin Krenn hat unter Berücksichtigung dieser Vorarbeiten Suttners die vorliegende vollständige und textkritische Edition der Protokolle verfasst, die Beilagen G und H ausgewählt, alle Beilagen transkribiert und schließlich den Gesamttext revidiert.

Als Schreiber der Protokolle fungierten mehrere Personen, was den Editor vor die Herausforderung stellte, sich in die je individuellen Schreibsancen „einlesen“ zu müssen. Auch vor dem Hintergrund je unterschiedlicher Akzentuierungen in den einzelnen Protokollen, etwa was die Abkürzungspraxis anbelangt, musste ein brauchbarer editionstechnischer Weg gefunden werden. Dieser besteht nunmehr darin, dass vom Editor in Absprache mit den Herausgebern versucht wurde, einen möglichst „lesbaren“ Editionstext vorzulegen. Hier war nicht zuletzt der Gedanke entscheidend, dass es sich bei den behandelten Protokollen nicht etwa um Ego-Aufzeichnungen oder literarische Texte handelt, die stark auf die Person ihrer Verfasser abzielen, sondern um rein „inhaltsorientierte“ Quellen, die gerade nicht auf ihren Verfasser abzielen oder ihre spezifische Bedeutung gar aus dem Text selbst schöpfen. Im Fokus liegt vielmehr immer die fachliche Diskussion der Ausgestaltung des österreichischen geologischen Dienstes im Geologenrat.

Die Edition weicht aus den genannten Gründen vom Original ab und bildet daher die Vorlage nicht im Wortlaut ab. Hervorhebungen, die zum überwiegenden Teil ohnehin nur der formalen Kennzeichnung des jeweiligen Redners in den Sitzungen dienten und nicht der Hervorhebung einer bestimmten inhaltlichen Passage, wurden durchwegs nicht übernommen. Abkürzungen, die nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl der Schreiber in mannigfaltigen Formen vorkommen, wurden stillschweigend wie folgt aufgelöst: wissenschaftlich statt „wissensch.“, geologisch statt „geol.“, Rangklasse statt „R. Kl.“, Geologische Reichsanstalt statt „G.R.A.“ etc. Nur gängige Abkürzungen – h für Stunden, K für Kronen, bzw. für beziehungsweise, Prof. für Professor etc. – wurden beibehalten. Institutionen wurden durchwegs nicht abgekürzt, die

Amtstitulatur durchgängig: RR für Regierungsrat, HR für Hofrat etc. Eine vollständige Liste der Abkürzungen ist dem Abkürzungsverzeichnis zu entnehmen.

Streichungen, Korrekturen, nachträgliche Ergänzungen und andere Eingriffe in den Text wurden in einem textkritischen Apparat, der sich in den Fußnoten findet, vermerkt. Eine Ausnahme von diesem Prinzip wurde aus Praktikabilitätsgründen dann gemacht, wenn sich in der Vorlage nur halbe Buchstaben oder Buchstabenansätze fanden, deren Annotation in der Folge unterblieb. Schreibfehler, individuelle Handhabungen der Groß- und Kleinschreibung (sofern es sich nicht um Eigennamen wie wissenschaftliche Einrichtungen oder wissenschaftliche Zeitschriften handelte) sowie inhaltliche Inkonsistenzen wurden beibehalten und gegebenenfalls in eckigen Klammern direkt im Text aufgelöst, wenn dies dem Editor für das allgemeine Verständnis förderlich schien (so etwa bei falsch geschriebenen Namen). Normalisiert bzw., wenn nötig, neu eingefügt wurden Interpunktionen.

Auf einen sachkritischen Apparat, insbesondere auf weiterführende Sachkommentare wurde angesichts der ausführlichen historischen Einordnung der Protokolle verzichtet. Zur Entlastung des Apparats wurde in Absprache mit den Herausgebern ein kumuliertes Personenverzeichnis angelegt und der Edition nachgestellt. Dort finden sich, sofern mit vertretbarem Aufwand eruierbar, nicht nur die Lebensdaten der jeweiligen Personen, sondern auch weiterführende biografische Hinweise.

## Sitzung vom 18. Jänner 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Götzingler, Spengler

Vorsitz: Geyer

Beginn der Sitzung 11 h vormittags

1. Vor Eingang in die Tagesordnung erbittet Waagen das Wort zur Geschäftsordnung und stellt den Antrag auf Protokollierung der Haussitzungen, Ernennung eines Protokollführers und Anschaffung eines Protokollbuches.  
Dreger beantragt hiezu, das stenographische Protokoll nicht durch die Kanzleioffiziantin übertragen zu lassen. Die Übertragung hat der Protokollführer (Schriftführer) zu besorgen.  
Beide Anträge werden einstimmig angenommen und Beck zum Protokollführer bestimmt.
2. RR Geyer berichtet über die Überreichung des den weiteren Ausbau der Anstaltstätigkeit im Sinne des Ausbaues der Anstalt als Forschungsinstitutes, in praktischer Hinsicht und hinsichtlich ihrer Stellung als<sup>a</sup> staatliches Organ, betreffenden Memorandums [7.1.1919] im<sup>b</sup> Staatsamt für Unterricht:  
Der Referent MR von Hörtingen wurde nicht angetroffen, die Übergabe erfolgt später.  
SR Milos von Fesch bemerkte, er halte auf keinen Fall eine weitere Reduktion des geringen Personalstandes der Anstalt für opportun.  
Praesidialist MS von Krüger fragte vor allem nach den Durchführungskosten. Antwort: Diese hängen von dem Tempo ab, in welchem die vorgeschlagene Ausgestaltung durchgeführt werden wird.  
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
3. Über Anfrage Vettters' berichtet Ampferer über eine Unterredung mit Prof. Diener:  
Dieser fasst den Schritt der Anstaltsmitglieder gegen seine Berufung nicht persönlich auf, wundert sich nur, daß der Schritt so spät erfolgt ist. Er hat sich nicht beworben, die Direktion wurde ihm angetragen. Er steht auf dem Standpunkt, daß er Direktor ist. Das Unterrichtsministerium wäre gegen ihn wortbrüchig, wenn es ihn nicht als solchen anerkenne.<sup>c</sup>  
Prof. Diener versichert, daß er gegen die<sup>d</sup> Anstalt<sup>e</sup> nichts unternimmt.  
Bezüglich der Weiterführung der „Verhandlungen“ ist er der Meinung, daß sie aus budgetären Gründen nicht möglich sein werde.

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: öffentliches.

<sup>b</sup> Folgt gestrichen: Min.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: Zu diesem Fall verlange er Kompensationen.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: betreffenden.

<sup>e</sup> Folgt gestrichen: smitglieder.

Es sei nicht zu besorgen, daß er gegen den Geologenrat als Direktor auftreten würde. Freiwillig trete er nicht zurück. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Antrag Hammer-Ampferer auf Ausgestaltung des Geologen-Rates.  
Wird über Zusatzantrag Waagen bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.
5. Waagen beantragt die Drucklegung des eingereichten Memorandums in den Verhandlungen unter der Rubrik: „Vorgänge an der Anstalt.“ Er überreicht das Konzept einer kurzen Einleitung.  
Zur Ergänzung des Titels schlägt Vettters vor hinzuzufügen: „... welches nach Genehmigung in der Haussitzung vom 15./1. von Herrn RR Geyer ... überreicht wurde.“  
Waagen beantragt weiter, das Promemoria als Akt dem Aktenarchiv einzuverleiben.  
Zur Drucklegung beantragt Vettters, das Promemoria in der Februarnummer der Verhandlungen zu bringen; so daß die erste Äußerung des Geologenrates als Einleitung einer neuen Epoche unmittelbar der letzten Äußerung des bisherigen Systemes folgt.  
Alle unter 5. bezeichneten Anträge werden angenommen.
6. Waagen legt einige Nummern der „täglichen Montanberichte“ vor. Es wird die Frage des Abonnements erörtert (300 K), und vorläufig zurückgestellt.
7. Eichleiter beantragt Festsetzung eines bestimmten Tages für die Haussitzungen. Es wird vorläufig der Freitag dafür bestimmt.

Schluss der Sitzung 12 h 30 post meridiem

Zusatzbemerkung: Die Annahme aller in dieser Sitzung zur Abstimmung gebrachten Anträge ist einstimmig erfolgt.

Der Protokollführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

## Sitzung vom 24. Jänner 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettors, Hackl, Götzing, Sander, Spengler, Winkler

RR Geyer eröffnet die Sitzung um 11 h ante meridiem.

1. Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung. Das Protokoll wird genehmigt.
2. RR Geyer berichtet über die Überreichung des Promemorias an MR Hörtingen und dessen Äußerungen anlässlich des wiederholten Besuches. Hörtingen hat das Promemoria studiert, es gefällt ihm sehr gut, ist sehr ausführlich und weitgehend, alle Möglichkeiten sind ins Auge gefaßt. Er staunt, in welcher kurzen Zeit das Promemoria ausgearbeitet wurde. RR Geyer gibt Aufklärung über die Art des Zustandekommens und betont den spezifischen Wert der Haussitzungen des Geologenrates als regelmäßiger Zusammenkünfte und weist auf die Analogie mit den Konferenzen an den Mittelschulen hin.  
Das Memorandum ist vom Referenten somit zur Kenntnis genommen, das darin niedergelegte Programm wird bei der Enquête, in welcher über die Anstalt beraten wird, zur Grundlage genommen werden. Derzeit ist die Angelegenheit noch in Schwebe.  
RR Geyer setzt gleichzeitig den Referenten in Kenntnis von der Beanspruchung unseres Sitzungsraumes als Wahllokal für die kommenden Wahlen in die Nationalversammlung [16.2.1919] durch die Gemeinde Wien und berichtet über die aus diesem Anlaß notwendig gewordenen weiteren Schritte (Einvernehmen mit der Bezirksvorstehung des III. Bezirks wegen Renumerationen für die Diener und Bezahlung von Reinigungspersonal, über Beleuchtung und Beheizung, Abnahme des behördlichen Siegels vom Gasofen etc.). Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
3. RR Geyer verliest einen an ihn gerichteten Brief der Redaktion der „täglichen Montanberichte“, in welchem es als Missverständnis hingestellt wird, wenn wir den uns betreffenden Artikel vom [...] <sup>a</sup> als Angriff gegen die Tätigkeit der in der Anstalt verbliebenen Mitglieder ansehen.  
Waagen überreicht die Nummer der „täglichen Montanberichte“, in der unsere Antwort auf den genannten Artikel nebst einer Einleitung der Redaktion derselben abgedruckt ist.  
Waagen weist darauf hin, daß alle wichtigeren Artikel der „täglichen Montanberichte“ auch in der „Montanistischen Rundschau“ erscheinen.  
Hammer schlägt vor: Die Anstalt solle sich verpflichten, den „täglichen Montanberichte“ ständige Berichte über die Tätigkeit der Anstalt einzusenden, speziell über die Kartenpublikationen und den jeweiligen Stand des Kartenmaterials.

---

<sup>a</sup> Im Original fehlend. Es handelt sich hier um die Nr. 6 vom 9.1.1919.

Waagen verlangt Notierung der Aktennummern der in Rede stehenden beiden Nummern der „täglichen Montanberichte“.

Der Brief der Redaktion an RR Geyer wird dem Protokoll beigelegt.

4. Winkler berichtet über seine Fühlungnahme mit der Beamtenkammer. Er hat diesbezüglich im Staatsamt des Innern bei Hofrat Devy [*wohl: Davy*] vorgesprochen. Dieser sagt: Die Enquete ist bereits abgelaufen, die Zusammenstellung der Kammern wird in der nächsten Zeit erfolgen und hat die Aufgabe, bei der Reorganisation der Staatsämter die Interessen der Angestellten gegenüber dem Staat zu vertreten. Wegen Teilnahme der Anstalt ist zu bemerken: sie könnte auf einen eigenen Vertreter kaum Anspruch erheben, doch sollen wir ihm unbedingt unsere Wünsche in einem Memorandum bekannt geben. Es handelt sich speziell um die Frage, welchen Ämtern wir uns angliedern wollen, ob den Hochschulen, welche 2 oder mehr Vertreter haben dürften, oder den Museen. Auf eine diesbezügliche Anfrage am Hofmuseum [*heute: Naturhistorisches bzw. Kunsthistorisches Museum*] wurde mitgeteilt, daß die Museen mit der Hofbibliothek [*heute: Österreichische Nationalbibliothek*] sich zu einem Verein zusammengeschlossen haben und daß <sup>b</sup>sie mit<sup>b</sup> einem Anschluß der Geologischen Reichsanstalt einverstanden wären. Zu<sup>c</sup> einer ehestens stattfindenden Ausschuss-Sitzung dieses Vereines solle ein Delegierter der Anstalt entsendet werden. Außerdem sollten noch andre isolierte Anstalten (Forschungsinstitute) zum Beitritt aufgefordert werden und aus der Mitte dieser Vereinigung ein Delegierter für die Kammer gewählt werden. In der Debatte zu dieser Anregung werden die verschiedenen Gesichtspunkte erörtert: Ob die Universitäten besonderes Interesse für uns haben, andererseits bei Anschluß an die andre Gruppe sich die Gegnerschaft der Universitätsgruppe sofort auf uns mitüberträgt. Hammer ist der Ansicht, daß wir in der Vereinigung der kleinen Institute eher Aussicht hätten, zu Worte zu kommen. Waagen, Hammer, Ampferer beantragen, Winkler solle Fühlung nehmen mit den anderen selbstständigen Instituten (Institut für Radiumforschung, Meteorologische Zentralanstalt, Biologische Versuchsanstalt, Samenkontrollstation etc.) und einen diesbezüglichen Antrag im Hofmuseum bzw. Hofbibliothek stellen. Es soll ein Delegierter der Anstalt derzeit<sup>d</sup> ohne Vollmacht in den Ausschuß der obengenannten Vereinigung entsendet werden (Antrag Waagen – Winkler). Über Antrag Hammer wird Winkler dazu bestimmt.
5. Waagen berichtet auftragsgemäß über die Organisation der Eisenbahner. Das Vorbild ist für uns nicht brauchbar, da es nur die Vertretung personeller und wirtschaftlicher Agenden betrifft. Nach Erklärung von Juristen gelte folgendes: Offizielle Anerkennung für den Geologenrat werde nicht zu erwirken sein. Dagegen können die Anstaltsmitglieder 2 oder 3 Vertrauensmännern wählen, welche offiziell anerkannt

---

<sup>b-b</sup> Nachgetragen.

<sup>c</sup> Überschrieben anstelle von: Auf der.

<sup>d</sup> Nachgetragen.

werden. Diese wären abhängig vom Geologenrat. Der Chef kann als Vertrauensmann nicht gewählt werden wegen eventueller Gewissenskonflikte. Die Vertrauensmänner haben die Funktion, die Forderungen der Beamtenschaft nachdrücklich zu vertreten. Die Anerkennung durch das Ministerium (Staatsamt) kann ihnen nicht versagt werden. Im Einverständnis mit dem Direktor sind alle Agenden der Vertrauensmänner aktenmäßig im normalen Dienstweg zu erledigen.

Der Direktor kann keine Verfügung treffen, ohne sich mit den Vertrauensmännern in Verbindung zu setzen.

Die Vertrauensmänner müssten bei einer Enquete vom Staatsamt beigezogen werden. /: Der Hinweis des Referenten auf die analoge Organisation der Geologen in Polen wird von RR Geyer als nicht stichhältig bezeichnet, weil dort die Geologen keinen einheitlichen Beamtenkörper bilden, sondern eine<sup>e</sup> Kommission :/

Waagen schlägt nach kurzer Debatte vor: Eine Eingabe an den Direktor betreffs der Organisation des Geologenrates und der Vertrauensmänner zu machen mit dem Ersuchen, diese Angelegenheit aktenmäßig im Staatsamt für Unterricht vorzubringen. Ampferer fragt, ob die Vertrauensmänner auf Dauer zu ernennen seien?

Waagen: Dem Staatsamt gegenüber muß es geschehen.

Über Anfrage wegen Teilnahme der Direktion an den Haussitzungen und Beratungen legt Ampferer den Entwurf einer Geschäftsordnung für die Sitzungen des Geologenrates vor.

Diese Angelegenheit wird über Antrag Eichleiter einem engeren Komité (Waagen, Ampferer, Veters) zur Durchberatung und Ausarbeitung überwiesen.

6. Waagen und Veters fragen an wegen des von Prof. Petraschek angelegten Bohrchivs und verweisen auf die Erklärung Petrascheks im Jahresbericht, wonach dieses Archiv Anstaltseigentum ist. Um dieses Anstaltseigentum sicherzustellen, soll Petraschek von RR Geyer dienstlich aufgefordert werden, unverzüglich das Archiv abzuliefern. Nach ordnungsmäßiger Katalogisierung und Aufnahme ins Inventar steht es ihm selbstverständlich frei, es auszuleihen.
7. Winkler wird telefonisch vom Vizedirektor der Hofbibliothek [*Dr. Othmar Doublie*r] angerufen und eingeladen, an der am 25./1. stattfindenden Sitzung der früher genannten Vereinigung teilzunehmen. Er erbittet einen Auftrag von Leiter der Anstalt. Der Auftrag lautet: Anregung zu geben zur Fühlungnahme mit den übrigen selbstständigen Instituten im Sinne der unter Punkt 4 besprochenen Gesichtspunkte.
8. RR Geyer: Antrag auf Erhöhung des Verkaufspreises unserer Druckschriften. Dem Staatsamt soll ein positiver<sup>f</sup> Vorschlag<sup>g</sup> erstattet werden.  
Hammer und Waagen bemerken hiezu, vorerst den Eigenverlag durchzuführen. Zur Prüfung der damit verbundenen geschäftlichen Fragen verlangt Veters die Vorlage der bezüglichen Akten (Vertrag mit Lechner) in der nächsten Sitzung. Wird angenommen.

---

<sup>e</sup> Folgt gestrichen: Komité.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: Antrag.

<sup>g</sup> Korrigiert aus: Vorschlagg.

9. Waagen schlägt vor, um den verschiedenen Einladungen durch<sup>h</sup> andre<sup>i</sup> Organisationen und Vertretungen nachkommen zu können, einen Turnus einzuführen, daß abwechselnd von den Anstaltsmitgliedern solche Versammlungen besucht werden und darüber referiert wird. Ein derartiger Turnus bestehe auch in andern Ämtern. Beck wird delegiert in die Staatsbeamten-Versammlung am 26./I. im grünen Tor. VII. [*wohl der Gasthof Zum grünen Tor, Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien*].
10. Waagen urgiert die Erledigung der Bibliothekarfrage (Lebhafte Zustimmung!). Hammer betont die Wichtigkeit der Aufgabe die ausständigen ausländischen Zeitschriften baldigst hereinzubringen.
11. Dreger berichtet über den Stand der Angelegenheit des Verkaufes der abzustoßenden Bücher. Es ist bereits ein Zettelkatalog darüber zu Stande gebracht. Man kann bereits mit einem Buchhändler in Verbindung treten.  
Waagen wendet ein: Vorläufig noch nicht, so lang die Liquidierung im Gange ist. Veters fragt, ob wir <sup>k</sup>infolge der politischen Umsteuerungen<sup>k</sup> noch zum Verkauf berechtigt sind. Die Frage bleibt vorläufig offen.
12. Waagen bittet um Anschaffung einer elektrischen Lampe in der Portierloge. Der Kontakt ist bereits vorhanden, die Lampe kostet 50 K. Wird vom Direktor zu Kenntnis genommen.
13. Waagen teilt mit, daß HR Tietze seine Privatbibliothek im Lauf des kommenden Sommers nach Hause transportieren wird, und stellt den Antrag, daß ein Anstaltsmitglied mit der Durchsicht dieser Bibliothek<sup>l</sup> beauftragt werden soll, um eventuell darin in Verstoß geratenes Anstaltsgut zu sichern. Wird angenommen.
14. Veters schlägt vor, ebenso wie von Arbeiten des Jahrbuches auch von wichtigeren Publikationen der Verhandlungen Separatabdrucke herzustellen und für späteren Bedarf des Verlages beiseite legen zu lassen. Die Entscheidung darüber hat der Redaktör [*sic*]. Als Normalzahl dieser Separata gilt 25 Exemplare. Wird <sup>m</sup>im Prinzip<sup>m</sup> angenommen.
15. Waagen schlägt vor, die in zwangloser Folge erscheinenden „bautechnischen Gesteinsuntersuchungen“ von Hirschwald im Tausch gegen freigewordene eigene Schriften zu abonnieren.
16. Eichleiter weist darauf hin, daß anlässlich der Abnahme des Kaiserlichen Adlers auch die Inschrift: „k. k. Geologische Reichsanstalt“ weggenommen wurde, so daß die

---

<sup>h</sup> Nachgetragen.

<sup>i</sup> Korrigiert aus: andrer.

<sup>j</sup> Nachgetragen.

<sup>k-k</sup> Nachgetragen.

<sup>l</sup> Folgt gestrichen: betrau.

<sup>m-m</sup> Nachgetragen.

Anstalt für Fremde unkenntlich sei und verlangt die Anbringung eines provisorischen Schildes ober der Eingangstür.

Wird angenommen.

17. RR Geyer stellt die Frage nach Honorierung der Schreibarbeit der Offiziantin Frl. Girardi für die 3 Elaborate. Waagen erklärt hiezu im Namen des Frl. Girardi, daß sie sich mit der Anstalt solidarisch fühle und ein Honorar zurückweise. RR Geyer nimmt dagegen Stellung und es wird nach Seitenhonorar der Betrag berechnet (Originalseite 40 H, Abschrift 10 H), in runder Summe 50 (fünfzig) K. Nach Vorschlag Geyer ist dieser Betrag von den Teilnehmern der Sitzungen zu begleichen. Eichleiter verlangt dagegen eine Remuneration aus Anstaltsmitteln, da es sich um dienstliche Arbeit handelt, Dreger fügt hinzu, daß das Staatsamt diese Akten (Promemoria) verlangt habe. Dennoch hat Frl. Girardi den genannten Betrag mit „Quittung“ für spezielle Arbeit amtlich zu beheben (Waagen). Angenommen.
18. Dreger beantragt, in die Geschäftsordnung der Haussitzungen einen Passus über<sup>n</sup> die nicht wissenschaftlichen<sup>o</sup> Angestellten der Anstalt aufzunehmen. Über Aufklärung von Seite Waagens, daß es sich bei diesen Angestellten nur um Vertretung rein<sup>p</sup> wirtschaftlicher Fragen handle, zieht er seinen Antrag zurück.

Schluss der Sitzung um 12 h 45 post meridiem

Der Schriftleiter: Dr. Heinrich Beck

[Der Vorsitzende:] Georg Geyer

---

<sup>n</sup> *Überschrieben anstelle von:* für.

<sup>o</sup> *Folgt gestrichen:* Beamten.

<sup>p</sup> *Nachgetragen.*

## Sitzung vom 31. Jänner 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Ohnesorge<sup>a</sup>, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger,<sup>b</sup> Spengler, Winkler

RR Geyer eröffnet die Sitzung um 10 h 30. Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

1. RR Geyer berichtet über seine Vorsprache beim Staatssekretar für Finanzen Dr. Steinwender welcher günstige Erledigung der die Anstalt betreffenden Fragen im Sinne des Promemorias zugesagt hat.
2. Die Akten betreffend den Vertrag mit der Buchhandlung R. [*Rudolf*] Lechner können nicht vorgelegt werden, da sie von Hofrat Tietze aus dem Aktenarchiv ausgehoben worden sind und nicht rechtzeitig beschafft werden konnten. Die Beratung über Punkt 8 der letzten Sitzung wird daher auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.
3. Winkler berichtet auftraggemäß über die Ausschussitzung der Vereinigung der wissenschaftlichen ehemaligen k.k. Hofinstitute. Es wurde dort einstimmig<sup>c</sup> beschlossen, eine Vereinigung sämtlicher wissenschaftlicher Institute Deutsch-Oesterreichs, speziell Wiens in die Wege zu leiten. Zur Durchführung soll ein Zentralausschuss einberufen werden, dem je ein Mitglied der betreffenden Institute angehört. Die verschiedenen in Frage kommenden Institute, Ämter und Anstalten<sup>d</sup> werden zu einer gemeinsamen vorbereitenden<sup>e</sup> Sitzung eingeladen werden. Über Antrag Hammer wird Winkler als Vertreter der Geologischen Reichsanstalt nominiert<sup>f</sup>. Waagen regt die Aufstellung einer möglichst vollständigen Liste dieser Institute und Körperschaften an, die in unserer<sup>g</sup> nächsten Sitzung vorgelegt werden soll.
4. Winkler berichtet über die Überreichung unseres Memorandums an den Abgeordneten Hoffmann von Wellenhof, welcher die Unterstützung unserer Sache verspricht und den Abgeordneten Unterstaatssekretär Dr. Waber dafür interessieren wird.
5. Vettters verliest die laut Punkt 5 der letzten Sitzung von dem engeren Comité (Waagen-Ampferer-Vettters) ausgearbeitete Geschäftsordnung für die Sitzungen des Geologenrates sowie die Eingabe der Mitglieder desselben an die Direktion betreffs Aufstellung von Vertrauensmännern.

---

<sup>a</sup> Nachgetragen.

<sup>b</sup> Folgt gestrichen: Sander.

<sup>c</sup> Nachgetragen.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: so.

<sup>e</sup> Nachgetragen.

<sup>f</sup> Nachgetragen.

<sup>g</sup> Überschrieben anstelle von: der.

Über den Entwurf der Geschäftsordnung entspinnt sich eine eingehende Debatte, speziell über die Frage nach der Teilnehmerschaft des Bibliothekars und den Passus über die Wahl der Vertrauensmänner und Erlöschen des Mandates. Über Antrag Dreger wird in der nächsten Sitzung die endgiltige Fassung des Textes festgestellt werden. Der vorliegende Text wird vervielfältigt und <sup>h-h</sup>an die<sup>h</sup> Mitglieder<sup>i</sup> verteilt.

Betreffs der Eingabe an die Direktion und Weiterleitung an das Staatsamt für Unterricht beantragt Dreger, daß die Direktion eine eigene Eingabe an das Staatsamt zu richten habe, nicht<sup>j</sup> die <sup>k-k</sup>an sie gerichtete<sup>k</sup> Eingabe der Anstaltsmitglieder bloß<sup>l</sup> einbegleiten solle.

Waagen und Vettters weisen darauf hin, daß zwischen dem Geologenrat und der gegenwärtigen<sup>m</sup> Direktion keinerlei Gegensatz bestehe und daher kein Grund zu der von Dreger vorgeschlagenen Art der Erledigung vorhanden sei.<sup>n</sup>

Beck beantragt namentliche Abstimmung. Dreger zieht seinen Antrag zurück. Der Antrag Waagen–Vettters wird einstimmig angenommen.

6. Als Vertrauensmänner werden Hammer und Waagen, als Ersatzmänner Ampferer und Vettters vorgeschlagen. Über Antrag Geyers wird dieser Vorschlag en bloc angenommen.
7. RR Geyer berichtet über seine Aussprache mit Prof. Petrascheck betreffend Übernahme des Bohrarchivs, welche in vollem gegenseitigen Einvernehmen von ihm und Dr. Spengler durchgeführt wird. Von Seiten Petraschecks steht es jeden Augenblick zur Verfügung, von der Anstalt wird es übernommen und inventarisiert, die inventarisierten Stücke können jederzeit entlehnt werden.
8. Hammer und Ampferer verlangen Einstellung der Heizung in der Direktionskanzlei. Wird verfügt werden.
9. Dreger beantragt zu Punkt 11 der letzten Sitzung, um sofort für die Bibliothek den Platz zu gewinnen, die gesamten Bücher vorläufig in das alte Laboratorium einzustellen. Der Antrag wird angenommen.
10. Waagen verweist darauf, daß derzeit die Anzahl der für die Bildung der Qualifikations-Kommissionen notwendigen Chefgeologen nicht vorhanden sei und die Wahrscheinlichkeit bestehe, daß außenstehende höhere Beamte, Juristen, hiezu bestellt würden und ersucht die Direktion, im Staatsamt vorzuschlagen, die 3 in die 7. Rangsklasse vorgerückten Anstaltsmitglieder zu Chefgeologen zu ernennen.

---

<sup>h-h</sup> *Überschrieben anstelle von:* den.

<sup>i</sup> *Korrigiert aus:* Mitgliedern.

<sup>j</sup> *Folgt gestrichen:* bloß.

<sup>k-k</sup> *Überschrieben anstelle von:* ihr.

<sup>l</sup> *Nachgetragen.*

<sup>m</sup> *Nachgetragen.*

<sup>n</sup> *Folgt gestrichen:* Das Schriftstück an die Direktion solle von dieser vollständig mit entsprechender Einbegleitung an das Staatsamt geleitet werden. Randbemerkung neben der Streichung: In der Sitzung am 7./2. richtiggestellt. Text siehe am Schluss des Berichtes.

11. Waagen beantragt, der bisherige Praeparator Spatný solle gegen vorläufige Belassung der Dienstwohnung verpflichtet werden, seinem Nachfolger, dem Invaliden König Unterricht in der Herstellung von Dünnschliffen zu geben. Spatný hat das Schleifen seinerzeit auf Kosten der Anstalt gelernt.
12. Waagen erinnert, das Promemoria auch im Staatsamt für öffentliche Arbeiten zu überreichen.
13. Winkler berichtet, daß Prof. Leiningen bereits bodenkundliche Untersuchungen in<sup>o</sup> die Wege geleitet hat und uns zum Besuch einlade. Seine Arbeiten sind von der landwirtschaftlichen Gesellschaft fundiert. Er beginnt im kommenden Sommer mit der Terrainarbeit.  
Winkler überreicht einige diesbezügliche Brochüren. Goetzingen wird in dieser Angelegenheit von der Geologischen Reichsanstalt delegiert.
14. Winkler überbringt die Anregung Dr. Patzauers, des Direktors der Kohlenwerke der Nordbahn, wir sollen uns wegen Förderung unserer praktischen Arbeiten an den Zentralverband der Bergwerks-Direktionen wenden und diesem das Memorandum zur Kenntnisnahme einsenden.
15. Hammer fragt an, wieviel Separata des Memorandums<sup>p q</sup> aus der Februarnummer<sup>o</sup> der Verhandlungen aufgelegt werden sollen: 100 Stück mit braunem Umschlag.
16. Der Beginn der nächsten Sitzung wird auf 10 h festgesetzt.

Schluss der Sitzung 1 h

Der Protokollführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

Richtiggestellter Text des Antrages Waagen–Vetters gegen Dreger in Punkt 5: ... „Das Schriftstück solle von der Direktion nach deren Ermessen im normalen Wege zur Kenntnis des Staatsamtes gebracht werden.“

---

<sup>o</sup> Folgt gestrichen: Angriff.

<sup>p</sup> Überschrieben anstelle von: Februarnummer.

<sup>q</sup> Nachgetragen.

## Sitzung vom 7. Februar 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Goetzinger, Hackl, Sander, Spengler, Winkler

Eröffnung der Sitzung um 10 h 15

Bei Verlesung des Berichtes der letzten Sitzung wird die Fassung des Gegenantrages Waagen-Vettters zu Antrag Dreger in Punkt 5 betreffend Eingabe der Direktion an das Staatsamt über Aufstellung von Vertrauensmännern beanständet und richtig gestellt. Das Protokoll wird hierauf genehmigt.

1. Der Vorsitzende berichtet über die Einstellung der Beheizung in der Direktionskanzlei und im Arbeitszimmer Bukovski-Goetzinger sowie über ein neuerliches Einschreiten der Anstalt wegen <sup>a</sup>-der bereits bezahlten<sup>a</sup> Kohlenlieferung beim Departement 4 des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten.

Das Bohrarchiv konnte wegen Abreise Prof. Petrascheks und Verhinderung Spenglers noch nicht übernommen werden.

In der Angelegenheit der Praeparatorstelle hat Rechnungs-Revisor Gaina als Kanzleiverwalter die Flüssigmachung eines gewissen Betrages als Lehrgeld für den Invaliden König zugesagt und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Stelle des Praeparators ausgeschrieben werden müsse.

Wegen des Unterrichtes für König kurze Debatte: Ampferer beantragt, es sollen mit Spatny Unterhandlungen gepflogen werden;<sup>b</sup> wenn er sich nicht zum Unterricht bereit erklärt, habe er das der Anstalt gehörende<sup>c</sup> Handwerkszeug sofort abzugeben und die Wohnung zu räumen. Hammer erklärt sich bereit, bei Weigerung Spatnys König in<sup>d</sup> den<sup>e</sup> Anfangsgründen des Dünnschleifens zu unterweisen. Später soll König beim Laboranten Kreindl des Mineralogisch-Petrologischen Institutes der Universität ordentlich<sup>f</sup> Unterricht erhalten, bis dieser aus der Heilanstalt entlassen ist und seinen Dienst wieder angetreten hat.

Bezüglich des Unterrichtes im Gypsgießen schlagen Beck und Vettters<sup>g</sup> den Gießer des Österreichischen Museums [*heute: Museum für angewandte Kunst*] als Lehrer vor. Dreger wird diesbezüglich sich mit Hofrat Leisching in Verbindung setzen. Der Vorsitzende berichtet weiter, daß der Akt betreffend den<sup>h</sup> Vertrag mit der Firma Lechner im Arbeitszimmer des früheren Direktors in Verstoß geraten sei und erst gesucht werden müsse.

---

<sup>a-a</sup> Nachgetragen.

<sup>b</sup> Folgt gestrichen: wer mit Hinweis auf.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: Eigentum.

<sup>d</sup> Nachgetragen.

<sup>e</sup> Korrigiert aus: die.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: le.

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: vor.

<sup>h</sup> Folgt gestrichen: Verlag.

2. Der Vorsitzende berichtet über die Überreichung des Memorandums im Staatsamt für öffentliche Arbeiten an MR Rotky und die Besprechung mit diesem. Nach dem Vorschlag Veters wurden zur Erläuterung des Textes verschiedene geologische Karten, Profilbeilagen,<sup>i</sup> Tafeln mit seitlichen Anschnitten und Reliefs, Lagerstätten-Karten des Erz- und Kohlenreviers im Rheinland und Westfalen etc. beigelegt. Die einzelnen Punkte des Memorandums wurden eingehend erörtert.
- Rotky schlägt vor, wir sollen unsere Arbeit auf bergwirtschaftliche Gebiete konzentrieren, und Karten im Maßstab 1:25.000 herausgeben. RR Geyer verwies darauf, daß wir auf jeden Fall diese Gebiete tunlichst berücksichtigen und daß nach den<sup>j</sup> im Memorandum dargelegten Prinzipien, auch Karten 1:25.000 im Handkolorit abgegeben werden sollen. Rotky verwies auf die Dringlichkeit der Kohlenfrage und nennt speziell bestimmte<sup>k</sup> Reviere (Eibiswald und Wien, Starzing – Wölbling, Kobernauser Wald). Wichtig wären die Oelgebiete, bezüglich des Erzbergbaues nannte er speziell die Tauern wegen der Goldgewinnung (die betreffenden geologischen<sup>l</sup> Karten stammen aus den 50er Jahren!), dann Vorarlberg.
- RR Geyer wendet ein, daß die Anstalt außer zum Bergbau noch zu anderen technischen Arbeiten notwendige Beziehungen habe, die ebenfalls in die Kompetenz des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten fallen (Ausbau der Wasserkräfte, Bahn und Straßenbau, Steingewinnung etc.).
- Auf die Frage, wie sich die Geologische Reichsanstalt zu den gemachten Anregungen stelle, antworte[t] RR Geyer, „Wenn wir das Forschungsinstitut bleiben können, haben wir nichts gegen <sup>m</sup>die vorgebrachten<sup>m</sup> Wünsche.“
- Bei der Besprechung wurde auch speziell der Aktion gedacht, welche eine Angliederung der Anstalt an das Staatsamt für öffentliche Arbeiten bezweckt. Rotky selbst ist aktiv an dieser Aktion beteiligt und hat diesbezüglich bereits mit dem Staatssekretär [*Karl Urban*] Besprechungen gehabt. Er hebt hervor, daß unsere Stellung bei<sup>n</sup> diesem Amt weitaus günstiger wäre.
3. Dreger hat durch Dr. Groß erfahren, daß eine Enquête<sup>o</sup> dieser Tage sich auch<sup>p</sup> mit dieser Frage befassen werde. Nach seiner Ansicht sei dies ein Hinausschieben auf die lange Bank und ein Beweis, daß die jetzige Regierung nichts unternehmen wolle. Hammer ersucht die Direktion,<sup>q</sup> sich wegen der Enquête zu informieren.
- Waagen-Ampferer: Die Direktion wird ersucht im Staatsamt für Unterricht zu veranlassen, daß wir zur Enquête eine Vertretung entsenden dürfen.

---

<sup>i</sup> Folgt gestrichen: Er.

<sup>j</sup> Folgt gestrichen: Vor.

<sup>k</sup> Folgt gestrichen: Gegenden.

<sup>l</sup> Nachgetragen.

<sup>m-m</sup> Nachgetragen anstelle des gestrichenen: Rotky's [*folgt unleserlich*].

<sup>n</sup> Korrigiert aus: beim.

<sup>o</sup> Folgt gestrichen: be.

<sup>p</sup> Nachgetragen.

<sup>q</sup> Folgt gestrichen: da die Vertrauensmänner noch nicht ernannt sind, selbst.

RR Geyer erklärt, er werde gelegentlich der Überreichung der Eingabe wegen der Vertrauensmänner bei Hörtingen die Frage der Enquête vorbringen und beantragen, daß die Anstalt eine eigene<sup>r</sup> Vertretung dabei finde.

Winkler berichtet, daß der Abgeordnete Hoffmann von Wellenhof uns ausdrücklich rate, zu Dr. Waber in diesen Tagen zu gehen und seine Unterstützung in der Frage der Enquête [zu] erbitten. Es handelt sich um das Recht, daran teilzunehmen.

Dreger schlägt vor, zu Dr. Waber sollen die Ersatzmänner und Dr. Winkler gehen.

Ampferer ersucht den Vorsitzenden und die Vertrauensmänner, die weiteren informativen Schritte wegen der Enquete zu übernehmen (Vorsprache bei Hörtingen, Prüger etc.). Beide Vorschläge angenommen.

4. Veters erinnert an die früher gegebene Anregung, das Memorandum an die<sup>s</sup> andren in Betracht kommenden staatlichen Ämter und verschiedene<sup>t</sup> Körperschaften zu verschicken.<sup>u</sup> Der Schriftführer<sup>v</sup> hat die Liste hiefür aufzustellen, für die Staatsämter wird die Direktion den nötigen Mantelakt verfassen. Wird angenommen.

5. Textierung der Geschäftsordnung.<sup>w</sup>

Waagen verliest den Entwurf, welcher punktweise durchbesprochen wird.

Dreger wendet sich gegen den Titel Geologenrat. Das sei eine zu weit gehende Analogie mit Soldatenrat; sei zu sozialdemokratisch, man könne nicht wissen, wie die Verhältnisse in Zukunft sein werden. Er schlägt vor: Geologenbund oder Geologenbeirat. Ferner solle der Ausdruck „Haussitzungen“ durch „Sitzungen“ ersetzt werden. Über die Anträge wird abgestimmt, in der vorausgehenden Debatte der prinzipielle Standpunkt, der durch das Wort „Geologenrat“ bezeichnet ist,<sup>x</sup> allgemein vertreten. Der Antrag wird abgelehnt, der Titel hat zu lauten: „Geschäftsordnung für die Haussitzungen des Geologenrates der G.R.A. [*Geologische Reichsanstalt*] in Wien.“ Bei Punkt I (Teilnehmer)<sup>y</sup> wird von „alle aktiven<sup>z</sup> wissenschaftlichen Beamten<sup>z-z</sup>“ „aktiv“ gestrichen.

Über Antrag Ampferer wird der Passus über die Wahl, Zahl und Mandatsdauer der Vertrauensmänner neu textiert.

<sup>aa</sup>Zu dem Punkt: „Einberufung der Sitzungen“ wünscht Dreger den Zusatz: Die Tagesordnung ist jedesmal bekannt zu geben. Über Antrag Sander wird abgestimmt: „bei schriftlicher Einladung ist die Tagesordnung mitzuteilen.“ Wird angenommen. Der Text bleibt unverändert.

---

<sup>r</sup> Nachgetragen.

<sup>s</sup> Nachgetragen.

<sup>t</sup> Nachgetragen.

<sup>u</sup> *Randbemerkung:* Für die öffentl. Ämter in Maschinschrift, für Vereine gedruckte Separata.

<sup>v</sup> *Folgt gestrichen:* wird.

<sup>w</sup> *Randbemerkung:* RR Geyer wird für kurze Zeit aus der Sitzung abberufen, Dreger übernimmt den Vorsitz.

<sup>x</sup> *Folgt gestrichen:* besonders.

<sup>y</sup> Nachgetragen.

<sup>z-z</sup> *Anstelle von gestrichen:* Mitglieder.

<sup>aa</sup> *Randbemerkung:* Geyer übernimmt wieder den Vorsitz.

Neu hinzugefügt wird ein Passus über „ausdrückliche Übertragung der Stimme auf ein andres Mitglied“ sowie<sup>bb</sup> über Vorsitz und Protokoll. Punkt<sup>cc</sup> IX wird als Punkt VII eingestellt.

Goetzinger beantragt einen Zusatz zu Punkt IX (Beratungsgegenstände): „Die Beratungen gelten im allgemeinen als vertraulich und dürfen außerhalb des Geologenrates stehenden Personen nicht mitgeteilt werden“<sup>dd</sup>.

Die geänderte Fassung und die Zusätze werden einstimmig angenommen.

Waagen erbiertet sich zur Reinschrift und Herstellung von Abschriften für die Mitglieder. Die Geschäftsordnung ist von allen Mitgliedern zu unterfertigen. Ein Exemplar dem Protokoll beizulegen.

6. Sander stellt folgende Anträge:

1. Es soll jeder aktive Herr soweit als möglich ein eigenes Arbeitszimmer zugewiesen [be]kommen und zwar im ausgeräumten Zustand.

2. Um dies zu ermöglichen, wäre die Zeit zur Räumung für die aus dem Verbande der Anstalt ausscheidenden Herrn zu terminieren.

Vetters erinnert, daß die Direktion diesbezüglich bereits das Nötige<sup>ee</sup> veranlaßt habe und daß als Termin schon der 1. April bestimmt worden sei. Mit Rücksicht auf die Kohlennot könne dieser Termin nicht eingehalten werden. Er beantragt eine<sup>ff</sup> Räumungsfrist von 3 Monaten. (Wird angenommen.)

Dreger erbittet einen Antrag von der<sup>gg</sup> Versammlung, die Zimmerfrage im Einvernehmen und tunlichst nach den persönlichen Wünschen der einzelnen Herrn ins Reine zu bringen. Bericht in der nächsten Sitzung. Wird angenommen.

7. Goetzinger berichtet über seine auftragsgemäßen Unterhandlungen mit Leiningen bezüglich der Bodenkarten. Leiningen verlangt Karten 1:25.000, und zwar eine Art petrographischer Material-Karten mit besonderer Berücksichtigung der Verwitterungserscheinungen,<sup>hh</sup> etc. vom Geologen als Grundlage.<sup>ii</sup> Dem Prof. Leiningen sind die anzuwendenden Methoden noch selbst ganz unklar. Die Karten sollen im Schwarzdruck erscheinen mit 2 evtl. 3 Oleaten, einer geologischen, einer bodenkundlichen, und evtl. einer, <sup>jj</sup>welche den<sup>jj</sup> land- und forstwirtschaftlichen Interessen Rechnung trägt. Fürs erste will er einen Versuch mit 3 Typen machen, als welche er das Marchfeld, das Steinfeld und den oestlichen Wienerwald wählt.

<sup>kk</sup>Goetzinger erklärt, er könne nicht auf besondere Beteiligung der Anstalt an diesen Arbeiten rechnen, da wir uns nicht zersplittern können. Goetzinger selbst ist bereit, ihm eine geologisch-petrographische Karte zu liefern unter der Bedingung, daß sie sein

<sup>bb</sup> Folgt gestrichen: über.

<sup>cc</sup> Folgt gestrichen: VI.

<sup>dd</sup> Folgt gestrichen: Wird angeno.

<sup>ee</sup> Korrigiert aus: Nötigen.

<sup>ff</sup> Folgt gestrichen: all.

<sup>gg</sup> Folgt gestrichen: Direktion.

<sup>hh</sup> Folgt gestrichen: Angaben über den Chemismus des Bodens.

<sup>ii</sup> Folgt gestrichen: Die.

<sup>jj-ii</sup> Nachgetragen.

<sup>kk</sup> Randbemerkung von anderer Hand [?] mit Bleistift und in Kurzschrift [nicht auflösbar].

eigenes Arbeitsgebiet betrifft, und daß irgendeine Einflußnahme auf die Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt ausgeschlossen bleibe.

Zur Prüfung der anzuwendenden Methoden werden Dr. Goetzinger und Prof. Leiningen<sup>ll</sup> heuer gemeinsam Exkursionen im oestlichen Wienerwald (Tiergarten) unternehmen.

Der Vorsitzende dankt Goetzinger für seine Mitteilungen, welche zustimmend zur Kenntnis genommen werden.

8. Winkler bringt zur Kenntnis, daß nächsten Dienstag eine Sitzung des Zentralausschusses der Staatsangestellten-Kammer stattfindet.<sup>mmm</sup>
9. Waagen teilt mit, daß nach einem eingelangten ministeriellen Akt um die am 1./II. noch nicht nachgezahlten Teuerungszulagen speziell eingeschritten werden muß, und bittet den Vorsitzenden, bei Herrn Gaina auf Erledigung dieser Angelegenheit zu dringen.
10. Hammer fragt um den Stand der Bibliothekarangelegenheit. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß ein Beamter der Universitätsbibliothek Herr Maluschka sich um die Stelle beworben habe und er mit diesem Bewerber vollkommen einverstanden sei. Er werde bei<sup>nn</sup> MR Hörtingen diesbezüglich nocheinmal anfragen.

Schluß der Sitzung 12 h 30

Der Protokollführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>ll</sup> Folgt gestrichen: im.

<sup>mmm</sup> Folgt gestrichen: in welcher speziell die.

<sup>nn</sup> Folgt gestrichen: Er.

## Sitzung vom 14. Februar 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Ohnesorge, Beck, Vettors, Hackl, Goetzinger, Spengler, Winkler

Beginn 10 h. Vorsitz Geyer

Bei Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wird die Fassung des Punktes 7 von Hammer beanständet wegen Fehlens seines Einspruches in der Frage der Agrogeologie. Er hat darauf hingewiesen, daß wir laut unseres Memorandums über den Ausbau der Anstaltstätigkeit keineswegs an der Herstellung von agronomischen Karten uninteressiert sind und die Besprechung Goetzingers mit Lainingen [*sic*] infolgedessen<sup>a</sup> rein privaten Charakter besitzen. Er beantragt, das Protokoll abzuschließen und bei Behandlung des inzwischen an Winkler eingelangten Briefes Dr. Schreiners diesbezüglich eine Debatte abzuführen.

Das Protokoll wird<sup>b</sup> daraufhin genehmigt.

1. Der Vorsitzende berichtet über seine Unterredung mit dem Referenten MR Hörtingen über die Frage der Enquête und der Vertrauensmänner. Diese Unterredung hat 1 ½ Stunden gedauert.

Hörtingen war über den Akt bezüglich der Vertrauensmänner, welcher einige Tage vorher mit wohlwollender Einbegleitung an ihn gelangt war, vollständig informiert. Er lehnt die Eingabe durchaus ab. Wenn wir uns bei der Errichtung des Geologenrates und Aufstellung von Vertrauensmännern auf Praezedenzfälle berufen, so ist das ein Irrtum, da derartige Organisationen<sup>c</sup> immer für wirtschaftliche Interessen der Beamenschaft geschaffen worden sind, nie aber eine Einflußnahme auf den Dienstbetrieb beinhalten haben. In dieser Hinsicht sei<sup>d</sup> unter allen Umständen der Direktor der Verantwortliche gegenüber dem Staatsamt wie gegenüber der Öffentlichkeit. Hörtingen werde die Eingabe an den Staatssekretär weiterleiten, doch sei das Staatsamt selbst gar<sup>e</sup> nicht in der Lage, diesbezüglich allein eine Entscheidung zu fällen.

Auf den Hinweis auf die dem Dienstbetrieb förderliche Wirkung dieses kollegialen Zusammenwirkens sämtlicher Anstaltsmitglieder antwortet Hörtingen, wir können ja einen Verein bilden, einen Beschluss gegen die Amtsbefugnis des Direktors aber sei unmöglich. Dagegen bleibe es der Direktion unbenommen, mit den Beamten der Anstalt gemeinsame Beratungen zu pflegen.

Von der Enquête weiß Hörtingen nichts, es hätte<sup>f</sup> wohl eine<sup>g</sup> unverbindliche Fühlungnahme mit dem Staatsamt für öffentliche Arbeiten in der Frage der

---

<sup>a</sup> Nachgetragen.

<sup>b</sup> Folgt gestrichen: mit.

<sup>c</sup> Überschrieben anstelle von: Einrichtungen.

<sup>d</sup> Nachträglich mit Bleistift überschrieben anstelle von: ist.

<sup>e</sup> Nachgetragen.

<sup>f</sup> Korrigiert aus: hätten.

<sup>g</sup> Am Rand mit Bleistift und in Kurzschrift nachgetragen: [unleserlich].

Angliederung der Geologischen Reichsanstalt an dieses Amt stattgefunden, eine diesbezügliche Enquête sei aber seines Wissens nicht in Aussicht. Wenn eine solche stattfinden sollte, würde die Anstalt selbstverständlich dazu geladen werden, außerdem auch gewisse Professoren und der bisherige Direktor der Geologischen Reichsanstalt Hofrat Tietze. Auf Hörtingens Frage, wie sich die Geologische Reichsanstalt zum Anschluss an das Arbeitsamt verhalte hat Herr RR Geyer betont, wenn uns der Charakter des<sup>h</sup> wissenschaftlichen Forschungsinstitutes gewahrt bleibt und wir<sup>i</sup> wirtschaftlich<sup>j</sup> besser gestellt wären, bestünde keine Abneigung gegen dieses Projekt. Hörtingen erklärt dazu, daß das Staatsamt für Unterricht nur mit Gewalt gezwungen werden könnte, die Geologische Reichsanstalt herauszugeben, weil sie ein<sup>k</sup> wissenschaftliches Institut bleiben müsse. Beim Staatsamt für öffentliche Arbeiten, das selbst als Bergbauunternehmer auftrete und die Bergpolizei ausübe, sei unser Ansehen und unsere Autorität nicht so unbedingt, wie wenn wir diesem Amt gegenüber selbstständig sind. Eher würde er einer Angliederung der Geologischen Reichsanstalt an die Universität zustimmen, obwohl er auch gegen diese Aktion Stellung nimmt<sup>l</sup>.

Die Frage wegen Besetzung der Bibliothekarstelle wurde ebenfalls bei der Unterredung berührt. Die Besetzung soll in einer neuerlichen Eingabe urgirt werden.

RR Geyer betont, daß er sich in der Angelegenheit des Geologenrates und der Organisation der Vertrauensmänner wohl genügend exponiert habe. Er rät von weiteren Schritten abzusehen, damit nicht ein Wind entfacht werde, der in ganz andre Segel blase.

Ampferer verliert eine Stelle aus einem an ihn gerichteten Brief Prof. Beckes<sup>l</sup>.

Eichleiter beantragt,

1. die Eingabe wegen der Vertrauensmänner zurückzuziehen. – Wird gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

2. Der Geologenrat solle sich bis zur Entscheidung der Eingabe vertagen. Debatte: Veters: Im Staatsamt nichts weiter in der Sache unternehmen, Vertrauensmänner würden sich sehr exponieren. Wir sollen die beratende Körperschaft bleiben, im Falle einer Differenz mit der Direktion bleibt der Weg des Memorandums immer offen.

Ampferer: Es bleibt noch immer der Weg zu andern übergeordneten Behörden offen. Man soll die Entwicklung erzwingen.

Waagen: Wenn wir jetzt darauf bestehen, wird RR Geyer als Direktor unmöglich und Prof. Diener sicher die Direktion erhalten.

Dreger: Die Sache ist nicht dringlich, es liegt nichts vor, was ein Eingreifen der Vertrauensmänner erforderlich macht. Derzeit ist die Vertretung aller Interessen der Direktion zu überlassen.

Antrag Waagen: Nach wie vor die Geologenratssitzungen abhalten und als beratende Körperschaft der Direktion zur Seite stehen, die Eingabe nicht weiter urgieren; die Vertrauensmänner gelten pro domo.

---

<sup>h</sup> Folgt gestrichen: Fo.

<sup>i</sup> Überschrieben anstelle von: unsere.

<sup>j</sup> Anstelle von gestrichen: wirtschaftlichen Bedingungen.

<sup>k</sup> Am Rand mit Bleistift nachgetragen: [unleserlich]

<sup>l</sup> Überschrieben anstelle von: nehmen würde.

Einstimmig angenommen.

Bezüglich der Frage der Enquête werden die Mitteilungen des Vorsitzenden und Ampferers zur Kenntnis genommen. Ebenso eine diesbezügliche Mitteilung Vettters' über eine Anfrage bei SR Becker, der ebenfalls erklärt hat, nichts von einer Enquête zu wissen. Es scheint, daß die Herren im Staatsamt für Unterricht tatsächlich offiziell von einer Enquête nichts wissen, vielleicht auch persönlich nicht, daß die Enquête aber von anderer Seite gewünscht bzw. vorbereitet wird.

2. Waagen zu Punkt 5 der letzten Sitzung: Die Geschäftsordnung kann<sup>m</sup> noch nicht vorgelegt werden, muß neu geschrieben werden und kommt dann zur Ausgabe an die Mitglieder.

3. Waagen referiert <sup>n</sup>laut Punkt 8 der letzten Sitzung<sup>n</sup> über die Sitzung des<sup>o</sup> Zentralausschusses der Staatsangestellten-Kammer<sup>p</sup>, welcher er zusammen mit Winkler als Vertreter der Geologischen Reichsanstalt beigewohnt hat, da Winkler als noch nicht offiziell in den Verband der Anstalt aufgenommen allein nicht<sup>q</sup> die Anstalt vertreten kann.

Der Organisationsentwurf der Kammer sieht eine Teilung in Gruppen vor: Beamten-, Unterbeamten-, Kanzlisten- [und] Arbeitergruppe. Dagegen haben sich die Arbeiter ausgesprochen. Die Beratungen sind deshalb ins Stocken geraten. Es wurde der Antrag gestellt, daß vorläufig die wissenschaftlichen<sup>r</sup> Institute sich organisieren. Die Institute sollen eine Liste der wissenschaftlichen Beamten einsenden. Von uns ist der Akt bereits fertiggestellt. Es wurde ein dreigliedriger <sup>s</sup>Ausschuss gewählt: RR List vom Hofmuseum, Dr. Reisch (Bibliothekar der Akademie der bildenden Künste) und Dr. Wahl (biologische Versuchs-Station). Der Ausschuss nimmt die Anmeldungen entgegen und teilt die Institute in gewisse Gruppen. In der nächsten Sitzung wird ein Arbeitsausschuss gewählt, zu dem jede Gruppe einen Delegierten nominirt.

Waagen berichtet im Zusammenhang damit über die Aktion des Stadtrates Kienböck zwecks Förderung des Hochschulwesens mit Hinzuziehung der Museen, Bibliotheken, wissenschaftlichen Instituten etc. und beantragt, einen Akt an das Bürgermeisteramt abzusenden mit dem Ersuchen um Mitteilung der nächsten diesbezüglichen<sup>t</sup> Sitzung. Dreger teilt mit, daß er mit Direktor<sup>u</sup> Leisching über die Aktion Kienböck gesprochen habe. Leisching ist Präsident der Gruppe Museen Institute etc. Auf seiner Liste ist die Geologische Reichsanstalt bereits enthalten.

<sup>m</sup> Folgt gestrichen: infolge einer Ander.

<sup>n-n</sup> Nachgetragen.

<sup>o</sup> Nachträglich mit Bleistift durchgestrichen und in Kurzschrift nachgetragen: [unleserlich]

<sup>p</sup> Mit Bleistift und in Kurzschrift nachgetragen: [unleserlich]

<sup>q</sup> Folgt gestrichen: als Vertreter.

<sup>r</sup> Folgt gestrichen: Gruppen.

<sup>s</sup> Randbemerkung mit Bleistift und in Kurzschrift: [unleserlich]

<sup>t</sup> Am Rand nachgetragen.

<sup>u</sup> Korrigiert aus: Prof.

4. Dreger berichtet über eine Anfrage bei Leisching wegen des Unterrichtes für König im Gypsgießen. Für das Österreichische Museum arbeitet der Gypsgießer Schrott, Mollardgasse 85a. Leisching kann diesen beauftragen den Unterricht zu übernehmen. Der Vorsitzende bringt zu Kenntnis, daß dem Diener Spatny vom Staatsamt die Wohnung definitiv gekündigt worden ist, weshalb er nicht mehr für den Unterricht im Dünnschleifen in Betracht kommt. Daher wird Hammer es<sup>v</sup> übernehmen.
5. Ampferer - Vettters berichten über den Besuch bei Staatssekretär Dr. Waber. Dieser ist<sup>w</sup> in der Sache nicht<sup>x</sup> kompetent, er hat nur mit den Liquidierungsangelegenheiten zu tun. In diesen Fragen sagte er zu, die Interessen der Geologischen Reichsanstalt nachdrücklich zu vertreten.
6. Dreger referiert über die im Einvernehmen mit den Mitgliedern getroffene Zimmerzuweisung.
7. Winkler legt einen Brief Dr. Schreiners als Antwort auf die Übersendung des Memorandums vor, dem eine<sup>y</sup> Eingabe Dr. Schreiners an das Ackerbauministerium vom 3. Mai 1918 beigelegt ist. In beiden Schriftstücken wird der Wert von pedologischen Aufnahmen und die Herausgabe solcher Karten als notwendiges Hilfsmittel der Landwirtschaft hervorgehoben, speziell die Frage der Mergelung des Bodens herausgegriffen. Dr. Schreiner nimmt lebhaftes Interesse an dem<sup>z</sup> in unserem Memorandum vorgeschlagenen<sup>z</sup> Ausbau der Geologischen Reichsanstalt in der Richtung der Agrogeologie und erklärt, sich persönlich mit allem Nachdruck dieser Angelegenheit<sup>aa-aa</sup> auch in den beteiligten Staatsämtern<sup>aa</sup> anzunehmen. Es wäre nur eine Fortsetzung seiner bereits<sup>bb</sup> mit der vorgelegten Eingabe an das Ministerium für Ackerbau begonnenen Aktion. Prof. Hibsich habe dort<sup>cc</sup> bereits als Sachverständiger in Fragen der Agrogeologie mit ihm zusammen gewirkt. Mit ihm sollten wir uns ehestens in Verbindung setzen. Dr. Schreiner hat bereits in der erwähnten Eingabe auf notwendige Vermehrung des Personals der Geologischen Reichsanstalt hingewiesen. Er denkt auch an die Heranziehung freiwilliger Mitarbeiter und macht in einem Nachtragsbrief an Winkler auf den Chemiker Karl von Zimmermann in Boehmisch Leipa aufmerksam, der sich bereits auch publizistisch als Pedologe betätigt hat. Der Vorsitzende regt an Prof. Hibsich zu einer speziellen Sitzung (nächsten Freitag oder übernächste Woche) einzuladen, um seine Ansichten zu hören. Die Gelegenheit, von einflußreichen Leuten Förderungen zu erfahren, müsse energisch ausgenützt werden.  
In der weiteren allgemeinen Diskussion erklärt sich Ohnesorge bereit, selbst in seinem Aufnahmsgebiet pedologisch zu arbeiten. (Nördliche Grauwackenzone).

---

<sup>v</sup> Mit Bleistift korrigiert aus: das.

<sup>w</sup> Korrigiert aus: war.

<sup>x</sup> Folgt gestrichen: auf.

<sup>y</sup> Folgt gestrichen: Ein.

<sup>z-z</sup> Nachgetragen.

<sup>aa-aa</sup> Nachgetragen.

<sup>bb</sup> Folgt gestrichen: vor lan.

<sup>cc</sup> Nachgetragen.

Der Vorsitzende und Hammer betonen, daß von einem Desinteressement der Anstalt an der Agrogeologie gewiss nicht gesprochen werden [*kann*].

Es bleibe selbstverständlich dabei die Frage der Dotierung mit Mitteln und Arbeitskräften zu lösen. Unsere Stellung zur Agrogeologie ist durch das Memorandum klar gegeben, wo wir selbst den Ausbau der Anstalt in dieser Richtung ins Programm genommen haben. Die Besprechung Goetzingers mit Leiningen sei vollkommen privater Natur. Man müsse Leiningen auf das Memorandum hinweisen.

Ohnesorge erklärt, daß auch<sup>dd</sup> er sich wegen dieser Frage mit Leiningen in Verbindung setzen werde.

Winkler schlägt vor, das Memorandum sowohl dem Staatsamt für Landwirtschaft als auch dem dortigen Sektionschef Dr. Deutsch zu übermitteln. Ebenso auch dem Sohne Dr. Schreiners im selben Staatsamt.<sup>ee</sup>

Der Vorsitzende berichtet, daß die Remunerierung für das Vervielfältigen der<sup>ff</sup> beiden Memoranden nach Ansage des Rechnungs-Revisor Gaina wahrscheinlich nicht genehmigt werden dürfte, daher von den Anstaltsmitgliedern selbst bezahlt werden<sup>gg</sup> müsste.

Winkler erbittet die Ermächtigung, Dr. Schreiner im Namen der Anstalt zu erwidern<sup>hh</sup>-zu dürfen<sup>-hh</sup> [*sic*] und für sein Interesse zu danken.

Der Schriftführer beantragt die Erhöhung der Zahl der Separata des Promemorias auf 150 Stück. Wird beschlossen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Protokollführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>dd</sup> Nachgetragen.

<sup>ee</sup> Folgt gestrichen: Alle Vorschläge und Anträge angenommen.

<sup>ff</sup> Folgt gestrichen: Me.

<sup>gg</sup> Folgt gestrichen: wurde.

<sup>hh-hh</sup> Gestrichen und mit Bleistift zwecks Anzeigung der Gültigkeit interpunktiert.

## Sitzung vom 22. Februar 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Götzing, Spengler, Winkler

Beginn: 10 h

[1.] Dreger trägt bezüglich der Unterweisung Königs im Gipsgießen nach, daß das Institut in der Mollardgasse nach Erkundigungen<sup>a</sup> gegenwärtig gesperrt ist.

[2.] Der Vorsitzende berichtet, daß die Eingabe betreffend die Besetzung der Bibliothekarstelle an das Staatsamt bereits abging, ebenso ein Promemoria an das Staatsamt für Landwirtschaft. Er berichtet ferner, daß sich 2 Aspiranten für die Anstalt gemeldet haben: Dr. Lucerna, Lyzealprofessor in Brünn und Dr. Krumpholz von der geologischen Landesaufnahme in Sarajevo. Während man über die wissenschaftliche Qualifikation Lucernas informiert ist, ist über die wissenschaftlichen Arbeiten von Krumpholz nichts bekannt.

Ampferer ist gegen die Aufnahme beider Bewerber, da wir in erster Linie Petrographen brauchen. Über Krumpholz habe sich Katzer nicht günstig ausgesprochen. Lucerna müßte in Anbetracht seiner gegenwärtigen Stellung in die VIII. Rangklasse kommen, was aber eine Präterierung der jüngeren Anstaltsmitglieder zur Folge haben würde<sup>b</sup>, was unbedingt zu vermeiden ist.

Vettters schlägt Lucerna als externen Mitarbeiter vor, mit der Spezialverwendung für Agrogeologie, um ihn nicht abzulehnen. Seine bisherigen glazialmorphologischen Arbeiten seien außerhalb des Rahmens der Anstalt. Lucerna ist beim Staatsamt für Unterricht für eine größere Stadt zu empfehlen, wobei er in den Schulferien als externer Mitarbeiter an gewissen Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt teilnehmen könnte. Waagen macht darauf aufmerksam, daß aus dieser Anfrage bezüglich der 2 Aspiranten zu entnehmen ist, daß eine Vergrößerung des Personals der Geologischen Reichsanstalt notwendig ist; wir brauchen aber junge Leute mit petrographischer Richtung.

Ampferer berichtet diesbezüglich über eine Unterredung mit Prof. Becke, wonach dessen Assistent Dr. Marchet, ein chemisch geschulter Petrograph, sehr gerne in die Anstalt kommen möchte. Der Vorschlag wird angenommen, Dr. Marchet als Volontär aufzunehmen und ihn zunächst als externen Mitarbeiter mit einem Waldviertelblatt zu betrauen.

[3.] Waagen legt eine<sup>c</sup> Geschäftsordnung des Geologenrates für das Protokoll vor. Hammer urgiert die Angelegenheit betreffend den Vertrag mit Lechner.

Der Vorsitzende berichtet, daß die Bestellungen von Karten einen sehr großen Umfang annehmen und empfiehlt den Zeichner Stromer als neue Hilfskraft.

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: bei Hofrat Leisching. Darüber befindlich unleserliche Anmerkungen in Kurzschrift.

<sup>b</sup> Überschrieben anstelle von: müßte.

<sup>c</sup> Überschrieben, jedoch nicht gestrichen: die.

- [4.] Vettters stellt den Antrag, an das Staatsamt heranzutreten, es möge in der nächsten Zeit schon folgende Punkte des Promemoria bewilligen:
1. für die Herstellung der Kartenkopien einen höheren Tarif zu genehmigen
  2. auch den Taxtarif für das chemisches Laboratorium womöglich um 100% zu erhöhen
  3. eine Taxe für literarische Aushilfe (Auskünfte über Karten, Literatur über Vorkommen) einzuführen.
- Durch alle diese Taxen bezw. Taxerhöhungen könne eine Mehreinnahme von einigen Tausend Kronen erzielt werden.
- [5.] Waagen, Ampferer, Vettters und Hammer urgieren die Arbeitszimmer-Angelegenheit. Die aus der Anstalt ausgeschiedenen Herren erhalten eine<sup>d</sup> schriftliche Verständigung, daß sie die Zimmer bis 1. Mai zu räumen haben.
- Vettters schlägt im Anschluß daran vor, die früheren Mitglieder der Geologischen Reichsanstalt (auch Kossmat, Abel, Suess, aufzufordern, ihre Originalaufnahmskarten abzuliefern. Nach längerer Wechselrede wird Hammers Antrag angenommen (einstimmig): Die austretenden Herren werden schriftlich aufgefordert, am 1. Mai ihre Zimmer zu räumen, zu übergeben und gleichzeitig ihre Originalaufnahmsblätter (natürlich in eine lesbaren und verständlichen Form) in die Kartensammlung abzuliefern<sup>e</sup> sowie ihre Gesteinsaufsammlungen zu übergeben.
- Die Frage, ob und inwieweit geologische Notizbücher gleichfalls abzuliefern sind, wird für eine spätere Beratung aufgeschoben zugleich mit dem Thema, wie Notizbücher geführt werden sollen. Auch neue Aufnahmsinstruktionen sollen der Beratungsgegenstand einer der nächsten Haussitzungen sein.
- [6.] Vettters wünscht, daß die für die Jahresberichte bestimmten vorläufigen Ergebnisse der geologischen Aufnahmen eines jeden Jahres künftighin ausführlicher sind; die Direktion habe kurze Berichte ohne Betonung der geologischen Ergebnisse zurückzuweisen.
- [7.] Der Vorsitzende berichtet ferner, daß vom Staatsamt für Landwirtschaft bezüglich der Kalk- und Mergelfrage bereits ein Akt an die Geologische Reichsanstalt eingelangt<sup>f</sup> ist. Eine allgemeine generelle Angabe aller Kalk- und Mergel-Vorkommen ist wegen der Fülle der Vorkommen nicht zu machen, hingegen würde man in konkreten Fällen über <sup>g</sup>Mergel- und Kalk-<sup>g</sup>Vorkommen geeignete Vorschläge machen (auch unter Berücksichtigung der Transportmöglichkeiten).
- Vettters empfiehlt<sup>h</sup> eine Organisation dieser ganzen Angelegenheit am besten in Form einer Enquete vom Staatsamt für Landwirtschaft aus. Der dortige Referent hat sich mit der Geologischen Reichsanstalt diesbezüglich ins Einvernehmen zu setzen. Vor dem Vorschlag an das Staatsamt für Landwirtschaft ist jedoch noch der Vortrag von Prof.

---

<sup>d</sup> Nachgetragen.

<sup>e</sup> Nachgetragen.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: sei.

<sup>g-g</sup> Nachgetragen.

<sup>h</sup> Folgt gestrichen: in dieser Sache.

Hibsch über die Bedeutung der Kalk- und Mergelfrage für die Landwirtschaft abzuwarten.

- [8.] Winkler berichtet, daß er dem <sup>i-i</sup>Minister a. D.<sup>i</sup> Dr. Schreiner bereits für seinen Brief gedankt und ihm mitgeteilt hat, daß sich die Geologische Reichsanstalt mit Prof. Hibsch bereits ins Einvernehmen gesetzt hat.
- [9.] Über Antrag von Dreger wird Waagen für die Abschrift der Geschäftsordnung der Dank ausgesprochen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Protokollführer: Dr. Gustav Götzinger

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>i-i</sup> Korrigiert aus: Ex-Minister.

## Sitzung vom 28. Feber 1919

Anwesend: Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzingler, Spengler, Winkler, Prof. Hibschi

Beginn der Sitzung 10 h 15. Vorsitzender Dreger

[1.] Der Vorsitzende <sup>a</sup>-dankt Prof. Hibschi für sein Erscheinen und <sup>a</sup>berichtet, daß RR Geyer an der tags vorher stattgehabten Enquète im Staatsamt für Unterricht teilgenommen und ein stenographisches Protokoll der<sup>b</sup> Verhandlungen geführt hat und daß er zusammen mit MR Rotky, MR Hörtingen und Prof. Diener in ein engeres Komité berufen wurde, welche die Angelegenheit der Geologischen Reichsanstalt zu erledigen hat. Er wird in der nächsten Sitzung darüber berichten.

Mit Rücksicht auf den speziellen Gegenstand der heutigen Sitzung wird von der Verlesung des Protokolls abgesehen und diese auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Ampferer praezisiert den Zweck der heutigen Sitzung dahin: Es dreht sich um 2 Fragen:

1. Was kann man ohne wesentliche Kosten durch Verfeinerung der Landesaufnahme, Beigabe von Analysen, Verbesserung der Erläuterungen etc. erreichen, daß unsere Karten für die Landwirtschaft praktisch benützbar werden.

2. Wie müßte man die Anstalt vergrößern, um wirkliche agrogeologische Aufnahmen machen zu können?

Er bittet Prof. Hibschi um seine diesbezüglichen Ratschläge.

Prof. Hibschi dankt für die Einladung und begrüßt die Absicht der Geologischen Reichsanstalt, ihre Karten in agrogeologischer Richtung zu ergänzen. Die Landwirte, welche in der Lage sind, diese Aktion zu würdigen, erwarten in der Tat, daß von Seite der Anstalt in dieser Richtung etwas geschieht. Prof. Hibschi glaubt als Muster die Einrichtung vorschlagen zu können, welche in Baden und Württemberg [*sic*] durch Prof. Sauer getroffen worden ist, und legt ein Blatt der badischen Aufnahme vor. Diese Karten sind nur im Flachland ausgeführt, nicht im Gebirge,<sup>c</sup> wo die geologische Karte gleichzeitig Bodenkarte ist.

Im Flachland werden Bohrungen ausgeführt bis zu 2 m, höchstens in einzelnen Fällen bis 5 m. Beigefügte Ziffern geben den Gehalt an Kalk, Sand, Lehm etc. an. Die Proben werden in einem eigenen Laboratorium durch Schlämmen untersucht.

Es sind somit 2 Dinge notwendig:

1. Die aufnehmenden Geologen befassen sich auch mit der Untersuchung des Bodens im Felde.

2. Es muß ein pedologisches Laboratorium eingerichtet werden.

Die Aufnahmen erfolgen 1:25.000, ebenso die Publikationen. Für einzelne Besitztümer wären auch größere Maßstäbe wünschenswert, 1:10.000, 1:5.000, deren Herstellung

---

<sup>a-a</sup> Nachgetragen.

<sup>b</sup> Folgt gestrichen: selben.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: da.

jedoch mit größeren Schwierigkeiten und Kosten verbunden wäre. Sie würden nur in besonderen Fällen notwendig und auf spezielle Wünsche. In Deutschland sind solche Karten wiederholt verlangt worden. Der Grundbesitzer hat dann einen Teil der Kosten übernommen. Das könnte auch bei uns der Fall sein.

Die Schlämmanalysen sind leicht durchzuführen und gehen rasch. Ein Diener hätte den<sup>d</sup> Apparat zu bedienen, er kann auch die Wägungen machen. Am empfehlenswertesten ist die Schlämm-Methode von Kopetzky, nach der bereits in ganz Böhmen Bodenuntersuchungen durchgeführt sind. Es ist unbedingt die Gleichartigkeit der Methoden anzustreben. Auch Ungarn hat zum Teil nach der Methode Kopetzky gearbeitet.

Das pedologische Laboratorium wäre dem chemischen anzugliedern. Ein Pedolog mit einem Diener wäre für den Anfang ausreichend.

Die Untersuchungsergebnisse wären nach dem badisch-württembergischen Muster einzutragen. Außer auf das Ergebnis der Bohrungen ist noch auf andre allgemeine Eigenschaften des Bodens Rücksicht zu nehmen.

Der Kartentext müßte eine entsprechende Erweiterung erfahren. In Baden führen die Erläuterungen einen eigenen bodenkundlich-technischen Teil. Sie geben die vorhandenen Bodentypen an. Sauer hat namentlich für die<sup>e</sup> Württembergischen Karten darauf hingewiesen, daß die Beschaffenheit des Bodens nicht bloß von der Unterlage abhängig ist, sondern auch verändert werden kann, z. B. durch Bestreuung mit Blöcken (Kalkblöcke auf dem aus<sup>f</sup> sandigen Werfener Schiefen entstandenen Boden). Auch solche Momente müssten vom Geologen hervorgehoben werden.

Vor allem müsste ein Programm für diese Tätigkeit aufgestellt werden.

Die<sup>g</sup> Mehrzahl der Landwirte versteht die Karten allerdings nicht, aber einige wenige studieren zuerst die geologischen Karten als Grundlage ihres Wirtschaftsplanes. Sache der Erziehungsstätten für gebildete Landwirte ist es, die Leute zum geologischen Denken und zur Benützung der geologischen Karten zu erziehen.

Der Vorsitzende dankt Prof. Hibsich für seine Ausführungen und leitet die Diskussion ein:

Ampferer konstatiert, daß nach Prof. Hibsich Karten 1:75000 ungenügend seien.

Hammer fragt, wer die pedologischen Untersuchungen durchführt, die normalen Geologen oder eigene Pedologen.

Hibsich: Dieselben Leute. Crädner [*entweder: Hermann oder Georg Rudolf Crädner*] hat angeordnet, daß die Geologen abwechselnd Flachland und Gebirge bearbeiten.

Ampferer: Wie stark wird die Arbeit durch die Pedologie verzögert?

Hibsich: Um die Hälfte.

Vetters: Bei uns wäre es auch nicht möglich, nebenbei pedologisch zu kartieren, weil für die Diäten der Diener nicht zu haben ist, welcher den Bohrer trägt. Die Karten einer Aufnahme würden sich auf das 3-4fache erhöhen.

Ampferer schlägt vor, vorläufig ein ausführliches Programm auszuarbeiten.

---

<sup>d</sup> Korrigiert aus: dem.

<sup>e</sup> Nachgetragen.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: Wer.

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: Mehzo.

Eichleiter erwähnt, daß in Niederoesterreich bereits Bodenuntersuchungen durchgeführt werden, wofür ein eigenes Laboratorium besteht.

Goetzinger konstatiert dazu, daß es sich dabei nur um spezielle Untersuchungen für Drainagezwecke handelt und diese Arbeiten vom Landeskulturrat<sup>h</sup> ausgehen.

Hibsch pflichtet dem Vorschlag Ampferer bei. In dem Programm wäre neben den andern Aufgaben auf die montanistischen und pedologischen hinzuweisen, es wäre ein Antrag zu stellen, ein Kostenvoranschlag <sup>i</sup>zu geben<sup>i</sup>, Dotationserweiterung, Personalvermehrung anzusprechen. Wird das Projekt nicht angenommen, haben wir doch unsere Schuldigkeit getan.

Vor einigen Jahren hat der Rektor der Hochschule für Bodenkultur [*wohl: Julius Marchet oder Adolf Cieslar*] erklärt, daß die pedologische Aufnahme ganz Oesterreichs ein Programm der Hochschule sei. Daraufhin wurde die Lehrkanzel Leiningen errichtet [*Lehrkanzel für forstliche Standortslehre und forstlich-chemische Technologie 1911*].

Goetzinger: Leiningen ist Chemiker und braucht die Mitarbeiterschaft der Geologen.

Vetters weist gegenüber dem allgemeinen Programm auf den uns gegenwärtig direkt angehenden Antrag Schreiner wegen Mergelung der Böden hin als für uns leichter und ohne weitere Mittel durchführbar. Er fragt Prof. Hibsch, ob in Boehmen irgendeine diesbezügliche Organisation besteht.

Hibsch: In dieser Frage ist im Ackerbauministerium unter Vorsitz von MR Dr. Deutsch auf Anregung Schreiners eine Enquête mit negativem Erfolg abgehalten worden (Oktober 1918). Das Ackerbau-Ministerium hat sich sehr dafür eingesetzt. Es wurde vereinbart, Probedüngungen als Grundlage für weitere Maßnahmen durchzuführen und zwar vorerst in Nordböhmen. Man hat sich mit dem deutschen Meliorationsverband für Boehmen in Verbindung gesetzt und wollte Versuche auf drainierten und nichtdrainierten Böden ausführen, um gleichzeitig die Wirkung der Drainage zu erkennen. Prof. Hibsch wurde mit den Vorarbeiten betraut. In erster Reihe sollten sandige Boeden<sup>j</sup> zum Versuch herangezogen werden. Bis heute ist vom Meliorationsverband keine Antwort eingetroffen. Hibsch hat bei den großen Kalkgewerkschaften und Steinbruchindustriunternehmen angefragt, ob sie Mergel oder Kalk liefern können, Mergel oder Kalkmehl, Staubkalk, die Abfallprodukte, in welchen Mengen und zu welchem Preis. Die Antworten lauten ablehnend. Preise könnten unter den herrschenden Umständen nicht kalkuliert werden, eine Verwertung der Abfallprodukte ist auch im Frieden nie erfolgt.

Ampferer: Um die Karten bezüglich der natürlichen Düngervorkommen und der Bodenarten für die Landwirtschaft brauchbar zu machen, müssen in Zukunft die Schichten petrographisch richtig benannt werden, nicht bloß stratigraphisch, die Schichtgrenzen genauer kartiert, auf Schuttbildung mehr Rücksicht genommen werden. In dem Programm soll der Satz aufgenommen werden: Wir verfeinern unsere Aufnahmen in dem genannten Sinn soweit als möglich.

Vetters: Die 25.000-Karten sollen druckfähig aufgenommen werden, ohne Rücksicht, ob sie in diesem Maßstab auch wirklich publiziert werden. Man kann damit jeden gewünschten Teil im Handkolorit abgeben.

---

<sup>h</sup> Mit Bleistift gestrichen: -kulturrat und durch eine kurzschriftliche Paraphe ersetzt.

<sup>i</sup> Nachgetragen.

<sup>j</sup> Folgt gestrichen: ausfindig gem.

Hibsch: 1:25.000 kartieren ist unbedingtes Erfordernis. Es soll jeder Aufschluss verwertbaren Materials, Steingruben etc. <sup>k-k</sup>auf der Karte<sup>k</sup> verzeichnet werden. Die Verkehrswege sind besonders zu berücksichtigen, Erweiterungsfähigkeit etc. In erster Linie die großen Kalk- und Mergelindustrien und Werke. Auch alle Schotter, die Kalkschotterterrassen der Voralpengebiete, Moränen, Alluvialschotter etc.

Vetters: Eine petrographische Analyse der Alluvien müsste gute<sup>l</sup> Erfolge zeitigen. Er fragt Prof. Hibsch, welche Erfahrungen über die Qualitäten der Materialien bestehen.

Hibsch: Es sind in erster Linie die Kalkmergel zu verwenden, welche mehr als 30% Kalk enthalten. Unter 30% nicht geeignet.

Vetters fragt um die Versuche vom Zimmermann mit Basaltschotter auf reinen Sandböden.

Hibsch: Man kann Sandböden auch mit reinem Tondünger verbessern. Die Versuche waren günstig.

Vetters: Wir brauchen einen Wunschzettel der Landwirte, worauf sie besonders Wert legen. Er müsste in die Aufnahmeinstruktionen aufgenommen werden.

Hibsch verweist auf die deutsche landwirtschaftliche Gesellschaft für Oesterreich (Delgefö), deren Sekretär Prof. Ostermeyer von der Hochschule für Bodenkultur ist.

Vetters: Man<sup>m</sup> soll jedes Jahr an die Delgefö eine diesbezügliche Anfrage richten, auch über jedes Arbeitsgebiet im Besondern. Damit wäre auch ein ständiger Kontakt mit der Landwirtschaft hergestellt.

Hibsch pflichtet dem bei. Wir müssen uns vor allem allgemein instruieren lassen und ebenso für jedes spezielle Gebiet.

Winkler: Dr. Schreiner hat neuerdings geschrieben. Er findet Vermehrung des Personals notwendig. Wir sollen unsere Wünsche wegen Ausgestaltung in pedologischer Richtung dem Staatsamt für Unterricht einreichen. Er wird sich persönlich dafür einsetzen. Die Mittel dürften wir vom Staatsamt für Landwirtschaft erhalten.

Winkler beantragt, ein engeres Comité zur Ausarbeitung eines diesbezüglichen Memorandums einzusetzen.

Waagen: Es sind 2 Fragen: Normale geologische Aufnahmen mit pedologischer Ergänzung oder ganz pedologische Arbeit. Diese hat bisher überall Fiasko gemacht, in Deutschland und in Ungarn. Der Erfolg liegt in der Drainage und der Düngung. Die Karten werden nicht benützt. Für den Staat sind die montanistischen Karten wichtiger. Er ist gegen den Antrag Winkler.

Dreger und Ampferer befürworten ihn. Ampferer meint, die geologischen Karten würden auch nicht mehr benützt als die pedologischen. Ein Anfang müsse einmal gemacht werden. Wir haben gewiss wichtigere Aufgaben, aber in Bezug auf pedologische Karten liege ein positiver Antrag, ein spezieller Wunsch vor, und diese Anregung müsse ausgenützt werden.

Hibsch konstatiert, daß die deutsche Anstalt auch nur die pedologischen Details in der geologischen Karte eintrage.

---

<sup>k-k</sup> Nachgetragen.

<sup>l</sup> Folgt gestrichen: Dru.

<sup>m</sup> Folgt gestrichen: ka.

Der Antrag Winkler wird<sup>n</sup> gegen die Stimmen von Waagen und Vettters angenommen. Für das Komité werden bestimmt: Goetzing, Winkler<sup>o</sup> und Hackel.

Waagen betont, diese Angelegenheit sei verfrüht, wir erschweren nur die Arbeit der gegenwärtig tagenden Enquête. Dreger-Hammer geben dies zu, wünschen aber die Ausarbeitung des Programmes in erster Linie pro Domo.

Hibsch wünscht besten Erfolg. Er glaubt, es wäre jetzt der richtige Standpunkt, alle die Ziele, welche der Anstalt bezüglich des Ausbaues vorschweben, festzulegen und nicht erst zu warten, bis andre Korporationen und Behörden uns ein Arbeitsgebiet aus der Hand nehmen. Wir sollen uns der Stützen versichern, welche uns zu fördern imstande sind.

Prof. Hibsch verläßt die Sitzung.

- [2.] Waagen berichtet über die Aktion der Universität. Es wurde an den Staatskanzler Dr. Renner eine von Wettstein, Brückner, Becke, Dölter etc. unterfertigte Eingabe gerichtet, dahin gehend, daß die Geologische Reichsanstalt unbedingt dem Staatsamt für öffentliche Arbeiten angegliedert werden solle. Die diesbezügliche Enquête ist ohne spezielles<sup>p</sup> Resultat verlaufen.<sup>q</sup> Es wurde ein 4gliedriges Komité aus den Herrn MR Hörtingen und Rotky, RR Geyer und Prof. Diener bestimmt und beauftragt, ein neues Statut für die Anstalt zu entwerfen. Es wird eine Erweiterung des Personalstandes gewünscht, die pedologische Tätigkeit ganz ausgeschieden. Das Arbeitsgebiet für spezielle Pedologen ist zu klein. Daher die Stellungnahme Waagens gegen den Antrag Winkler. Die Mergelung<sup>r</sup> bringt<sup>s</sup> geologische Aufgaben, die in unserm Wirkungskreis als Nebenbeobachtung durchgeführt werden kann.

Amperferer erklärt diese Mitteilungen als entscheidend in der Frage der pedologischen Betätigung der Anstalt.

Vettters hält die Ausarbeitung der Aufnahmeinstruktion<sup>t</sup> im Hinblick auf alle Arten der praktischen<sup>u</sup> Beobachtungen beim Aufnahmsdienst für das derzeit Wichtigste.

- [3.] Waagen berichtet über die 2. Sitzung der Vereinigung der wissenschaftlichen Beamten, an der er auftraggemäß teilgenommen hat. (Bisher 48 Institute mit ca. 800 Mitgliedern in der Vereinigung vertreten).

Schluss der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Dr. Julius Dreger

---

<sup>n</sup> Folgt gestrichen: mit.

<sup>o</sup> Mit Bleistift nachträglich gestrichen: Waagen.

<sup>p</sup> Nachgetragen.

<sup>q</sup> Folgt gestrichen: Das Wir.

<sup>r</sup> Korrigiert aus: Mergelungsfrage.

<sup>s</sup> Überschrieben anstelle von: ist eine.

<sup>t</sup> Korrigiert aus: Aufnahmeinstruktionen.

<sup>u</sup> Folgt gestrichen: Bestätigung.

## Sitzung vom 7. März 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger

Vorsitzender RR Geyer

Beginn der Sitzung 10 h

[1.] Der Vorsitzende berichtet über den Verlauf der ersten Sitzung der Enquête [27.2. 1919] im Staatsamt für Unterricht:

1. Staatssekretär Pacher hat dieselbe eröffnet, dann den Vorsitz an SC Kelle abgegeben.

Nachdem von<sup>a</sup> Hörtingen, Tietze, Rotky, Diener und Rosival [*sic*] sowie RR Geyer die im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen über Bestand und Ausbau der Anstalt im Allgemeinen erörtert hatten, ersuchte SC Kelle, die Aufgaben <sup>b</sup>der Geologischen Reichsanstalt<sup>b</sup> und die Fragen des Personalstandes<sup>c</sup> [*zu*] konkretisieren und ein Statut zu entwerfen. Zu diesem Zweck wurde ein<sup>d</sup> engeres Komiteé gebildet<sup>e</sup>.

2. Zu diesem Komiteé haben Prof. Diener und Rotky einen Statutenentwurf vorgelegt. RR Geyer ist ermächtigt, darüber Mitteilung zu machen. Das Statut ist in Anlehnung an unser Promemoria, die Statuten der preussischen und der Englischen Anstalt zusammengestellt.

Waagen gibt an, daß der Statut der preussischen Geologischen Landesanstalt in den Jahren 1903 und 1907 erneuert worden ist, die § 7 und 8 von 1907 entsprechen fast vollständig unserer Eingabe bezüglich der Anerkennung des Geologenrates und der Vertrauensmänner.

Zum Statutenentwurf bemerkt er, es solle ein lockerer Rahmen für den Personalstand aufgenommen werden. Zahlen brauchen nicht genannt zu werden, doch soll festgestellt werden: Direktor in der V., Oberbergräte in der VI., Bergräte in der VII., Staatsgeologen in der VIII. und IX. Rangklasse. Der Dienst solle nach Analogie mit den Mittelschulprofessoren in der IX. beginnen. Statt der Praktikanten Probegeologen <sup>f</sup>ohne Rangklasse<sup>f</sup> mit den Bezügen der X. Rangklasse auf 2jährige Praxis. Im Falle der hiebei bewiesenen Eignung Anstellung als Staatsgeologen. Das entspräche den Supplementen.

Dreger konstatiert, daß auch am oesterreichischen Museum der Dienst mit der IX. Rangklasse beginnt.

Waagen: Chefgeologen sollen den Hochschulprofessoren gleichgestellt sein, wie es anfänglich der Fall war. Tatsächlich gehen die meisten Hochschulprofessoren aus der Geologischen Reichsanstalt hervor.

---

<sup>a</sup> Nachgetragen.

<sup>b-b</sup> Überschriften anstelle von: der Enquete.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: der Geologischen Reichsanstalt zu.

<sup>d</sup> Korrigiert aus: das.

<sup>e</sup> Folgt gestrichen: aus den Herren: Hörtingen.

<sup>f-f</sup> Nachgetragen.

Bezüglich des Geologenrates sei darauf hinzuweisen, daß dieselbe Institution mit Vertrauensmännern eben jetzt vom Staatsamt für Unterricht in zwei Fällen anerkannt wurde: bei der Musikakademie und den Hofämtern.

Zum Gutachten-§ des Entwurfes sei zu bemerken: Es ist die Pflicht festzustellen, für die Praxis Gutachten abzugeben. Von der Direktion muß der Urlaub dazu bewilligt werden, der nicht vom Erholungsurlaub abzurechnen ist.

Geyer: ist im Entwurf vorgesehen!

Waagen will die Urlaubsfrage und die Verpflichtung genauer stilisiert haben.

Hammer und Geyer wollen das Wort „Pflicht“ vermeiden.

Hammer: Über die Verpflichtung hat der Direktor zu entscheiden.

Waagen: Unterscheidung in Privatgutachten, durch die Direktion zugewiesen und offizielle (amtliche) Gutachten, die den Fakultätsgutachten entsprechen. Zu diesen sind von der Direktion 2 Mitglieder zu bestimmen. Festlegung der Tarifbestimmungen.

Waagen stellt den Antrag: Zur Ergänzung und Änderung des Statutentwurfes ein Promemoria an das Staatsamt für Unterricht richten, welches bei<sup>9</sup> der Enquête vorliegen soll. Die 4 Vertrauensmänner sollen gemeinsam mit RR Geyer das Promemoria raschestens ausarbeiten. Es soll keinen Hinweis auf die Mitteilungen des Herrn Regierungsrates enthalten. Wir wissen, daß Statuten ausgearbeitet werden und nehmen dazu Stellung. Das Promemoria soll aktenmäßig eingereicht werden.

Antrag einstimmig angenommen.

Vetters schlägt vor, ein 3. Exemplar der früheren Memorandums dem Staatssekretär für Unterricht persönlich einzusenden.

Beck beantragt, es dem Staatskanzler Dr. Renner wegen des sozialistischen Prinzipes der Vertrauensmänner-Organisation zu überreichen.

Beide Anträge angenommen.

Es wird für Dienstag den 11./3. eine außerordentliche Sitzung zur Vorlage des neuen Promemorias einberufen, dessen Ausarbeitung bereits Montag den 10./3. zu erfolgen hat.

- [2.] Die Schriftführer der beiden letzten Sitzungen verlesen die bezüglichen Protokolle, welche genehmigt werden.
- [3.] Auf Anfrage Hammer berichtet Waagen, daß an die beiden Hofräte die Kündigung der Arbeitszimmer bereits erfolgt ist, die übrigen demnächst folgen werden.
- [4.] Ferner bezüglich des Aktes Lechner: Der nächste Kündigungstermin ist der 1. Oktober 1920, der Ablauftermin des Vertrages der 1. Jänner 1921.
- [5.] Waagen beantragt Einführung von Legitimationen (Kennkarten) für die auswärtigen (fremden) Besucher der Bibliothek. Es soll ein Legitimationszwang eingeführt werden, ein Ausleihbuch geführt werden, worin auch Name und Adresse des Fremden einzutragen ist. Der Fremde erhält eine Legitimationskarte, die bei jeder Benützung

---

<sup>9</sup> Nachgetragen.

der Bibliothek abzugeben ist. Beim Fortgehen hat der Fremde die Karte wieder zu verlangen, da er ohne sie die Anstalt nicht verlassen kann.

Schluss der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

## Außerordentliche Sitzung vom 11. März 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger, Spengler, Winkler

Vorsitz: RR Geyer

[1.] Waagen verliest das von den Vertrauensmännern mit RR Geyer ausgearbeitete Promemoria über Änderung des Statutes der Geologischen Reichsanstalt.  
Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

[2.] RR Geyer berichtet, daß er Prof. Diener die Frage des Geologenrates vorgelegt habe und daß Prof. Diener sie lebhaft befürwortet. Er hat einen Antrag zu seinem Statutenentwurf gemacht als § 7, der etwa lautet: An der Spitze der Anstalt steht der Direktor und dessen Stellvertreter, daneben besteht ein Kollegium der wissenschaftlichen Beamten, welches herangezogen wird

1. bei Erörterung des Arbeitsplanes für die Kartierung,
2. bei Erstattung von Vorschlägen für die Aufnahme von Geologen und auswärtigen Mitarbeitern,

3. zur<sup>a</sup> Erörterung wissenschaftlicher Fragen, die beim Fortschritt der Landesaufnahme notwendig werden (z. B. bei Nichtübereinstimmen der Auffassung der Geologen in aneinandergrenzenden Gebieten, besondere Unterschiede der Ausscheidungen etc.)

[Vettters und Waagen betrachten diesen § als Maulkorb-§ und fürchten davon Uniformierung der wissenschaftlichen Arbeit:]

4. bei sonstigen dem Direktor zugehenden für die Tätigkeit der Anstalt wichtigen Vorlagen. Punkt 5 von Diener's § 7 regelt die Frage der Einberufung und Protokollführung und setzt fest, daß das Kollegium beratende Stimme und Votum besitzt.

Prof. Diener lädt die Vertrauensmänner zu einer Besprechung ein.

Es wird beschlossen, das neue<sup>b</sup> Promemoria offiziell an das Staatsamt für Unterricht als Akt zu überreichen, persönlich an SC Kelle als Vorsitzender der Enquête, ebenso an<sup>c</sup> den derzeitigen Staatssekretär Pacher und den Präsidialisten von Prüger, an die Professoren Becke und Diener, an MR Rotky und vor allem an den Staatskanzler Renner.

Waagen und Vettters beantragen, das Promemoria <sup>d</sup>in den Verhandlungen<sup>d</sup> drucken zu lassen und darüber in der nächsten Sitzung Beschluß zu fassen.

Waagen beantragt, unsere Eingabe wegen Besetzung der Direktorstelle ebenfalls Rotky und Renner zu überreichen.

---

<sup>a</sup> Korrigiert aus: bei.

<sup>b</sup> Nachgetragen.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: Pa.

<sup>d-d</sup> Nachgetragen.

Dreger schlägt diesbezüglich vor, bei Gelegenheit der Überreichung des Promemorias erst mündlich diese Frage zu berühren und nur über speziellen Wunsch das schriftliche<sup>e</sup> Exposé zu übergeben.

Der Vorschlag wird angenommen und schließlich festgesetzt, durch<sup>f</sup> welche Herren<sup>g</sup> und in welcher Reihenfolge die Schriftstücke den genannten Persönlichkeiten übergeben werden sollen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>e</sup> *Korrigiert aus:* schriftlichen.

<sup>f</sup> *Nachgetragen.*

<sup>g</sup> *Nachgetragen.*

## Sitzung vom 21. März 1919

Beginn 10 h ante meridiem

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger, Spengler, Winkler

Vorsitz RR Geyer

1. Der Vorsitzende bringt eine Zuschrift des Vereines der wissenschaftlichen Staatsangestellten Deutschoesterreichs zur Kenntnis, mit welcher zur Teilnahme an der konstituierenden Versammlung der Gewerkschaft eingeladen wird. Da Waagen durch Krankheit verhindert ist, meldet sich Dreger zur Vertretung der Anstalt und da es sich um im Interesse der dort vorzunehmenden Wahlen um möglichst zahlreiche Beteiligung einzelner Mitglieder handelt, auch noch Hammer, Ampferer, Vettters.
2. Der Vorsitzende berichtet ferner über die Enquête <sup>a</sup>vom 19. März<sup>a</sup>: Es lag der letzten Vollsitzung nur der kurze Statutentwurf Dieners vor, angeblich, da es zu spät war, den einzelnen Teilnehmern den durch unser diesbezügliches Memorandum erweiterten Entwurf zuzustellen, wie er bereits in der vorausgegangenen Sitzung des Viererausschusses zusammengestellt worden war. Es hat sich aber im Verlauf der Vollsitzung herausgestellt, daß es Absicht war, auf Basis des ersten<sup>b</sup> Diener'schen Entwurfes zu verhandeln.  
Es wurde – bereits unter Teilnahme unserer Vertrauensmänner Hammer und Waagen – das Statut punktweise geprüft und sehr umständlich erörtert. Bereits im 4[er]-Ausschuss hat Prof. Diener seinem ersten Entwurf 2 weitere §§, 6 und 7 hinzugefügt, die sich mit dem Personalstand und dem Mitglieder-Kollegium befassen. Der letztere Punkt (geologischer Beirat) erscheint mit kleinen Änderungen angenommen, bezüglich des Personalstandes wurde vom Vertreter des Staatsamtes der Finanzen Einspruch erhoben mit der Begründung, daß er von den Mehrforderungen nicht rechtzeitig verständigt war und diese Angelegenheit erst dem Staatsamt für Finanzen vorgelegt werden müsse.  
Die Frage der Probegeologen und der Dienstbeginn mit der IX. Rangklasse fand im Staatsamt für Unterricht teilweisen Widerspruch.  
Mit Ausnahme von Abel und Rosival [*sic*] haben alle Universitätsprofessoren gegen die Bestimmung unseres Punktes 2, wissenschaftlich wichtige Gebiete im Maßstab 1:25.000 zu publizieren, gestimmt.  
Hammer und Ampferer wünschen, daß bei der nächsten Enquête-Sitzung bei der Frage der Zugehörigkeit der Geologischen Reichsanstalt die erste Anstellung in der IX. Rangklasse als Forderung aufgestellt werde.

---

<sup>a-a</sup> Nachgetragen.

<sup>b</sup> Nachgetragen.

Geyer erklärt, daß gleichzeitig die Anrechenbarkeit der Probezeit in der Dienstzeit<sup>c</sup> besprochen werden solle.

Bezüglich § 7, geologischer Beirat, wendet sich Veters gegen die Bestimmung, daß die Protokolle der Sitzungen dem Staatsamt vorzulegen seien und meint, es genüge, wenn die Vorlage der Resolution gefordert werde.

Gegen die Einwendung Hammers, daß daran nichts zu ändern sei, da bereits der Beschluss gefast [*sic*] ist, verlangt er, ebenfalls bei der Behandlung der Frage der Zugehörigkeit der Anstalt, eine Forderung auf Änderung dieses Beschlusses zu stellen. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß sich die nächste Enquêtesitzung mit der Frage der Zugehörigkeit befassen werde. Die Entscheidung darüber steht jedoch nicht der Enquête, sondern dem Kabinettsrat zu.

Veters regt an, bei der Enquête eine Erklärung des MR Rotky bezüglich unseres Personalbudget zu provozieren, da er unseren Forderungen bestimmt zugesagt hat.

Beck beantragt, sich vorher mit Rotky in Verbindung zu setzen, ob er bei der Enquête eine solche Erklärung abgeben kann und wird.

Ampferer und Veters sind der Meinung, daß mit den Versprechungen des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten eine Pression auf die andern<sup>d</sup> Staatsämter ausgeübt werden solle.

Hammer fragt ob die Vertrauensmänner auf besondere Versprechungen bei der Enquete ihre Stimmen dieser Partei geben sollen, in andern Falle sich der Stimme enthalten?

Rotky hat sich gegenüber dem Vertreter des Staatsamts für Finanzen nicht persönlich für unsere Forderungen eingesetzt.

Es wird beschlossen, daß Waagen und Veters neuerdings bei Rotky vorsprechen.

Ampferer schlägt vor, außer bei Rotky noch bei Unterstaatssekretär Glöckel und Staatskanzler Renner vorzusprechen und auf die Unklarheiten des Personal-§ hinzuweisen.

Hammer verlangt, wenn positive Erklärungen Rotky's vorliegen, eine außerordentliche Haussitzung einzuberufen, in welcher die Vertrauensmänner bestimmte Anträge für die Enquête bekommen sollen. Nachher sollen diese bei Unterstaatssekretär Glöckel vorsprechen.

3. Ampferer legt den Entwurf Waagens für die<sup>e</sup> Bibliothekslegitimation für Fremde vor sowie den Entwurf des Vormerkbuches.  
Eichleiter beantragt dazu, auch im Vormerkbuch die Unterschrift des Fremden zu verlangen.  
Entwurf und Zusatz angenommen.
4. RR Geyer berichtet, daß bei der Enquête speziell von den Prof. Doelter und Becke angeregt wurde, von jeder chemischen<sup>f</sup> Untersuchung ein Belegstück und einen Dünnschliff aufzubewahren.

---

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: festzustellen sei.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: Teilnehmer.

<sup>e</sup> Nachgetragen.

<sup>f</sup> Nachgetragen und wieder gestrichen: Gesteins.

Eichleiter bemerkt dazu, das bedeute die Anlage eines umfangreichen Archives, nicht alle Proben seien schleiffähig, häufig haben sie keine Fundortangabe.

Hammer hält bei sinngemäßer Auslegung die Anregung für beachtenswert.

Hackl erwähnt, daß er selbst schon mehrmals aus eigenem Antrieb mit der Anlage eines derartigen Archives begonnen hat, bezw. beginnen wollte, doch mangelt es derzeit an Raum und Personal, um das konsequent durchzuführen.

Eine weitere Erörterung dieser Anregung ist derzeit aus diesen Gründen nicht angebracht.

5. Goetzingen berichtet über die Arbeiten des engeren Komités für die bodenkundlichen Fragen und verliest die vom Komité aufgestellten Richtlinien.

Vetters betont dabei, daß eine Verfeinerung der geologischen Aufnahme<sup>g</sup> durch Bohren nicht möglich sei, da die Aufnahmezeit dadurch ungebührlich verlängert werde.

Winkler bemerkt, daß deshalb der Entwurf eine Teilung der Arbeit durch Kooperation mit Pedologen vorsieht. Es soll nach dem Vorschlage Goetzingers eine Kommission von 3 Geologen und Pedologen gebildet werden. Als Vorarbeit soll man mit<sup>h</sup> Prof. Leiningen ein Einvernehmen pflegen, ob er zu dieser Art der Mitarbeit geneigt wäre. Es soll gemeinsam mit ihm ein Memorandum ausgearbeitet<sup>i</sup> und dem Staatsamt für Landwirtschaft und der Delgevö [*sic*] eingesandt werden. Er möchte sich in diesem Sinn mit Leiningen besprechen und ihn eventuell in eine<sup>j</sup> Haussitzung einladen.

Er erbittet sich dazu ein Mandat.

Wird erteilt.

6. Dreger verweist auf die Zeitungsnachrichten über Errichtung eines Lebensmittellagers für Staatsangestellte. Er wünscht einen Auftrag, sich diesbezüglich zu informieren und die Angelegenheit für die Geologische Reichsanstalt in die Wege zu leiten.

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen und der verlangte Auftrag erteilt.

Schluss der Sitzung 12 30 h post meridiem

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>g</sup> *Überschrieben anstelle von:* Kartenbilder.

<sup>h</sup> *Nachgetragen.*

<sup>i</sup> *Folgt gestrichen:* werden.

<sup>j</sup> *Überschrieben anstelle von:* die.

## Sitzung vom 1. April 1919

Vorsitz RR Geyer

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger, Spengler

Beginn der Sitzung 10 h 15 ante meridiem

1. Dreger berichtet über die gründende Versammlung der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutschoesterreichs, an welcher er mit Hammer und Spengler als Vertreter der Anstalt auftraggemäß<sup>a</sup> teilgenommen hat. Es wurden die Satzungen verhandelt und die Wahlen für Obmann und Stellvertreter durchgeführt. Die Anzahl der zu bildenden Fachgruppen ist unbeschränkt, vorläufig bestehen 4. Bis zum 4. April sollen die neuen Fachgruppen angemeldet sein und je einen Obmann und 2 Stellvertreter in den Hauptausschuss entsenden. Frage: Sollen wir uns einer Fachgruppe anschließen und welcher (Hofmuseum? naturwissenschaftliche Fachgruppe? Forschungsinstitute? etc.) oder eine eigene Fachgruppe bilden?  
Nach Diskussion (Hammer, Waagen, Dreger, Vettters<sup>b</sup>) wird der Antrag eine selbstständige Fachgruppe anzumelden angenommen, zum Obmann Waagen, zu Stellvertretern Hammer und Spengler bestimmt.  
Der neugewählte Vorstand hat die Anmeldung zu vollziehen. Dreger teilt mit, daß der Mitgliedsbeitrag 2 K pro Einzelperson beträgt.
2. RR Geyer teilt den Inhalt einer Unterredung mit Hörtingen vom 31. März mit. Hörtingen gab bekannt, daß die Enquête nicht mehr zusammentreten werde. Kelle habe gefunden, daß kein Resultat davon zu erwarten sei, weil sie keine Entscheidung zu treffen habe. Es werden zwei Promemorias in Angelegenheit der Reichsanstalt, vom Staatsamt für Unterricht und von MR Rotky für das Staatsamt für<sup>c</sup> Gewerbe, Handel und Industrie vorgelegt werden. Die Möglichkeit zu letzterem Staatsamt zu kommen ist derzeit größer. Das Staatsamt für Unterricht legt nur Wert darauf, alle Unterrichtsanstalten zu besitzen, auch die montanistische Hochschule [*Leoben*], gegen die wir eventuell eingetauscht würden. Bezüglich der vom Geologenrat beanstandeten Frage der Vorlage der Sitzungsprotokolle äußerte Hörtingen, daß in der ihm vorliegenden Fassung des Statuts es heiße: „über Wunsch vorzulegen.“  
Hammer verweist darauf, daß diese Fassung in der Enquête ausdrücklich abgelehnt würde. Es heißt in der angenommenen Fassung: Die Protokolle sind dem vorgesetzten Staatsamt vorzulegen. Vielleicht liege ein Fehler im Protokoll der Enquêtesitzung vor.

---

<sup>a</sup> Nachgetragen.

<sup>b</sup> Nachgetragen.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: öff.

3. Waagen berichtet über seinen auftragmäßigen<sup>d</sup> Besuch bei Rotky. Die Mitteilungen Rotky's decken sich mit denen RR Geyer's. Die Entscheidung erfolgt im Kabinettsrat. Rotky rät beim Staatskanzler vorstellig zu werden, eventuell auch beim Staatssekretär Glöckl [sic] und wenn wir Beziehungen hätten, auch bei anderen Regierungs-Mitgliedern. (Das ist nicht der Fall).

Wir sollen betonen<sup>e</sup>, daß wir Wert darauf legen, daß unsere Ansicht über die Zuteilung zu einem neuen oder Belassung beim alten Staatsamt zu Gehör gebracht wird.

Auf die Frage nach dem Grund seines Stillschweigens in der Personalfrage dem Vertreter des Staatsamtes für Finanzen gegenüber, erklärt Rotky, er sei nicht in der Lage uns<sup>f</sup> bindende Versprechungen zu machen. Er habe es unangenehm empfunden, daß Hörtingen dem Vertreter des Staatsamtes für Finanzen nicht entgegengetreten sei. Er hätte als unser Chef die Pflicht gehabt, sich für die Personalfragen einzusetzen Er<sup>g</sup> selbst konnte nicht in die Debatte diesbezüglich eingreifen, weil er nicht unser Chef sei. Aber es sei selbstverständlich, wenn wir<sup>h</sup> seinem Staatsamt unterstellt würden, daß wir ebenso wie alle Bergleute in die 6. Rangklasse avancieren. Bezüglich des Dienstbeginnes in der 9. Rangklasse könne er nicht dezidiert Stellung nehmen wegen der dazu nötigen Verhandlungen mit dem Staatsamt für Finanzen.

Er wundere sich, daß die Diätenfrage auf der Enquête nicht zur Sprache gekommen sei, da <sup>i</sup>der gegenwärtige Zustand<sup>i</sup> direkt eine Unterbindung unserer Arbeitsfähigkeit bedeute. Wir sollen feststellen, daß wir durch das Unterrichtsministerium bisher nicht eine Förderung, sondern nur eine Behinderung erfahren haben.

Ampferer wendet ein, das liege nicht am Ministerium, sondern an den bisherigen Direktoren. (Zustimmung)

Geyer erwähnt, daß der sorgfältig ausgeführte und begründete Akt über die Erhöhung der Reisediäten, den Hinterlechner im Auftrag der<sup>j</sup> Anstaltsmitglieder ausgearbeitet hat (Erhöhung der Diäten analog wie in Ungarn auf 35 und 40 K) gar nicht in das Ministerium gekommen sei, sondern von Tietze liegen gelassen wurde. Hinterlechner habe den Akt nur persönlich privatim dem Baron Bajon gezeigt, von der Direktion wurde er nicht eingereicht!

Hammer verweist auf den Akt Rosivals [sic] bezüglich der Gebühren für Gutachten, der wohl in das Ministerium weitergeleitet worden ist,<sup>k</sup> dessen Ansätze aber vom Direktor (Tietze) halbiert worden sind.

Vetters verlangt, daß diese Fälle beim Staatskanzler und beim Staatssekretär für Unterricht festgenagelt werden.

---

<sup>d</sup> Nachgetragen.

<sup>e</sup> Überscrieben anstelle von: uns darauf berufen.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: Ver.

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: könne.

<sup>h</sup> Folgt gestrichen: ihm.

<sup>i</sup> Überscrieben anstelle von: sie.

<sup>j</sup> Folgt gestrichen: Direktion.

<sup>k</sup> Folgt gestrichen: aber.

RR Geyer teilt mit, daß er eine tabellarische Zusammenstellung der bisher giltigen mit neu angeforderten auf 35 bzw. 40 K erhöhten Personaldiäten und den derzeit giltigen allgemeinen Staatsbeamtendiäten angefertigt habe als Beilage zum Aufnahmeprogramm für das neue Budgetjahr.

Es ergibt sich, daß die Gebühren der letzteren Art für die Chefgeologen wesentlich günstiger sind bei den neu geforderten erhöhten Pauschaldiäten dagegen für die niederen Rangklassen. Der durchschnittliche Geldbedarf für diese beiden Diätenarten<sup>m</sup> ist ziemlich gleich.

Das Reisepauschale [*sic*] habe er für alle gleich mit 300 K festgesetzt.

4. Waagen verlangt eine Marschroute für die Vertrauensmänner bei ihren Besprechungen mit den Staatsämtern und schlägt vor bezüglich unserer Stellungnahme wegen Zuteilung zu einem Staatsamt, daß wir uns für jenes entscheiden sollen, welches
1. uns die volle Unabhängigkeit und wissenschaftliche Forschungstätigkeit garantiert<sup>n</sup>
  2. eine Besserung unserer materiellen Lage laut Programm unserer Denkschrift und
  3. eine Besserung unserer sozialen Stellung.

Vetters verlangt als Punkt 2. Garantie für materielle Ausgestaltung der Anstalt, mit der Begründung, daß die bisherigen Zuwendungen durch das Staatsamt für Unterricht vollkommen unzulänglich waren.

Ferner Ernennung in die Rangklasse, deren Bezüge bereits angefallen sind, Erledigung der Eingabe wegen Anrechnung der Hochschulassistentenjahre und die Möglichkeit, die 6. Rangklasse zu erreichen.

Waagen verweist auf unsere Forderung nach Gleichstellung mit den Staatslehrpersonen, Beginn in der 9. Rangklasse, 6. Rangklasse für die Chefgeologen, 30jährige Dienstzeit. Alle neu gegründeten geologischen Anstalten haben die Chefgeologen in der 6. Rangklasse.

Ampferer: Man soll beim Staatssekretär für Unterricht fordern, daß die Forschungsinstitute den Hochschulen gleichgestellt werden. Waagen bemerkt dazu, daß es dort nur Professoren in der <sup>o</sup>8. und <sup>o</sup>6. Rangklasse und Privatdozenten gibt. Er schlägt daher die Gleichstellung mit den Staatslehrpersonen vor.

Waagen fordert ferner die Systemisierung der 5. Rangklasse für den Direktor. Man müsse darauf hinweisen, daß Tietze, als ihm<sup>p</sup> vom Ministerium das Anbot, die 5. Rangklasse zu systemisieren gemacht wurde,<sup>q</sup> es aus Missgunst gegen seinen voraussichtlichen Nachfolger Teller abgelehnt habe.

---

<sup>l</sup> *Überschrieben anstelle von:* besonders.

<sup>m</sup> *Folgt gestrichen:* sei.

<sup>n</sup> *Folgt gestrichen:* und.

<sup>o-o</sup> *Nachgetragen.*

<sup>p</sup> *Folgt gestrichen:* das.

<sup>q</sup> *Folgt gestrichen:* es abgelehnt habe mit der.

Mit dieser Forderung sei die nach dem Vorschlagsrecht bei Besetzung der Direktorstelle zu verbinden. In der Akademie für Musik und darstellende Kunst ist bereits der Direktor von den Mitgliedern gewählt und vom Staatsamt für Unterricht anerkannt worden.

Bei der Enquête wurde gesagt, das Vorschlagsrecht könne nicht zugebilligt werden, weil unsere Verfassung hierarchisiert ist. Dieser Hinweis sei ganz falsch. Die Kirche hat das typischste Beispiel hierarchischer Verfassung, dabei wird jeder höhere Funktionär gewählt.

Als weitere Forderung die Erhöhung der Diäten. Durch deren jetzigen Stand werden die Aufnahmen direkt unterbunden.

Vetters glaubt, daß der Staatskanzler Renner derzeit kaum zu erreichen sein werde. Die Vorschläge sollen punktweise niedergeschrieben und in der Staatskanzlei überreicht werden, wenn beim Kanzler nicht vorzukommen ist.

Waagen hält es für besser, nicht zum Sekretär Dr. Renners, sondern zum Vizekanzler Fink zu gehen und ihm die<sup>s</sup> schriftlichen Forderungen zu übergeben.

Vetters und Ampferer beantragen, auch dem<sup>t</sup> Staatssekretär Glöckel die Forderungen schriftlich zu überreichen.

5. Waagen bespricht weiter unsere Stellungnahme zum Statutentwurf der Enquête.
- § 5 ordnet an, daß die Höhe und Verwendung der Gebühren bei amtlichen Gutachten vom Staatsamt bestimmt werden. Da können wir eventuell auch gar nichts davon bekommen.
- § 6 (Personalialia) ist ein Torso. Es ist darin vom Direktor keine Rede. Wenn wir schon die Rangklasse nicht in das Statut aufgenommen bekommen, so müssten wir für den Direktor mindestens Titel und Charakter der 5. Rangklasse fordern. Ferner sind die Bestimmungen wegen Übernahme der Hochschulassistenten unklar. In diesem Punkt müssen wir auch abwarten, welchen Erfolg die jetzt bestehende Bewegung unter den Hochschulassistenten selbst ergibt.
- In § 7 ist ein Direktor genannt, aber nichts gesagt über seinen Rang, ebenso beim Vizedirektor. Es ist nicht gesagt wie er ernannt werden soll.
- Die Frage der Vorlage unserer Haussitzungsprotokolle ist eigentlich durch die Mitteilung des Vorsitzenden erledigt.
- Hammer verlangt, daß wir noch einmal auf unseren Satzungsentwurf hinweisen.
- Vetters: Nach Erledigung der Unterstellung unter ein Staatsamt müssen wir eine neuerliche Enquête <sup>u</sup>innerhalb des betreffenden Staatsamtes<sup>u</sup> anregen und Revision des Status beantragen unter ausgiebiger Zuziehung unserer Vertreter.
- Waagen teilt mit, daß er<sup>v</sup> Rotky unsere Befremdung über seine Stellungnahme zu wissenschaftlich wichtigen Aufnahmen 1:25.000 bekannt gegeben hat. Rotky hat geäußert, daß er sich deswegen nicht dafür eingesetzt habe, weil er das wirtschaftliche stärker betonen wollte und damit die Zugehörigkeit zu seinem Ressort.

---

<sup>r</sup> Folgt gestrichen: Frage.

<sup>s</sup> Folgt gestrichen: Druckschrift.

<sup>t</sup> Nachgetragen.

<sup>u-u</sup> Nachgetragen.

<sup>v</sup> Nachgetragen.

Geyer betont, daß ein Heruntersteigen in der wissenschaftlichen Betätigung der Anstalt gleichbedeutend sei mit geringerem Ertragnis der Expertisen, da unser Ansehen als Gelehrte leiden müsste.

Ampferer verlangt deshalb<sup>w</sup> als erste Forderung die unbedingte Gleichstellung mit den Hochschulprofessoren. Wir dürfen absolut nicht unter das heruntergehen, was das Staatsamt für Gewerbe, Industrie und Handel teilweise schon versprochen hat.

Vetters meint, da wir gegen Leoben ausgetauscht werden, dienen wir dem Staatsamt für [...]x als wissenschaftliches Paradeferd und können erwarten, daß wir ebensogut behandelt werden, wie bisher Leoben. Der Hauptpunkt unserer Forderungen müsse sein: selbstständige wissenschaftliche Position. Unsere Publikationen müssen bleiben.

Hammer: Bei den kommenden Besprechungen ist das Hauptgewicht auf unsere Satzungen zu legen, in denen diese Forderungen gesichert werden müssen.

6. Vetters bespricht einen Vorfall bezüglich Benützung unserer Bibliothek durch Fremde. Er wurde brieflich von einem gewissen Direktor Arnstein aufgefordert, von ihm<sup>y</sup> aus der Bibliothek entlehnte Separata, die Arnstein auszuleihen begehrt, sogleich zurückzustellen, damit Arnstein sie erhalten könne da<sup>z</sup> dieser von hier aus die Mitteilung erhalten hatte, daß die betreffenden Bücher<sup>aa</sup> von Vetters entlehnt seien. In diesem brüskten Verlangen, ein Anstaltsmitglied solle aus unsrer Bibliothek entliehene Bücher zugunsten eines Fremden, der sie ja auch woanders her erhalten könne, sofort zurückstellen, liege eine völlige Verkennung des Zweckes unserer Bibliothek, die keineswegs in dem Sinne öffentlich sei, wie etwa die Hof- oder Universitätsbibliothek, sondern in erster Linie hauptsächlich den Bedürfnissen der Anstalt zu dienen habe. Die Direktion wird ersucht, dem genannten Herrn Arnstein energisch und offiziell den Standpunkt der Geologischen Reichsanstalt bekannt zu geben. (Wird vom Vorsitzenden zur Kenntnis genommen und Erledigung in diesem Sinne einverständlich mit allen Mitgliedern zugesagt.)
7. Goetzinger berichtet über die Kooperation mit Leiningen und verliest ein Konzept Winklers für ein Schreiben an das Staatsamt für Landwirtschaft betreffend Bildung einer Kommission aus Geologen und Pedologen für Herausgabe pedologischer Karten. Er schlägt vor, in die Kommission den jeweiligen Direktor der Geologischen Reichsanstalt<sup>bb</sup> zu wählen (angenommen). Über Vorschlag Ampferers werden als weitere Mitglieder der Kommission Goetzinger und Winkler gewählt. Leiningen wird eine Abschrift der Eingabe übergeben werden.

---

<sup>w</sup> Nachgetragen.

<sup>x</sup> Im Original fehlend. Wohl: Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten.

<sup>y</sup> Folgt gestrichen: ent.

<sup>z</sup> Folgt gestrichen: Ar.

<sup>aa</sup> Folgt gestrichen: el.

<sup>bb</sup> Folgt gestrichen: als Vorsitzenden der Geolog.

8. Der Vorsitzende konstatiert, daß die heutige Debatte<sup>cc</sup> ein glänzender Beweis der Existenznotwendigkeit des geologischen Beirates sei. Einem einzelnen sei es seiner Ansicht nach unmöglich, alle Gesichtspunkte so akademisch auszuarbeiten.
9. Dreger berichtet, er habe sich privatim bezüglich des Lebensmittellagers erkundet. Es sei keine Aussicht vorhanden, angeschlossen zu werden, weil neue Mitglieder nicht angenommen werden. Es war seinerzeit ein Versäumnis der Anstaltsleitung (1915), daß die Geologische Reichsanstalt keiner<sup>dd</sup> der offiziellen Lebensmittelausgabestelle[n] für Staatsämter angegliedert wurde.

Schluß der Sitzung 12 h mittags

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>cc</sup> Folgt gestrichen: in Angelegenheit.

<sup>dd</sup> Korrigiert aus: keinem.

---

## Sitzung vom 12. April 1919

Vorsitz: Geyer

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger, Spengler

Beginn der Sitzung 10 h 15 ante meridiem

[1.] Ampferer teilt mit, daß Winkler kürzlich beim Abgeordneten Dr. Angerer, dem Gletscherforscher, in Angelegenheit der Geologischen Reichsanstalt vorgesprochen hat, der versprach, die Wünsche der Geologischen Reichsanstalt tatkräftig zu unterstützen.

[2.] Hammer berichtet über die Vorsprache beim Staatskanzler Renner, dem die Denkschrift vorgelegt wurde. Eine längere Debatte war dort nicht möglich. Dagegen hat sich Staatssekretär Zerdik umgehend nach den Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt erkundigt und sich bezüglich der materiellen Wünsche sehr entgegenkommend gezeigt. Zerdik wird sich dafür einsetzen, daß die Geologische Reichsanstalt dem Staatsamt für Handel, Industrie und Gewerbe unterstellt wird. Bezüglich der Direktorfrage wandte er sich prinzipiell<sup>a</sup> gegen einen Einschub von außen und anerkannte auch das Vorschlagsrecht des Geologenrates. Eine Vorsprache bei Staatssekretär Glöckl [*sic*] war nicht möglich, dagegen hat der Präsidialist Broger<sup>b</sup> die Denkschrift übernommen mit der Zusage, sie Glöckel zu übergeben. Broger<sup>c</sup> anerkannte besonders die Unhaltbarkeit der Diäten und hat zugesagt, daß eine nochmalige Beratung mit uns stattfindet, wenn wir beim Staatsamt für Unterricht bleiben.

Vettters ergänzt, daß Bröger in der Diätenangelegenheit seine Verwunderung ausdrückte, daß wir so wenig bekommen. Es muß etwas geschehen in der Diätenaufbesserung. Bezüglich der geforderten Gleichstellung der Beamten der Geologischen Reichsanstalt mit den Staatslehrpersonen wurde hinsichtlich des Beginns mit der IX. Rangklasse darauf aufmerksam gemacht, daß wir dann 8 Jahre warten müßten.

Vettters berichtet weiter über seinen Besuch bei Dr. Becker, dem erklärt wurde, daß sich Staatssekretär Zerdik bereits bereit erklärt hat, unsere materielle Lage zu bessern. Wir seien mißtrauisch gegenüber dem Staatsamt für Unterricht, von dessen Seite wir durchaus Ablehnung in dem meisten der geforderten Punkte erhalten haben. Becker versprach, die<sup>d</sup> Eingabe wegen Einrechnung der Universitätsassistentenjahre <sup>e-e</sup>in die

---

<sup>a</sup> Mit Bleistift überschrieben anstelle von: entschieden.

<sup>b</sup> Korrigiert aus: Bröger.

<sup>c</sup> Korrigiert aus: Bröger.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: Forderung.

<sup>e-e</sup> Nachgetragen.

Dienstzeit<sup>e</sup> in wohlwollendem Sinne zu erledigen.<sup>f</sup> Aus verschiedenen Äußerungen Beckers ist zu entnehmen, daß sich das Staatsamt für Unterricht sehr bemüht, daß die Geologische Reichsanstalt nicht einem anderen Staatsamt zugeteilt wird.

Dreger macht aufmerksam, daß dieses Staatsamt sehr wenig Macht zu haben scheint, indem sogar Lehranstalten (z. B. die photographische Versuchsanstalt) dem Industrieamt zugeteilt wurden. Es<sup>g</sup> würde die Geologische Reichsanstalt bei Unterstellung unter das Industrieamt auch Anteil erhalten an der Lebensmittelversorgung.

Waagen berichtet ergänzend bezüglich der Vorsprache bei Renner, daß der Staatskanzler besonders auf 2 Punkte aufmerksam gemacht wurde, nämlich, daß wir ausgeschlossen sind von dem Avancement in die VI. und daß die Diäten ganz unzureichend sind. Renner, Zrdik, Bröger und Rotky erhielten das Promemoria betreffend die Forderungen der Geologischen Reichsanstalt in Angelegenheit der Unterstellung unter ein bestimmtes Staatsamt. Rotky war schon informiert worden<sup>h</sup> durch Renner über unsere Verhandlungen beim Staatskanzler. Rotky war für die Erfüllung aller Wünsche, nur wegen der Erstanstellung in der IX. Rangklasse verwies er auf die Entscheidung des Finanzamtes. Die Unterredung bei Zerdik dauerte 20 Minuten, sodaß eine eingehende Aussprache möglich war. Zerdik hatte nur Bedenken wegen unserer Bestrebungen bezüglich der 30jährigen Dienstzeit, da dies ein zweischneidiges Schwert sei. Mit den übrigen Forderungen war er aber sehr einverstanden; bezüglich der Besetzung der Direktorstelle meinte er, er sei prinzipiell dagegen, daß ein derartiger Einschub stattfindet, umso mehr bei einem so kleinen Status, wo so schlechte Avancementverhältnisse sind.

- [3.] Waagen berichtet weiter<sup>i</sup> über die kürzlich stattgefundene Sitzung der<sup>j</sup> Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutschösterreichs. An der Spitze der Gewerkschaft steht Dr. List, Stellvertreter Dr. Mayer. Eine eigene Fachgruppe Geologische Reichsanstalt konnte nicht angemeldet werden, die Geologische Reichsanstalt mußte sich an eine größere Fachgruppe anschließen, die sich als „Naturwissenschaftliche Forschungsinstitute“ unter<sup>k</sup> der Vertretung<sup>k</sup>: Dr. Pietschmann, Dr. Pircher, Dr. Waagen konstituierte. Dieser Fachgruppe gehören an: Naturhistorisches Museum, Meteorologische Zentralanstalt und Geologische Reichsanstalt. Weiter sind in Aussicht genommen: Sternwarte und verschiedene Hochschuladjunkten sollen vertreten sein. Von den Hochschulassistenten wird abgesehen. – Ferner wurden verschiedene andere Fachgruppen konstituiert, wie:  
Kunsthistorische Institute  
Museen  
Landwirtschaft.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: Die bisherigen Diäten bezeichnete Becker übrigens als Skandal.

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: wäre.

<sup>h</sup> Nachgetragen.

<sup>i</sup> Nachgetragen.

<sup>j</sup> Folgt gestrichen: wissen-.

<sup>k-k</sup> Überschrieben anstelle von: Leitung.

In der Gewerkschaftssitzung wurde ein Entwurf einer Denkschrift von Dr. Mayer durchberaten, welche verschiedenen Staatssekretären übergeben werden soll, um eine Besserstellung der Beamten zu erreichen.

Punkt 1 der Denkschrift geht dahin, daß bei der Beratung der notwendigen Reformen der Anstalten Beamte der in Betracht kommenden Anstalten zu Rate gezogen werden, nicht Verwaltungsjuristen. Solche Anstalten sollen nur von Männern von entsprechender fachlicher Vorbildung geleitet werden. In den Staatsämtern sollen nicht mehr Juristen, sondern Fachleute sitzen.

Diese Anträge wurden angenommen.

Punkt 2: Die Leitung verschiedener Anstalten wurde Hochschulprofessoren übertragen. Man muss dagegen Stellung nehmen, daß uns Männer vorgesetzt werden, gerade nur<sup>l</sup> weil sie Hochschulprofessoren sind. Wir erblicken in diesem Vorgang eine Mißachtung unseres Berufes. Von Dr. Schwab wurde ein weiterer Antrag gestellt, daß es prinzipiell auszuschließen wäre<sup>m</sup>, daß ein Herr gleichzeitig Universitätsprofessor und Mitglied einer Anstalt ist. Es wurde weiter die Frage beraten, ob es als nicht standesgemäß erscheint, wenn ein höherer Beamter (vom Ratsrange) etwas zu einem geringen Honorar publiziert. Man kam überein, daß dies nicht als ehrenrührig bezeichnet werden kann. Waagen wendet sich gegen die Kumulierung von Ämtern und will in der nächsten Gewerkschaftssitzung beantragen, daß es nicht zu Gunsten der Wissenschaft ist, wenn Hochschulen und Forschungsinstitute unter einen Hut gebracht werden. Es würden die Forschungsinstitute Gefahr laufen, in die Schule des Professors gezogen zu werden.

Punkt 3: Bei Neuaufnahme von Beamten ist die Zustimmung des Beamtenrates der betreffenden Anstalt notwendig, um vorzubeugen, daß nicht entsprechend Vorgebildete aus Gründen der Versorgung untergebracht werden. Angenommen.

Punkt 4: Es wird gefordert, daß das für die wissenschaftlichen Beamten ganz besonders ungeeignete Titel- und Rangsklassenwesen entsprechend reformiert wird und daß die Besoldungsfragen eine zeitgemäße Regelung erfahren. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung gestellt. Waagen ist der Meinung, es soll bei dieser weiten Fassung der Denkschrift bleiben, aber die Forschungsinstitute sollen noch eine Denkschrift ausarbeiten, wo darauf hingewiesen wird, daß die Beamten solcher Forschungsinstitute über die Gruppe A zu stellen sind. Dies wird durch folgende Momente begründet: Die Bedingungen einer Anstellung sind bei uns andere als etwa bei Juristen. Bei uns wird nicht nur Absolvierung der Hochschule, sondern auch Doktorat verlangt, das übrigens nicht gleichwertig ist, da bei uns neues geschaffen werden muß. Der Forscher hat eine produktive Tätigkeit zu entwickeln; <sup>n-n</sup>die Forschungsinstitute<sup>n</sup> sind die einzige Gruppe, welche neue Werte schaffen.

Waagen weist ferner auf die neue Nummer der „Staatsbeamten“ hin bezüglich der Schaffung von Beamtenkammern.

---

<sup>l</sup> Nachgetragen.

<sup>m</sup> Überschrieben anstelle von: ist.

<sup>n-n</sup> Überschrieben anstelle von: wir.

Waagen stellt folgende Anträge:

1. Einreihung in die höheren Rangklassen bei solchen Beamten der Geologischen Reichsanstalt, welche schon die Bezüge dieser Rangklasse haben.
2. Eingabe wegen der Dienerstellen, wobei angegeben wird<sup>o</sup>, daß die Stellen ausgeschrieben werden sollen. Die Eingabe ist weiter damit zu motivieren, daß Arbeitslose vielfach untergebracht werden sollen und es ist hinzuweisen auf das große Anwachsen von Arbeit wegen der bevorstehenden Umräumungen der und Übersiedlungen im Haus, Umräumung der Bibliothek, Einpacken von Gesteinen, Umräumungen im Museum und dergleichen.
3. Die Präparatorstelle soll besetzt werden. Krejca soll<sup>p</sup> Volldiener werden. König soll als Präparator angestellt werden, später als Hilfsbeamter<sup>q</sup>. Das Erzeugen von Dünnschliffen ist aber nicht die einzige Arbeit, es sind auch andere Präparate herzustellen.

Angenommen.

Vetters beantragt, Lauf, der offiziell noch in der X. Rangklasse ist, in die IX. Rangklasse einzugeben und ihm einen Titel zu erwirken, z. B. Archivar als Leiter des Kartenarchivs.  
Angenommen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Götzinger

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>o</sup> *Korrigiert aus:* werden soll.

<sup>p</sup> *Folgt gestrichen:* Aushi.

<sup>q</sup> *Korrigiert aus:* Hilfsarbeiter.

## Sitzung vom 6. Mai 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Beck, Vettters, Hackl, Goetzingler, Spengler

Vorsitz: RR Geyer

1. Waagen urgiert die Versendung der Separata von den Vorschlägen zur Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt vom 17. Jänner 19[19] und der Denkschrift vom 11. März. Berichterstattung durch den Schriftführer in der nächsten Sitzung.
2. Waagen berichtet, daß infolge des Regierungsentwurfes über die Besoldungsreform eine Änderung der bereits fertig gestellten <sup>a-daruf bezüglichen</sup><sup>a</sup> Denkschrift der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten vorgenommen wird. In dem Regierungs-Entwurf sind die wissenschaftlichen Beamten gar nicht erwähnt. Die Denkschrift wird teilweise abgeändert und durch 2 Punkte <sup>b-(5. und 6.)</sup><sup>b</sup> erweitert, welche Waagen in Vorschlag gebracht hat. Dr. Waagen gibt auszugsweise den Inhalt der Denkschrift wieder:  
Punkt 1. wendet sich gegen die Unterstellung wissenschaftlicher Anstalten unter Verwaltungsbeamte und fordert<sup>c</sup>, daß in den Staatsämtern nicht Juristen, sondern Fachleute das Referat erhalten.  
Punkt 2. fordert Kredite für besondere wissenschaftliche Zwecke, Unterstützung spezieller Untersuchungen, Forschungsreisen, Veröffentlichungen. Erhöhung des bisher dafür ausgesetzten Betrages von 100.000 K.  
Punkt 3. enthält die Ablehnung der Hochschulprofessoren und Verwaltungsbeamten als Direktoren. Die *venia legendi* darf nicht maßgebend sein für die Eignung zum Direktorposten. Auf keinen Fall Kumulierung der Professur mit der Leitung eines Forschungs<sup>d</sup>-Institutes.  
Punkt 4. verlangt die Abschaffung des ungeeigneten Rangklassen- und Titelwesens. Dieser Punkt wurde weiter ausgearbeitet.  
Abschaffung des veralteten Besoldungsschemas. Die akademisch gebildeten Beamten sollen<sup>e</sup> als Entgelt für die 5 Hochschuljahre eine Entschädigung in den Bezügen erhalten und die 5 Jahre in die Dienstzeit eingerechnet werden, also statt 35 nur 30 Dienstjahre. Für die wissenschaftlichen Beamten ein besonderer Passus: Sie sollen eine dauernde Zulage zum Gehalt bekommen als höchstqualifizierte Arbeiter. Die Zulage wird auch durch den größeren Umfang ihrer Arbeitsleistung begründet, welche über die Amtsstunden weit hinausgeht.

---

<sup>a-a</sup> Nachgetragen.

<sup>b-b</sup> Mit Bleistift nachgetragen.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: Verwaltung durch F.

<sup>d</sup> Überschrieben anstelle von: wissenschaft.

<sup>e</sup> Folgt gestrichen: für.

Punkt 5. Der scharfe wissenschaftliche Wettbewerb erfordert Studienreisen und Forschungen, die nicht vom Amtsgehalt bestritten werden können. Daher werden<sup>f</sup> für alle gebührende Stipendien verlangt, welche jedem einzelnen turnusweise anfallen, und nicht vom Direktor verliehen werden. Über die Verwendung ist natürlich Rechenschaft zu geben.

Punkt 6. betrifft das Mitbestimmungsrecht der Beamtenschaft. Bei kleinen Körperschaften besitzt es der Beamtenkörper zur Gänze, bei größeren ein gewählter Beamtenrat. Die Mitbestimmung ist als Recht festzulegen und umfaßt wirtschaftliche wie wissenschaftliche Fragen, <sup>g</sup>Eintritt, Ernennung, Vorrückung etc.<sup>g</sup> Liegt kein Vorschlag vor oder ist die Behörde nicht einverstanden, so ist der Vorschlag der Gewerkschaft einzuholen.

Die Denkschrift betont, daß nur die Beachtung dieser Vorschläge, welche in der Organisation der wissenschaftlichen Anstalten begründet sind, in erhöhtem Maße die Gewähr bietet, daß tatsächlich die Summe der wissenschaftlichen Kräfte zur vollen Anwendung kommen kann.

Der Vorsitzende dankt Waagen für seine tatkräftigen Bemühungen bei diesen Verhandlungen der Gewerkschaft.

- [3.] Waagen gibt bekannt, daß am 7./5. eine Sitzung der Fachabteilung der Gewerkschaft zur Beratung der Besoldungsreform stattfindet, Freitag den 9. [Ma] Beratung im Hauptausschuss. Für Montag den 12. [Ma] ist eine neuerliche Sitzung angemeldet,<sup>h</sup> in welcher inzwischen eingeholte Informationen und Ratschläge <sup>i</sup>-zur Denkschrift<sup>i</sup> von einzelnen Körperschaften und Instituten verhandelt<sup>j</sup> und die endgiltige Redigierung der Denkschrift vorgenommen werden soll.

Über Antrag wird eine Geologenratsitzung für Samstag den 10. [Ma] anberaumt.

- [4.] Waagen verliest zur Information den Regierungs-Entwurf<sup>k</sup> der Besoldungsreform aus der Zeitung „der Tag“ und bringt gewisse Vorschläge über höhere Zulagen von Prof. Wolkan, sowie einen Vorschlag der Staatsbeamtenentscheidung über Festsetzung der Beamtengehälter in Goldwährung zu Kenntnis.

- [5.] Waagen berichtet über den Stand der Zimmerräumung. Der Aufforderung ist bisher nur Prof. Tietze gefolgt.

Hammer fragt um die Sicherstellung des Präparatorraumes.

Geyer berichtet dazu: Das Staatsamt für Äußeres hat angeordnet, daß Spatny bei uns bleiben muß. Dieser hat sich bereit erklärt im Hause mitzuhelfen. Die Wohnung des verstorbenen Dieners Palme wird frei und Spatny wird sie beziehen, so daß das Präparatorzimmer seiner Bestimmung erhalten bleibt. Sobald uns ein neuer Diener bewilligt wird, muß er auf jeden Fall hinaus.

---

<sup>f</sup> Korrigiert aus: wird.

<sup>g</sup> Am Rand nachgetragen.

<sup>h</sup> Folgt gestrichen: für.

<sup>i</sup> Nachgetragen.

<sup>j</sup> Folgt gestrichen: werden sollen.

<sup>k</sup> Nachträglich erweitert anstelle von: Entwurf.

- Bezüglich Reinigung und Renovierung der Arbeitszimmer, Einleitung von elektrischem Licht wird sich der Direktor mit der Gebäudeinspektion in Verbindung setzen.  
Wegen befristeter Räumung der Zimmer wird der Direktor ein Rundschreiben unter Hinweis auf die Renovierungsarbeiten und den festgesetzten<sup>l</sup> Termin für die Umquartierung erlassen.
- [6.] Waagen bringt in Erinnerung, daß HR Tietze dem Vizedirektor HR Vazek<sup>m</sup> [sic] anlässlich dessen 70. Geburtstages ein Geschenk des Beamtenkörpers in Aussicht gestellt hat.  
Es wird beschlossen, HR Vacek eine Kasette [sic] mit den Photographien der Anstaltsmitglieder zu überreichen.
- [7.] Dreger<sup>n</sup> ersucht<sup>o</sup> den<sup>p</sup> Schulrat Dr. Franz Tschernich, der nun wiederholt Sammlungen zum Geschenk gemacht hat, zuletzt Fossilien von Altstätter Sattel und ein darauf bezügliches Buch von Roßmäßler, zum Correspondenten zu ernennen.  
Wird angenommen.
- [8.] Waagen fragt wegen des Kohlenkredites an.  
Der Vorsitzende berichtet, daß hierfür 12.000 K angefordert wurden, das Staatsamt hat erklärt, daß die Bedeckung im Budget der Anstalt erhalten sei.  
Waagen schlägt vor, einen außerordentlichen Zuschuss zu verlangen, aus dem Budget sei dieser Betrag nicht zu decken. Gaina soll darüber Auskunft geben.
- [9.] Eichleiter verlangt bezüglich Einleitung von elektrischem Licht, daß die Leitung wenigstens bis zum Laboratorium verlegt werde.
- [10.] Veters beantragt Umwandlung der vorhandenen Schmetterlingsgasbrenner auf Glühlichtbrenner.
- [11.] Der Vorsitzende gibt bekannt, daß Prof. Petraschek das Bohrarchiv übergeben habe.  
Spengler referiert darüber: Es sind 2 Faszikel. Das größere enthält mit „P“ signierte Stücke, deren Verwertung sich Petraschek vorbehält, und die nur mit seiner Erlaubnis benützt werden sollen. Das kleinere Faszikel ist frei zu benützen.  
Hammer wendet sich gegen den Vorbehalt Petrascheks an einem Teil des Archivs und verlangt Aufklärung.

---

<sup>l</sup> Folgt gestrichen: [unleserlich]

<sup>m</sup> Folgt gestrichen: zu der.

<sup>n</sup> Folgt gestrichen: befürwortet das private Ansuchen.

<sup>o</sup> Folgt gestrichen: die Direktion.

<sup>p</sup> Korrigiert aus: dem.

Die diesbezügliche Debatte bzw.<sup>9</sup> Stellungnahme wird wegen Zeitmangel vertagt.

Schluß der Sitzung 12 h 10

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>9</sup> Folgt gestrichen: die Fragestellung und.

## Sitzung vom 10. Mai 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Beck, Vettters, Hackl, Sander, Spengler

Vorsitz: Geyer

Beginn der Sitzung 10 h 30 ante meridiem

1. Der Vorsitzende berichtet über eine Einladung des Hofrates Leisching, der Sektion zur Ausgestaltung und Unterbringung der öffentlichen Museen<sup>a</sup> (Aktion der Gemeinde Wien) als Mitglied beizutreten und Vertreter zu entsenden.  
Dreger erklärt sich bereit, vorerst nähere Erkundigungen darüber einzuholen.
2. Geyer: Prof. Petraschek hat mitgeteilt, daß er ein größeres, umfassendes Gutachten zu erstatten habe, für das er spezielle geologische Aufnahmen benötigt und fragt an, ob er sich an Mitglieder der Anstalt zwecks solcher Kartierungen wenden könne. RR Geyer wird hierfür Urlaube den betreffenden Herren erteilen, wenn unser Aufnahmsplan nicht bewilligt werden sollte.
3. Waagen berichtet über die beiden Sitzungen der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten betreffend Entwurf und Redaktion des Wortlautes der Denkschrift zur Besoldungsreform.
4. Spengler berichtet über das Bohrarchiv. Der geringste Teil ist aus Deutsch-Oesterreich, beinahe die Hälfte davon ist nur durch einen Umschlag vertreten, das Profil selbst ist laut Kerner in den Privatakten.  
Waagen hebt hervor, daß bei der bevorstehenden zwischenstaatlichen Liquidierung die mit P. bezeichneten Profile nicht übergeben werden können.  
267 Profile sind im Jahresbericht 1914 genannt worden. Die nur durch den Umschlag vertretenen Profile (Ortsangaben) können bei den 267 nicht mitzählen. Spengler wird aufgefordert, diese von Prof. Petraschek einzutreiben, eventuell zur Kopierung.  
Vettters fragt um die Spezialkartenblätter, auf denen die Bohrpunkte vermerkt sind?  
Spengler: Sind nicht dabei!  
Vettters: Die Karten sind ein wesentlicher Bestandteil des Archivs, sie sind zu diesem speziellen Zweck von der Anstalt gekauft worden. Spengler wird beauftragt, das Archiv zu ordnen und zu registrieren, sich mit Petraschek wegen der fehlenden Stücke und Karten in Verbindung zu setzen und in der nächsten Sitzung zu berichten.  
Hammer weist jedes Vorbehaltsrecht Prof. Petrascheks zurück, ohne die mit P. signierten Stücke müssen die bewussten 267 vorhanden sein.

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: unter.

5. Dreger gibt eine Anfrage des Gewerbeförderungsamtes bekannt, wo in Deutsch-Oesterreich Dachschiefer von der Art der schlesischen vorkommen. Sie sollen speziell für Isolierzwecke verwendet werden.  
Geyer nennt die Vorkommen von analogen Schiefen in den Gailtaler Alpen bei Mauthen.
  
6. Beck stellt den Antrag: Alle Handbücher sind im Lesezimmer als<sup>b</sup> eigene<sup>c</sup> Abteilung der Bibliothek zu vereinigen und die dort aufgestellten Handbücher (die neuen Auflagen) dürfen nur dort benützt, nicht aus dem Lesezimmer herausgetragen werden. Ausgeliehen dürfen natürlich die an ihrem alten Platz verbleibenden älteren Auflagen werden wie alle andern Bücher. Die rein petrographischen Handbücher, welche gewissermaßen als Handwerkzeug des Petrographen dienen, verbleiben im Mikroskopzimmer. Analog die rein chemischen im Laboratorium.  
Wird angenommen.

Schluss der Sitzung 12 h mittags

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>b</sup> *Überschrieben anstelle von:* in einer.

<sup>c</sup> *Korrigiert aus:* eigenen.

## Sitzung vom 31. Mai 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Hackl, Goetzinger

Vorsitz: RR Geyer

Beginn 10 h

1. Der Vorsitzende berichtet über seine Besprechung mit HR Hörtingen wegen des Aufnahmsplanes. Dieser ist von Hörtingen bereits dem Finanzamt überwiesen, ist aber noch nicht dorthin abgegangen. Sobald er dort eingelangt ist, wird er dort urgirt werden.  
Die Zuteilung unserer Anstalt zu einem andern Staatsamt ist noch in Schweben. Staatssekretär Glöckel will die Entscheidung dem Staatskanzler überlassen.
2. Der Vorsitzende berichtet weiter, daß Spengler eine Liste der vorhandenen und der nicht vorhandenen Profile aus dem Bohrarchiv angelegt hat und sie bei seiner nächsten Anwesenheit in der Sitzung vorlegen wird. Die urgirten Kartenblätter zum Archiv hat Prof. Petraschek ausgefolgt.
3. Dreger berichtet, daß Hofrat Tietze<sup>a</sup> die beiden Schränke, welche die Couchiliensammlung enthalten und sein Eigentum sind, der Anstalt zum Kauf angeboten hat. Prof. Rosival [*sic*] hat dafür 400 K geboten, er tritt aber der Anstalt gegenüber zurück. Gaina glaubt, daß wir über so viel Geld dafür verfügen können. Im Interesse der Sicherheit der wertvollen Couchiliensammlung sollten die Schränke gekauft werden.  
Vom Tischler liegt ein Voranschlag auf 4.000 K für Bibliothekseinrichtungsgegenstände und Stellen für den Kartenverlag vor. Vielleicht bekommen wir so viel Geld, daß wir wenigstens das eine Bibliothekszimmer in Arbeit geben können.
4. Hammer fragt an wegen Auszahlung der Erübrigungen des letzten Aufnahmsbudgets. Waagen: Der Akt ist trotz mehrfacher Urgenz noch nicht erledigt.
5. Dreger fragt an, was mit dem sogenannten Boué-Katalog, der in 80 Holzkistchen<sup>b</sup> aufbewahrt ist, geschehen soll. Da die Besitzfrage, ob Akademie oder Geologische Reichsanstalt, nicht ganz klar ist, schlägt der Vorsitzende vor, bei der Akademie anzufragen, ob sie den uns unbequemen, für uns nicht verwertbaren, aber vielleicht doch irgendwie wertvollen Katalog wieder übernimmt. Bei ablehnender Antwort würden wir trachten, eventuell andere Interessenten (Museen, Deutsches Museum in München etc.) zu finden.

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: der Anstalt.

<sup>b</sup> Folgt gestrichen: in Zettelform.

6. Anfrage Ampferers wegen eines eventuellen Streiks der Aufnahmsgeologen. Waagen erklärt dazu, daß im Finanzamt direkt dazu gesagt wurde, das Gerede von Streik sei nur Geflunker, die Herren gehen ja doch hinaus. Es handelt sich darum, ob vom Finanzamt der Aufnahmsplan überhaupt bewilligt wird, sonst hätten wir gar keinen Auftrag und erhalten keine Einreisebewilligung.  
Wir müssen vom Staatsamt verlangen, daß es sich wegen der Einreisebewilligung für die Aufnahmen mit den Landesregierungen ins Einvernehmen setzt.  
Der Vorsitzende<sup>c</sup> erklärt, er werde sich beim Ernährungsamt dafür einsetzen<sup>d</sup> bzw. anfragen, daß die Aufnahmsgeologen bevorzugte Versorgung genießen, eventuell in natura Lebensmittel, vor allem Mehl zugewiesen erhalten.  
Ampferer schlägt vor, wenn der Aufnahmsplan nicht bewilligt wird, rein praktische Aufgaben zu erledigen, so daß doch noch jeder die Möglichkeit hat, etwa einen Monat nur im Terrain zu arbeiten.  
Beck schlägt vor, wenn nur die bisherigen Diäten von 12 K und 16 K bewilligt werden, anstatt dieser pauschalierten Diäten die Normaldiäten mit detaillierter Rechnungslegung zu verlangen.
7. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß die 12.000 K für die Kohlen bewilligt wurden. Waagen bringt die Mitteilung zur Kenntnis, daß die Winterbevorrätung <sup>e</sup>mit Kohle<sup>e</sup> für die privaten Haushalte derzeit untunlich ist.
8. Auf die von Dreger mündlich erteilte Auskunft bezüglich der Kulmschiefer ist ein Dankschreiben eingelangt.  
Ebenso von Schulrat Tschernich für die Verleihung des Correspondentendiploms.
9. Waagen verteilt die Mitgliedskarten der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten und urgiert die Photographien für HR Vacek.
10. Waagen legt einen Band der Publikationen des geographischen Institutes der Albertus-Universität in Königsberg vor, welches um Tauschverkehr ansucht. Hammer wäre geneigt gegen die Verhandlungen zu tauschen.
11. Der Vorsitzende hält eine nochmalige Sitzung im Juni wegen der Frage der heurigen Aufnahmen für notwendig. Er erklärt die Angelegenheit des Aufnahmsplanes energisch betreiben zu wollen.

Schluss der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: verspri.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: daß.

<sup>e-e</sup> Nachgetragen.

## Sitzung vom 26. Juni 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Waagen, Beck, Vettters, Hackel, Sander, Spengler

Vorsitz: RR Geyer

1. Der Vorsitzende berichtet über den Akt betreffend Erhöhung der Reisediäten. Der Akt befindet sich derzeit im Finanzamt und dürfte günstig erledigt werden.
2. Das Ernährungsamt hat den Aufnahmsgeologen für die Aufnahmezeit Schwerarbeiterzubeußen<sup>a</sup> in Natura gewährt. Mehl zu 12 K und Reis zu 3,50 K. Das gesamte zugewiesene Quantum kostet ca. 1.936 K plus 30,80<sup>b</sup> K Leihgebühr für die Säcke und dazu Entlohnung<sup>c</sup> von 3 Dienern für die Zufuhr. Auf jeden Aufnahmsgeologen entfallen 140 K, welche von der ersten Diätenrate abgezogen werden.  
Waagen wird im Ernährungsamt wegen genereller Ausfuhrscheine zur Belieferung der exponierten Geologen vorsprechen.
3. Der Vorsitzende berichtet bezüglich des Boué-Kataloges. Prof. Diener hat die Angelegenheit der Akademie vorgelegt und diese hat beschlossen, wir haben freie Verfügung über den Katalog. Prof. Franz Eduard Suess vermutet, daß Dr. Lemper in Hamburg (Aachen?) sich dafür interessieren dürfte. RR Geyer wird sich brieflich mit ihm ins Einvernehmen setzen. Die Angelegenheit wird dann aktenmäßig an der Geologischen Reichsanstalt erledigt und die Abgabe des Kataloges offiziell der Akademie angezeigt werden. (Antrag Eichleiter – Waagen – Dreger)
4. Dreger berichtet, daß Prof. Rosiwal als Käufer für die Schränke und den großen Tisch HR Tietzes auftritt. Für<sup>d</sup> die Kouchyliensammlung sollen jedoch die beiden Schränke <sup>e</sup> der Anstalt<sup>e</sup> erhalten bleiben. Kasten und Tisch werden aber nur zusammen abgegeben.  
Beck beantragt, die Mitglieder der Geologenrates sollen als Privatpersonen als Käufer auftreten, die Schränke der Anstalt <sup>f</sup>zum Kaufpreis (400 K)<sup>f</sup> überlassen, den Tisch auf eigene Rechnung verkaufen.  
Angenommen.

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: gew.

<sup>b</sup> Mit Bleistift überschrieben: 31,60.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: der.

<sup>d</sup> Nachgetragen.

<sup>e-e</sup> Nachgetragen.

<sup>f-f</sup> Nachgetragen.

5. Der Vorsitzende berichtet, daß die Kanzleioffiziantin Girardi für ihre 14monatige Bibliotheksarbeit eine Remuneration von 500 K zugesprochen erhielt.<sup>g</sup> Sie hat diesen Betrag als zu gering zurückgewiesen, die Direktion hat ihn durch Eingabe an das Unterrichtsamt<sup>h</sup> für die Anstaltskasse sichergestellt und eine Erhöhung gefordert mit dem Hinweis, daß sich dieser Forderung die Beamenschaft der Anstalt voll anschließt. Er ersucht nachträglich um die Ermächtigung zu diesem Hinweis. (Wird gegeben).
6. Dreger beantragt eine Aufforderung an das Staatsamt, die Direktionsfrage ehestens zu erledigen durch Ernennung Geyer. Die Gewerkschaft der genannten Anstaltsangestellten solle diese<sup>i</sup> Forderung stellen.  
Waagen: Die Direktionsfrage kann erst entschieden werden, wenn die Zuteilung zu einem Staatsamt definitiv erfolgt ist.
7. Waagen bringt zur Kenntnis, daß in der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten mitgeteilt wurde, es werde in den Staatsämtern übel vermerkt, wenn sich nur die Beamenschaft der Institute organisieren, und nicht auch die Unterbeamten und Diener aufgenommen werden.<sup>j</sup> Glöckel wolle dem sozialdemokratischen Element zum Durchbruch verhelfen. Waagen beantragt infolgedessen, den Geologenrat als wissenschaftlichen Beirat zu belassen, nach außen hin die Organisation der Geologischen Reichsanstalt durch Zuziehung der technischen und Kanzleibeamten als 2. Gruppe, der Diener als 3. Gruppe zu erweitern. Diese beiden Gruppen haben Vertrauensmänner zu nominieren. Je 10 Beamte<sup>k</sup> haben einen Vertrauensmann zu wählen. Für uns ändert sich nichts, die Gruppen 2 und 3 wählen je einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann. Jede Gruppe soll dem Leiter RR Geyer einen diesbezüglichen Vorschlag machen, der dann aktenmäßig an das Unterrichtsamt weitergeleitet wird. Gleichzeitig wird ein von Waagen verfaßter Akt an den MR Dr. Eckhardt abgesendet werden, mit der Forderung, daß unsere Vertrauensmänner dem Zentralarbeiterrat<sup>l</sup> zugezogen werden.
8. In Einlauf befinden sich die Satzungen des Bundes der Sprachinseln, welche vorgelegt werden.
9. Ebenso ein Brief von der Buchhandlung Schworella und Heik zwecks Beteiligung an der Gründung einer wissenschaftlichen Buchhandlung und Antiquariats. Für uns als Amt gegenstandslos.

---

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: Er hat.

<sup>h</sup> Folgt gestrichen: sicher.

<sup>i</sup> Korrigiert aus: dieses.

<sup>j</sup> Folgt gestrichen: Glöckel hoffe, auf.

<sup>k</sup> Korrigiert aus: Beamten.

<sup>l</sup> Mit Bleistift nachträglich gestrichen arbeiterrat und mit Kurzschrift überschrieben: [unleserlich]

10. Waagen berichtet über die Tätigkeit der Gewerkschaft. Waagen hat sich als Referent der naturwissenschaftlichen Sektion gegen die Einheitsschule ausgesprochen, da sie keine gute Vorbereitung für die Hochschule liefert und eigene Seminare eingeschaltet werden müssen. Die Einheitsschule soll nach seinem Vorschlag nur die Unter- und Mittelstufe umfassen, die Oberstufe soll frei bleiben.
- Die Leitung der Gewerkschaft hat im Finanzamt wegen Belassung der bisherigen Dotationen vorgeschlagen. SC Beck von Managetta hat dabei die Äußerung getan, die<sup>m</sup> wissenschaftlichen Institute besitzen keinen praktischen Wert, sind nur ein schöner Aufputz. Jedes Institut soll deshalb den praktischen Wert seiner Tätigkeit angeben und seine Dotation im Vergleich mit Anstalten des Auslandes. Für die Geologische Reichsanstalt hat Waagen diese Zusammenstellung bereits gemacht.
- Nach dem Verfassung-Entwurf der Christlich-Sozialen<sup>n</sup> (Veränderung und gemeinsame Staatsangelegenheiten) sollen die Hochschulen gemeinsam sein, die Institute nicht. Die Gewerkschaft hat sich dagegen gewendet und den<sup>o</sup> Zusatz erwirkt: die Hochschulen und die wissenschaftlichen Hauptinstitute sind gemeinsam.
- Ferner sind <sup>p</sup>-über Wunsch der Regierung<sup>p</sup> zwei Entwürfe für Personalvertretung ausgearbeitet worden.<sup>q</sup> <sup>r</sup>-Es soll als höhere Instanz eine Berufungs-Personal<sup>r</sup>-vertretung bei jedem Staatsamt geschaffen werden, bestehend aus 12 Mitgliedern, 6 ernannten und 6 gewählten. Sie haben die Entscheidung in Streitfällen zwischen Direktion bzw. Staatsamt und der Personalvertretung (Entwurf Gröger).
- Dieser Entwurf undurchführbar. Es wurde daher ein neuer ausgearbeitet.
11. König ist Präparator geworden, es<sup>s</sup> muß ein Praepariererraum sichergestellt<sup>t</sup> werden. Dreger gibt hiezu bekannt, daß der ehemalige Präpariererraum im Souterrain<sup>u</sup> für diesen Sommer hergerichtet wird. Da jedoch der von dort<sup>v</sup> ausgehende Kamin schadhaft ist, muss erst die Gebäudeinspektion verständigt und eine Kommissionierung verlangt werden.
12. Spengler berichtet über das Bohrarchiv. Bei der Registrierung ergab sich, daß 487 Profile von Prof. Petraschek abgeliefert wurden, Böhmen ist vertreten durch 206, Mähren-Schlesien-Westgalizien durch 211, die übrigen Länder durch 70. Auf Deutsch-Oesterreich entfallen 22 Profile. Der Zustand des Archivs ist mehrfach sehr mangelhaft, von einzelnen Profilen liegt außer dem Namen gar nichts vor. Die Proben dazu sind im Vorzimmer Petrascheks<sup>w</sup> aufbewahrt.

---

<sup>m</sup> Folgt gestrichen: pro.

<sup>n</sup> Folgt gestrichen: soll.

<sup>o</sup> Folgt gestrichen: Ande.

<sup>p-p</sup> Nachgetragen.

<sup>q</sup> Folgt gestrichen: Die Regierung will, daß.

<sup>r-r</sup> In der Vorlage wohl versehentlich gestrichen anstelle von unterstrichen.

<sup>s</sup> Überschrieben anstelle von: daher.

<sup>t</sup> Überschrieben anstelle von: geschaffen.

<sup>u</sup> Folgt gestrichen: hergerichtet.

<sup>v</sup> Folgt gestrichen: durch die.

<sup>w</sup> In Bleistift nachgetragen in Kurzschrift: [unleserlich]

Waagen beantragt, das Bohrarchiv unter Sperre zu halten. Es soll in der Kartensammlung aufbewahrt werden.

Eichleiter und der Vorsitzende beantragen ein striktes Verbot von Aushebungen und Entlehnungen aus dem Archiv.

Beide Anträge angenommen.

Schluss der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

## Sitzung vom 21. Juli 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Waagen, Beck, Vettters, Götzinger, Sander, Spengler

Vorsitz: RR Geyer

1. Der Vorsitzende berichtet, daß die Diätenfrage im Finanzamt bereits günstig erledigt ist und noch formale Fragen die Verzögerung bedingen.  
Waagen er bietet sich ins Unterrichtsamt zu gehen, um die Ernennung in die Rangklassen, deren Bezüge bereits erreicht sind, zu urgieren.
2. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß er zu den Sitzungen der internationalen<sup>a</sup> Liquidierungskommission geladen ist (Ministerium des Äußeren).  
Dreger legt<sup>b</sup> eine Zusammenstellung vor, was für die Liquidierung in Betracht kommt: die Bücherei ist unteilbar, Ablösung in Geld. Eine diesbezügliche Schätzung ist aktengemäß gemacht.  
Verlagsbücher sind kommissionell nach bestimmtem Schlüssel aufzuteilen.  
Kartensammlung unteilbar. Es können nur Kopien abgegeben werden.  
Originalaufnahmsblätter müssen bleiben.  
Museum: Weniges nur stammt von Käufen, das meiste eigene Aufsammlung und Geschenke.  
Originale sollen nicht abgegeben werden, nur Vergleichssenten<sup>c</sup>.  
Mineraliensammlungen: Die große topografische Sammlung von Oesterreich-Ungarn [und] Bosnien: 2.580 Nummern. Die Schaustücksammlungen des alten Mohs und von Haidinger.  
Die große Haidingersammlung (derzeit Zeliskozimmer) über 6.000 Nummern.  
Die Friesische Sammlung wurde 1891<sup>d</sup> gekauft um 6000 K, welche Foullon gesammelt hat.  
Die systematischen Sammlungen können nicht zerrissen werden.  
Die künstlichen Krystalle von Hauer und Foullon, 1860-89 hergestellt in unserem Laboratorium.  
Die Lagerstätten-Sammlung.  
Das chemische Laboratorium ist ohnehin zu klein, kommt für die Liquidierung nicht in Betracht.  
Waagen: Die Stur-Sammlung (Carbonat-Pflanzen) ist ein europäisches Unicum, darf nicht zerrissen werden.  
Duplikate vorhanden.

---

<sup>a</sup> Nachgetragen.

<sup>b</sup> Überschrieben anstelle von: hat.

<sup>c</sup> Unsichere Lesung.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: von F.

Waagen stellt den Antrag:

1. Der Vorsitzende soll prinzipiell den Standpunkt vertreten, daß man gegenwärtig nicht in Verhandlungen eintreten kann, weil<sup>e</sup> gerade jetzt verlangt wird, daß die Museen Wien vollständig erhalten bleiben. Dieser Standpunkt soll protokolliert werden.
  2. Die Aufteilung soll erst erfolgen, wenn der Friedensvertrag bekannt ist.
  3. Wenn die Liquidierungskommission durchgeführt wird, ist eine eigene Kommission für die Geologische Reichsanstalt aufzustellen.
3. Dreger gibt bekannt, daß aus der Bibliothek Tietze ca. 1.600 Separata mit 1.000 Tafeln um 1.700 K uns zur Verfügung stehen. Die Rechnungskanzlei hat dem Ankauf zugestimmt.
  4. Waagen beantragt die Subskription auf den Fossilium-Katalogus.  
Wird zugestimmt.
  5. Die Wohnung Palmes soll für die Anstalt als unbedingt nötig dringend beansprucht werde[n], die Kündigung der Tochter Palmes, Frau Urban, erwirkt werden.
  6. Goetzingen verliest das Konzept des Aktes an das Landwirtschaftsamt über den Kostenvoranschlag für pedologische Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt. (Diskussion, Sander, Vettors) Ergebnis der Diskussion: chemische Untersuchungen der Bohrproben unbedingt nötig.  
In diesem Sinne ist an die nicht anwesenden Geologen zu schreiben und ihre Antwort abzuwarten.

Schluss der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: [Georg Geyer]

---

<sup>e</sup> Folgt gestrichen: es.

## Sitzung vom 10. November 1919

Vollversammlung sämtlicher Angestellter der Geologischen Staatsanstalt

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Waagen, Beck, Hackel, Spengler; Dr. Maluschka; Girardi; Lauf, Huber, Stromer; Ulbing, Wallner, König, Krejča

Vorsitz: RR Geyer

Beginn 10 h 15

1. In der Vollversammlung referiert Dr. Waagen über<sup>a</sup> Ziele und Einrichtung der Staatsangestellten-Fürsorge-Aktion = Stafa = und die sogenannte Scholtz-Aktion, die Ausgabe der unter Leitung von H. [*möglicherweise: Herrn*] Scholtz in Italien eingekauften Textil- und Wäschewaren im Rahmen der Stafa an die Staatsbedienteten. Der schriftliche Bericht wird dem Protokoll beigelegt.
2. In der anschließenden Sitzung der akademischen Beamten berichtet Waagen über die Beschlüsse<sup>b</sup> in der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutsch-Oesterreichs („Gewibdö“).  
Es wurde dort <sup>c</sup>die Abhaltung<sup>c</sup> eines allgemeinen Akademikertages beschlossen zur Stellungnahme gegen die<sup>d</sup> zu geringen Bezüge und die schlechten Avancementverhältnisse. Die Tagung soll nicht an einem Sonntag oder Dienstoffreien Tag überhaupt stattfinden, sondern an einem Wochentag vormittag, als Demonstration, so daß die Ämter faktisch auf einige Stunden gesperrt sind.  
Die Tagung soll im Rathaus stattfinden.  
<sup>e</sup>In der Frage nach einem Organisationszwang der Gewerkschaftsmitglieder wurde kein Beschluß gefaßt. Es wurde aber eine Subkommission eingesetzt zur Behandlung der Honorartariffagen (für Gutachten, Vorträge, Publikationen etc.). Dr. Waagen wurde in dieses Subkomité berufen.  
Ebenso wurde beschlossen, daß der Besitz vom [*sic*] Privatsammlungen<sup>f</sup> unstatthaft ist, wenn<sup>g</sup> Sammlungen derselben Art einen Bestandteil des Institutes, an dem der Beamte angestellt ist, bilden.

Schluß der Sitzung 11 h 30

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: Art.

<sup>b</sup> Überschrieben anstelle von: Vorgänge.

<sup>c-c</sup> Nachgetragen.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: schlecht.

<sup>e</sup> Zuvor gestrichen: 3.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: derselben Art, wie.

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: Geyer.

## Sitzung vom 3. Dezember 1919

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Beck, Vettors, Goetzingcr, Hackl, Spengler, Maluschka.

Vorsitz: RR Geyer

Beginn 10 h 15

1. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokollcs der letzten Sitzung berichtet RR Geyer kurz über seine<sup>h</sup> persönliche Vorstellung bei MR Leitte im Staatsamt für Unterricht, welcher über unsere Verhältnisse noch nicht orientiert war.
  
2. Hammer<sup>j</sup> und Waagen<sup>j</sup> berichten über ihre<sup>k</sup> Verhandlungen<sup>l</sup> als Vertrauensmänner<sup>m</sup> mit Unterstaatssekretär Glöckel, MR Leitte<sup>n</sup>, dem neuen Referenten, und SC Kelle vom Unterrichtsamt. Unterstaatssekretär Glöckel bemerkte, die Verhandlungen betreffend unserer Anstalt sind seit der Enquête zum Stillstand gekommen, die ganze Sache liegt beim Kabinettsrat, der sich<sup>o</sup> nächste Woche mit<sup>p</sup> dem ganzen Komplex von Fragen über die Aufteilung der Ämter an die Ministerien befassen wird.  
 Bezüglich unserer Stellungnahme gegen die Direktion Diener sagte er zu unsere Wünsche zu berücksichtigen, falls wir unter seinem Staatsamt bleiben. Betreffend des Vorschlagsrechtes will er sich nicht vor der Zuteilung entscheiden.  
 MR Leitte wurde ein ausführliches Programm unserer Wünsche vorgetragen.  
 SC Kelle wendete sich gegen das Vorschlags-Recht mit Hinweis auf unsere hierarchische Verfassung. Auf seine Frage wurden ihm die Bedenken gegen eine Direktion Diener ebenso vorgestellt wie dem<sup>q</sup> Unterstaatssekretär Glöckel.  
 Waagen bemerkt ergänzend zu den Ausführungen Dr. Hammers über die Besprechung mit dem Referenten MR Leitte, daß diesem unsere Unzufriedenheit mit der bisherigen ministeriellen Vertretung vorgehalten und begründet wurde, in außerdienstlicher und<sup>r</sup> dienstlicher<sup>s</sup> Beziehung, sowie hinsichtlich des Personalangelegenheiten. Es wurden auch die Eingaben wegen Verleihung der angesprochenen Titel (Berg- und Oberberggräte), wegen der Dienerstellen und betreffend Einrechnung der

---

<sup>h</sup> *Korrigiert aus:* seinen.

<sup>i</sup> *Folgt gestrichen:* Besuch.

<sup>j,j</sup> *Nachgetragen.*

<sup>k</sup> *Überschrieben anstelle von:* die.

<sup>l</sup> *Folgt gestrichen:* der.

<sup>m</sup> *Folgt gestrichen:* (Hammer, Waagen).

<sup>n</sup> *Folgt gestrichen:* und.

<sup>o</sup> *Nachgetragen.*

<sup>p</sup> *Nachgetragen.*

<sup>q</sup> *Nachgetragen.*

<sup>r</sup> *Nachgetragen.*

<sup>s</sup> *Folgt gestrichen:* mu.

Assistentenjahre in die Beamtendienstzeit besprochen und Entgegenkommen zugesagt.

Im Staatsamt für Finanzen wurde<sup>t</sup> im Rahmen einer Aktion der Gewerkschaft wissenschaftlicher Beamter Oesterreichs bei den Ministerialräten Wülfling und Grohmann wegen Einführung des Notavancements vorgeschrieben. Nach effektiver Dienstzeit von 32 ½ Jahren soll die 6. Rangklasse und die erste Gehaltsstufe der 5. erreicht werden. Die Befürwortung dieser Forderung wurde zugesagt.

3. BR Dreger beantragt, eine Eingabe des Beamtenkörpers der Anstalt wegen Ernennung RR Geyers zum Direktor an das Unterrichtsamt zu richten.  
Nach längerer Debatte<sup>u</sup> wird der Antrag als derzeit undurchführbar zurückgezogen.
4. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß von Dr. Mohr und Dr. Liebus Ansuchen eingelaufen sind, als<sup>v</sup> Mitglieder der Geologischen Staatsanstalt aufgenommen zu werden, welche mit dem Hinweis auf die Sperre<sup>w</sup> von Neuanstellungen abgewiesen<sup>x</sup> hat.  
Dazu bemerken Hammer und Waagen, daß unter allen Umständen Dr. Winkler vorangehen müsste.
5. Veters legt einen Entwurf für den neuen Kartentarif vor, der dem Unterrichtsamt zur Genehmigung vorgelegt wird. Er beantragt darin auch für Ausländer Bezahlung in Auslandswährung.  
Gleichzeitig beantragt Veters die Erhöhung der Preise für die Druckschriften und<sup>y</sup> Eichleiter die Erhöhung des<sup>z</sup> Tarifes des chemischen Laboratoriums.
6. Veters beantragt weiters eine Abstufung der Diäten nach den Ländern zu fordern, Waagen regt neuerdings an, das Verlangen nach freier Eisenbahnfahrt zu stellen.
7. Dr. Maluschka beantragt, daß das Sachregister, das in der bisherigen Art<sup>aa</sup> seinen Zweck nicht genügend erfüllt, von den Autoren für ihren Teil selbst hergestellt werde.  
Waagen schlägt dazu vor, entsprechende<sup>bb</sup> Zirkulare mit den betreffenden

---

<sup>t</sup> Folgt gestrichen: gemein.

<sup>u</sup> Folgt gestrichen: an der sich.

<sup>v</sup> Folgt gestrichen: die.

<sup>w</sup> Folgt gestrichen: von Aufnahmen neu.

<sup>x</sup> Korrigiert aus: zurückgewiesen.

<sup>y</sup> Nachgetragen.

<sup>z</sup> Folgt gestrichen: chemischen.

<sup>aa</sup> Folgt gestrichen: nicht.

<sup>bb</sup> Nachgetragen.

Sonderdrucken aus dem letzten Jahrzehnt an die Autoren zu versenden, worin diese ersucht werden, <sup>cc-</sup>die Schlagworte<sup>-cc</sup> zum Sachregister selbst mit einem mitgesandten Formular zu liefern.

Schluss der Sitzung 11 h 45

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Geyer

## Sitzung vom 4. Jänner 1920

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Götzingler, Hackl, Spengler, Dr. Maluschka

Vorsitzender: RR Geyer

Beginn: 10 h 15

Der Vorsitzende bringt kurz die wichtigsten Ereignisse, welche den Gegenstand der Sitzung bilden, zur Kenntnis und verweist auf die Dringlichkeit, den Aufnahmeplan fertigzustellen, der in der nächsten Sitzung durchberaten werden soll. Waagen schlägt dazu vor, zu dieser Sitzung MR Rotki [*sic*] einzuladen, Hammer und der Vorsitzende, sowie Vettters wollen den Aufnahmeplan zuerst fertig durchberaten haben und dann erst MR Rotki um seine besonderen diesbezüglichen Wünsche fragen. Der Vorsitzende konstatiert die prinzipielle Bereitwilligkeit, sich mit MR Rotki als Vertreter der praktisch<sup>a</sup> interessierten Behörden, Personen und Betriebe ins Einvernehmen zu setzen.

1. Der letzte Sitzungsbericht wird verlesen und genehmigt.
2. Der Vorsitzende<sup>b</sup> stellt<sup>c</sup> das Verhalten der Anstalt gegenüber den Anforderungen der verschiedenen Liquidierungs-Kommissionen zur Beratung. Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages kann man der Anstalt nichts abfordern. Die bisher gekommenen Ansuchen stehen auch auf diesem Standpunkt, sie enthalten das Ersuchen, Gegenstände und Druckschriften nachhaft [*sic*] zu machen, die wir<sup>d</sup> im Kauf- oder Tauschwege abgeben können. Solche Ansuchen sind von der Čechoslovakei, von<sup>e</sup> den Slovenen und von Polen eingelaufen.  
Die Čechen haben angefragt, ob wir bereit wären, ihnen Druckschriften, Karten usw. abzugeben. Prof. Purkinie wurde durch das čechische<sup>f</sup> Staatsamt des Äußern verständigt, daß der Akt durch die Liquidierungs-Kommission<sup>g</sup> an uns<sup>g</sup> weitergeleitet werden wird. Bisher haben wir keine Anfrage durch dieses Amt erhalten.  
Durch die Liquidierungskommission haben die Polen um Überlassung von technischen und wissenschaftlichem Material ersucht. In der Antwort wurde ihnen vom Leiter der Anstalt mitgeteilt, daß wir nur Druckschriften, Karten etc. aus unseren Lagerbeständen abgeben können, die Preise aber erst nach Erledigung der Eingabe wegen Tarifierhöhung festsetzen können. Das Ansuchen der Slovenen geht viel mehr auf Einzelheiten ein. Der von HR Ploj gefertigte Akt der Liquidierungs-Kommission ersucht um Abtretung von Studienbehelfen für die Lehrkanzel für Mineralogie der Laibacher

---

<sup>a</sup> Nachgetragen.

<sup>b</sup> Folgt gestrichen: berichtet.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: unser.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: verkaufen.

<sup>e</sup> Folgt gestrichen: Jug.

<sup>f</sup> Überschrieben anstelle von: Min.

<sup>g-g</sup> Nachgetragen.

Universität,<sup>h</sup> vollständige<sup>i</sup> Reihen der Druckschriften, Karten, und der auf Slovenien bezüglichen Originalaufnahmsblätter 1:25.000.

Dreger beantragt hiezu folgende Richtlinien:

1. Karten und Druckschriften werden zu dem vom Staatsamt genehmigten Preis abgegeben, <sup>j</sup>aber nur<sup>j</sup> wenn wir<sup>k</sup> mehr als 10 Stück im Lager haben.
2. Originale werden nicht abgegeben, können aber kopiert werden.
3. Musealgegenstände sind Staatseigentum und können nicht abgegeben werden. Zur Gewinnung von Platz können wir Doppelstücke hergeben, aber erst, wenn freundnachbarliche Verhältnisse herrschen.

Vetters stellt den Zusatzantrag, das slovenische Anbot als das eines privaten zu behandeln, da es sich nur um Eigenwünsche der Lehrkanzel Hinterlechner handelt, nicht des jugoslawischen Staates. Daher<sup>l</sup> kommen nur unsere<sup>m</sup> Verlagsgegenstände in Betracht, nicht aber Sammlungsstücke oder Originalkarten.

Hammer betont, daß die uns<sup>n</sup> eben vom Staatsamt für Unterricht festgesetzte Preisliste<sup>o</sup> nicht als gültig anerkannt werden könne, da andere dem Finanzamt<sup>p</sup> unterstellte Anstalten wie die Staatsdruckerei den Auftrag haben, bis 400% Auslandsaufschläge zu rechnen. Dasselbe sei bei den Zeitungen der Fall.

Wir müssen unter Hinweis darauf eine Änderung der Preise<sup>q</sup> verlangen.

Über Bitte Waagens wird sich Hammer die nötigen Beweise über die vorgebrachten Bestimmungen des Finanzamtes verschaffen.

3. Vetters bespricht die Durchführungsverordnung zur Besoldungsreform und die Berechnung der gleitenden Zulage, das Gesetz über die Stellung der Hochschulassistenten, mit besonderem Hinweis auf die Möglichkeit, durch Einschub von ordentlichen<sup>r</sup> Hochschulassistenten an Rang und Gehalt überholt zu werden,<sup>s</sup> und legt die Zuschriften des Staatsamtes über Wohlfahrtseinrichtungen und Eisenbahnbegünstigungen der Familienmitglieder zur Durchsicht und Unterschrift vor. Waagen bemerkt zum Hochschulassistentengesetz, daß im Hinblick auf die angedeutete Möglichkeit von der Gewerkschaft die Öffnung der 6. und 5. Rangklasse mit Wartezeiten von je von 5 Jahren von der achten Rangklasse an für die wissenschaftlichen Beamten gefordert wird.

---

<sup>h</sup> Folgt gestrichen: die.

<sup>i</sup> Korrigiert aus: vollständigen.

<sup>j</sup> Nachgetragen.

<sup>k</sup> Überschrieben anstelle von: mehr.

<sup>l</sup> Folgt gestrichen: sind.

<sup>m</sup> Nachgetragen.

<sup>n</sup> Nachgetragen.

<sup>o</sup> Folgt gestrichen: nur in.

<sup>p</sup> Folgt gestrichen: die.

<sup>q</sup> Folgt gestrichen: be.

<sup>r</sup> Nachgetragen.

<sup>s</sup> Folgt gestrichen: dann.

Im Anschluss an die Besprechung von Wohlfahrts-Einrichtungen erwähnt<sup>t</sup> RR Geyer <sup>u-</sup> eine Mitteilung<sup>u</sup>, Prof. Petrascheks<sup>v</sup>, daß <sup>w-</sup>in der Umgebung<sup>w</sup> Berlins ein Beamten- oder Offizierskind in Pflege genommen wird und Reflektanten sich melden sollen.

3. [*sic, eigentlich 4.*] Hammer macht Mitteilung über das Ergebnis seiner Umfrage bei den Buchdruckereien nach den Preisen für unsere Druckschriften. (Staatsdruckerei, Bartelt, Holzhausen, Jasper, Perl usw.). Da eine Verbilligung nicht zu erreichen ist, Hollinek auf unsere Bedürfnisse eingearbeitet und das Papier gut ist,<sup>x</sup> rät Hammer, bei Hollinek zu bleiben. Doch müsse eine wesentliche Preiserhöhung<sup>y</sup> für unsere Schriften verlangt werden, mindestens das Doppelte. Vom 1. März an wird das Papier noch bedeutend teurer, die Firma Jaffé ist um 2-300% gestiegen.<sup>z</sup> Die Auslandpreise müssen nach den Valutaschwankungen reguliert werden,<sup>aa</sup> entweder durch Bezahlung in fremder Valuta oder durch Auslandzuschläge von einigen 100%. Unsere Publikationen müssen wegen des Tauschverkehrs unbedingt auf einer gewissen Preishöhe erhalten bleiben;<sup>bb</sup> der Tauschverkehr bringt indirekt die Mehrauslagen unserer Druckkosten herein.

Der Vertrag mit Lechner muss selbstverständlich aufgegeben werden.

Der Vorsitzende konstatiert, daß unbedingt das Regiepauschale erhöht werden müsse.

4. [*sic, eigentlich 5.*] Waagen<sup>cc</sup> richtet an den Leiter der Anstalt die Anfrage, ob ihm pflichtgemäß der Text der Verhandlungs-Nummer 10<sup>dd</sup> vor Drucklegung vorgelegt wurde (Artikel Bergrat Kerners, die Liste seiner <sup>ee-</sup>ersten 150<sup>ee</sup> Publikationen) und bemerkt, daß der der Artikel außerhalb der Anstalt <sup>ff-</sup>in Anbetracht der hohen Druckkosten<sup>ff</sup> übel vermerkt wurde und von Prof. Diener für seine Absichten auf Einstellung der Verhandlungen ausgenützt werden könnte.

Kerner konstatiert, daß von dem ganzen Artikel nur 1 ½ Seiten außeroesterreichische Arbeiten betreffen und er sich für berechtigt halte, als verdientes 27jähriges Mitglied der Anstalt die Begünstigung, eine Liste seiner Arbeiten zu veröffentlichen, zu beanspruchen, zumal gleichzeitig der Abschluß seiner Tätigkeit in Dalmatien damit<sup>gg</sup> zusammenfällt.

<sup>t</sup> *Überschrieben anstelle von:* gibt.

<sup>u-u</sup> *Überschrieben anstelle von:* bekannt, daß.

<sup>v</sup> *Folgt gestrichen:* die Anstalt benachrichtigt hat.

<sup>w-w</sup> *Überschrieben anstelle von:* bei.

<sup>x</sup> *Folgt gestrichen:* schl.

<sup>y</sup> *Folgt gestrichen:* verl.

<sup>z</sup> *Folgt gestrichen:* Diese Mehrauslagen müssen [*überschrieben und gestrichen:* werden] unbedingt hereingebracht werden durch unseren Tauschverkehr.

<sup>aa</sup> *Folgt gestrichen:* der auf diese Verhältnisse.

<sup>bb</sup> *Folgt gestrichen:* denn.

<sup>cc</sup> *Folgt gestrichen:* fragt.

<sup>dd</sup> *Folgt gestrichen:* vorgel.

<sup>ee-ee</sup> *Überschrieben anstelle von:* bisherigen.

<sup>ff-ff</sup> *Nachgetragen.*

<sup>gg</sup> *Folgt gestrichen:* gegeben ist.

Der Vorsitzende erwiedert [*sic*], daß ihm der Artikel nicht vorgelegt worden ist, daß aber unterdessen ein Wechsel in der Redaktion stattgefunden hat, indem Hammer das Jahrbuch und Spengler die Verhandlungen übernommen haben, und daß in Zukunft jede Nummer vorzulegen sein wird.

5. [*sic, eigentlich 6.*] Waagen richtet an Dreger die Anfrage über seine Schritte gegen das eigenmächtige Vorgehen des Rechnungsrates Gaina in Angelegenheit der Dienerremunerationen.

Dreger sagt<sup>hh</sup>, Gaina habe nach seiner Erklärung keinen persönlichen Einfluß auf die Erledigung genommen. Dagegen konstatiert Waagen, Gaina habe zugegeben, daß er vom Referenten gerufen wurde und mit<sup>ii</sup> diesem die Sache durchbesprochen habe. Eine solche Einflußnahme des Rechnungs beamten dürfe nicht geduldet werden.

6. [*sic, eigentlich 7.*] Waagen beantragt, die jeweiligen Vertreter der Direktion sollen ermächtigt werden,<sup>jj</sup> ihre Unterschrift auf Postcheks zu geben. Der Vorsitzende erklärt, diese Angelegenheit weiter verfolgen zu wollen.

In der Debatte wird darauf verwiesen, daß die beiden Rundstempel bei Gaina und Ulbing in Verwahrung seien, keiner bei der Direktion.

Es wird beschlossen,<sup>kk</sup> daß künftig der große Rundstempel von der Direktion, der kleine vom ersten<sup>ll</sup> Amtsdieners verwahrt werden soll.

7. [*sic, eigentlich 8.*] Waagen gibt bekannt, daß der Beitrag der Gewerkschaftsmitglieder auf 12 K erhöht wurde und erhält<sup>mmm</sup> die Ermächtigung, den Beitrag durch Ulbing am 1./3. in Abzug bringen zu lassen.

8. [*sic, eigentlich 9.*] Waagen erwähnt<sup>nn</sup> die Vertretung des Staatsamtes für Unterricht bei der Sachdemobilisierung und erklärt, in der nächsten Zeit dort vorzusprechen und unsere Ansprüche bekannt zu geben. Er macht weiter die Mitteilung, daß wir uns nach dem Rat des Landes-Archivdirektor Dr. Mayer an den Staatssekretär Michael Mayer in allen Fragen der Zuweisung unserer Anstalt, in Diätenfragen, Bahnbegünstigungen usw. wenden sollen.

9. [*sic, eigentlich 10.*] Es werden noch von Waagen, Hammer, Dreger, Eichleiter, Hackl Anträge gestellt bzw. Anfragen wegen Erhöhung der Dotation für<sup>ooo</sup> das Museum, der Remuneration für die Dünnschliffe, Erhöhung der Dotation für das Laboratorium, dessen Bedarfsartikel durchschnittlich um 2000% in K gestiegen sind.

---

<sup>hh</sup> Folgt gestrichen: erklärt.

<sup>ii</sup> Folgt gestrichen: ihm.

<sup>jj</sup> Folgt gestrichen: die.

<sup>kk</sup> Folgt gestrichen: künftig.

<sup>ll</sup> Nachgetragen.

<sup>mmm</sup> Überschrieben anstelle von: bittet um.

<sup>nn</sup> Überschrieben anstelle von: bespricht.

<sup>ooo</sup> Folgt gestrichen: die Sam.

Beck beantragt, vorläufig die bisher geltenden 50 H pro Schliff auszuzahlen mit Anwartschaft auf nachträgliche Erhöhung nach Bewilligung der Dotation.

10. [*sic, eigentlich 11.*] Der Vorsitzende teilt mit, daß in Angelegenheit der Tellerstiftung ein Akt an die Anstalt gekommen ist und übergibt die<sup>PP</sup> Sache Ampferer zur weiteren Erledigung.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>PP</sup> Folgt gestrichen: Ang.

## Sitzung vom 11. Februar 1920

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Hackl, Goetzinger, Sanders [*sic*], Spengler; Dr. Maluschka

Vorsitz: RR Geyer

Beginn 10 h ante meridiem

- I. Der Vorsitzende gibt eine Verordnung des Staatsamtes für Unterricht bekannt, daß wir mit den Behörden der andern Sukzessionsstaaten nur durch das Staatsamt für Äußeres verhandeln dürfen.  
(Hammer:)<sup>a</sup> Der Auslandstarif der Staatsdruckerei wurde neuerdings geändert, der Zuschlag von 400% wurde aufgehoben, das Ausland zahlt in seiner Valuta. Die Inlandspreise sind wie bei uns erhöht worden. Das Staatsamt für Finanzen hat also bereits beide Modalitäten für Auslandstarife in Betracht gezogen und genehmigt, worauf wir bei einer neuerlichen Tarifregulierung hinweisen können.
- II. Der Vorsitzende bringt das Aufnahmsprogramm zur Besprechung und schlägt vor zuerst die Hauptfragen nach der Verteilung der Aufnahmen und gesondert die Fragen nach den technischen und pekuniären Bedingungen zu verhandeln.  
Wir müssen der praktischen Richtung Rechnung tragen ohne unsere erste Aufgabe, die wissenschaftliche Bearbeitung der Kartenblätter, zu schädigen. Es sei vielleicht notwendig, für einige Zeit ein andres System der Aufnahmestätigkeit einzuführen, wobei wir nicht an den Rahmen der Spezialblätter uns binden, sondern nach<sup>b</sup> rein geologischen Prinzipien vorgehen, z. B. Bearbeitung einzelner Bergbaugebiete, wie tertiärer Kohlenfelder etc.  
Hammer stellt die Frage: Wie sollen solche Aufnahmen erfolgen, zugänglich gemacht und publiziert werden.  
Vorsitzender: Es soll möglichst rasch publiziert werden: Es soll mit diesen Teilaufnahmen nicht nur Material für die spätere Herausgabe der Spezialkarte gewonnen werden, sondern unabhängig davon Gebrauchs-Karten in beliebigem Maßstab und Ausführung (auch Schwarzdruck) rasch hergestellt werden, soweit es den Bedürfnissen der Gegenwart und der betreffenden Industrie entspricht, ohne Rücksicht etwa auf vollständige Gliederung der Nachbargebiete.  
Waagen verweist auf die Arbeit Lipolds aus dem Jahr 1865.  
Vettters meint, die wissenschaftlichen Karten könnten mit kurzen Erläuterungen selbstständig publiziert werden und außerdem als Beilage einer Abhandlung im Jahrbuch, die ja zum Erscheinen viel längere brauche. Also größere Auflage einer Karte.  
Geyer verweist auf die Plassenkarte Spenglers als Beispiel einer derartigen, ein wichtiges Bergbaugebiet betreffenden, sofort publizierbaren Karte.

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: Die Nachfrage nach.

<sup>b</sup> Korrigiert aus: anach.

Vetters verweist bei den lose erscheinenden Blättern auf die Freiheit in der Art der Ausführung, das Nichtgebundensein an das Farbschema der Spezialkarte, also billigere Herstellungsmöglichkeiten.

Bezüglich der Aufnahme verlangen Vetters und Waagen, daß der Geologe verpflichtet werden solle, die Nachbargebiete mit zu kartieren,<sup>c</sup> damit später nicht schwer ausfüllbare Lücken an den Grenzen dieser Karten entstehen.

Der Vorsitzende ersucht die Geologen, sich in rangklassenmäßiger Reihenfolge über die Verteilung der Aufnahmegebiete zu äußern.

Dreger: <sup>d</sup>Fortsetzung der Aufnahmen zu der Koralpe und <sup>d</sup> zusammen mit Waagen die mittelsteierischen Kohlengebiete nach den Blattgrenzen getrennt. Dreger Blatt<sup>e</sup> Deutschlandsberg und Wildon, Waagen Köflach und Graz.

Kerner: Fortsetzung der Aufnahmen in der Nordost-Ecke des Blattes Kitzbüchel, Aufnahme der Kohlenreviere im obern Murtal (Tamsweg) oder Mürztal (Mürzzuschlag).

Hammer: Weiterführung der Aufnahmen im Ötztal (Blatt Nauders und Oetztal). Montanistische Arbeit: Graphit und Talklagerstätten des Paltentales (St. Johann am Tauern).

(<sup>f</sup>Die offizielle<sup>g</sup> Mitarbeit Dr. Stiny's, die Hammer warm befürwortet, wird wegen<sup>h</sup> materieller Schwierigkeiten schwerlich<sup>i</sup> ermöglicht werden können).

Waagen: Kohlenreviere <sup>j</sup>auf Blatt<sup>j</sup> Köflach Voitsberg mit Hinzunahme des Grazer Devons und ohne das Krystallin.<sup>k</sup> Untersuchung der Kohlengebiete im Blatt Graz und Blatt Pinkafeld.

Ampferer: Blatt Kuffstein, Blatt Lechtal, eventuell Fortsetzung auf Blatt Schneeberg-St. Aegy. Montanistisch: Unter-Inntaler Zementlager, eventuell Grünbacher Kohlenmulde.

Für Ohnesorge beantragt Ampferer Fortsetzung der Aufnahmen in der Grauwackenzone <sup>l</sup>und der<sup>l</sup> Lagerstätten-Karten nach dem Muster seiner Kitzbüchler Karte.

Beck: Fortsetzung der Aufnahmen im Blatt Hüttenberg. Montanistisch: Hüttenberger Erzlagerstätten, Kohlenreviere von Sonnberg,<sup>m</sup> des Lavanttales [*sic*] und am Obdacher Sattel.

Vetters: Aufnahme des Jung<sup>n</sup>-Tertiärs auf Blatt Baden Neulengbach, Weiterführung seiner Tertiär-Kartierung auf Blatt Ybbs (Amstettner Bergland).

---

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: weil das.

<sup>d-d</sup> Nachgetragen.

<sup>e</sup> Nachgetragen.

<sup>f</sup> Zuvor gestrichen: Bez.

<sup>g</sup> Nachgetragen.

<sup>h</sup> Überschrieben anstelle von: auf die.

<sup>i</sup> Überschrieben anstelle von: nicht.

<sup>j-i</sup> Nachgetragen.

<sup>k</sup> Folgt gestrichen: Fo.

<sup>l-l</sup> Nachgetragen. Nach der nachgetragen und wieder gestrichen: Montanistisch.

<sup>m</sup> Folgt gestrichen: und.

<sup>n</sup> Nachgetragen.

Wenn Westungarn zu Deutsch-Oesterreich kommt, Fortsetzung seiner Arbeiten auf Blatt Ödenburg wegen des Kohlenrevieres von Brennbach; Verfolgung der neuen künstlichen Aufschlüsse auf Blatt Oberhollabrunn und Mistelbach.

Goetzing: Fortsetzung auf Blatt Mattighofen und Blatt Ried-Vocklabruck, sowie Nordwest-Sektion von Salzburg. Montanistisch: Kohlenrevier des Hausruck in diesen Blättern.

Wenn möglich Fortsetzung auf Blatt Baden Neulengbach.

Sander: Fortsetzung auf Blatt Matrei, die Kalkkögel auf Blatt Oetztal. Eventuell noch Blatt Meran.

Spengler: Fortsetzung auf Blatt Eisenerz-Wildalpe, besonders die Grauwackenzone. Seine Untersuchung des Durchschlages vom Ausseer- zum Hallstätter Salzberg soll zu Ostern gemacht werden, fällt also noch<sup>o</sup> der diesjährigen Aufnahmezeit zu.

Sollte Winkler an den Aufnahmen teilnehmen können, käme für ihn die Fortsetzung der Aufnahmen auf Blatt Gleichenberg und montanistisch der Rauris-Gasteiner Golddistrikt in Betracht.

Der Vorsitzende bringt nunmehr die Frage der Diäten und Pauschalien zur Besprechung.

Waagen schlägt vor, eine Erhöhung der Diäten für das 2. Halbjahr 1919/20 um 100% (also auf 70 bzw. 80 K) und<sup>p</sup> für das Jahr 1920/21 gleitende Erhöhung bis 200% unserer<sup>q</sup> gegenwärtigen Diäten (35 bzw. 40 K) anzufordern.

Außer den Diäten soll ein Ausgleichsfond<sup>r</sup> zu Handen der Direktion verlangt werden, der als Zuschuss für Arbeiten in besonders teuren Gegenden verwendet werden soll. Dieser<sup>s</sup> Ausgleichsfond soll 10% der Gesamtsumme der Diäten betragen.

Weiters ist ein Ausrüstungspauschal von 2000 K zu fordern. Außerdem soll jeder Geologe eine selbstständige Eingabe um Gewährung einer einmaligen Zuwendung von 5000 K<sup>t</sup> für Ausrüstung machen.

(Die 2.000 K<sup>u</sup> werden nach kurzer Beratung als Nachschaffungspauschale, welches für Ausbesserungen an Wäsche Kleidern, Schuhen etc. bestimmt ist, die 5000 K als einmaliges Anschaffungspauschale bezeichnet<sup>v</sup>.)

Auf Reisepauschale soll verzichtet werden, dagegen verlangen wir freie Fahrt, evtl. Regiefahrt mit Permanenzkarte<sup>w</sup> oder Dienstkarte, wo möglich für den<sup>x</sup> ganzen Staat gültig.

Zusatz Beck: Aus dem Ausgleichsfond<sup>y</sup> sind auch<sup>y</sup> die Mehrauslagen zu bezahlen, welche durch Bergführer, Träger, namentlich Wagenfahrten sowie übermäßig teures

<sup>o</sup> Folgt gestrichen: in.

<sup>p</sup> Folgt gestrichen: eine Angabe.

<sup>q</sup> Überschrieben anstelle von: unserer.

<sup>r</sup> Folgt gestrichen: als.

<sup>s</sup> Folgt gestrichen: Zu.

<sup>t</sup> Folgt gestrichen: zwecks.

<sup>u</sup> Folgt gestrichen: sollen.

<sup>v</sup> Am Rand in Bleistift und Kurzschrift nachgetragen: [unleserlich]

<sup>w</sup> Korrigiert aus: Permanenzfreikarte.

<sup>x</sup> Folgt gestrichen: gesamten.

<sup>y-y</sup> Überschrieben anstelle von: die.

Wohnen bedingt sind, gegen Verrechnung bzw. Bestätigung durch Behörden (politische Behörden).

Vetters wünscht eine Legitimation für die Geologen<sup>z</sup> nach Art der offenen Weisung<sup>aa</sup>, ausgestellt vom Staatsamt für Inneres an alle politischen Behörden, Ortsgemeinden, Gendarmerie etc.

Vetters erhält vom Vorsitzenden den Auftrag, einen Entwurf davon zu machen.

[III.] Der Vorsitzende macht Mitteilung von der Gründung einer neuen naturwissenschaftlichen Tageszeitung (naturwissenschaftliche Korrespondenz des Dr. Hans Walter Frickinger), welche sich mit der Bitte um Unterstützung durch Überlassung von Publikationen, welche für die breitere Öffentlichkeit von Interesse sind, durch kurze Mitteilungen etc., an uns gewendet hat.

Wir sind prinzipiell zu derartiger<sup>bb</sup> Mitwirkung bereit. Vorläufig kann der Jahresbericht eingesendet werden. Regelmäßige Zusendung der Publikationen ist natürlich ausgeschlossen.

Kosten dürfen uns nicht erwachsen.

[IV.] Dr. Maluschka teilt mit, daß die Versandkosten [sic] unserer dem Tauschverkehr dienenden, jetzt <sup>cc-</sup>zu verrechnenden<sup>-cc</sup> Druckschriften in das Ausland ca. 14.000 K<sup>dd</sup> betragen würden.

Hammer<sup>ee</sup> schlägt<sup>ff</sup> <sup>gg</sup>vor, den Gesamtbedarf jedes Staates durch die ausländischen Missionen <sup>hh-</sup>auf einmal<sup>-hh</sup> befördern zu lassen.

Auf Vorschlag Vetters wird bestimmt, durch das Staatsamt für Unterricht das Staatsamt für Äußeres zu ersuchen, die<sup>ii</sup> für<sup>jj</sup> ein Land bestimmte Kiste mit unsern Tauschdruckschriften durch Kurierpost dorthin befördern zu lassen wie Lebensmittel, wo<sup>kk</sup> die Verteilung durch das betreffende fremde Amt für Äußeres zu erfolgen hätte.

[V.] Waagen bringt zur Kenntnis, daß in dem in den Zeitungen veröffentlichten Auszug aus dem Verfassungs-Entwurf im Punkt 8, Artikel 10 unsere Anstalt nicht mit den Instituten aufgezählt erscheint, welche bundesstaatlich bleiben sollen.

---

<sup>z</sup> Folgt gestrichen: in F.

<sup>aa</sup> Korrigiert aus: Weisungen.

<sup>bb</sup> Folgt gestrichen: Unterstützung.

<sup>cc-cc</sup> Überschrieben anstelle von: fälligen.

<sup>dd</sup> Folgt gestrichen: Kosten.

<sup>ee</sup> Folgt gestrichen: Vetters.

<sup>ff</sup> Korrigiert aus: schlagen.

<sup>gg</sup> Zuvor gestrichen: deshalb.

<sup>hh-hh</sup> Streichung rückgängig gemacht.

<sup>ii</sup> Nachgetragen.

<sup>jj</sup> Folgt gestrichen: jedes.

<sup>kk</sup> Überschrieben anstelle von: und.

Die Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten wird am nächsten Tag diesbezüglich beim Staatssekretär Mayer anfragen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

## Sitzung vom 23. März 1920

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Eichleiter, Hammer, Ampferer, Beck, Vettters, Götzinger, Maluschka, Spengler, Hackl, später Waagen

Vorsitz: RR Geyer

Beginn 10 h 15 vormittags

Verlesung des Berichtes der letzten Sitzung. Mit geringer Änderung genehmigt.

- [1.] RR Geyer teilt mit, daß die Eingaben betreffend unsere Aufnahmen in diesem Jahre eingegeben seien, aber noch nicht bekannt sei warum sie ins Staatsamt für Finanzen weitergeleitet wurden. Betreffend die Versendung unserer Druckschriften teilt OBR Dreger mit, daß er mit Dr. Maluschka im Staatsamt des Äußeren war, daß dieses nicht[s] in der Sache ausrichten könne. Wir sollen uns unmittelbar an die fremden Missionen wenden. Ferner hat er sich erkundigt bezüglich der britischen Mission sind die bezüglichen Eingaben fertig. Dr. Maluschka wird die weiteren Schritte unternehmen.
- [2.] RR Geyer: macht Mitteilung<sup>a</sup>, daß sein Erlaß betreffend die Beförderungen eingelangt sei, des Inhalts, daß die Eingaben bis 10. März (dieses Jahres bis 1. April) nach einem beigeschlossenen Tabellar-Muster einzubringen seien. Der Anspruch auf Beförderung nach dem Zeitvorrückungsgesetz sei<sup>b</sup> von dem Betroffenen selbst zu erheben. Ferner legt der Vorsitzenden [*sic*] den Akt über die Bezüge der einzelnen Mitglieder nach dem Besoldungsübergangsgesetz vor. Die Abschriften an die Einzelnen werden demnächst erfolgen.
- [3.] RR Geyer legt ferner den Eingabe-Entwurf betreffend unserer Freifahrten oder Ermäßigungen auf den Eisenbahnen vor, welcher einstimmig gutgeheißen wird.
- [4.] BR Hammer: berichtet über seine mit BR Waagen unternommene Vorsprache bei unserem Referenten im<sup>c</sup> Staatsamte.
  1. Frage wegen Zuweisung an ein bestimmtes Staatsamt ist noch unerledigt, da noch kein Kabinetsrat [*sic*] Zeit dafür hatte.
  2. Frage betreffend unseren Direktor, könne auch nur [*folgt unleserlich*] durch Einvernahme beider in Frage kommender Staatsämter erledigt werden.
  3. Ernennung Dr. Winklers zum Praktikanten [*folgt unleserlich*] durch das Staatsamt für Finanzen bewilligt.

---

<sup>a</sup> *Folgt gestrichen*: macht Mitteilung.

<sup>b</sup> *Korrigiert aus*: seien.

<sup>c</sup> *Folgt gestrichen*: St. Anstal.

4. Von den noch immer nicht besetzten<sup>d</sup> Dienerposten könne vielleicht ein unqualifizierter Aushilfsdiener zugewiesen werden.
5. Erhöhung unserer Aufnahmsdiäten: die Erhöhung fürs laufende Budgetjahr müsse unmittelbar vom Staatsamt für Finanzen als Budgetüberschreitung angesprochen werden. Bezüglich der Erhöhung für 1920/21 sieht Unterrichtsamt die Berechtigung ein, dürfte aber beim Staatsamt für Finanzen Schwierigkeiten finden. Er war auch pessimistisch hinsichtlich unserer Fahrbegünstigung bei Dienstreisen.
6. Bezüglich Erhöhung unseres Druckschriftenportos wurde hingewiesen, daß diese eine Lebensfrage für uns seien, was Referent einsah.
7. wurden noch einige Personalfragen erörtert, z. B. Einweisung Frl. Girardi in die XI. Rangklasse, Richtigstellung der Kinderzulagen usw.
8. Bezüglich der Organisationsfrage wurde mitgeteilt, daß in der Organisation der Angestellten des Unterrichtsamtes keine Mitglieder außerhalb des Staatsamtes aufgenommen werden. Der Geologische Beirat und die Vertrauensmänner seien erst bei Verfassung der neuen Satzungen endgiltig festzulegen. Bis dahin werden sie stillschweigend vom Staatsamt zur Kenntnis genommen.

- [5.] BR Waagen teilt von der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten mit: die Not-Vorrückung soll nun in der allernächsten Zeit angemeldet<sup>e</sup> werden, nämlich bis 1./4. Die für ihre Angestellten besorgteren Staatsämter haben ihre unterstellten Ämter zu bezüglichen Eingaben aufgefordert. Unserer [*sic*] Unterrichtsamt gehört nicht zu diesen. RR Geyer könnte sich selbst bei der Eingabe nicht nennen, die bezüglichen Schritte würden wieder die Vertrauensmänner machen.
- Die Gewisbe hat einen Besoldungsentwurf für die wissenschaftlichen Beamten ausgearbeitet. Nach diesem sollen die wissenschaftlichen Beamten unter den gleichen Bedingungen wie die Supplenten der Mittelschulen angestellt werden (Grundgehalt der IX. Rangklasse), dann mit Biennien und Triennien vorrücken und nach 10 oder 12 Jahren die Bezüge des a.o. Hochschulprofessors erreichen, dann nach den Schema der Hochschulprofessoren vorrücken. Es tauchten Bedenken auf, daß vorgehalten werden wird, daß entsprechung [*sic*] der Hebung<sup>f</sup> der Hochschullehrpersonen durch die Habilitation ein Gegenstück bei uns geschaffen werden müsse. Es wurde vorgeschlagen, außer der Dienstzeit die Vorlage einer größeren wissenschaftlichen Arbeit zu verlangen. Da dies aber bei vielen doch besonders den Kunsthistorikern unter den heutigen Verhältnissen vielleicht unmöglich sei, andererseits von Musealkollegen oft intensive wissenschaftliche Arbeit zu leisten sei, welche nicht für Veröffentlichung geeignet sei, wurden [*sic*] Waagens Vermittlungs-Vorschlag angenommen, daß  $\geq$  nachweislich wissenschaftliche Leistung  $\leq$  vorliegen müsse. Diese Besoldungsfrage kam durch das Hochschul-Assistenten-Gesetz ins Rollen.
- Mitteilungen Hammers und Waagens zur Kenntnis genommen. Vorsitzender dankt für Mitteilung.

---

<sup>d</sup> *Überschrieben anstelle von:* bestellen.

<sup>e</sup> *Überschrieben anstelle von:* angekündigt.

<sup>f</sup> *Unsichere Lesung.*

[6.] RR Hammer teilt ferner mit, daß die Erhöhungen der Preise für unsere Druckschriften und Karten bewilligt wurden. Der Auslandspreis muß noch als offen gelassen<sup>9</sup> angesehen werden. Nach Erkundigung bei der Staats-Druckerei beträgt 400% Zuschlag fürs Ausland. Er schlägt vor in einer neuen Eingabe den gleichen Zuschlag festzusetzen.

RR Waagen schlägt vor, die Direktion möge die Entscheidung des betreffenden Staatsamtes bei der Staatsdruckerei einholen.

Hammer meint, daß die[s] zwar eine Verzögerung bedeute, hat aber im Übrigen nichts einzuwenden.

RR Hammer bringt die Sprache auf die Dubletten aus der Stache- und Tietze-Bücherei, beantragt wichtigere Arbeiten in doppelt aufzustellen, bezüglich der restlichen<sup>h-h</sup> schlüssig zuwenden ob sie<sup>-h</sup> unter den Mitgliedern zu verkaufen oder verteilen seien. Waagen meinte, daß unter den früheren Direktionen die doppelten Schriften, welche nicht doppelt aufgestellt werden, unter den Mitglieder[n] verteilt wurden, da geologisches Material nicht verkauft werden könne.

Dreger schlägt vor, diese Bücher aufzulegen, dann sollen die Bücher bezeichnet werden, welche doppelt aufzustellen seien, ferner die Bücher, für welche sich der eine oder andere interessiert.

Bibliothekar Maluschka ersucht Bücherwünsche anzugeben, welche aus dem Erlös der zuletzt verkauften Bücher angekauft werden sollen.

[7.] Waagen teilt mit, daß die Assistentenangelegenheit insofern einen Fortschritt erzielt habe, daß eine Denkschrift ausgearbeitet wurde, welche die Gewerkschaft weiter leiten wird.

Schluß: 12 h 30

[*Der Schriftführer:*] Dr. Heinrich Vettters

[*Der Vorsitzende:*] Georg Geyer

---

<sup>9</sup> Nachgetragen.

<sup>h-h</sup> Nachgetragen.

## Sitzung vom 20. April 1920

Beginn 10 h vormittags

Anwesend: Geyer, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Ohnesorge, Beck, Vettters, Götzing, Hackl, Sander, Spengler, Winkler, Dr. Maluschka

Vorsitzender: RR Geyer

Der Vorsitzende begrüßt Dr. Winkler als neu ernanntes Mitglied der Anstalt.

Dr. Vettters verliest das Protokoll, welches zur Kenntnis genommen wird.

[1.] RR Geyer berichtet über die Vorsprache der Herrn Dreger und Hammer bei der britischen Gesandtschaft<sup>a</sup> in Angelegenheit der Versendung unserer Druckschriften. Der Sekretär der Gesandtschaft hat die Herren freundlich empfangen, das Ersuchen zur Kenntnis genommen, jedoch bemerkt, daß die Erledigung, die voraussichtlich in unserem Sinn erfolgen wird, nur von der Regierung in London erfolgt, an welche er sofort berichtet.

[2.] Auf unsere schriftliche Anfrage an die Staatsdruckerei wegen des 400% Zuschlages auf Druckschriften für Ausland ist bisher keine Antwort eingelaufen.

Waagen<sup>b</sup> legt den Entwurf einer Denkschrift der wissenschaftlichen Forschungsinstitute vor, welche insgesamt vom Unterrichtsamt weg kommen und dienstlich<sup>c</sup> dem Arbeitsamt,<sup>d</sup> organisatorisch aber direkt der Staatskanzlei unterstellt werden wollen. Die Denkschrift soll Staatssekretär Zerdik, Glöckel und<sup>e</sup> Mayer übergeben werden und einige Exemplare den wirtschaftlichen Referenten.

Der Entwurf stammt von Dr. Hnatek (Sternwarte).

Bei Besprechung des Entwurfes werden<sup>f</sup> Änderungen vorgeschlagen stylistischer und sachlicher Natur.

Bei Bewertung der Stellungnahme der Geologischen Staatsanstalt zu dem Antrag betont der Vorsitzende, dass die Frage der Zuteilung der Geologischen Staatsanstalt bereits die ministeriellen<sup>g</sup> Kommissionen ohne Resultat beschäftigt hat: „Wir hatten als Hauptbeteiligte nicht das Gefühl, uns hineinmengen zu sollen.“ Da wir derzeit zum Unterrichtsamt gehören, ist es schwer, gegen dieses zu arbeiten. Durch die jetzige gemeinsame Aktion gienge [*sic*] das allerdings leichter. Auch ist die Frage offen: „Wird<sup>h</sup>

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: weg.

<sup>b</sup> Folgt gestrichen: berichtet über.

<sup>c</sup> Nachgetragen.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: dienstlich unterstellt werden wollen.

<sup>e</sup> Nachgetragen.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: folgende.

<sup>g</sup> Nachgetragen.

<sup>h</sup> Korrigiert aus: werden.

unser<sup>i</sup> Hauptinteresse<sup>j</sup>, ein freies, selbstständiges Forschungsinstitut zu bleiben, nicht ungünstig beeinflußt?“

Hammer hegt aber solche Bedenken.

Vetters verweist auf ein Wort des Staatssekretärs der Finanzen Dr. Reisch betreffend der „Luxusinstitute“, für die wir kein Geld haben.

Ohnesorge wünscht in die Denkschrift folgenden Satz aufgenommen: „Die freie Forschungsarbeit gleichberechtigt und gleichbedeutend mit der praktischen Betätigung und Grundlage derselben, ist nicht nur im bisherigen Sinne aufrechtzuerhalten, sondern auch zu vertiefen und in jeder Weise zu fördern.“ (Wird zur Kenntnis gebracht!) Über das Verlangen der Denkschrift, die genannten Institute als eigene Sektion zusammenzufassen und dem Arbeitsamt einzufügen, mit einem Chef in der IV. Rangklasse, der<sup>k</sup> über Fremdvorschlag der wissenschaftlichen Beamtenschaft dieser Institute <sup>l</sup>aus deren Stande<sup>l</sup> zu entnehmen ist, wird lebhaft gestritten.

Schließlich wird betreffs des Chefs eingefügt:<sup>m</sup> „Er oder mindestens sein Stellvertreter ist über Fremdvorschlag .... zu entnehmen.“

Um nicht die ganze Angelegenheit von Anfang an aufzuhalten, wird diese Fassung angenommen.

[3.] RR Geyer bringt einen Erlaß betreffend die ständige Arbeitszeit zur Kenntnis. Der Erlaß geht zur Unterschrift herum.

[4.] Waagen berichtet über die von ihm verfaßte und der Gewerkschaft übergebenen Eingabe wegen Anrechnung der Assistentenjahre. Die Verhandlungen im Staatsamt wurden von Dr. Soldern und Dr. Schwab geführt.

Er urgiert ferner die Bestellung neuer Diener und einer Waschfrau. Der Vorsitzende antwortet, daß er deswegen eigens im Staatsamt vorsprechen werde.

Waagen schlägt dazu vor, dem Staatsamt mitzuteilen, daß wir genötigt wären, uns wegen Reinigungsarbeiten an eine Fensterputzanstalt zu wenden und die Rechnung dem Unterrichtsamt vorzulegen.

Schluß der Sitzung  $\frac{3}{4}$  12 h vormittags

Der Schriftführer: Dr. Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>i</sup> Korrigiert aus: unsere.

<sup>j</sup> Erweitert anstelle von ursprünglich: Interessen.

<sup>k</sup> Folgt gestrichen: selbst oder dessen.

<sup>l</sup> Nachgetragen.

<sup>m</sup> Folgt gestrichen: der.

## Sitzung vom 11. Juni 1920

Anwesend: Geyer, Hammer, Eichleiter, Waagen, Ampferer, Beck, Veters, Hackel [*sic*], Spengler, Dr. Maluschka

Vorsitz: RR Geyer

Das Protokoll wird verlesen und genehmigt.

- [1.] Der Vorsitzende teilt mit, daß die Übersendung weiterer Dollarpakete aus Amerika angekündigt wurde.
- [2.] Dr. Maluschka bemerkt zum Protokoll, daß bereits von der englischen Regierung eine zustimmende Antwort gekommen ist, daß dagegen die deutsche Gesandtschaft wegen eigener Schwierigkeiten abgelehnt hat, der Versand also auf unsere Kosten nach Deutschland erfolgen muß.
- [3.] Der Vorsitzende berichtet über sein Betreiben des Aufnahmsplanes im Unterrichtsamt, Verkehrsamt und Finanzamt.  
Der Aufnahmsplan wird mit kleinen Abstrichen genehmigt werden. Die Entscheidung über die <sup>a</sup>Fahrbegünstigung durch Regiepreis will Unterstaatssekretär Paul selbst treffen.<sup>b</sup>
- [4.] Der Vorsitzende erklärt im Hinblick auf die hochgesteigerten Lebensmittelpreise in den Gasthöfen auch für diesen Sommer vom Ernährungsamt die Zuwendung von Mehl und Reis ersuchen zu wollen.  
Da ein Auslangen mit den Diäten nicht möglich sein wird, eine neue Regelung der allgemeinen Beamtendiäten aber demnächst verlautbart werden soll, beantragt Beck: Sofort auf diese Verlautbarung hin eine Eingabe zu machen wegen Auflassung unserer Pauschaldiäten und Verrechnung nach den allgemeinen Beamtendiäten. Vorläufig mit den zur Verfügung gestellten Geldmitteln aufzunehmen und nach Bewilligung der Eingabe nach dem allgemeinen Schema zu verrechnen.  
Der Vorsitzende betont dazu noch, daß wir für dieses Jahr keine höheren Bedingungen stellen werden, als uns bereits an Geld zu den Aufnahmen bewilligt wurde. Die Eingabe soll sofort nach Erscheinen der genannten Verordnung eingereicht werden.
- [5.] Waagen referiert über die Tätigkeit der Gewerkschaft: Es wurden mehrere Denkschriften ausgearbeitet:  
1. Die<sup>c</sup> Denkschrift der naturwissenschaftlichen Forschungs-Institute (Entwurf Dr. Hnatek) siehe vorigen Sitzung). Sie wurde wegen mehrfacher Ablehnung fallen gelassen.

---

<sup>a</sup> *Randbemerkung:* Der Posten Reisepauschale wird nicht gestrichen.

<sup>b</sup> *Folgt gestrichen:* Ja dementsprechend hat der Referent im Finanzamt den Posten Reiseegenusse (1.000 K) sich als letzte Abstrichpost vorbehalten.

<sup>c</sup> *Überschrieben anstelle von:* Eine.

2. Eine Denkschrift der Gewerkschafts-Kommission der Akademiker in öffentlichen Diensten betreffend Besserung der Beförderungsart, automatische Vorrückung (mit 27 Jahren in die V.) mit Ortszuschlag auf dem Übergangplatz. Waagen bemerkt hiezu, daß Finanzstaatssekretär Dr. Reisch ziemlich entgegenkommend sich dazu geäußert hat. Dieses Entgegenkommen hat Waagen sofort benützt, die Ernennung Dr. Kerners in die VI. Rangklasse zu betreiben.

3. Das naturhistorische Hofmuseum hat eine Denkschrift über<sup>d</sup> Zusammenschluß aller Museen zu einer großen Einheit ausgearbeitet,<sup>e</sup> ein<sup>f</sup> Organisationsstatut vorgeschlagen und uns zum<sup>g</sup> Anschluß eingeladen. Der Entwurf, der im allgemeinen für uns nicht annehmbar ist (<sup>h</sup>der Zusammenschluß in dem gewünschten Sinne wird von den Anwesenden einstimmig abgelehnt), verlangt eine rein<sup>i</sup> kollegiale Verfassung<sup>j</sup>. Waagen macht aber aufmerksam, daß wir mit Ausnahme des Vorschlagrechtes bei Besetzung der Leiterstelle in unserer Denkschrift vom Vorjahr eine hierarchische Verfassung für uns verlangt haben.

Wir werden mit den Instituten, welche bei der unter 1. genannten Denkschrift mitgetan haben, in Verbindung bleiben und vorläufig den Erfolg der letztgenannten abwarten.

4. In der Gewerkschaft hat sich ein Honorarausschuß gebildet, der Tarife in Anlehnung an den des Ingenieur- und Architekten-Vereines festgestellt hat. Der Tarif soll<sup>k</sup> bindend für alle Mitglieder gemacht werden. Fälle des Zuwiderhandelns würden vor die Disziplinar-Kommission der Gewerkschaft kommen.

5. Mr. Tomson, ein amerikanischer Aufnahmegeologe <sup>l</sup>aus Washington<sup>l</sup> hat unsere Anstalt zwecks Information über unsere wissenschaftliche Lage besucht gleich andern wissenschaftlichen Instituten.

Nach ihm kam in gleicher<sup>m</sup> Angelegenheit eine englische Dame (Miss Vernon) zu Waagen. Es wurden ihr einige Zahlen genannt über Voranschlag und tatsächliche Erfordernisse, so Bibliotheksdotation und Buchhändlerrechnung, Verlegerkosten etc. Sie versprach zunächst in sämtlichen mit der Entente befreundeten Ländern durchzusetzen zu trachten, daß der volle Schriftenverkehr wieder aufgenommen wird. Fernern sollen wir Unterstützungen bekommen an Lebensmitteln und besonderen Zuwendungen<sup>n</sup> für den Anstaltsbetrieb.

6. Die Gewerkschaft benötigt zum Einkauf von Waren, die billig an die Mitglieder abgegeben werden sollen, Bargeld. Mitglieder, welche solche Waren beziehen wollen, haben zu diesem Zweck eine Betriebseinlage von 20 K zu leisten.

7. Die Leitung der Gewerkschaft hat wiederholt im Finanzamt wegen der Besoldungsreform vorgesprochen, welche bestimmt noch im Herbst dieses Jahres ins

---

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: Vereinigung.

<sup>e</sup> Folgt gestrichen: mit und.

<sup>f</sup> Korrigiert aus: einen.

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: Teilna.

<sup>h</sup> Folgt gestrichen: er wird.

<sup>i</sup> Nachgetragen.

<sup>j</sup> Folgt gestrichen: wie sie auch für uns wünschenswert erscheint.

<sup>k</sup> Überschrieben anstelle von: ist.

<sup>l</sup> Nachgetragen.

<sup>m</sup> Überschrieben anstelle von: ähnlicher.

<sup>n</sup> Folgt gestrichen: für zum.

Leben treten soll. Sie soll<sup>o</sup> vollkommen<sup>p</sup> der deutschen Besoldungsreform entsprechen. 13 Besoldungsklassen: 1-4 Unterbeamten und Diener, 5-10 mittlere Beamten, 10-13 höhere Beamten. Außerdem sieht sie besondere Bezüge für die akademischen leitenden Beamten vor. Diese sollen beginnen mit dem Rang <sup>q</sup>-und Gehalt<sup>q</sup> unseres Sektionschefs. Die Direktoren würden voraussichtlich in diese Gruppe kommen. Näheres ist nicht bekannt.

[6.] Der Vorsitzende berichtet nachträglich, daß unser Gesuch wegen Fahrbegünstigung an das Verkehrsamt durch das Arbeitsamt befürwortet wurde.

[7.] SC Rotky hat Herrn OBR Dreger angeboten, nach unserm Aufnahmsplan den betreffenden Bergbaubesitzern offizielle Empfehlungen des Staatsamtes zwecks Unterstützung unserer Tätigkeit zu senden.

[8.] Der Vorsitzende legt einige Akten<sup>r</sup> von Landesbehörden betreffend Einreisebewilligungen vor.

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>o</sup> *Überschrieben anstelle von:* ist.

<sup>p</sup> *Folgt gestrichen:* an.

<sup>q-q</sup> *Nachgetragen.*

<sup>r</sup> *Folgt gestrichen:* den.

## Sitzung vom 14. Juni 1920

Beginn 10 h vormittags

Anwesend: Geyer, Hammer, Ampferer, Waagen, Beck, Veters, Hackel, Sanders [sic], Dr. Maluschka. Später Eichleiter

Vorsitz: RR Geyer

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen, die Berichte über Einkaufsbegünstigung und Reisepauschale werden<sup>a</sup> richtig gestellt.

1. Waagen legt seinen Entwurf einer Denkschrift betreffend Aufstellung einer eigenen wissenschaftlichen Sektion für die naturwissenschaftlichen Forschungsinstitute und der Land- und forstwirtschaftlichen Versuchsanstalt und Unterstellung dieser Sektion unter die Bundeskanzlei vor. Der Entwurf wird genehmigt.
2. Waagen berichtet, daß OBR Kerner <sup>b</sup>-am 1. Juli<sup>b</sup> nur 4 Tage<sup>c</sup> der vorgeschriebenen Dienstzeit zur Erreichung der VI. Rangklasse fehlen. Die Anstalt<sup>d</sup> wird trachten, die Vorrückung durchzusetzen.
3. In der Gewerkschaft wurde beschlossen, passive Resistenz zu üben, wenn das Finanzamt die Forderungen der Gewerkschaft <sup>e</sup>-betreffend Vorrückungsfristen und Besoldungsangelegenheiten<sup>e</sup> nicht erfüllt. Dieser Beschluß wurde dem Finanzamt auch offen angedeutet.
4. Die Direktion wird ersucht einen Akt betreffend Remunerationen für Diener und Kanzleipersonal auszuarbeiten, da Rechnungs-Revisor Gaina bereits sein<sup>f</sup> Remunerationsgesuch mit dreifachem Ansatz eingereicht hat.  
Der Vorsitzende bemerkt hiezu, daß Rechnungs-Revisor Gaina aufmerksam gemacht habe, Remunerationen werden nur einmal im Jahr gegeben, bei uns also zu Weihnachten.
5. Der Vorsitzende bringt die Frage zur Erörterung, ob im kommenden Winter Vortragssitzungen bei uns gehalten werden sollen. Es wird beschlossen, wenn möglich jeden Monat wenigstens eine Sitzung, im ganzen also 5-6 Sitzungen zu halten.

---

<sup>a</sup> Nachgetragen.

<sup>b-b</sup> Nachgetragen.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: zur.

<sup>d</sup> Nachträglich mit Bleistift gestrichen und in Kurzschrift überschrieben: [unleserlich]

<sup>e-e</sup> Nachgetragen.

<sup>f</sup> Korrigiert aus: seinen.

6. Veters referiert über die Frage der Herstellung und Herausgabe einer Schulwandkarte Deutsch-Österreichs.

Schluß der Sitzung  $\frac{1}{2}$  12 h ante meridiem

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

## Sitzung vom 6. Juli 1920

Anwesend: Geyer, Eichleiter, Waagen, Ampferer, Ohnesorge, Beck, Vettters, Götzinger, Hackl, Sander, Spengler

Beginn der Sitzung 10 h ante meridiem

RR Geyer begrüßt die Anstaltsmitglieder als neu ernannter Direktor.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

1. Waagen: Avancement für BR Kerner ist nicht durchzusetzen, doch wurde der Gewerkschaft die Zusage gemacht, eine Personalzulage zu erteilen, welche ihn auf die Bezüge der VI. Rangklasse bringt. Das Avancement erfolgt am 1. Jänner 1921.
2. Waagen: Betreff Denkschrift: Ausgesprungen sind das Land- und forstwirtschaftliche Institut, Gradmessungsbüro, ferotherapeutisches Institut.  
Es verbleiben somit nur Hofmuseum und Geologische Staatsanstalt.  
Daher ist eine Neubearbeitung der Denkschrift notwendig. Das Wesentliche bleibt, weggelassen wurde das Verlangen nach einer eigenen Sektion mit einem Sektionschef. Staatssekretär Mayer gab den Rat, sich mit der Musealfachgruppe zusammenzuschließen. Dem wurde Rechnung getragen durch eine von Pietschmann, Waagen und Vettters mit Dr. Löhr ausgearbeitete Denkschrift, welche die Zusammenfassung zu einer höheren organisatorischen Einheit bezweckt.  
Das Organisationsstatut wird verlesen. Es umfaßt:
  - a) Kulturhistorische Sammlungen und Institute,
  - b) naturwissenschaftliche Forschungsinstitute, dazu kommen eventuell: Heeresmuseum, Museum für Volkskunde, Kunst und Industrie.
3. In der Gewerkschaftskommission wird an dem Entwurf für Vertretung der Angestellten in den Kammern gearbeitet. Es wurde der Regierung der Vorschlag gemacht, die Staatsangestellten-Kammer zu gliedern in 4 Sektionen:
  1. Akademiker,
  2. Beamte ohne akademischen Grad,
  3. Unterbeamte,
  4. Pensionisten.Die Staatsarbeiter werden den Arbeiterkammern angeschlossen, nicht den Angestelltenkammern.
4. Bezüglich Besoldungsreform fehlt derzeit noch der Entwurf des Staatsamtes. Man hat bisher nur gewisse Grundregeln aufgestellt, als Richtschnur für das Staatsamt. Vor allem: die Summe der Gesamtbezüge der Akademiker muß in 30 Jahren soviel ausmachen, als bei den übrigen Beamten in 35 Jahren, als Entschädigung für das Hochschulstudium.

Bei der Gemeinde Wien stellen sich die Bezüge der Akademiker um  $8 \frac{4}{10}$  % höher als die der andern. Es wurde beantragt, daß die AK[wohl: Akademiker]-Bezüge in den ersten 10<sup>a</sup> Jahren so hoch zu stellen sind, daß bereits in dieser Zeit die Summe ihrer Bezüge der der andern Beamten mit 15 Jahren gleichkomme.

5. Wegen Anrechnung der [folgt unleserlich] Volontarjahre im Sinne des Erlasses des Ministerium des Inneren von 1915 .....<sup>b</sup> soll jeder ehemalige Volontär seinen diesbezüglichen Anspruch anmelden.
6. Der Vorsitzende bringt den Erlaß wegen Anrechnung der Praktikantendienstzeit zur Kenntnis.
7. <sup>c</sup>Beck beantragt, jeder Aufnahmsgeologe soll eine Woche Aufnahmsdienst nach den gewöhnlichen Beamtendiäten und Reisevorschriften berechnen, der Durchschnitt soll als Grundlage neuer Forderungen dienen.  
Waagen verlangt dazu: gleichzeitig soll jeder für dieselbe Woche seine tatsächlichen Ausgaben festhalten.

Schluß der Sitzung 11 h 45

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>a</sup> Nachgetragen.

<sup>b</sup> In der Vorlage in dieser Form.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: Der Vorsitzende.

## Sitzung vom 22. November 1920

10 h 15 ante meridiem

Anwesend: Geyer, Dreger, Kerner, Hammer, Waagen, Veters, Maluschka, Sander, Hackl, Spengler, Götzinger

RR Geyer begrüßt anlässlich der ersten Sitzung nach dem Sommer die Erschienenen.

- [1.] Erster Beratungsgegenstand: Erneuerung oder Kündigung des Kommissionsvertrages mit Firma Lechner (Müller). Vor 3 Wochen hat der Chef der Firma telefonisch mitgeteilt, der Vertrag sei bei der Firma in Verlust geraten, der Vertrag sei aber angeblich abgelaufen. Aus den Akten wurde erhoben, daß der Vertrag von 1894 auf 2 Jahre lautete im Falle er nicht gelöst würde, sollte er bis 1900 (Oktober) laufen, von einer weiteren Verlängerung wurde darin nichts gesagt. Stillschweigend scheint aber eine automatische Verlängerung angenommen worden zu sein, denn 1904 wurde eine Änderung der Kommissionsgebühr von 33  $\frac{1}{3}$  % auf 40 % bewilligt. Auch in diesem Vertrag ist über eine Kündigungsfrist nichts gesagt. Wir sind also berechtigt, zu kündigen. Vorgestern war der Firmenchef bei der Direktion zwecks Einsicht in die Akten. RR Geyer teilte ihm unsere Bedenken gegen Erneuerung des Vertrag und unsere Beschwerden mit (Arbeit ganz unsererseits, mangelhafte Propaganda usw.). Der Firmen-Chef entschuldigte sich mit der geringen Verlässlichkeit und Rührigkeit des jetzigen Personals, hohe Kosten von Ankündigungen und versprach bei neuem Abschluß rührigen Vertrieb und Abstellung der Unzukömmlichkeiten.
- Ferner <sup>a</sup>verlies RR Geyer<sup>a</sup> ein Schreiben der Firma, im dem hingewiesen wird, daß wegen des regen Verkehrs der Firma als Kommissions-Verlag des Militärgeographischen Institutes Verpackungsspesen und Versand sich für die Besteller verbillige gegenüber mittelbarer Versand durch unsere Anstalt.
- Wechselrede: Waagen führt ein Beispiel an, daß vor 3 Wochen von einer Buchhandlung Karten bei uns bestellt wurden, weil Lechner die Auskunft gegeben hatte, daß diese Blätter nicht erschienen seien, obwohl sie längst gedruckt waren.
- Hammer: Lechner schlägt auf den Preis noch weitere Gebühren auf.
- RR Geyer faßt zusammen: Es ist die Frage,
1. ob wir in eigener Regie den Verlag führen sollen,
  2. ob wir neue Buchhandlungen zur Übernahme<sup>b</sup> einladen sollen,
  3. ob wir neuerdings mit Lechner einen Vertrag abschließen sollen.
- Waagen: Unser Standpunkt hat sich gegen früher stark verschoben, wegen der höheren Kosten der Herstellung; das Staatsamt wird einen genügenden Kredit sicher nicht gewähren wollen, daher müßten wir den Umfang einschränken. Er glaubt, daß wir nur dann unsere Druckschriften retten können, wenn wir sie den [*sic*] Verlag für Fachliteratur übergeben und rein buchhändlerisch führen lassen, der Staat aber als

---

<sup>a-a</sup> *Überschrieben anstelle von*: hat der Firmenchef.

<sup>b</sup> *Folgt gestrichen*: auffordern.

Subvention unsere Tauschexemplare aboniert. Auch sind die Preise unserer Schriften heute lächerlich gering, die Genehmigung höherer Preise hinke immer nach.

Hammer<sup>c</sup> teilt die heutigen Herstellungskosten mit: Jahrbuch 80-100 K per Stück, Verhandlungen 70 K.

Waagen: die<sup>d</sup> Begünstigungen, welche Verlage beim Versand haben, haben wir nicht, daher sind unsere Kosten höher, wir müssen daher vom Selbstverlag absehen, müssen dasselbe tun wie die [*sic*] Berg- und Hüttenmännisches Jahrbuch.

Hammer: hegt Bedenken wegen der Ausstattung des Jahrbuches.

Vetters: Man solle doppelte Anbote einholen, für Kommissionsverlag und Verlag einer Firma und zugleich eine gewisse Ausstattung festlegen.

Waagen: Wir sollen mehre [*sic*] Firmen zu diesem Doppelanbot einladen, diese Aufforderung stellt für Lechner zugleich die Antwort auf sein Schreiben dar.

Scheint angenommen.

Hammer fragt, was mit den Karten sei, und ob mit Hollinek wegen des Druckes ein Vertrag bestehe.

Waagen: Die<sup>e</sup> Karten haben mit den Druckschriften nichts zu tun. Bezüglich Hollinek bestehe seines Wissens nach kein Vertrag.

Hammer: Antrag wegen Erhöhung der Bezugspreise. Verhandlungen statt 15 K .... 80 K, Jahrbuch statt 40 K .... 120 K.

Nach längerer Wechselrede werden die Preise mit 100 und 150 K festgesetzt und für die älteren Bestände von den Abhandlungen und Sonderabdrucken die frühere Preiserhöhung von 150 % auf 300 % erhöht. Eine Sorte der Sonderabdrucke 10 K, eine Tafel 10 K. Für Druckkarten statt 3, 8, 12, 20 und 25 K werden 10, 25, 36, 60 und 75 K festgesetzt (Kitzbüchel 120 K).

Handkolorierte Karten: Erhöhung von 200 % auf 300 % mit 100 % Superplus für dringliche Herstellung.

RR Eichleiter berichtet über die Taxen der chemischen Analysen: bewilligt ist 300-400 % des Friedenspreises. Nach einiger Wechselrede wurden die 6-10fachen Friedenspreise und für Dringlichkeit ein Superplus von 100-200 % beschlossen, für Gold- und Silberproben wird ein Tarif von 500 K bestimmt.

RR Geyer wirft wieder die Frage nach der Taxe für Auskünfte praktischer Natur auf, welche von amtswegen erteilt werden. Wird vertagt.

[2.] RR Geyer teilt mit, daß das Staatsamt nun Anfrage bezüglich Erhebung der Bodenschätze Österreiches anher gerichtet habe, und daß er darauf mit dem Hinweis auf unsere Denkschrift betreffend Anlage eines praktischen Register[s] beantwortet habe. Die Frage müßte bei uns besprochen werden und Experten des Staatsamtes beigezogen werden. <sup>f</sup>-Zur Kenntnis<sup>f</sup>.

[3.] Waagen berichtet von der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Österreichs über die Vorgänge während des Sommers.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: schlägt nach einiger Wechselrede folgende neue Preise vor: Jahrbuch.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: [*unleserlich*].

<sup>e</sup> Überschrieben anstelle von: Ersteres.

<sup>f-f</sup> Nachgetragen.

1. Gewerkschaft hat durchgesetzt, daß das Finanzamt grundsätzlich der Anrechnung der Vordienstzeiten zur Vorrückung in höhere Bezüge zustimmte und zwar auf Grund der Dienst-Pragmatik und eines Erlasses des Ministeriums für Inneres. Er habe darauf die Vordienstzeiten erhoben und eine Eingabe verfaßt, welche die Direktion weiter geleitet hat. Seither war er mit Dr. Vettters beim Referent SR David und SC Leitte: Ersterer teilte mit, die Durchrechnung sei erfolgt, aber die Erledigung könne nicht so ganz günstig erfolgen, als es anfänglich schien. Aktuell ist die Frage durch eine Bestimmung der Besoldungsreform, daß Vordienstzeiten, welche bis zum Inkrafttreten der Besoldungs-Reform nicht angerechnet wurden, nicht mehr angerechnet werden. Es können zusammen nur höchstens 4 Jahre in Anrechnung kommen, laut Dienst-Pragmatik; diese 4 Jahre werden die meisten Kollegen angerechnet bekommen, ausgenommen Dr. Spengler und Winkler, weil sie seinerzeit in einem Revers darauf verzichteten.

Eine weitere Eingabe wurde wegen Vorrückung abgesehen von der Vordienstzeit gemacht. Es war vertraulich mitgeteilt worden, daß nicht nur beim Vorrücken aus der 7. Rangklasse zur 6., sondern auch bei anderen<sup>g</sup> Rangklassen bei bestimmter Gesamtdienstzeit eine Vorrückung als [*folgt unleserlich*] generell möglich sei. Die Durchrechnung erfolgte wieder seinerseits, doch kam später die Enttäuschung, daß das Staatsamt für Finanzen von der 2jährigen Dienstzeit indes nicht, wie es früher hieß, absah.

Besoldungsreform: die Durchberatung der Entwürfe in der Gewerkschaft fanden kein Ende, da im letzten Augenblick die Regierung<sup>h</sup> einen neuen Entwurf vorlegte, in dem statt 14, 19 Verwendungsklassen vorgesehen sind. Im Finanzamt findet die Gewerkschaft größeres Entgegenkommen als im<sup>i</sup> Unterrichtamt. Die Einweisung der Akademiker soll mit der Gruppe 12 beginnen, jetzt bei 19 Klassen die 13. und 15. Klasse nur für die Gruppe B Anwendung finden, daher Akademiker diese Gruppen überspringen. Jeder Akademiker soll die Verwendungsgruppe 16 erreichen (entspricht Bezirks-Hauptleuten), bei besonderen Qualifikationen soll die 17. Gruppe erreicht werden. Bezüglich unseres Direktors war ein besonderer Kampf, er sollt[e] anfangs in die Gruppe 19 (Sektionschef) kommen (so wie der der land- und forstwirtschaftlichen Versuchsanstalt, Universitätsbücherei). Vom Unterrichtsamt wurde es abgelehnt, es hat durch Verhandlungen das Entgegenkommen des Finanzamtes geringer gemacht, so daß die Stelle nunmehr der 18. Vorrückungs-Gruppe entspricht, doch soll die Möglichkeit bestehen, daß ein besonders bedeutender Direktor die 19. Vorrückungs-Gruppe erhält.

In letzter Zeit aber besteht wieder mehr die Absicht uns in das Schema der Verkehrsbeamten einzugliedern.

- [4.] RR Geyer: Im Dezember dieses Jahres sollen wieder die Vorträge an unserer Anstalt aufgenommen werden. Anmeldungen dazu liegen vor von: Spengler, Götzinger, Vettters und Winkler. Monatlich eine Sitzung. Wechselrede zuzulassen. Angenommen.

---

<sup>g</sup> *Folgt gestrichen*: längeren dienenden Kollegen.

<sup>h</sup> *Folgt gestrichen*: [*unleserlich*].

<sup>i</sup> *Folgt gestrichen*: Staatsamt für.

- [5.] Geyer: Von der Liquidierungsabteilung unseres Staatsamtes wurde auf den Akt betreffend unsere Liquidierung mit der tschechoslovakischen Republik weitere Aufklärungen verlangt. Mehrere Punkte wurden im Anschluß an die Liquidierung des Militärgeographischen Institutes berichtet<sup>i</sup>. MR Glotz empfiehlt privat mit den Stellen des Militärgeographischen Instituts sich ins Einvernehmen zu setzen, aber ein Vergleich mit den Arbeiten dieses Instituts ist nicht gut möglich, unsere alten Originalkarten sind in erster Hinsicht geistige Arbeit und zum Teil historisches Material. Eine weitere Frage betrifft den Aktenaustausch, dabei sind aber viele Privatanfragen und -aufträge, die ohne Einwilligung der Parteien schwer abtretbar sind. Zur Kenntnis. Waagen: Von Dr. Liebus ist ein Brief eingelangt betreffend Bohrproben, welche er vor dem Kriege von Splesser<sup>k</sup> bekommen hat, ferne welche auf Angriffe Dr. Kettners in den Verhandlungen antworten<sup>l</sup> bereits durch die Direktion zustimmend erledigt, vielleicht Brief verlesen.
- [6.] Waagen: Ein Herr Peterbock hat Mallusken aus dem Pliezein eines dalmatinischen Insels [*sic*] bei uns gesehen, möchte 3-4 Stück ausleihen zur Bearbeitung. Zugebilligt falls der Insel [*sic*] festzustellen.
- [7.] Maluschka: teilt mit, daß der Jahresbericht chemische Technologie 1919 jetzt 456 K kostet. Ankauf abgelehnt.  
Ferne die Fortsetzung der W. Common Essai de [*folgt unsichere Lesung*] 10. und 11. Lieferung 75 Fr kostet. Beschlossen der Herausgabe im Tausch Angebot zu machen.

Schluß 12 h 15

Schriftführer: Dr. Hermann Vettters

Vorsitzender: Geyer

---

<sup>i</sup> *Unsichere Lesung.*

<sup>k</sup> *Unsichere Lesung.*

<sup>l</sup> *Nachträgliche Bemerkung vom 21. Jänner: 21./1. Spengler: Dr. Liebus hat das Manuskript wegen zu spätem Termins des Abdruckes zurückgezogen.*

## Sitzung vom 12. Jänner 1921

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleitner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Maluschka, Hackl, Götzing, Sander, Spengler, Winkler

Vorsitz: RR Geyer

Beginn: 10 h

- [1.] Waagen berichtet über Gewerkschaftsangelegenheiten.
1. Nachträgliche Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für 1920, Nachzahlung 2 K.
  2. Am 18./1. Hauptausschußsitzung. Ein Punkt der Beratungen betrifft die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für 1921 auf 10 K monatlich. Es wird sofort beschlossen, bei uns den Betrag monatlich, nicht halbjährig, bei der Gehaltsauszahlung zu erlegen.
  3. Ersatzwahlen der Funktionäre in die Gewerkschaftsleitung.
  4. Betreffs Vordienstzeit hat das Staatsamt des Innern einen Erlaß am 22. Mai 1920 an die Landesregierungen gerichtet, daß Elevationen einzureichen sind, auch wenn die Studien des Betreffenden noch nicht abgeschlossen sind, doch müssen die Studien zu einem bestimmten Termin nachträglich beendet werden.
  5. Die fälligen<sup>a</sup> Jännerbeförderungen sind summarisch zusammenzustellen und der Gewerkschaft mitzuteilen, damit sie die Erledigung urgieren kann. Bei uns ist der betreffende Akt vom Unterrichtsamt noch nicht erledigt.
  6. Durch den Streik der C-Gruppe der Staatsangestellten gewinnt auch die Gruppe A Vorteile, die im März dieses Jahres in Wirksamkeit treten sollen.
  7. Die Lohntariffage, welche für wissenschaftliche Gutachten etc. bereits erledigt ist, ist für Vortragshonorare noch offen. Der Gewerkschaftsvorschlag setzt für Vorträge ein Mindesthonorar von 300 K für den Einzelvortrag, für Serienvorträge 150<sup>b</sup> K fest. Waagen bringt zur Kenntnis, das [*sic*] die Urania nur 100 K pro Vortrag bezahlt, aber scheinbar sich dem Gewerkschaftsvorschlag entgegenkommend zeige. Für die von der Regierung ins Leben gerufene „Arbeitsgemeinschaft“, welche gegen Eintrittsgeld Vorträge veranstaltet, soll der vorgeschlagene Tarif unbedingt zur Geltung gebracht werden.
  8. Von<sup>c</sup> den Fachabteilungen der Gewerkschaft: Um eine Majorisierung der schwächeren Gruppen durch die stärkste Gruppe, die der<sup>d</sup> Archivare und Bibliotheksbeamten, hintanzuhalten, vereinigten sich im vergangenen Sommer die musealen mit den naturwissenschaftlichen Gruppen zum „naturwissenschaftlich-musealen Gesamtkollegium“ (Namugeko), welche bereits am 15. des Monats ein[e] wichtige Sitzung abhält, deren Hauptgegenstände sind: Geschäftsordnung, Wahl von Vertrauensmännern, von Vertretern im Hauptausschuß und eine EntschlieÙung wegen

---

<sup>a</sup> Nachgetragen.

<sup>b</sup> Nachträglich mit Bleistift korrigiert aus: 350.

<sup>c</sup> Überschrieben anstelle von: Aus.

<sup>d</sup> Nachgetragen.

Vertretung im Staatsamt durch einen Fachmann, als welcher Kustos Dr. Handlirsch vorgeschlagen ist.

9. Mitteilung eines Angebotes Prof. Hinterlechners, uns gelegentlich seiner Durchreise durch Wien wenn möglich Lebensmittel mitzubringen.

- [2.] Die Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen. Der Vorsitzende dankt Bergrat Waagen für seine Bemühungen und ergreift selbst das Wort zur Einleitung einer Ansprache über<sup>e</sup> die Erklärung Dr. Sanders [*sic*] und der Mitunterschiedenen über „Staatsamt und Wünschelrute“. Er sagt: Es ist nicht zu verhindern, daß wir zu<sup>f</sup> der von einzelnen Kollegen unterschriebenen Erklärung betreffs der Wünschelrutenfrage Stellung nehmen und eine Besprechung heute durchführen, zu dem Zweck, unseren Standpunkt als Geologen gegenüber den Wünschelrutengängern zu betonen. Im Allgemeinen sind wir ja alle mit dieser<sup>g</sup> Absicht<sup>h</sup> einverstanden, die Form richtet sich aber gegen einzelne Mitglieder unserer Anstalt. Ein Zwiespalt soll vermieden werden. „Ich würde es begrüßen, wenn die Form so gefunden würde, daß eine Spitze vermieden wird. Eine Debatte über die Wünschelrute wäre lächerlich und könnte zu keinem Resultat führen. Ich hoffe auf eine einheitliche gemeinsame Resolution, welche als ‚eingesendet‘ in den Verhandlungen erscheinen soll.“

Sander: erklärt unbedingt daran festzuhalten, daß die Erklärung in der vorliegenden Form veröffentlicht werde. Den Andern bleibe es unbenommen, selbstständig ihre Stellungnahme zu veröffentlichen.

Waagen verweist Sander auf die Geschäftsordnung, nach welcher die Erklärung wegen ihrer Überschrift in den Geologenrat gehöre, als gemeinsame Angelegenheit, nach § 3 unserer Statuten. Außerdem ist es Wunsch von zwei Vertrauensmännern, die das Recht haben, eine Sitzung darüber einzuberufen und überdies ist ein Drittel der Mitglieder für Behandlung der Frage im Geologenrat, womit ebenfalls das Recht hiezu gegeben ist. Waagen verwahrt sich entschieden gegen die Überschrift ohne Genehmigung des Geologenrates.

Sander und Hammer: Über das Thema Geologische Staatsanstalt und Wünschelrute kann jeder schreiben. Der Titel bezeugt keine Äußerung amtlicher Natur unserer Anstalt, daher kann die Erklärung auch nicht Gegenstand der Beratung sein.

Während der weiteren, auf das Gebiet persönlicher Angriffe übergehenden Debatte stellt Sander den Antrag auf Schluß der Debatte, <sup>i</sup>dem nicht widersprochen<sup>i</sup> wird, womit der Versuch des Vorsitzenden, eine Einigung zu erzielen und eine Spaltung innerhalb der Belegschaft zu verhindern, gescheitert ist, was der Vorsitzende mit Bedauern feststellt.

- [3.] Der Vorsitzende bespricht die Angelegenheit: geologische Schulwandkarte. Es soll eine Sitzung stattfinden, in der der Umfang dieser Arbeit festzusetzen ist, allgemeine Gesichtspunkte über die Menge der Ausscheidungen etc. Diese Fragen sollen einem

---

<sup>e</sup> Folgt gestrichen: das.

<sup>f</sup> Überschrieben anstelle von: elter.

<sup>g</sup> Korrigiert aus: diesem.

<sup>h</sup> Überschrieben anstelle von: Vorgehen.

<sup>i-i</sup> Mit Bleistift später durchgestrichen und überschrieben: der angenommen.

kleinen Ausschuß übertragen werden, der ein geschlossenes Programm vorzulegen hat. Für diesen Ausschuß schlägt der Vorsitzende vor: den Direktor, OBR Kerner und Dr. Veters.

- [4.] Waagen berichtet über Fragen der Besoldungsreform. Diese sieht vor, daß die wissenschaftlichen Beamten mit der 15. Gruppe den Dienst beginnen und in die 17. Gruppe vorrücken; die Leiter sollen in der 18., die Zentralleiter in der 19. Gruppe sein. Die wissenschaftlichen Institute hatten bisher keine Abteilungsleiter<sup>j</sup>, sondern nur einen Direktor. Nur an den Hofmuseen sind solche Leiterstellen. Auch bei uns sollen diese <sup>k</sup>-innerhalb der Geologen<sup>k</sup> geschaffen werden, für das Laboratorium haben wir einen eigenen Leiter. Entsprechend dem Personalstand an Geologen können 3 Leiterstellen geschaffen werden.
- [5.] Waagen bemerkt<sup>l</sup> zur Geschäftsordnung, daß die Mandate der Vertrauensmänner abgelaufen seien und ersucht den Direktor in der nächsten Sitzung Nachwahlen vorzunehmen. Er schlägt vor durch stumme Wahl.

Schluß der Sitzung 11 h 30

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>j</sup> *Korrigiert aus:* Abteilungsgruppenleiter.

<sup>k-k</sup> *Nachgetragen.*

<sup>l</sup> *Nachgetragen.*

## Sitzung vom 21. Jänner 1921

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleitner, Kerner, Hammer, Ampferer, Beck, Vettters, Maluschka, Hackl, Götzing, Sander, Spengler, Winkler

Beginn: 10 h vormittags

Vorsitz: RR Geyer

Die Protokolle der letzten 3 Sitzungen werden verlesen und nach Richtigstellung genehmigt.

- I. Der Vorsitzende bespricht die Angelegenheit der vorzunehmenden Wahl der Vertrauensmänner und teilt die Stellungnahmen des Unterrichtsamtes in dieser Sache mit. Ein Angestelltenrat besteht bei uns nicht, da wir keinen Angestelltenverein mit eigenen Statuten, <sup>a</sup>die vom Staatsamt genehmigt sein müssen<sup>a</sup>, gebildet haben. Es handelt sich somit nur um die Wahl von Vertrauensmännern und Ersatzmännern für den Geologischen Beirat.  
Bei der nunmehr durchgeführten Wahl, die durch Stimmzettel geheim erfolgt, besorgen Eichleiter und Götzing das Zählen der Stimmen.  
Ergebnis: 15 gültige Stimmen.  
Es entfallen für Vertrauensmänner auf Vettters 13, Hammer 11, Waagen 3.  
Für Ersatzmänner auf Ampferer 11, Spengler 10, Eichleiter 4, Renner 3, Vettters 1, Waagen 1 Stimme.  
Um einen neuen Wahlgang zu vermeiden wird über Antrag des Vorsitzenden per Akklamationen Spengler zum 2. Ersatzmann gewählt.  
Die Liste lautet somit Vertrauensmänner: Vettters, Hammer. Ersatzmänner Ampferer, Spengler.
- II. Bericht Vettters über die letzte Hauptausschußsitzung der Gewerkschaft:
  1. Festsetzung des Mitgliedsbeitrages 10 K monatlich für 1921.
  2. Ersatzwahlen in die Fachgruppe.
  3. Tariffestsetzung bei Arbeiten im privaten Auftrag und zwar für<sup>b</sup> Vorträge. Die volkstümlichen Universitätskurse haben bisher 60 K bezahlt, sollen jetzt auf 100 erhöht werden. Die Urania geht über 100 K nicht hinaus. Vom Staatsamt für soziale Fürsorge werden nur jene Vorträge veranstaltet, zu denen sich eine genügende Zahl Hörer meldet.  
Es wurde bestimmt als Stundenhonorar 200 K, aber mit dem Zusatz, daß in besonders berücksichtigungswerten Fällen es dem Vortragenden freisteht, Konzessionen zu machen.
  4. Antrag der Archivarfachgruppe auf Katastrierung der Gewerkschaftsmitglieder und Regelung des Übertrittes von einer Fachgruppe in eine andre.

---

<sup>a-a</sup> Nachgetragen.

<sup>b</sup> Nachgetragen.

5. Vorgänge bei der Vereinigung der Albertina und der Kupferstichsammlung der Nationalbibliothek durch das Staatsamt und Frage der Übernahme der derzeit im Verhältnis von Vertragsbeamten mit 3monatlicher Kündigung stehenden Beamten in den Staatsdienst. Diese Vorgänge liefern ein Beispiel der Zusammenlegung verschiedener Institute und der sich dabei ergebenden Nachteile für<sup>c</sup> Angestellte derselben.

6. Antrag<sup>d</sup> der Gewerkschaft, daß bei allen Vollversammlungen Vertreter der Fachgruppe einzuladen sind.

7. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission<sup>e</sup>: Über die neuen Forderungen der akademischen Beamten: Das Leistungsprinzip hat als Grundlage zu dienen, die einmaligen Aushilfen sind zu verwerfen. Es wird ein 13. und 14. Monatsgehalt verlangt, außerdem in Angleichung an die Verkehrsbeamten ein 15. Vom Finanzamt wurde angeraten, zuerst die Nachzahlung des Vorschusses auf die Besoldungsreform für die erste Hälfte 1920 zu fordern.

Außerdem wurde die Forderung einer 100%<sup>f</sup> Erhöhung sämtlicher Bezüge überreicht und automatische Übertragung aller irgendeiner Kategorie gewährter Lohnverbesserung. Die Gewerkschaftskommission will durch Vorträge und Schriften in Wien und in der Provinz ihre Stellungnahme der Öffentlichkeit bekanntmachen.

Für Fälle außerordentlicher Ereignisse (wie es der 20./I. hätte werden sollen) ist vorgesehen, einen besonderen Dienst einzurichten.

8. Betreffs Personalvertretung: da bei der Besoldungsreform die meisten Rechte der Dienstpragmatik verloren gehen, soll zugleich mit der Reform das Gesetz über die Angestelltenkammern in Kraft treten, welche nach Ressorts gewählt werden. Die Wissenschaftler sitzen nun vereinzelt in den verschiedenen Ämtern, würden daher keine entsprechende Vertretung finden. Es<sup>g</sup> soll die Zahl der gewählten Beisitzer zu Gunsten der Akademiker geändert werden. Außerdem sind Standesvertretungen notwendig, welche allein die Personalfragen zu erledigen hätten.

9. Als Ergebnis des Streiks der C-Gruppe wurden alle Beamten mit 24 effektiven Dienstjahren die Titel der 5., mit 17 ½ der 6., mit 10 der 7., mit [...] <sup>h</sup> der 8. und mit 4 anrechenbaren Dienstjahren die Titel der 9. Rangklasse verliehen. Damit auch die damit verbundenen Nachzahlungen.

10. RR Geyer teilt mit, daß das Staatsamt für Unterricht unsere Vorschläge wegen Erhöhung unserer Verlagspreise und der Taxen billigt, aber auch das Ausmaß der Taxen für Auskünfte kennen zu lernen wünsche.

Bei der Aussprache über diese Frage wird schließlich festgesetzt: Die Auskünfte lassen sich hinsichtlich ihres<sup>i</sup> speziellen Wesens nicht klassifizieren<sup>j</sup>.

Für mündliche Auskünfte ist eine feste Taxe nicht festzusetzen.

---

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: die einzelnen.

<sup>d</sup> In der Vorlage versehentlich gestrichen.

<sup>e</sup> Korrigiert aus: Personalkommission.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: chef.

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: deshalb.

<sup>h</sup> In der Vorlage fehlend.

<sup>i</sup> Folgt gestrichen: We.

<sup>j</sup> Folgt gestrichen: Schriftliche Auskünfte sind im allgemeinen nach dem Zeittarif des Ingenieur- und Architekten-Vereins zu berechnen. Mindesttaxe derzeit 100 K pro Bogen (Vetters).

Für kurze Auskünfte, soweit sie keine Störung unseres wissenschaftlichen Betriebes bedingen, wird keine Bezahlung verlangt.

Für weitergehende mit Zeit verbundene<sup>k</sup> Arbeit, verbundene Auskünfte wird der Zeittarif des Ingenieur- und Architekten-Vereins angewendet.

Bei chemischen Fragen erledigt sich die Sache von selbst, weil sie zum größten Teil als qualitative Analysen berechnet werden.

Eichleiter und Hammer beantragen aktenmäßige Aufnahme der Anfragen.

Schluß 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>k</sup> *Überschrieben anstelle von: [unleserlich]*

## Sitzung vom 18. Feber 1921

Beginn ½ 10 h vormittags

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleitner, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Maluschka, Götzingler, Hackl, Sander, Spengler, Winkler

Vorsitzender: RR Geyer

Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung wird<sup>a</sup> der Aufnahmeplan für den Sommer erörtert.

[1.] Vettters schlägt vor, in die Aufnahme dekretierten Studienreisen in den von jedem <sup>b</sup>für die Wandkarte<sup>b</sup> übernommenen Gebiet als allgemeinen Passus aufzunehmen. Der Vorsitzende stimmt zu und stellt die notwendige Erhöhung der Diäten zur Besprechung. Die Direktion hat für das laufende Halbjahr<sup>c</sup> 250 K als Diäte gefordert. Im Einvernehmen mit dem Staatsamt wurde um eine Pauschalsumme zur Regelung der unzureichenden Taggelder eingereicht. Für das nächste Halbjahr (Juli-Dezember 1921) wird nach Antrag Vettters 300 K Taggeld verlangt. Nach demselben Antrag auch eine Reisegebühr von 2.000 K. Vettters berichtet über die Besprechungen des kleinen Ausschusses betreffend Wandkarte.

Der Titel Schulwandkarte wurde fallen gelassen, er soll lauten: Geologische Wandkarte für Deutsch-Österreich.

Untertitel: für Schule und Praxis.

Maaßstab [*sic*]: Das<sup>d</sup> Original ist auf Graudruckblättern 1:200.000 (Generalkarte von Mitteleuropa) herzustellen. Andre Grundlagen<sup>e</sup> (1:300.000) sind unverwendbar.

Es soll eine Vereinfachung der Generalkarte nach dem persönlichen Urteil der Autoren für die Übertragung auf den Maaßstab 1:300.000 durchgeführt werden. Die Übertragung soll<sup>f</sup> mit Netz durch Handzeichnung erfolgen.

Möglicherweise kommt auch Verkleinerung auf 1:400.000 in Betracht.

Der Vorsitzende verweist darauf, daß das deutsche Reich eine Übersichtskarte 1:200.000 herausgibt; unsere Karte stellt hierfür für den erhofften Anschluß eine gute Vorarbeit dar.

Vettters erläutert die Grundlinien des Arbeitsplans, die durch den Maaßstab bedingte Vereinfachung soll soweit als möglich durch Zusammenfassung erreicht werden. Maaßgebend sind paleografische Fazielle und morfologische [*sic*] Zusammengehörigkeiten oder Verwandtschaften, z. B. der Flysch der Nordalpen und

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: sofort.

<sup>b-b</sup> Nachgetragen.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: bis.

<sup>d</sup> Nachgetragen.

<sup>e</sup> Korrigiert aus: Vorlagen.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: von Hand.

Karpathen wird als Einheit ausgeschieden. In der Trias sollen die Werfener, Linzer, Raiblerschichten hervorgehoben werden.

Nutzbare Mineralien sind soweit es der Maßstab zulässt mit bestimmten Zeichen einzutragen, die noch durch Buchstaben weiter erläutert werden.

Mineralquellen erhalten eigene Zeichen. Für die Darstellung der Tektonik sind Überschiebungslinien und Deckengrenzen, soweit sie nicht durch die Formationsverteilung ersichtlich sind, einzutragen.

Es wird den Autoren empfohlen solche Linien vorerst versuchsweise auf ihren Originalen einzuzeichnen.

Vor allem sind durchwegs generelle Fallzeichen einzutragen.

Die Karte soll durch eine stratigrafische Tabelle ausgestaltet werden, ähnlich wie die Hauerkarte. Dabei sind durch verschiedenen Druck Land- und Meeresablagerungen hervorzuheben, wohl auch vulkanische Bildungen.

Transgressionen werden durch<sup>g</sup> andere Begrenzung ausgedrückt, Faltung angedeutet durch Wellenlinien. Diese Tabelle soll die Kartenerläuterung ersetzen, ihre Kosten sind sehr gering. Sie kommt rechts an den Rand, wo keine Karte gezeichnet ist.

Vielleicht lässt sich die ganze Karte auf Pauspapier zeichnen.

Die Reduktion auf den kleineren Maßstab soll erst nach völliger Vollendung der Vorlagen geschehen.

Diese sollen fertig im Herbst abgegeben werden, wo möglich in der ersten Sitzung.

Verteilung der Arbeiten im Allgemeinen:

Vorarlberg und Tiroler Kalkalpen: Ampferer

Tiroler Zentralalpen westlich des Brenner: Hammer

[*Tiroler Zentralalpen*] östlich [*des Brenner*]: Sander

<sup>h</sup>-Kitzbüchler Alpen: Ohnesorge<sup>h</sup>

Südliche<sup>i</sup> Kalkalpen und Karstgebiet: Winkler

Salzburger Kalkalpen: Kerner

Gailtaler und Karnische Alpen: Geyer

Salzkammergut: Spengler

Niederösterreichische Kalkalpen westlicher Teil: Geyer

[*Niederösterreichische Kalkalpen*] östlicher [*Teil*]: Vettors

Schneeberggebiet: Ampferer

Nord-Steiermark, Grauwackenzone: Spengler

Kärntnerische und mittelsteirische Zentralalpen: Beck

Flyschzone: Beck-Göttinger

Oberösterreichisches Alpenvorland: Göttinger

Niederösterreichisches Tertiär<sup>j</sup>: Vettors

Steirisches Tertiär: Winkler

Südsteiermark: Dreger

Zentralalpines Tertiär: Kerner

Grazer Paläozoikum: Spengler

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: besonderen.

<sup>h-h</sup> Nachgetragen.

<sup>i</sup> Korrigiert aus: Südtirol.

<sup>j</sup> Folgt gestrichen: und Waldviertel.

Köflacher Gebiet und Karsteile: Waagen

Böhmisches Massiv: Veters, Götzing

Vielfach erscheint es notwendig, sich mit außenstehenden Geologen in Verbindung zu setzen (Heritsch, Becke-Stark, Franz Eduard Süß [*sic*]).

Bei der Arbeit wird sich diese lose Einteilung jedenfalls mehrfach verschieben.

Die Kartengrenzen greifen allerorts über die Staatsgrenze hinaus. Im Süden bis Triest und die alte Südgrenze Südtirols, im Norden bis an die Nordgrenze der deutschen Bezirke Znaim etc., in Bayern bis zur Donau (Götzing zugewiesen), im Osten an das Waagtal.

<sup>k</sup>Das Farbenschema verlangt 4 Farbsteine, 2 Aufdruckfarbsteine und den Schwarzdruck. Daraus ergeben sich 40-45 Farben und ebensoviel Ausscheidungen für praktisch<sup>l</sup> verwertbare Objekte. Im ganzen ungefähr 70 Ausscheidungen.

Es wird vorgeschlagen, versuchsweise die Arbeit zu beginnen und nach 3 Monaten die gemachten Erfahrungen zu besprechen.<sup>k</sup>

Der vorgelegte Arbeitsentwurf wird eingehend besprochen und im Allgemeinen einstimmig<sup>m</sup> angenommen.

- [2.] Veters bespricht die Gewerkschaftsangelegenheiten: <sup>n</sup>Forderung auf<sup>n</sup>:
1. Auszahlung der Differenz der gegenwärtigen Bezüge auf jene nach der Besoldungsreform (bereits erledigt).
  2. Forderung auf eine<sup>o</sup> spätere Zuwendung in der Höhe eines Monatsbezuges.
  3. Forderung einer 100% Erhöhung aller Bezüge, rückwirkend vom 1. Jänner 1921.
  4. Alle über dieses Ausmaß hinausgehenden Zugeständnisse an irgendeine Gruppe der Bundesangestellten sind automatisch auf alle Gruppen auszudehnen.
- Wirtschaftliche Angelegenheiten: Kleideraktion der „Zegam“.
- Beitritt der Gewerkschaftskommission zur „Amba“aktion, wichtig für Bezug von wissenschaftlichen Büchern. Die Gewerkschaft empfiehlt, mit der Anschaffung solcher Bücher zuzuwarten, da durch diese „Ambaaktion“ eine etwa 30% Ermäßigung bald in Kraft treten wird.
- [3.] Waagen berichtet: Die Beschwerdepunkte wegen Ausfalles des Avancements und der Titelverleihung am 1. Jänner [19]21 sind anzugeben, die nötigen Daten in Listen zusammenzustellen und der Personalkommission [*sic*] zu übergeben.
- [4.] Maluschka berichtet über Bibliotheksangelegenheiten.<sup>p</sup> Es soll eine Revision sämtlicher entlehnter Bücher durchgeführt werden und alle vor 1921 entlehnten Werke zurückgestellt werden.

<sup>k-k</sup> *Eigentlich an anderer Stelle im Protokoll, nachträglich in Klammer gesetzt und an dieser Stelle eingefügt.*

<sup>l</sup> *Korrigiert aus: praktische.*

<sup>m</sup> *Folgt gestrichen: gut.*

<sup>n-n</sup> *Nachgetragen.*

<sup>o</sup> *Nachgetragen.*

<sup>p</sup> *Folgt gestrichen: und.*

Es wird auf Anträge Vettters, Dreger, <sup>q</sup>Hackl, Kerner<sup>q</sup>, Hammer ferner beschlossen: Handbücher sind unentlehnbar und werden gesondert aufgestellt (Lesezimmer).

Die analytische Bücherei bleibt im Laboratorium.

Von der bedingungslosen Zurückgabe an die Bibliothek sind solche Spezialwerke ausgeschlossen, welche von einem Mitglied der Anstalt ständig gebraucht werden und dem Bibliothekar<sup>r</sup> besonders bezeichnet sind (phytopolitische Werke bei Kerner, Saceo-Bellardi, Hörnes, Cassmann bei Vettters etc.).

Der Antrag Maluschka auf Revision und Rückgabe der Bücher wird mit allen Stimmen außer der Waagens angenommen<sup>s</sup>, die weiteren Anträge zur Bibliotheksordnung einstimmig.

- [5.] Beck ersucht die Direktion mit Hinweis darauf, daß die Frist<sup>t</sup> für die Posteinlagerung in den Kellerräumen der Anstalt – ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages – abgelaufen ist, zu ersuchen, diese für die Anstalt unbequeme und eventuell gefährliche Einlagerung wieder hinauszubringen. Ampferer verlangt den<sup>u</sup> Hinweis, daß diese Räumlichkeiten dringend benötigt werden.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>q</sup> Nachgetragen.

<sup>r</sup> Folgt gestrichen: [unleserlich]

<sup>s</sup> Folgt gestrichen: ebenso.

<sup>t</sup> Folgt gestrichen: zur.

<sup>u</sup> Folgt gestrichen: direkten.

## Sitzung vom 15. April 1921

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Beck, Vettters, Maluschka, Hackl,<sup>a</sup> Sander, Spengler

Beginn: ½ 10 h

Der Vorsitzende HR Geyer weist einleitend auf die Wichtigkeit der heutigen Sitzung hin als vorbereitende Beratung für die vom Arbeitsamt angeregte Enquête über die Aufstellung eines Katasters der Bodenschätze, die am 23. dieses Monats bei uns stattfinden wird.

Zum Protokoll bemerkt der Vorsitzende, daß die meisten in der letzten Sitzung gemachten Anregungen bereits erledigt oder der Erledigung zugeführt sind, so auch betreffs der Posteinlagerung in unseren Kellerräumen, die laut postamtlicher<sup>b</sup> Mitteilung in etwa 1 ½ Jahren erledigt sein wird.

Über Antrag Vettters wird beschlossen, bereits jetzt an die Gebäudeinspektion das Ansuchen zu stellen, die von der Postverwaltung in den Kellerräumen angebrachten elektrischen Anlagen für uns zu übernehmen.

Dreger: will vorerst persönlich mit dem Vertreter der Postdirektion diesbezüglich sprechen und dabei ersuchen, die gemachte Zusage, in 1 ½ Jahren die Anstalt zu räumen, schriftlich zu geben.

A. Der Vorsitzende berichtet: Dr. Trener wünscht seine Originalblätter zurückzubekommen. Bei der seinerzeitigen Durchsicht wurden von den von ihm publizierten Karten vollkommene Originale vorgefunden, von den später bearbeiteten Gebieten (Adamello) dagegen für uns unverwendbare Karten mit vereinzelt Eintragungen. Im Interesse der wissenschaftlichen Forschung könnten wir seinem Wunsch entgegenkommen.

Über Anträge Dreger, Vettters, Hammer wird bestimmt: Von den bereits veröffentlichten<sup>c</sup> Blätter[n] bleiben die Originale bei uns, Trener kann Kopien davon bestellen. Wenn die andern Blätter für uns im Schwarzdruck nicht zu haben sind, bleiben Treners Originale ebenfalls hier, im andern Fall kann Trener seine<sup>d</sup> Blätter gegen Ersatz in Natura erhalten. Die Bestellung an das militärgeographische Institut hat von ihm auszugehen. Auch die Leinwand ist zu bezahlen.

Von seinem Fossilmaterial kann Trener die Dubletten haben, das übrige bleibt Eigentum der Anstalt, die Dünnschliffe, die <sup>e</sup>-mangelhaft oder<sup>e</sup> unbezeichnet und daher für uns ebenso wertlos sind wie die <sup>f</sup>-meist nur mit Nummern bezeichnete<sup>f</sup> Gesteinssammlung, sind mit dem damals von uns gezahlten Preis von 50 h = 50 c zu

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: Götzingen.

<sup>b</sup> Erweitert anstelle von ursprünglich nur: amtl.

<sup>c</sup> Überschrieben anstelle von: gedruckten.

<sup>d</sup> Überschrieben anstelle von: diese.

<sup>e-e</sup> Nachgetragen.

<sup>f-f</sup> Nachgetragen.

bezahlen. Der größte<sup>g</sup> Teil seiner Gesteinssammlung kann ihm <sup>h</sup>-aus dem obangeführten Grund<sup>h</sup> ruhig überlassen werden.

In der Antwort ist eine Liste der Karten zu geben, nach der Trener<sup>i</sup> die gewünschten Blätter bestellen kann.<sup>j</sup> Für die Karten 1:75.000 gilt das gleiche wie für die Sektionen.

- B. Hammer berichtet über die<sup>k</sup> Verlagsangelegenheit: Es wurde ein Ausschreiben gerichtet an Hölder, Deuticke, Verlag für Fachliteratur und Lechner. Hölder verlangt 50%, Deuticke hat abgelehnt, Verlag für Fachliteratur hat über wiederholte Urgenz bis heute nicht geantwortet, gilt als erledigt. Lechner ersucht in einem neuen Antrag, unter den früheren Bedingungen und 40% Kommissionszuschlag den Verlag zu erhalten. Er verpflichtet sich, Reklam zu machen für die Wandkarte, wünscht ein größeres Depot von Karten halten zu können (bereits <sup>l</sup>-in diesem Sinne<sup>l</sup> erledigt). Das Abholen besorgt er selbst. Er bittet um Bekanntgabe weiterer Wünsche.

Hammer verlangt dazu: die Reklam hat sich auf sämtliche Veröffentlichungen zu erstrecken und muß sofort, nicht erst nach Erscheinen, einsetzen. In den Provinzhauptstädten, Hochschulstädten etc. müssen die entsprechenden<sup>m</sup> Karten aufliegen.

Wegen Verkaufsbedingungen nach andern Ländern Debatte. Lechner betont, bei Beibehaltung der Zahlung in fremder Valuta gehen alle<sup>n</sup> Bestellungen durch Strohänner, daher soll wie im ganzen Buchhandel die Reichsmark die Basis sein.

Hammer verweist auf die bereits früher erfolgte Bestimmung des Unterrichtsamtes betreffs<sup>o</sup> Lieferungen an das Ausland. Schließlich wird die Direktion ermächtigt, mit den Vertrauensmännern den Vertrag mit Lechner neu auszuarbeiten.

- C. Das praktische Register: Der Vorsitzende berichtet: Bereits im Herbst 1920<sup>p</sup> hat das Montanamt von uns Vorschläge über Errichtung eines Katasters der Bodenschätze verlangt. Der Direktor<sup>q</sup> erklärte daraufhin, daß diese Frage von uns im Verein mit Vertretern des Montanamtes durchberaten werden müsse und ein Vertreter der Anstalt nach Berlin zu entsenden sei, die dortige Einrichtung zu studieren<sup>r</sup> <sup>s</sup>-und verwies auf die in unserer Denkschrift und den Vorschlägen zur Ausgestaltung der Anstalt von 1919 bereits veröffentlichte Absicht zur Errichtung eines solchen Katasters und gab nähere Erläuterungen über die geplante Anlage desselben<sup>s</sup>.

---

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: in der Antwort.

<sup>h-h</sup> Nachgetragen.

<sup>i</sup> Folgt gestrichen: gleich.

<sup>j</sup> Folgt gestrichen: das ge.

<sup>k</sup> Nachgetragen.

<sup>l-l</sup> Nachgetragen.

<sup>m</sup> Nachgetragen.

<sup>n</sup> Korrigiert aus: allen.

<sup>o</sup> Folgt gestrichen: Zahlungen an.

<sup>p</sup> Nachgetragen.

<sup>q</sup> Folgt gestrichen: äußerte sich.

<sup>r</sup> Folgt gestrichen: das Wichtigste sei den Umfang des Katasters festzusetzen.

<sup>s-s</sup> Am Rand nachgetragen.

Für<sup>t</sup> u-<sup>u</sup>die Berliner Reise-<sup>u</sup> konnten<sup>v</sup> die Mittel nicht beschafft werden. In jüngster Zeit wurde nun im Nationalrat jedenfalls über Anregung des Montanamtes ein Beschluß auf Anlegung eines Katasters der Bodenschätze<sup>w</sup> herbeigeführt<sup>x</sup>. Diese Arbeit haben wir nun zu leisten. Das Montanamt hat uns diesen Beschluß<sup>y</sup> mit Erlaß vom 31./III.<sup>y</sup> zur Kenntnis gebracht und vorerst eine Enquête angeregt, die wir einzuberufen haben. Sie wird am 23. dieses Monats bei uns stattfinden. Als auswärtige Teilnehmer wurden<sup>z</sup> verlangt, abgesehen von den Vertretern der beteiligten Staatsämter –<sup>aa</sup>Staatsamt für Handel, Industrie und Bauten; Staatsamt Unterricht und Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft (dieses auf Antrag Geyer<sup>aa</sup> – die Professoren der Universität Becke, Süß [sic], Diener, der montanistischen Hochschule in Leoben Petraschek und Höfer, ferner ein Vertreter des Vereines der Bergwerksbesitzer und der ehemalige Burghauptmann von Wien Gattnar.

Wir werden dieser Versammlung gewisse Grundzüge für die<sup>bb</sup>Durchführung der Arbeit<sup>bb</sup> vorlegen.<sup>cc</sup>

In der EntschlieÙung des Nationalrates sind 2 Punkte aufgestellt:

1. planmäßige wissenschaftliche Untersuchung aller wichtigen Gebiete
2. die Herstellung des Katasters.

Besprechung I. Form des Katasters.

Vetters: die planmäßige Untersuchung ist im Gange durch die seit 2 Jahren betriebenen Spezialaufnahmen der wichtigen Montangebiete: aber sie kann mit den vorhandenen Mitteln nicht in der beabsichtigten Weise durchgeführt werden, wegen des Nachhinkens der Reisegebühren. Der Nationalrat hat daher die entsprechenden Mittel zu bewilligen. Hier ist außerdem<sup>dd</sup> neuerlich die Forderung nach Regie- oder freier Bahnfahrt zu stellen.

Ferner brauchen wir moralische Unterstützung. Das Montanamt hat die Revierbergämter aufgefordert, uns Einblick in die Akten zu gewähren, es müÙten aber auch die Grubenbesitzer und Schürfer verpflichtet werden, und<sup>ee</sup> die Ergebnisse ihrer Aufschlüsse und Arbeiten zugänglich zu machen gegen Zusicherung der Geheimhaltung auf eine Reihe von Jahren. Dieser Punkt wäre vom Nationalrat durch Gesetz zu erledigen.

---

<sup>t</sup> *Korrigiert aus:* Dafür.

<sup>u-u</sup> *Nachgetragen.*

<sup>v</sup> *Folgt gestrichen:* nun.

<sup>w</sup> *Folgt gestrichen:* durch unsere [*folgt unleserlich*].

<sup>x</sup> *Folgt gestrichen:* worden.

<sup>y-y</sup> *Nachgetragen.*

<sup>z</sup> *Folgt gestrichen:* uns.

<sup>aa-aa</sup> *Nachgetragen.*

<sup>bb-bb</sup> *Überschrieben anstelle von:* Anlage des Katasters.

<sup>cc</sup> *Folgt gestrichen:* Vor allem Anfang desselben, Ort der Anlage, Zugänglichkeit usw.

<sup>dd</sup> *Nachgetragen.*

<sup>ee</sup> *Wohl verschrieben anstelle von richtig:* uns.

Zu Punkt 2: Anlage und Herstellung des Katasters<sup>ff</sup>. Selbstverständlich Zettelkatalog wegen Erweiterungsfähigkeit. Zweiteilung: Quellenkatalog und verarbeiteter Kataster. Der Zettelkatalog ist ein Quellenkatalog, worin alle in der Literatur, in Akten, Freifahrungsprotokollen, Grubenkarten, Lagerkarten, Gutachten (gegen Sicherstellung!) vorhandenen Angaben verzeichnet sind.

Aus diesem Quellenwerk entsteht noch durch fortschreitende Bearbeitung einzelner Lokalitäten ein verarbeiteter Kataster als drittes Hauptstück der ganzen Arbeit.

Dreger: Dieser verarbeitete Kataster ist nicht durchführbar, wird nie fertig. Daher sollen wir das gar nicht versprechen. Im Gegenteil: möglichst einfach die Sache machen.

Vetters: Die Verarbeitung der Quellen ist eine ständig fortschreitende Arbeit<sup>gg</sup>, aber der eigentliche Zweck der Registrierung. <sup>hh</sup>Beispiel eines verarbeiteten Katasterzettels: Bergbau Sterzing-Hagenau.

Der<sup>ii</sup> Quellenkatalog wird eingeteilt nach Materien, dazu geografischer Nebenkatalog mit Einteilung nach Katastralgemeinden.

## II. Inhalt des Katasters:

Alle vorbehaltenen Mineralien und die nicht vorbehaltenen, soweit sie als nutzbar anzusehen sind.

Vetters: Von letzteren Vorkommen gemeiner Art und großer Verbreitung (z. B. Kalk, Sand) alle jene, welche technisch bzw. chemisch bereits untersucht vorliegen.

Hammer: Es soll eine Liste <sup>jj</sup>-der nicht vorbehaltenen<sup>jj</sup> aufgestellt werden.

<sup>kk</sup>-Es wurden angeführt: Magnesit, Schwerspat, Asbest, Talk (und Ersätze), Glimmer, Raolin, Ton (untersucht), Feldspat (untersucht), Gyps, Anhydrit<sup>ll</sup>, Flußspat, Bergkreide, Zementmergel (untersucht), Phosphorit (untersucht), Qualitätsschotter, Glassand, Quarz, Rieselguhr, Mühlstein, Wetzstein, Tonschiefer, Farberden, Edel- und Halbedelsteine etc.<sup>-kk</sup>

Bezüglich Mineralquellen wird auf das Bäderbuch verwiesen. Sie kommen vorläufig nicht in Betracht. Bei Grundwasserregistrierung<sup>mm</sup> wird das hydrografische Zentralbüro heranzuziehen sein.

<sup>nn</sup>-Hackl<sup>oo</sup> fragt an wegen möglicher amtlicher Forderung, von allen zur Untersuchung kommenden Materialien, den Fundort anzugeben.

Da Hammer auf die Möglichkeit hinweist, auf diese Art vielleicht falsche Angaben zu erhalten, wird diese Forderung nicht aufgestellt.<sup>-nn</sup>

---

<sup>ff</sup> Folgt gestrichen: als.

<sup>gg</sup> Folgt gestrichen: wieder Jahren.

<sup>hh</sup> Am Rand gestrichen: II. Inhalt des Katasters.

<sup>ii</sup> Folgt gestrichen: Kata.

<sup>jj-ii</sup> Überschrieben anstelle von: daher.

<sup>kk-kk</sup> In Klammer gesetzt.

<sup>ll</sup> Nachgetragen.

<sup>mm</sup> Korrigiert aus: Grundwasserangelegen.

<sup>nn-nn</sup> Nachgetragen.

<sup>oo</sup> Folgt gestrichen: schlägt.

## III. Frage der Geldmittel:

Vetters <sup>pp</sup>-schlägt vor zu<sup>pp</sup> verlangen: Erhöhung des Kanzleipauschales wegen Beschaffung von Papier, Schreibmittel etc. auf das 10fache, eine Schreibmaschine, einen Zeichner, der nebenbei von<sup>qq</sup> der Schreibmaschine zu arbeiten hat.

## IV. Auswärtige Mitarbeiter:

Vetters: Diese sollen gefragt werden, <sup>rr</sup>-ob und<sup>rr</sup> wie weit sie ihre eigenen Kataloge, Aufzeichnungen, Kenntnisse, Bohrprofile, Archive usw. zur Verfügung stellen, denn „wer nicht fördernd uns zur Seite stehen will, soll auch nicht raten“. Wer die Arbeit werktätig fördert, seine Erfahrungen, Aufzeichnungen, Kenntnisse etc. dem allgemeinen Interesse zur Verfügung stellt, soll mitarbeiten. „Das wäre vor der Wahl der einzelnen Kommissionen<sup>ss</sup> anzuregen.“

Zwecks vollständiger Vertretung der Anstalt bei der Enquete wird über Antrag Geyer, Eichleiter, Vetters bestimmt, daß die auswärts weilenden Mitglieder der Anstalt aufgefordert werden, bestimmt zur Enquete zu erscheinen.

Geyer schlägt vor, noch mit Hammer und Vetters<sup>tt</sup> die besprochenen Grundlagen der Anlage des Katasters<sup>uu</sup> auszuarbeiten und diese in einer am 19. ad hoc einberufenen Haussitzung vorzulegen.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>pp-pp</sup> Nachgetragen.

<sup>qq</sup> Nachgetragen.

<sup>rr-rr</sup> Nachgetragen.

<sup>ss</sup> Folgt gestrichen: zu.

<sup>tt</sup> Folgt gestrichen: eine.

<sup>uu</sup> Folgt gestrichen: arbeit.

## Sitzung vom 19. April 1921

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleitner, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Beck, Vettters, Maluschka, Hackl, Götzingler, Sander, Spengler

Beginn: 10 h vormittags

- [1.] Der Vorsitzende Hofrat Geyer <sup>a</sup>-berichtet über<sup>a</sup> den Rahmenentwurf für Anlage des Katasters der Bodenschätze<sup>b</sup>, welcher in der Enquete am 23. vorgelegt werden wird. Er wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.
- Waagen beantragt, raschestens eine Einteilung der Beamtenschaft der Anstalt durchzuführen wegen<sup>c</sup> Festsetzung der leitenden Stellen. Wir haben als solche Direktor und Vizedirektor sowie den Chef des Laboratoriums und müssen trachten, den alten Charakter der Chefgeologen <sup>d</sup>-als Abteilungsleiter<sup>d</sup> als<sup>e</sup> „gehobene“ Posten zu erhalten. Er beantragt <sup>f</sup>-mit Hinweis auf<sup>f</sup> die <sup>g</sup>-Führung und<sup>g</sup> Verwaltung des Katasters<sup>h</sup> eine weitere Abteilungsleiterstelle<sup>i</sup> sicherzustellen.
- Beck verweist darauf, daß der Kataster nur dem Direktor bzw. dessen Stellvertreter, dem Vizedirektor unterstellt werden müsse, da<sup>j</sup> Auskünfte daraus nur offiziell durch die Direktion gegeben werden dürfen.
- Dreger bemerkt dazu, daß nur jemand, der weniger mit<sup>k</sup> Aufnahmen beschäftigt ist, die Führung des Katasters haben könne, zugleich auch die Führung des Museums.
- Über Vorschlag Vettters werden <sup>l</sup>-versuchsweise nach<sup>l</sup> Personen<sup>m</sup> die Agenden der Abteilungsleiter abgegrenzt:
- Hammer: Zentralalpen und böhmisches Massiv.
- Ampferer: Kalkalpen.
- Für Kerner und Waagen<sup>n</sup> bleiben Tertiärgebiete und Ebenen oder Karten- und Archivdienst.
- Museumsdienst der Vizedirektor.
- Die entsprechenden Anträge sollen sofort mit Rücksicht auf das baldige Inkrafttreten der Besoldungsreform eingerichtet werden.

---

<sup>a-a</sup> *Überschrieben anstelle von:* legt.

<sup>b</sup> *Folgt gestrichen:* vor.

<sup>c</sup> *Folgt gestrichen:* Errichtung.

<sup>d-d</sup> *Nachgetragen.*

<sup>e</sup> *Folgt gestrichen:* leitende Posten.

<sup>f-f</sup> *Überschrieben anstelle von:* für.

<sup>g-g</sup> *Nachgetragen.*

<sup>h</sup> *Folgt gestrichen:* außer.

<sup>i</sup> *Korrigiert aus:* Chefgeologenstelle. *Folgt gestrichen:* zu.

<sup>j</sup> *Folgt gestrichen:* nur.

<sup>k</sup> *Folgt gestrichen:* Arb.

<sup>l-l</sup> *Nachgetragen.*

<sup>m</sup> *Folgt gestrichen:* weise.

<sup>n</sup> *Folgt gestrichen:* entweder.

- [2.] Veters berichtet über Gewerkschaftsangelegenheiten (Stellung zur Streikfrage).
- [3.] Hammer über Verlagsverhandlungen: Der Vertrag mit Lechner soll neu aufgestellt werden. Es bleibt der Wortlaut des alten bestehen mit neuen Hinzufügungen
1. einjährige Kündigung je am 1. Oktober,
  2. Haltung eines Lagers der Karten,
  3. Abholung durch Lechner,
  4. Reklame in Lechners Katalogen und in den Provinzstädten.
- Zusatzantrag Waagen: Inhaltsangabe unserer Publikationen bei der Reklam.  
 Waagen: Handgemalte<sup>o</sup> Karten dürfen nicht von Lechner vertrieben werden, nur von uns.  
 Veters: Handgemalte Karten sind nicht im Kommissionsvertrag inbegriffen. Die Zeichner sind zu verpflichten, keine solche Arbeit <sup>p</sup>für Lechner<sup>p</sup> zu machen.  
 Beck: Damit nehmen wir den Zeichnern den wichtigsten Nebenverdienst ohne ihnen Ersatz zu bieten. Außerdem können wir diese Heimarbeit kaum wirksam verhindern und haben dazu gar keinen Nutzen von dem Verbot. Wir können offiziell bei uns bestellte und ausgeführte Blätter durch Stempelaufdruck bezeichnen zum Unterschied von Privatgearbeiteten.  
 Beschluß wird <sup>q</sup>in dieser Angelegenheit<sup>q</sup> nicht gefaßt.  
 Waagen: Wir sollen veranlassen, daß unsere Verhandlungen Umschläge erhalten, welche Lechner für Ankündigungen natürlich nur fachlicher Dinge verwenden kann, wovon er uns einen gewissen %satz zurückvergütet.
- [4.] Beck fragt an wegen einer Hausordnung für die Diener mit Rücksicht auf Neuanstellungen.  
 Waagen: hat vor 2 Jahren mit Wallner, Ulbing und König eine Dienstordnung ausgearbeitet und im Inspektionszimmer angeschlagen. Die fremden Diener wehren sich gegen den Sonntagsdienst.  
 Waagen ersucht den Vorsitzenden sich zu erkundigen, wie es in den andern Ämtern, besonders in den Staatsämtern <sup>r</sup>mit dem Sonntagsdienst<sup>r</sup> gehalten wird.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>o</sup> *Korrigiert aus:* Handkolorierte.

<sup>p-p</sup> *Nachgetragen.*

<sup>q-q</sup> *Überschrieben anstelle von:* darüber.

<sup>r-r</sup> *Nachgetragen.*

## Sitzung vom 6. Mai 1921

Anwesend: Geyer, Dreger, Eichleiter, Kerner, Hammer, Waagen, Ampferer, Ohnesorge, Hackl, Vettters, Maluschka, Beck, Götzinger, Sander, Spengler, Winkler

Beginn 10 h 15

Vorsitz: HR Geyer

Verlesung des Protokolls; genehmigt.

- I. Antrag Ampferer: An die wissenschaftlichen Institute Deutschlands sollen unsere handkolorierten Karten bei entsprechender Garantie der Verwendung zu wissenschaftlichen Zwecken zu billigerem Preis abgegeben werden.  
HR Geyer zur Katastersitzung vom 23./IV.: Wir müssen ein engeres Komité wählen.  
Vorschlag Waagen: Direktor, Vizedirektor, Hammer und Ampferer<sup>a</sup>. Angenommen mit Zusatz: Dieser Arbeitsausschuß kann fallweise ergänzt werden.  
Waagen: Zur Einleitung der Arbeit ist eine Eingabe an das Unterrichtsamt zu richten um eine Schreibmaschine mit großen Lettern.
- II. Vorsitzender teilt mit einen Erlass des Unterrichtsamtes wegen Bewilligung einer Fernsprechstelle für Hausgespräche. Gesprächsanmeldungen sind einer Vertrauensperson (Frl. Girardi) schriftlich anzuzeigen. Es sind dienstliche Zettel in Tabellenform<sup>b</sup> zur Evidenthaltung der Staatsgespräche zu benützen. Solche Zettel werden wir selbst herstellen. Privatgespräche sind gegen Ersatz der tarifmäßigen Gebühren allgemein gestattet. Für solche Gespräche wären Zettel in andrer Farbe zu verwenden.  
Über Antrag Ampferer, Vettters, Dreger werden Maßnahmen getroffen, die Benützung des Telefons durch Fremde zu verhindern (Versperren der Zelle, Anschlag).
- III. Vorsitzender gibt bekannt, daß Mehl und Reiszubußen vom Ernährungsamt zu beziehen sind.  
Ferner: Die polnische geologische Anstalt bittet um Schriftentausch und unsere Publikationen.  
Vettters: Schriftentausch unter der Bedingung, daß die polnischen Arbeiten ein ausführliches anderssprachiges (deutsch, französisch) Resumée haben, da nur dieses gewertet werden kann.  
HR Geyer hat die Erledigung der Sommerdiäten urgiert. Waagen verlangt neue Eingabe betreffend Erhöhung auf 100 K.
- IV. Hammer bespricht die Eingabe, welche wegen Einreihung der Unterbeamten der Anstalt, der Zeichner, etc. an die Gewerkschaft gerichtet wurden und wünscht

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: Vettters.

<sup>b</sup> Folgt gestrichen: herzustellen.

Einreihung der Zeichner in eine höhere Stufe. Die Einreihung von Frl. Girardi als Bibliotheksoffizial erscheint ihm wenig glücklich. Frl. Girardi hat außerdem wiederholt erklärt, daß sie mit der Bibliothek nichts zu tun haben will. Er mißbilligt das Verfahren des Vertreters der Anstalt in der Gewerkschaft, vor allem, weil der nächstbeteiligte Bibliothekar nicht gefragt wurde und bezeichnet die Art der Erledigung als Überrumpelung der Direktion.

Waagen weist diesen Vorwurf zurück und erklärt sein rasches Vorgehen in dieser Angelegenheit mit der besonderen Dringlichkeit. Die Sache sei von der Gewerkschaft ausgegangen, nicht von der Anstalt. Frl. Girardi wurde in die Eingabe nicht hineingeschmugelt [*sic*], da ja außer den Zeichnern sämtliche Angestellte des mittleren und Hilfsdienstes darin enthalten sind.

Der verlangte<sup>c</sup> Titel (Bibliotheksoffizial) ist ganz Nebensache, es könnte auch ein anderer Titel vielleicht gefunden werden. Überall in den wissenschaftlichen Ämtern versehen die Damen in Abwesenheit des Bibliothekars deren Dienst. Frl. Girardi hat tatsächlich viel Bibliotheksarbeit, weil vielfach der Bibliothekar und<sup>d</sup> Wallner nicht vorhanden sind.

Außerdem zeugt<sup>e</sup> der Angriff vom Unverstand des Bibliothekars, der froh sein solle, wenn er Gehilfen habe, da er sonst in der 14. Besoldungsgruppe sitzen bleiben werde, während er bei größerem Personal in die 16. übernommen würde. Er war nicht da, und konnte nicht gefragt werden.

Mit der Eingabe war nicht die Absicht verbunden, seine Interessen zu wahren.

Eine Überrumpelung des Direktors war nicht beabsichtigt, der Direktor wurde auch nicht zu Unterschrift gedrängt.

HR Geyer erklärt, er habe die Eingabe wohl gelesen, doch sei ihm das Wort Bibliotheksoffizial entgangen.

Hammer: Darin lag eben die Überrumpelung.

Dreger: Waagen wollte doch mit der Eingabe allen Anstaltsmitgliedern einen Dienst leisten. Er hatte gewiß nicht die Absicht jemanden zu kränken.

Hammer: Gerade deswegen hätte die Sache besprochen werden müssen.

Maluschka: wendet sich gegen die „originelle Art“, daß behauptet wird, er und Wallner seien selten da und<sup>g</sup> das Frl. sehr oft sie vertreten müsse. Er halte seine Amtszeit genauestens ein, das sei tendenziös. Er verbittet<sup>h</sup> sich den Ausdruck Unverstand und bittet den Direktor, in dieser Beziehung „etwas zu veranlassen“. Er dankt, auf Kosten des Kanzleioffizials gehoben zu werden und wünsche, daß das Frl. aus der Bibliothek verschwinde. Wallner genüge vollauf. Er habe gesehen, daß ein Zusammenarbeiten mit dem Frl. nicht möglich sei und habe die Konsequenzen gezogen. Den Titel<sup>i</sup> Bibliotheksoffizial für das Frl. gebe er nicht zu.

---

<sup>c</sup> Nachgetragen.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: der.

<sup>e</sup> Überschrieben anstelle von: ist.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: eine Beleidigung.

<sup>g</sup> Überschrieben anstelle von: während.

<sup>h</sup> Korrigiert aus: verbietet.

<sup>i</sup> Mit Bleistift angemerkt: verwahrt sich gegen.

Über Aufforderung des Vorsitzenden nimmt Waagen den Ausdruck „Unverstand“ zurück und ersetzt ihn durch: „kein bürokratisches Verständnis“.

In der folgenden Wechselrede betreffend Aufklärung des Vorgehens stellen Hammer und Sander den Antrag auf Mißbilligung des Vorgehens, Dreger sucht zu vermitteln.

Antrag Hammer-Sander ohne die Stimmen von Hackel [*sic*], Götzinger, Vettters, Waagen, Geyer angenommen.

Beck beantragt Abstimmung, wer gegen Erhöhung der Stellung Frl. Girardis ist. – Niemand.

Waagen beantragt Mißbilligung gegen Maluschka und Hammer wegen eigenmächtiger Umstellung des Bibliothekskataloges. Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

Hackl verlangt genaue Umgrenzung aller Angelegenheiten, die vor den Geologenrat gehören, und wieweit der „eigene Wirkungskreis“ reicht.

Sander erwidert, das seien Ermessenssachen, man müsse die Herren dazu erziehen.

Maluschka verlangt Entfernung des Frl. aus den Räumen der Bibliothek. – Nicht durchführbar.

Hackl bittet, nachdem sein Antrag nicht durchgegangen ist, ihn in künftigen ähnlichen Fällen zu entschuldigen.

Götzinger beantragt Schluß der Wechselrede. Angenommen.

Schluß der Sitzung  $\frac{3}{4}$  12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

## Sitzung vom 10. November 1921

Beginn ½ 10 h

Anwesend alle mit Ausnahme von Waagen und Ohnesorge

Vorsitz HR Geyer

- I. Nach Verlesung, Richtigstellung und Genehmigung der letzten Verhandlungsschrift stellt der Vorsitzende eine Anregung Vettters' zur Beratung: über Berechnung des Preises handgemalter Karten nach kaufmännischen Regeln auf Grund der Herstellungskosten. SR David hat sich mit dieser Absicht einverstanden erklärt und einen bestimmten Vorschlag darüber verlangt. Vettters hat mit Herrn Lauf Berechnungen angestellt. Wegen der dabei herausgekommenen außerordentlichen Preiserhöhung sei eine<sup>a</sup> Besprechung in der allgemeinen Sitzung erwünscht. Vettters berichtet dazu: Die Berechnung hat ergeben, daß der Staat derzeit<sup>b</sup> bei einer Karte einen halben bis einen<sup>c</sup> Monatsgehalt eines Zeichners daraufzähle. Ein Arbeitstag mit 7 Stunden koste derzeit 840 K, eine Stunde daher 140 K. Der höchste Friedenspreis einer handgemalten Karte war 25 K, derzeit 250 K. Die Herstellungszeit für eine Karte schwankt zwischen 8-9, sogar bis zu<sup>d</sup> 14 Tagen. Als Beispiel einer besonders langwierigen Arbeit legt er das Blatt Aussig vor, das 14-16 Tage erfordert. In 14 Tagen beträgt der Gehalt 11.760 K. Dazu Gewinn des Staates und Vergütung der Auslagen mit 5 von Hundert gerechnet. Das gibt eine 500fache Erhöhung des Preises. Blatt Admont, viel einfacher in der Zeichnung braucht 9 Tage, kommt auf das 317fache. Übrigens kann jeder bei uns Karten selbst abzeichnen, die Kosten sind kaum geringer. Ampferer findet die angegebenen Arbeitszeiten viel zu<sup>e</sup> lang, d. h. die Leistung der Zeichner zu gering. Wenn man kaufmännisch berechnet, muß auch die Arbeit nach den Grundsätzen des Kaufmanns verlangt werden. Sander verlangt Angabe der Arbeitszeit nach vollausgenützten<sup>f</sup> Arbeitsstunden. Hammer verlangt Erkundigung bei Privatzeichnern über Stundenlohn. Es werden verschiedene Abänderungsvorschläge gemacht<sup>g</sup>: Ausgleich der großen Preisunterschiede zwischen den einfachen und schwierigen Blättern (Geyer<sup>h</sup>), geringeren Stundenlohn einsetzen (Vettters), durchgängige Erhöhung auf das 100fache (Winkler), andre Berechnung für Ausländer (Vettters), andre Berechnung für Karten der Ausländer (Geyer).

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: al.

<sup>b</sup> Nachgetragen.

<sup>c</sup> Folgt gestrichen: ganzen.

<sup>d</sup> Nachgetragen.

<sup>e</sup> Folgt gestrichen: hoch.

<sup>f</sup> Nachgetragen.

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: z.B.

<sup>h</sup> Nachgetragen.

Daraus ergibt sich als Hauptfrage: Stundenberechnung oder fester Preissatz. Das Ministerium wünscht das erstere.

Wegen amtlicher Bürgschaft<sup>i</sup> für richtige Zeichnung sind über Antrag Veters die amtlich hergestellten zum Unterschied von den durch fremde hergestellten Blättern durch Stempelaufdruck zu unterscheiden.

Antrag Veters: Berechnung nach Stunden durchführen, mit 25% Gewinn für den Staat. Bis dahin den 200fachen Friedenspreis fordern.

Zusatzantrag Geyer: Für Blätter, welche mehr als zur Hälfte im Ausland liegen festgesetzte Zuschläge in % des Preises, z. B. Polen 10%, Ungarn 20%, SHS 50%, Tschechien 50%, Italien 100%, Rumänien etc. .... Eine flüchtige Berechnung an Beispielen läßt auch diese Form nicht geeignet erscheinen.

Hackl beantragt: 1% des Betrages in fremder Währung dem 200fachen Friedenspreis bei Ausländerbestellung hinzuzurechnen. Dieser Antrag erweist sich als geeignet, wird angenommen.

## II. Veters berichtet über die Arbeiten der Gewerkschaft.

1. Über die sogenannte Resolution Pauly, in der die Regierung aufgefordert wird, die Besoldung der wissenschaftlichen Angestellten einer neuen Prüfung zu unterziehen und an die der Staatslehrpersonen anzugleichen. Die Gewerkschaft arbeitet auf dieses Ziel hin und verlangt Anpassung der Dienstordnung. Demnach ebenfalls Kündbarkeit nach 4-6jähriger Probefristzeit, Bewertung<sup>j</sup> der wissenschaftlichen Leistung nach 12-14 Dienstjahren, daraufhin Gehalt des außerordentlichen Professors.

2. Zur Frage des Stellenplanes: Das Dezernentensystem und die Spezialisierung ist darin besonders hervorgehoben. Bei uns sind für die XVI. Gruppe die Sonderreferate bestimmt. Alle Institute greifen auf den Friedensstand zurück. Von diesem Plan findet der Abbau statt. Die Regierung will den Stellenplan mit dem allgemeinen Ausschuß beraten. Da ergeben sich für uns Schwierigkeiten gegenüber den großen Organisationen. Man wird versuchen, diesen Stellenplan im Nationalrat einzubringen. Unser Bestreben geht nun dahin, den Stellenplan der wissenschaftlichen Institute als Sache für sich zur Verhandlung zu bringen.

<sup>k</sup>Bezüglich Organisation des wissenschaftlichen Dienstes wurde in der letzten Ausschußsitzung ein Statut angenommen, daß zur Vertretung der gemeinsamen Interessen des wissenschaftlichen Dienstes bei der Bundeskanzlei ein Beirat von wissenschaftlichen Beamten errichtet werden soll, der auf 3 Jahre gewählt wird. Aus seinen Mitgliedern soll ein Präsident des wissenschaftlichen Dienstes durch den Bundespräsidenten auf 3 Jahre ernannt werden. Mit diesem Amt sind keine Gebühren verbunden. Der Präsident hätte sich in allen wichtigen Fällen an den Vorschlag des Beirates zu halten, bei dringlichen Angelegenheiten mit nachträglicher Genehmigung des Beirates vollständig zu handeln.

Der Wirkungskreis des Beirates und seines Präsidenten soll umfassen:

A. Persönliche und Standesangelegenheiten: Eignung für Leitung von wissenschaftlichen Ämtern; Überwachung der konkreten persönlichen

<sup>i</sup> *Überschrieben anstelle von:* Prüfung.

<sup>j</sup> *Folgt gestrichen:* nach.

<sup>k</sup> *Zuvor gestrichen:* Es.

Angelegenheiten zur Vermeidung von Ungleichheiten bei Einrichtung des Stellenplanes, Beförderungen, Zuschüsse usw., Wahrung von besonderen Standesinteressen der wissenschaftlichen Beamten (gegenüber den Hochschulen und administrativen Beamten), Beurteilung, bei welchen Zweigen der Verwaltung wissenschaftliche Beamte zu verwenden sind, für allgemeine Fragen in sachlicher Hinsicht, soweit dafür keine besonderen Bestimmungen bestehen und die eine gemeinsame Behandlung erfordern (z. B. gegenüber den Anforderungen der Nachfolgestaaten an Institute, Kunstgegenständen usw.). Gleichmäßige Regelung von Arbeitsgemeinschaften, Benutzungsordnung, Eintrittsgelder, Gebühren der öffentlichen Sammlungen usw. Einleitung internationaler wissenschaftlicher Arbeiten, Repräsentation und Vertretung nach außen, Subsidiäre Kulturfürsorge, soweit sie nicht im Staatsvoranschlag vorgesehen ist.

B. Die unmittelbare Dienstaufsicht für die<sup>l</sup> wissenschaftlichen Anstalten, die ihm<sup>m</sup> unterstellt werden.

C. Die Fragen der Lohnbewegung.

- III. HR Geyer: Die Anstalt wird auch in diesem Winter Vortragssitzungen abhalten, eine in jedem Monat.
- IV. Im Laufe des Dezember sollen die bisher<sup>n</sup> geleisteten<sup>o</sup> Arbeiten an der Übersichtskarte und dem Kataster zwecks Austausches der bisherigen Erfahrungen vorgelegt werden.
- V. HR Dreger schlägt Verlosung der Anteile aus einer<sup>p</sup> Lebensmittelsendung aus Argentinien vor. Vettors beantragt dazu: Jene Herren, welche aus den Commonwealsfonnd [sic] beteiligt wurden, mögen auf einen Anteiln dieser argentinischen Liebesgabe verzichten. Angenommen.

Schluß der Sitzung ½ 12 h

Der Schriftführer: Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>l</sup> Nachgetragen.

<sup>m</sup> Folgt gestrichen: in einem.

<sup>n</sup> Korrigiert aus: bisherigen.

<sup>o</sup> Nachgetragen.

<sup>p</sup> Folgt gestrichen: Süd.

## Sitzung vom Dezember 1921

Anwesend: Geyer, Dreger<sup>a</sup>, Eichleiter, Hammer, Ampferer, Beck, Vettters, Maluschka, Sander, Spengler, Winkler

Beginn: ½ 10 h

Vorsitz: HR Geyer

Nach Genehmigung der letzten Verhandlungsschrift bringt

- I. der Vorsitzende als Hauptpunkt der Tagesordnung die Beobachtungen zur Verhandlung, die bisher bei Herstellung der Übersichtskarte gemacht wurden und Änderungen der Richtlinien für die Darstellung bedingen. So erscheint Trennung von Unter- und Obertrias durch verschiedene Farbentöne in seinem eigenen Arbeitsblatt notwendig.  
Spengler hat im Hochschwabgebiet dieselbe Beobachtung gemacht. Es wird beschlossen, Untertrias violett, Obertrias hellblau darzustellen, die zentralalpine Trias gleich der Obertrias hellblau.  
Hammer hält es für wünschenswert, mit dem deutschen Reich ein Einvernehmen herzustellen, um eine Übereinstimmung in den Farben zu erzielen.  
Beck<sup>b</sup> schlägt vor, Grödner Sandstein mit der Farbe des Werfener Schiefers darzustellen, wo beide Formationen in<sup>c</sup> untrennbaren Schichtverband auftreten, wie in Ostkärnten. Sonst für Grödner Sandstein die Permfarbe.  
Hammer<sup>d</sup> bespricht die Notwendigkeit einer gesonderten<sup>e</sup> Hervorhebung des Kalkphyllites, der mit der Farbe des metamorphen Mesozoikums darzustellen wäre. Bei bekanntem Alter sollen die betreffenden Buchstaben eingesetzt werden. Eine besondere Ausscheidung verlangen Amphibolit und Grünschiefer.  
Hammer und Winkler: Diabas ist mit der Farbe der basischen Eruptivgesteine zu bezeichnen.  
Spengler und Sander: Silberberggrauwacke ist fallen zu lassen. Der Blasseneckgneis mit der Farbe des Quarzporphyrs auszuscheiden.  
Dagegen Antrag Hammers angenommen: Blasseneckgneis als metamorphes Paläozoikum.  
Spengler berichtet über die Schwierigkeiten einer durchgreifenden Trennung von Silur und Davon. Für manche Gebiete gemeinsame Ausscheidung.  
Dreger bespricht die Darstellung des Diluviumes. Ringe und Kränze für Moränen und Terrassenschollen machen sich nicht schön. Die Zeichen sollen weit auseinander

---

<sup>a</sup> Folgt gestrichen: Kerner.

<sup>b</sup> Randbemerkung mit Bleistift und in Kurzschrift: [unleserlich]

<sup>c</sup> Überschrieben anstelle von: als.

<sup>d</sup> Folgt gestrichen: weist auf die.

<sup>e</sup> Folgt gestrichen: Darstellung.

liegen. Moränen mit roten Punkten, Flugsand mit schwarzen Punkten, Schotter mit schwarzen Ringen.

Vetters: Auf den Karten<sup>f</sup> ist die Arbeitsverteilung zeichnerisch darzustellen.

Beck beantragt dazu: In dieser Darstellung durch Aufdruck und Farben die Autoren und die Zeit der Originalaufnahmen zu bezeichnen. Alle Anträge angenommen.

- II. Der Vorsitzende berichtet über das Ansuchen von Prof. Heritsch, für die Blätter Köflach und Graz einen Auftrag zur Kartierung von der Anstalt zu erhalten.

Ampferer stellt den Antrag, Heritsch ist aufzufordern, die Blätter vorzulegen, um den Umfang der bereits<sup>g</sup> durchgeführten Aufnahmen zu zeigen. Hat er bereits viel daran gearbeitet, so ist sein Anbot für uns ein wertvolles Geschenk, das wir nicht ablehnen dürfen. Winkler hat die Arbeiten gesehen, Blatt Graz ist nahezu fertig, von Blatt Köflach  $\frac{2}{3}$ - $\frac{3}{4}$ .

Ampferer: Einer der erfahrenen Krystalliniker soll mit Heritsch Exkursionen machen, sich zu überzeugen, ob die Arbeiten unserer [sic] Bedürfnissen entsprechen.

Vetters: Dazu sind die Sektionsleiter berufen, es wäre also Sache OBR Hammers. Wegen des Tertiärs hätte sich Heritsch mit Waagen zu verständigen. Winkler und Ampferer verlangen unbedingte Verpflichtung zur Fertigstellung und genaue Zeitangabe hierfür. Alles angenommen.

- III. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß sich Prof. Kränkl [*eigentlich: Krenkel*] in Leipzig zur Herausgabe seiner bei Trächnitz erscheinenden Geologie der Ostalpen auch an die Direktion der Anstalt gewendet habe mit der Anfrache [sic], ob und unter welchen Bedingungen er Klichés aus unseren Druckschriften benützen könne. Er hat sich auch persönlich an Ampferer und Sander gewendet. Die wichtigste Mitarbeit wird von den Mitgliedern unserer Anstalt zu leisten sein. Quellenangaben selbstverständlich.

Hammer beantragt: Für das Ausleihen der Klichées sind der Anstalt einige Exemplare des Werkes (3) zu übergeben.

- IV. Der Vorsitzende berichtet über ein Anbot der Firma Lechner, in kürzester Frist uns eine Zusammenstellung zu geben, wie weit wir im Handelsinteresse mit der Erhöhung unserer gedruckten Karten gehen könne[n].

Hammer wünscht bei dieser Gelegenheit auch die wieder notwendig gewordene Erhöhung unserer Druckschriften<sup>h</sup> durchzuführen. Gerade die Abhandlungen ständen lächerlich niedrig im Preis. Das Jahrbuch sei wenigstens von 150 auf 250 K zu erhöhen. Es wird beschlossen vorläufig die doppelten Preise anzusetzen.

Beck beantragt ein Ersuchen an Lechner, uns fortlaufend von notwendig werdenden Erhöhungen unserer Verlagswerke zu verständigen.

<sup>f</sup> Folgt gestrichen: sind.

<sup>g</sup> Folgt gestrichen: geleisteten.

<sup>h</sup> Mit Bleistift nachgetragen: Preise.

- V. Veters bespricht die Gewerkschaftsangelegenheiten. Streikgefahr noch immer vorhanden. Die Regierung ist durch Drohungen der Eisenbahner gezwungen worden, ihr uns gegebenes Versprechen fallen zu lassen. Falls am 20. Dezember kein Ausgleich erfolgt, soll der Streik mit der Absicht gegen die roten Gewerkschaften beschlossen werden. Die Ärzte haben sich bei den betreffenden Verhandlungen solidarisch erklärt.

Schluß der Sitzung 12 h

Der Schriftführer: Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

## Sitzung vom 16. Jänner 1922

Anwesend alle mit Ausnahme von Waagen und Ohnesorge

Vorsitz HR Geyer

Beginn ½ 10 h

Die letzte Verhandlungsschrift wird verlesen und richtig gestellt.

- I. HR Geyer berichtet über die <sup>a</sup>-Verhandlungen wegen<sup>a</sup> des Namens <sup>b</sup>-unserer Anstalt<sup>b</sup> und die Schwierigkeiten dieser Angelegenheit wegen des Widerstandes des Staatsamtes. Die Museen wurden über ihre Wünsche bezüglich ihres Namens befragt, wir dagegen nicht. Bei unserem Tauschverkehr müßte ein so unbezeichnender Titel wie „geologische Anstalt“ bedeutende Verwirrung hervorrufen. Wir verlangen den Namen Bundesanstalt. Vielleicht erreichen wir eine günstige Erledigung durch Vermittlung einflußreicher Persönlichkeiten, um die sich der Vorsitzende bemühen wird.

Der Vorsitzende teilt <sup>c</sup>mit, daß<sup>c</sup> unser Subreferent im Staatsamt, Dr. David, versetzt wurde<sup>d</sup> und an seiner Stelle SR Haberer unser Referat erhielt.

Die Firma Lechner<sup>e</sup> rät uns zur Erhöhung der Preise für Druckschriften und Karten auf den 100fachen Friedenspreis. Ein Jahrbuch würde darnach 1.600 K kosten, gewisse Kartenblätter würden dabei sehr teuer kommen. Bezüglich Ermäßigung des Preises für einzelne Institute<sup>f</sup> und gewisse Personen (Anfrage Vettters) teilt der Vorsitzende mit, daß im Vertrag mit Lechner bereits solche Ausnahmen vorgesehen sind.

Hammer verlangt, daß im Staatsamt auf eheste Bewilligung der vorgeschlagenen Preiserhöhung gedrängt werde.

Der Vorsitzende bemerkt, nach Mitteilung des Leiters der Lechnerischen Kartenabteilung, Herrn Wurtz, habe der Vertrieb unserer Karten im letzten Jahr eine staunenswerte Höhe erreicht.

- II. Vettters berichtet über Gewerkschaftsangelegenheiten: Die Streikgefahr ist gegenwärtig beseitigt; sie entstand wegen gewisser Fragen betreffend Personalvertretung, in deren gegenwärtiger Form die Angehörigen unserer Gewerkschaft ungünstig abschneiden würden. Die Sache dürfte sich noch hinziehen bis zu einer Reform des wissenschaftlichen Dienstes. Nach dem gegenwärtigen Entwurf würden bei uns im Haus 3 Vertrauensmänner sein, ein Wissenschaftler, einer von der Kanzlei, ein Diener. Von einer Kommission der Museen und

---

<sup>a-a</sup> *Überschrieben anstelle von:* endlich erfolgte Festsetzung.

<sup>b-b</sup> *Überschrieben anstelle von:* geologische Landes.

<sup>c-c</sup> *Überschrieben anstelle von:* den Wechsel in der.

<sup>d</sup> *Nachgetragen.*

<sup>e</sup> *Folgt gestrichen:* teilt uns mit.

<sup>f</sup> *Folgt gestrichen:* und Anstalten, Lehrkanzeln.

naturwissenschaftlichen Institute geht die Anregung aus, daß alle dem Unterrichtsamt unterstehenden Institute in einer Sektion vereinigt werden sollen. Heute sind die Museen in 10 Sektionen unter HR Tietze vereinigt, der auch die naturwissenschaftlichen vertritt. Die andern Institute<sup>g</sup> sind in der Sektion Kelle, in der auch die Mittel- und Hochschullehrer vereinigt sind. Wir verlangen einen Konsulenten, der den Referenten berät. Die Mittelschullehrer haben erreicht, daß die Sektion Kelle paritätisch aus Verwaltungsbeamten und Mittelschullehrern zusammengesetzt<sup>h</sup> wird, ein Mittelschullehrer ist bereits darin. Nach Kelles Abgang<sup>i</sup> soll ein Lehrer die Sektion erhalten.

Die naturwissenschaftlichen Institute und die Museen sollen in einer Sektion einheitlich behandelt werden. Vielleicht wird dann Dr. David dieses<sup>j</sup> Referat bekommen. <sup>k</sup>Die für das Unterrichtsamt vorgeschlagenen Reformen bedeuten bei Einführung des Dezernentensystems eine Arbeitersparnis und Ersparnis von Verwaltungsbeamten. Das Unterrichtsamt soll 3 Sektionen enthalten, eine für Personalangelegenheiten, eine für Unterricht und eine für Kunst und Wissenschaft. Davon hätte die für Personalangelegenheiten den Verwaltungsjuristen zu verbleiben, während die bei den andern mit Fachleuten zu besetzen sind.

Vetters stellt nun die Frage, ob wir mit der Absicht einverstanden sind, von der Sektion Kelle wegzukommen.

Nachdem kein Einspruch gegen diese Absicht erhoben wird, beantragt der Vorsitzende, daß Vetters in der am nächsten Tag stattfindenden Gewerkschaftssitzung unser Einverständnis melden solle.

Vetters macht noch Mitteilung über den Tarif für Privatarbeiten und Expertisen sowie über den Stand der Kohlenlieferung der staatlichen Brennstoffstelle.

- III. Vorschlag Spengler's über Herstellung des Katasters: Zur Ersparung mehrfacher Ausführung von Katasterzetteln durch verschiedene Bearbeiter könnten die vorhandenen Zusammenstellungen, vor allem die Petrascheks über die Kohlen und die von Tertsch über die Erze in der Weise benützt werden, daß nur die großen Zettel [*folgt unleserlich*]<sup>l</sup> voll ausgefüllt<sup>l</sup> werden, die kleinen Zettel (Ortszettel)<sup>m</sup> nur einfach aus den genannten Arbeiten abgeschrieben werden. Wir könnten ja in kürzester Zeit bereits auf eine geleistete, ziemlich vollkommene Arbeit hinweisen.

Dreger verweist darauf, daß durch Zuweisung der einzelnen Zeitschriften an bestimmte Bearbeiter bereits eine Aufteilung der Arbeit erfolgt ist. Die Zeitschriften sollen weiter durchgearbeitet werden, dann der Stoff verteilt, so daß einer die tertiären Kohlen, einer Eisen, einer Kupfer usw. übernimmt. Die Verteilung hätte verordnungsmäßig durch die Direktion nach allgemeiner Besprechung<sup>n</sup> mit Berücksichtigung<sup>n</sup> der Wünsche jedes Mitgliedes zu erfolgen.

<sup>g</sup> Mit Bleistift nachgetragen.

<sup>h</sup> Überschrieben anstelle von: [*unleserlich*]

<sup>i</sup> Überschrieben anstelle von: wird.

<sup>j</sup> Überschrieben anstelle von: das.

<sup>k</sup> Zuvor gestrichen: Auch.

<sup>l</sup> Überschrieben anstelle von: geschrieben.

<sup>m</sup> Folgt gestrichen: nicht.

<sup>n-n</sup> Überschrieben anstelle von: auf Grund.

Spengler wünscht beide Vorschläge zu kombinieren.

Geyer sieht in dem Vorschlag Spenglers eine wesentliche Abkürzung der Arbeit und die Möglichkeit, rasch zu einem Stammkatalog zu kommen.

Sander: Die rein mechanische Arbeit des <sup>o</sup>Zettelschreibens und <sup>o</sup> Ordnen ist durch Dienstbefehl jemandem zu übertragen.

Vetters: Wallner, der bereits für diesen Dienst genannt wurde, ist zum Zettelschreiben nicht geeignet.

Der Vorsitzende gibt der Hoffnung Ausdruck, vielleicht von SC Rotky eine Subvention für die Katasterarbeit zu bekommen. Vorläufig müssen die notwendigen Schreibearbeiten von uns selbst durchgeführt werden.

Zur Übernahme und Ordnung der Zettel wird über Vorschlag Ampferers Dr. Maluschka bestimmt.

Spengler fragt an, ob die Fundpunkte in eine Karte einzutragen sind, Hackl ob die Zettel zu signieren sind. – Nein.

Beschluß über die Anträge Spengler-Dreger: Die vorhandene Literatur ist entsprechend den früheren Beschlüssen durcharbeiten, die kompilatorischen Zusammenfassungen, wie (Granigg, Tertsch etc.) sind von vornherein auszulassen.

Spengler zieht seinen Antrag zurück. Sander betont die Notwendigkeit, auch die kompilatorischen Arbeiten durchzusehen.

Dreger fragt an, ob eine Verteilung nach Materien vorgenommen [werden] soll, was eine gute Kontrolle ermögliche?

Ja. – Die Eintragung der Orte auf der Karte hat beim Ordnen der Faszikel zu geschehen.

Bei ganz ungenauen und unsicheren Ortsangaben ist nach Antrag Hackl ein Fragezeichen beizusetzen.

Vetters: Soll<sup>p</sup> die<sup>q</sup> Übersichtskarte und der<sup>r</sup> Zettelkatalog zugleich gemacht werden, oder erst der Katalog?

<sup>s</sup>Vorsitzender: Beides zugleich.

Vetters: Dann bleibt keine Zeit zu andern Arbeiten.

- IV. Der Vorsitzende bringt den Aufnahmeplan für 1922 zur Besprechung. Die halbjährige Verwahrung wurde mit Ende 1921 eingestellt, das neue Rechnungsjahr beginnt mit 1. Jänner [19]22. Der Aufnahmeplan muß daher früher eingebracht werden. Die nötigen Angaben der Geologen sind ehestens einzubringen.

Wenn der<sup>t</sup> Kostenvorausplan<sup>u</sup> so hoch sein sollte, daß das Finanzamt ihn nicht bewilligt, müßten wir nach einer Mitteilung unseres Referenten, auf Kürzung der Aufnahmezeit rechnen.

---

<sup>o</sup>o Nachgetragen.

<sup>p</sup> Korrigiert aus: sollen.

<sup>q</sup> Nachgetragen.

<sup>r</sup> Nachgetragen.

<sup>s</sup> Zuvor gestrichen: den.

<sup>t</sup> Korrigiert aus: die.

<sup>u</sup> Erweitert anstelle von ursprünglich: Kosten.

Sander schlägt vor, das Verhältnis zwischen den Diäten<sup>v</sup> und der Indexziffer vom August vorigen Jahres festzustellen und darauf die Berechnung der neuen zu verlangen, ebenso bei den Pauschalien.

Hammer verlangt Festsetzung eines Grundbetrages und eine Erhöhung, die von der Indexziffer abhängig ist.

Sander stimmt zu und verlangt Berechnung des Grundbetrages nach der jetzigen Indexziffer und fordert einen neuen Nachtrag nach dem späteren Index.

Beck beantragt, neuerdings Dienstfahrt<sup>w</sup> auf den Bechner zu verlangen.

Hammer drängt auf sofortige Bestellung der notwendigen Kartenblätter.

Beck verlangt Rückforderung der noch bei auswärtigen Herren befindlichen Karten. (Blätter von Klagenfurt und Tarris bei Petraschek).

Ampferer: Die Kossmathschen Blätter Laibach und Radmannsdorf sind unverzüglich einzufordern, da die Gefahr besteht, daß Kossmath das Blatt Radmannsdorf den Italienern verkauft.

Geyer: Ebenso Flitsch. Blatt Radmannsdorf ist nur zum kleinen Teil Kossmaths Arbeit, da es von Teller fast fertig gemacht war.

Vetters: Die Originale der Rosivalblätter [*sic*] aus Schlesien einfordern.

Hammer: Von den österreichischen Staatsbürgern <sup>x</sup>ist die Rückgabe<sup>x</sup> der Karten im Amtsweg zu erzwingen.

Ampferer: Die Originalblätter sind Kossmath gegen richtigen Vertrag überlassen worden, der Vertrag ist unbedingt einzuhalten.

Der Vorsitzende: Es<sup>y</sup> wird festgestellt, was alles draußen steht und die Blätter werden offiziell eingefordert. (Auch von Jahn, Becke, Hinterlechner).

- V. Der Vorsitzende teilt mit, daß im Dienstzimmer eine Tafel angebracht wurde, auf der jeder der Herrn, der auf kürzere Zeit die Anstalt verlässt, eine entsprechende Eintragung zu machen hat.

Vetters beantragt, Verreisungen auf einem Bogen, der in der Direktion aufliegen soll, einzutragen.

Der Vorsitzende bemerkt hiezu, er sei zwar prinzipiell gegen alle derartigen Bindungen, wenn aber der Zug der Zeit derart sei, könne eine solche Bestimmung ja erwogen werden. Es könne aber auch eine Falle sein, die wir uns selbst legen.

Schluß der Sitzung 12 h 10

Der Schriftführer: Dr. Heinrich Beck

Der Vorsitzende: Georg Geyer

---

<sup>v</sup> Folgt gestrichen: vom.

<sup>w</sup> Korrigiert aus: Dienstfahrten.

<sup>x-x</sup> Überschrieben anstelle von: sind.

<sup>y</sup> Folgt gestrichen: uf.

## Beilagen

**Beilage A:** Bedeutung der Geologischen Reichsanstalt für den Deutschösterreichischen Staat, Wien, 1919

**Beilage B:** Pro Memoria in Angelegenheit der Neubesetzung der Direktorstelle an der Geologischen Reichsanstalt in Wien, Wien, 7. Jänner 1919

**Beilage C:** Promemoria In Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt, Wien, 15. Jänner 1919

**Beilage D:** Geschäftsordnung für die Haussitzungen des Geologenrates der Geologischen Reichsanstalt, Wien, 7. Februar 1919

**Beilage E:** An den Herrn Staatssekretär für Landwirtschaft, Wien, 1919

**Beilage F:** Zur Sitzung am 21. März 1919 – Einige Richtlinien für die Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt im Hinblick auf die Interessen der Landwirtschaft

**Beilage G:** Verhandlungsschrift über die in Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt am 27. Februar 1919 im Staatsamte für Unterricht abgehaltene zwischenamtliche Beratung

**Beilage H:** Protokoll über die am 19. März 1919 in der Zeit von ½ 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Staatsamte für Unterricht abgehaltene Enquête über die Neugestaltung der Geologischen Reichsanstalt

## Beilage A

### Bedeutung der Geologischen Reichsanstalt für den Deutschösterreichischen Staat

Wien, 1919

Während die neu entstandenen Nachbarstaaten daran schreiten, geologische Anstalten zu gründen, ist Deutschösterreich bereits im Besitze eines vollständig eingerichteten derartigen Institutes mit grossen Sammlungen, einer Bücherei und einem Laboratorium, sowie einem seit Jahrzehnten geschulten Personal, so dass der Staat die Anstalt nur zu erhalten und die neuen Aufgaben entsprechend auszubauen hat um sofort nützliche Arbeit auf diesem Gebiete leisten zu können.

#### Einige Angaben über die Reichsanstalt und deren Tätigkeit.

Gegründet 1849 mit einem praktischen Zielen angepassten Programm.

Personalstand anfangs 1918: Direktor in der VI und Vizedirektor in der VII. Rangklasse. 17 Aufnahmsgeologen, 2 Chemiker, Bibilothekar [*sic*], Kanzleikräfte und Diener. Automatisch verringert sich dieser Stand an Aufnahmsgeologen mit Schluss des Jahres auf 11.

#### Hauptaufgabe.

Geologische Landesaufnahme als Grundlage aller praktischen Fragen, welche sich auf die Erdkruste, deren Mineralschätze und Wasserführung beziehen und eine Voraussage hinsichtlich noch nicht aufgeschlossener Bodenwerte ermöglicht.

Dieser Aufgabe wurde bisher nachgekommen durch die Herausgabe von

1) in Farbendruck (seit 1898) erscheinenden geologischen Spezialkarten i. M. 1:75.000 (zum Teil auch 1:25.000) und dazu gehörigen „Erläuterungen“.

2) Von periodischen Druckschriften, nämlich

a) Jahrbuch mit Tafelbeilagen, Karten und Illustrationen; bisher 67 Bände.

b) Verhandlungen, für kleinere Aufsätze und dringliche Voranzeigen, 12 Hefte jährl.; bisher 51 Bände.

c) Abhandlungen (Quart) Zwanglos erschienen in bisher 22 Bänden. Meist palaeontologische Monographien.

Auf Grund dieser wissenschaftlichen Tätigkeit erfolgt die Einflussnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung des Staates durch Vermittlung der aus der Natur geschöpften Erkenntnisse und Erfahrungen.

In erster Linie beim Bergbau, namentlich den Kohlen, -Erz- und Salzbergbau sowie beim Abbau nutzbarer Minerale wie z. B. Graphit, Magnesit, Beauxit, Gips, Torf, Kaolin etc. Dann bei

Erdöl und Erdgas, Asphaltindustrie

Steinbruchbetrieben einschliesslich Zementindustrie

Gewinnung von Baumaterialien (Sand Ton etc)

Tiefbohrungen Anlage und Begutachtung der fortschreitenden Arbeit, Beurteilung des palaeontologischen Materials

Schottergewinnung für Strassenerhaltung

Wasserversorgung von Städten und Märkten

Anlage von Artesischen Brunnen

Erschliessung und Schutz von Mineralquellen und Thermen

Aufstellung von Schutzrayons

Grundwasserfragen und hygienische Anlagen (Friedhöfe)

Kanalbauten und Flussregulierungen

Anlage von Stauwerken und Wasserstellen für die Errichtung elektrischer Kraftstationen (Elektrifizierung der Alpenbahnen)

Beurteilung von Rutschterrains, Fundierungen, Senkungen bei Bauten (Schwimmsandeinbrüche)

Eisenbahn-Tunnel und Strassenbau

Geologische Kartengrundlagen für Bodenkultur und kulturtechnische Arbeit

Abgabe von Gutachten in bergbaulichen und wasserrechtlichen Fragen etc. etc als unparteiisches Forum bei Rechtsstreitigkeiten

Verwahrung und Verwaltung der im Anstaltsgebäude befindlichen Bücherei und Kartensammlung sowie des grossen Museums und des chemischen Laboratoriums, welches letzteres nicht nur wissenschaftlichen Zwecken dient, sondern auch dauernd im Dienste des praktischen Wirtschaftslebens steht durch zahlreiche Analysen von Kohlen, Graphiten, Erzen und anderen Mineralien, Gesteinen, Wässern, Rohpetroleum u.s.w.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau von Deutschösterreich das natürliche Bestreben sich in der Gewinnung seiner Rohprodukte unabhängig vom Auslande zu machen und seine natürlichen Kraftquellen auszunützen, wird dem Staate grosse Aufgaben stellen bei denen die Geologische Reichsanstalt mit zu arbeiten haben wird.

Im Interesse dieser Arbeit läge es, die reichhaltige Sammlung der Anstalt sowie deren wissenschaftliche Hilfsmittel anlässlich der Auseinandersetzung mit den neuen Nationalstaaten tunlichst vollständig zu erhalten.

Nach Eintritt normaler Wirtschaftsverhältnisse wird sich ein Ausbau der Anstalt als notwendig erweisen in dem Sinne einer Förderung der praktischen Richtung.

Diesbezüglich wird die Anstalt seinerzeit ein ausführlicheres Programm vorlegen, dessen Vorbereitung bereits im Zuge ist.

## Beilage B

### Pro Memoria in Angelegenheit der Neubesetzung der Direktorstelle an der Geologischen Reichsanstalt in Wien

Wien, 7. Jänner 1919

Ab 1. Jänner d. J. ist durch die Pensionierung des Direktors und Vizedirektors der geologischen Reichsanstalt die Direktorenstelle vakant und sicherem Vernehmen nach ist für dieselbe ein Aussenseiter in Aussicht genommen. Eine solche Besetzung würde aber nach der Ueberzeugung der gefertigten Beamenschaft eine Schädigung sowohl des wissenschaftlichen Betriebes, wie des Personales dieser Anstalt als auch des Staates Deutschösterreich verursachen, wie nachfolgend erläutert wird.

An und für sich erscheint es als ein Widerspruch in den jetzigen Verhältnissen, wo man die Beamtenkörper der Zentralstellen zu verringern trachtet, in der Person des Direktors einen neuen Beamten einzuschieben. Sollte jedoch der ausgedehnte Wirkungskreis der Geologischen Reichsanstalt eine Vermehrung des Beamtenstandes dieses Institutes nötig machen, so erscheint es zweckentsprechender, die Ergänzung durch junge, für den geologischen Aufnahmsdienst noch unverbrauchte Kräfte vorzunehmen.

Ferner beinhaltet die Ernennung eines Aussenseiters zum Direktor der Geologischen Reichsanstalt eine schwere materielle und ethische Schädigung der Beamten insoferne ein Einschub bei dem ausserordentlich kleinen Beamtenstande des Institutes die an und für sich schon äusserst schlechten Avancementverhältnisse noch ungünstiger gestaltet und andererseits insoferne, als ein solcher Einschub gleichzeitig ein Misstrauen und eine Herabsetzung aller Mitglieder der Geologischen Reichsanstalt insgesamt und der langjährigen erfahrenen Beamten, welche hier zunächst in Betracht kämen, insbesondere beinhaltet würde.

Soviel über die als Direktor in Aussicht genommene Persönlichkeit bekannt ist, war derselbe niemals Mitglied der Geologischen Reichsanstalt, hat sich niemals systematisch mit geologischer Landesaufnahme abgegeben, beschäftigt sich auch bereits seit mehr als 10 Jahren nicht mehr mit Geologie und hatte auch niemals Veranlassung Fragen der praktischen Geologie näher zu treten (bis auf die allerletzte Kriegszeit).

Seinen eigenen Aeusserungen nach beabsichtigt er die eine der von der Anstalt herausgegebenen Zeitschriften, die „Verhandlungen“ aufzulassen und die kleinen Artikel, die bisher dort erschienen, nunmehr in den „Mitteilungen der Wiener Geologischen Gesellschaft“ zu veröffentlichen. Es muss aber als schwere Schädigung unseres Institutes angesehen werden, wenn das alte, seit sechzig Jahren bestehende und in der ganzen Welt bekannte Organ der Geologischen Reichsanstalt zu Gunsten einer jungen, weitaus weniger verbreiteten und in ihrer ganzen Anlage verschiedenen Zeitschrift aufgelassen werden soll. Denn die Bedeutung der Verhandlungen liegt unter anderem auch darin, dass sie derzeit einzig die Möglichkeit bietet, dringende wissenschaftliche und wirtschaftlich praktische Beobachtungen rasch an die Oeffentlichkeit zu bringen.

Der in Aussicht genommene Herr will, ebenfalls nach seinen eigenen Aeusserungen, die Geologischen Kartenblätter, welche Gebiete ausserhalb Deutschösterreich betreffen, auch wenn mit deren Drucklegung bereits begonnen wurde, nicht veröffentlichen. Dieses Vorgehen beinhaltet jedoch eine schwere Schädigung des deutsch-österreichischen Staates, für welchen es eine grosse Bedeutung besitzt, wenn derselbe späterhin, anlässlich der bevorstehenden zwischenstaatlichen Liquidierungsverhandlungen in der Lage ist, den nicht deutschen Staaten eine Anzahl auf diese bezügliche fertige Kartenblätter als Aktivposten, da von deutschösterreichischen Beamten bearbeitet, vorlegen kann.

Weiter bedeutet es eine Beeinträchtigung des wissenschaftlichen Betriebes der Anstalt, für welche dadurch ein Vakuum in den wichtigsten Veröffentlichungen entstehen würde, und endlich auch eine schwere Schädigung der einzelnen Autoren, bezüglich derer die Veröffentlichung ihrer langjährigen Arbeiten auf diese Weise vollkommen in Frage gestellt wird.

Der in Aussicht genommene Herr hat überdies dem bisherigen k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht Vorschläge bezüglich der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt unterbreitet, ohne sich mit den langjährigen und erfahrenen Beamten dieser Anstalt ins Einvernehmen zu setzen, und da der Genannte, wie erwähnt, sich niemals im Verbunde unseres Institutes befunden hat, so ist auch nicht anzunehmen, dass dieser die Einrichtungen und Bedürfnisse desselben so genau kennt, als dass er in der Lage wäre, wirklich zweckentsprechende Vorschläge zu machen, woraus wieder eine Schädigung der Geologischen Reichsanstalt hervorginge.

Hinzuzufügen ist auch noch, dass das Budget der Geologischen Reichsanstalt durch die Ernennung des in Aussicht genommenen Herrn in einer höheren als systemisierten Rangklasse eine unnötige Mehrbelastung erfahren würde, und dass es endlich auch als Schädigung dieses Institutes zu bezeichnen ist, wenn die Stelle des Direktors mit einer Universitätsdozentur kumuliert würde, da es für einen Hochschullehrer zwar möglich ist, gleichzeitig die Verwaltung eines Museums durch unterstellte Beamte zu überwachen, wogegen die Leitung einer Geologischen Reichsanstalt die Kräfte eines Direktors vollauf in Anspruch nimmt.

In Darlegung obiger Sachlage erlauben sich daher die gefertigten Beamten der Geologischen Reichsanstalt darauf zu dringen, dass die erledigten Posten eines Direktors und Vizedirektors dieser Anstalt nur aus dem Personale der Aufnahmsgeologen dieses Institutes besetzt werden.

Wien, am 7. Jänner 1919

Eichleiter eh.

Kerner eh.

Hammer eh.

Waagen eh.

Ampferer eh.

Ohnesorge eh.

Beck eh.

Vetters eh.

Hackl eh.

Götzing er eh.

Sander eh.

Spengler eh.

## Beilage C

### Promemoria In Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt

Wien, 15. Jänner 1919

Faksimile aus:

Verhandlungen der Geologischen Reichsanstalt, Nr. 2, 1919 (Wien), S. 45-50

# VERHANDLUNGEN

## der Geologischen Reichsanstalt.

N° 2

Wien, Februar

1919

Inhalt: Vorgänge an der Anstalt: Denkschrift über die Ausgestaltung der Geol. R.-A. — Eingesendete Mitteilungen: O. Hackl, Grundzüge eines Verfahrens zur direkten Bestimmung des Eisenoxydgehaltes säureunlöslicher Silikate. — W. Petrascheck, Der Ostrand des Kielce—Sandomirer Gebirges und seine Bedeutung für die Begrenzung des russischen Schildes. — A. Spitz †, Eine Querstörung bei Meran. — Literaturnotizen: H. Tertsch, E. Jäger.

NB. Die Autoren sind für den Inhalt Ihrer Mitteilungen verantwortlich.

### Vorgänge an der Anstalt.

Mitte Dezember wurden die Herren Regierungsrat G. Geyer und Bergrat Dr. Dregger als Deputation der Anstalt vom Herrn Staatssekretär für Unterricht empfangen und brachten bei diesem Anlasse vor, daß die Geologische Reichsanstalt das Bedürfnis besitze, in praktischer und wissenschaftlicher Hinsicht sich auszugestalten. Daraufhin wurde vom Herrn Staatssekretär der Wunsch geäußert, daß ihm von seiten der Anstalt ein bezüglicher Entwurf vorgelegt werde. In Befolgung dieser Anregung wurden die in Betracht kommenden Fragen in den seit Dezember vorigen Jahres regelmäßig stattfindenden Haus-sitzungen, an welchen sämtliche Geologen und die Chemiker teilnehmen, und die als bleibende Einrichtung gedacht sind, durchbesprochen und hierauf von einem gewählten viergliedrigen Ausschüsse, bestehend aus den Herren Regierungsrat G. Geyer, Dr. Waagen, Dr. Ampferer und Dr. Vettters nachstehende Denkschrift ausgearbeitet, welche am 17. Jänner d.J. nach Genehmigung in der Haussitzung vom 15. Jänner, von Herrn Regierungsrat G. Geyer im Staatsamte für Unterricht überreicht wurde.

### Promemoria.

(In Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt.)

Ueber Aufforderung des Herrn Staatssekretärs für Unterricht erlaubt sich die gegenwärtige Direktion der Geologischen Reichsanstalt folgende bei den regelmäßig stattfindenden Versammlungen der Anstaltsmitglieder aufgestellte und durchberatene Richtlinien zu unterbreiten.

Als leitender Grundsatz muß dabei gelten: die Geologische Reichsanstalt betätigt sich als wissenschaftliches Forschungsinstitut, wie solche in anderen Staaten in der letzten Zeit ebenfalls errichtet wurden. Ferner: alle die Fragen zu beantworten, welche Volkswirtschaft, Technik usw. an die Geologie zu stellen haben, ist angewandte Wissenschaft, angewandte Geologie. Die Grundlage dafür ist und bleibt in jedem Falle eine möglichst eingehende, genaue und zuverlässige geologische Landesaufnahme und ihre kartographische Festlegung.

Nach wie vor muß daher die geologische Landesaufnahme die Hauptaufgabe der Geologischen Reichsanstalt bilden, demnach die Herausgabe geologischer Karten, Aufsammlung der notwendigen Belegstücke und die Herausgabe von Spezialarbeiten in den eigenen Druckschriften: Jahrbuch, vierteljährig mit Karten, Durchschnitten, Fossiltafeln usw.; Verhandlungen, monatlich für kleinere Mitteilungen dringender Natur; Abhandlungen für größere Monographien nach Bedarf.

Da jedoch die Not der Zeit dazu drängt, die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung für die Volkswirtschaft ausgiebig zu verwerten, werden den neuen Aufgaben Rechnung tragend folgende Vorschläge hinsichtlich Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt gemacht:

**1. Kartenwerke:** 1. Sofortige Herausgabe der fertiggestellten Kartenblätter i. M. 1:75.000 und beschleunigte Aufnahme der noch nicht kartierten Gebiete Deutschösterreichs unter Bevorzugung der wirtschaftlich wichtigen Gegenden, tunlichst auch unter Verlängerung der bestehenden normalen Aufnahmezeit von drei Monaten.

2. Dabei technische Verbesserung zum Zwecke der allgemeinen Benützbarkeit weiterer Kreise durch: a) weitgehende Ausgestaltung der Erläuterungen der Karte 1:75.000 durch Beigabe von Profilen, stratigraphischen Tabellen, Fossilabbildungen, geologischen Kartenskizzen der weiteren Umgebung. — Durch Wiederabdruck von Textfiguren aus dem Jahrbuche und den Verhandlungen sowie Wiederholung gewisser Abbildungen in mehreren Erläuterungsheften läßt sich diese bedeutende Verbesserung ohne nennenswerte Mehrkosten durchführen, b) Beigabe von Profilen, Mächtigkeitsdarstellungen, gelegentlich auch Bohrprofilen auf den Karten, bzw. Herausgabe eigener Profiltafeln.

3. Herausgabe von Karten im größeren Maßstabe (1:25.000 oder noch größer) für wirtschaftlich und wissenschaftlich wichtige Gebiete (Bergbaugebiete, Umgebung von Hauptstädten, Kurorten, Schulstädten) sowie eigener Lagerstättenkarten.

4. Für die übrigen Gebiete können die vorhandenen Aufnahmeblätter i. M. 1:25.000 für wirtschaftlich wichtige, besonders öffentlich technische Zwecke fallweise über Ansuchen bei der Direktion in Handkolorit abgegeben werden, analog den bis jetzt in Druck noch nicht erschienenen geologischen Karten 1:75.000. — Nicht unwichtig für Vorprojekte von Wasserkraftanlagen, Eisenbahntrassen, Straßen, Tunnelbauten usw.

5. Blattweise Herausgabe einer geologischen Uebersichtskarte i. M. 1:200.000 und

6. Herausgabe einer mehr flächenhaft gehaltenen Schulwandkarte für ganz Deutschösterreich. — Die Herausgabe dieser geologischen Karte könnte nach dem heutigen Stande der Aufnahmen sofort in Angriff genommen werden.

7. Herausgabe eines Atlases der nutzbaren Mineralvorkommen i. M. 1:200.000. — (Muster die Karte der Preußisch geologischen Landesanstalt, jedoch unter Hinzugabe von Bergwirt-

1919

Promemoria.

47

schaftskarten über Gewinnungs- und Absatzgebiete, Verteilung der Förderung usw.)

II. Wichtig und erstrebenswert ist ferner die Herstellung von zerlegbaren **Reliefs** mit geologischer Bemalung in den Farben der Spezialkarte für wirtschaftlich und wissenschaftlich interessante Gebiete.

III. **Druckschriften:** 1. Ungeschmälerter Umfang und bessere Ausstattung durch Beigabe zahlreicherer Karten und Beilagen in Farbendruck. — Eine gewisse Ersparnis der Mehrkosten ließe sich durch Aufnahme von Anzeigen auf den Schutzumschlägen sowie durch regeren Vertrieb (siehe unten VII./2.) erzielen.

2. Erweiterung des redaktionellen Umfanges durch Aufnahme bergwirtschaftlicher, wassertechnischer und verwandter Studien, Veröffentlichung von geologischen Gutachten, im Einverständnis mit dem Auftraggeber.

IV. **Praktisch angewandte Geologie.** 1. Größere Berücksichtigung aller wirtschaftlichen Fragen schon bei den geologischen Aufnahmen im Gelände, durch tunlichste Fühlungnahme mit allen Interesseuten. — Neue Aufnahmsinstruktion! — Weitgehende Unterstützung und Information der Geologen durch die politischen Behörden, Gemeinden und aller Staatsbetriebe wäre durch die Staatsämter zu erwirken.

2. Herausgabe eines Merkblattes durch die Geologische Reichsanstalt für die Aufnahmsgeologen, auswärtigen Mitarbeiter und Lokalbeobachter. — Bei Abfassung desselben ist mit den interessierten Aemtern und Körperschaften Fühlungnahme zu pflegen (Staatsamt für Unterricht, öffentliche Arbeiten, Eisenbahnen, Gewerbe und Industrie, des Innern, für Finanzen, Montanvereinigungen, Ingenieur- und Architektenvereine u. a. m.).

Zu erstreben wäre auch die Einrichtung eines Beobachtungsdienstes, ähnlich dem der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, welcher vorübergehende Aufschlüsse, Schürfungen, Fossilfundorte u. dgl. zur Anzeige brächte.

3. Zur Durchführung obigen Programms wäre auch eine staatliche Verordnung notwendig, welche alle Bergverwaltungen und Behörden bemüßigt, von Freifahrungen, Eröffnung von Steinbrüchen, Ziegeleien usw. Mitteilung zu machen, auch wären Bohrunternehmungen und Brunnenmacher in ähnliche Verpflichtung einzubeziehen. Dagegen könnten in besonderem Falle die Besitzer seitens der Beamten der Geologischen Reichsanstalt die Wahrung des Amtsgeheimnisses fordern.

4. E'erner wäre die Geologische Reichsanstalt durch Verordnung zur Zentralstelle für geologische Auskünfte zu erklären, an welche sich alle öffentlichen (staatlichen, Gemeinde- und Landesämter) Aemter und Behörden im Bedarfsfalle zu wenden hätten.

5. Zur Unterstützung der praktischen Tätigkeit der Geologen ist es unbedingt nötig, diese mit einer Legitimation zu versehen, auf Grund derer es ihnen gestattet ist, Bahnanlagen auf eigene Gefahr zu

7\*

begehen und alle für den öffentlichen Verkehr nicht freigegebenen Wege und Gebiete zu betreten (Jagdgebiete). Vorteilhaft wäre auch ein sichtbar zu tragendes Abzeichen für die Aufnahmegeologen.

Für die Dienstreisen bei der Aufnahme im Gelände und zum Besuche gemeldeter neuer Aufschlüsse (siehe oben Nr. 2 dieses Abschnittes) ist den Aufnahmegeologen auf den Eisenbahnen freie Fahrt oder mindestens Fahrt zum Regiepreise zu erwirken, wie seinerzeit Privatbahnen tatsächlich gewährten.

6. Anlage eines Katasters der Bodenschätze in Form eines Zettelkataloges samt dazugehörigen Verzeichnissen geordnet nach mehreren Gesichtspunkten wie Materialien. Fundorte, Literatur.

Die in den Punkten 2, 3, 4 und 5 dieses Abschnittes gemachten Vorschläge bilden eine notwendige Voraussetzung für ein entsprechend rasches Wachsen des Umfanges und damit der praktischen Verwendbarkeit des Katasters.

Handschriftliche, teils in den Akten, teils in der Bücherei liegende praktisch geologische Gutachten, Manuskriptprofile etc. in der Kartensammlung, ferner das bereits begonnene Bohrarchiv und die im Besitze einzelner Beamten befindlichen Aufzeichnungen praktischer Natur stellen einen wertvollen Bestand dar, der die Inangriffnahme der Vorarbeiten ermöglicht.

Die Verarbeitung der in den Anstaltsschriften und sonst in der Literatur zerstreuten praktischen Notizen zur Form des handlichen Katasters wird von dem jeweiligen Personalstand abhängen und dementsprechend Zeit beanspruchen.

Ein derartiger Kataster wird bereits in mustergültiger Weise von der Preußisch-geologischen Landesanstalt geführt und es wäre daher von großem Vorteile, zum Studium dieser Einrichtung Beamte zu entsenden.

7. Unter Voraussetzung der Anstellung geeigneter Arbeitskräfte könnten auch geologisch landwirtschaftliche Aufnahmen gemacht werden. Vorarbeiten dazu stellen zum Teil die vorhandenen Aufnahmen i. M. 1:25.000 dar.

Zur Herausgabe spezieller Bodenkarten wäre die Fühlungnahme mit dem Staatsamt für Landwirtschaft sowie eine vorherige Einigung der interessierten land- und forstwirtschaftlichen Kreise auf eine einheitliche Basis hinsichtlich Form und Inhalt dieser Karten notwendig.

Zu diesem Zwecke wäre ferner die Anschaffung von entsprechenden Handbohrgeräten notwendig.

**V. Sammlungen.** 1. Soll sich die Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt weiter als auf eine rein konservierende Tätigkeit hinsichtlich der reichen Sammlungen erstrecken und eine Aufarbeitung der wertvollen paläontologischen und petrographischen Aufsammlungen stattfinden, ist die Anstellung je eines speziell ausgebildeten Paläontologen und Petrographen für das Museum notwendig (der einzige bisher angestellte Musealbeamte ist als Nichtdeutscher ausgeschieden).

Außerdem muß die Möglichkeit der Beheizung und Beleuchtung der einzelnen Säle geschaffen werden.

1919

Promemoria.

49

2. Der erweiterten praktischen Tätigkeit der Anstalt entsprechend ist eine geologisch-technologische Mustersammlung anzugliedern, wozu die vorhandene Bau- und Pflastersteinsammlung einen Grundstock bilden kann.

3. Die vorhandene Lagerstättenammlung, welche unter Rummangel und ungünstiger Aufstellung sehr leidet, wäre entsprechend zu vervollständigen und auszugestalten.

4. Die von den Aufnahmsgeologen aus dem Gelände mitgebrachten Belegstücke bilden ein unumgänglich notwendiges Hilfsmittel zur wissenschaftlichen Verarbeitung der Aufnahmen sowie für Auskünfte in praktischen Fragen.

Aus ihnen sollte eine topographische, nach Kartenblättern geordnete Sammlung angelegt werden.

Jedenfalls muß aber schon jetzt für unter 2, 3, 4 dieses Abschnittes genannten Sammlungen die notwendige Anzahl von Sammlungskästen angeschafft, die Raumfrage gelöst werden, sonst können diese Sammlungen dem Besuche und Studium der Allgemeinheit nicht zugänglich gemacht werden.

VI. **Laboratorium.** 1. Da die Untersuchungen im chemischen Laboratorium nicht nur für Private, welche jetzt die beiden Chemiker fast ausschließlich beschäftigen, sondern auch für die wissenschaftlichen und praktischen geologischen Untersuchungen der Anstaltsmitglieder immer mehr Bedeutung gewinnen, so ist es notwendig, daß die aufgelassene Stelle eines dritten Chemikers neu besetzt werde und wenigstens stets einer dieser drei Chemiker für Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt zur Verfügung steht; ferner, daß die freigewordene Stelle des zweiten Laboratoriumsdienerers rasch besetzt werde.

2. Die Einrichtung und wissenschaftliche Ausrüstung des Laboratoriums entspricht in keiner Weise den modernen Anforderungen eines Zentralinstitutes, welches so viel von der Praxis in Anspruch genommen wird. Es wird daher eine Reihe von Verbesserungen unvermeidlich sein — wie Einleitung des elektrischen Stroms für elektro-analytische Arbeiten und elektrische Heizvorrichtung für chemische Zwecke, Anschaffung von mechanischen Zerkleinerungs- und Mischapparaten mit motorischem Antrieb, Umwandlung des Probierofens mit Kohlenfeuerung in einen Gasmuffelofen u. dgl. — zu deren Bestreitung die derzeitige, außerdem bei Kriegsbeginn um ein Drittel gekürzte Dotation von ursprünglich 2800 K nicht ausreicht.

VII. **Bücherei.** 1. Zur Durchführung der Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt ist die Bücherei in ihrem jetzigen Umfang notwendig. Die durch den Krieg entstandenen Lücken in den Zeitschriften müssen jedoch geschlossen werden und außerdem eine, wenn auch im bescheidenen Umfange gehaltene Vervollständigung der praktisch wissenschaftlichen Zeitschriften und Einzelwerke vorgenommen werden.

2. Damit die Bücherei zu jeder Jahreszeit voll ausgenützt werden kann, ist die elektrische Beleuchtung einzurichten.

VIII. **Innere Wirtschaft.** Ersparnisse und Vermehrung der Einkünfte. 1. Erhöhung der amtlichen Gebühren für chemische Analysen um 50%, Einführung einer dreifachen Taxe für dringliche Behandlung von Untersuchungen.

Dadurch könnte eine solche Steigerung der Einnahmen erzielt werden, daß nach dem Muster anderer staatlicher Laboratorien den Chemikern Tantiemen gewährt und außerdem höhere Beträge als bisher an den Staat abgeführt werden können.

2. Kündigung des derzeitigen Kommissionsverlages für die Zeitschriften und Kartenwerke der Anstalt. Uebernahme derselben in den eigenen Vertrieb. Regere Bekanntmachung der erschienenen Karten und Druckschriften. — (Von dem bisherigen Verlag wurde diesbezüglich fast gar nichts unternommen.) — Trotz der dadurch erwachsenden Mehrauslagen an Postgebühren könnten Vergütungen für die mit den Verlagsgeschäften betrauten Hilfsbeamten oder Beamten gewährt und eine bedeutende Mehreinnahme erzielt werden.

3. Aufnahme von Anzeigen auf den Schutzumschlägen der Verhandlungen und des Jahrbuches zum Zwecke der Mehreinnahme, bzw. Verbesserung der Ausstattung der Zeitschriften.

4. Erhöhung des Tarifes für handkolorierte geologische Karten i. M. 1:75.000 auf das Doppelte und Einführung einer dreifachen Taxe für dringlich durchzuführende Kartenkolorierungen. (Derzeit kostet eine handkolorierte geologische Karte zum Tarifpreise von 25 K [Höchster Taxtarif] dem Staate an Gehalt für den Zeichner allein zirka 100—120 Kronen.)

Gleichzeitig könnte für Schulen und öffentliche Aemter ein Begünstigungstarif (gleich dem bisherigen Tarif) gewährt werden.

Ferner Einführung einer Taxe für die abzugebenden Kopien 1:25.000 auf der Grundlage: 1 Sektionskopie 1:25.000 = im Preise dem entsprechenden Spezialkartenblatte 1:75.000 in Handkolorit.

5. Einführung einer Taxe für amtliche Auskünfte über Literatur, Mineralvorkommen u. a. m., wenn sie rein geschäftlichen Interessen Privater dienen (etwa 50 Kronen per Bogen Maschinschrift).

Ueber die Größe sowie Organisation und Verteilung des geologischen Aufnahmepersonals sowie über die Höhe der notwendigen Geldmittel kann erst dann gesprochen werden, wenn einmal die Grenzen Deutschösterreichs sowie die Ausdehnung des zu bearbeitenden Gebietes festgestellt sein werden, und wenn seitens des vorgesetzten Staatsamtes zu obigen Vorschlägen Stellung genommen sein wird, oder gegebenenfalls neue Anregungen gemacht sein werden.

Es wird jedoch bemerkt, daß man sich bei der Reihenfolge der in Angriff zu nehmenden Neuerungen möglichst den zur Verfügung gestellten Geldmitteln anpassen wird.

Wien, am 15. Jänner 1919.

## Beilage D

### Geschäftsordnung für die Haussitzungen des Geologenrates der Geologischen Reichsanstalt

Wien, 7. Februar 1919

#### I. Teilnehmer:

Alle wissenschaftlichen Mitglieder der Geologischen Reichsanstalt sind Mitglieder des Geologenrates und als solche zur Einhaltung der nachfolgenden Geschäftsordnung verpflichtet. In besonderen Fällen können über vorhergehenden Beschluss auch die anderen Beamten den Beratungen beigezogen werden.

Die in Wien anwesenden Mitglieder sind zum Erscheinen verpflichtet und haben, so weit sie nicht dispensiert wurden, ihr Fernbleiben von den Sitzungen zu rechtfertigen.

#### II. Vertretung:

Die Vertretung des Geologenrates geschieht in allen Fällen durch die mit  $\frac{3}{4}$  Mehrheit gewählten zwei Vertrauensmänner und deren ebenso gewählte Ersatzmänner. Ihre Vollmacht gilt in der Regel für die Dauer des Kalenderjahres, erlischt aber bereits über Antrag eines Drittels der wissenschaftlichen Mitglieder.

III. Die Einberufung der Sitzungen erfolgt durch die Vertrauensmänner oder den Direktor im Wege mündlicher oder schriftlicher rechtzeitiger Verständigung. Bei schriftlicher Einladung ist die Tagesordnung den Mitgliedern bekannt zu geben.

#### IV. Zahl der Sitzungen:

Die Sitzungen finden nach Bedarf statt, doch ist tunlichst jeden Monat mindestens eine Sitzung abzuhalten. Über Verlangen von ein Drittel der wissenschaftlichen Beamten und Angabe der gewünschten Tagesordnung ist eine Sitzung durch die Vertrauensmänner einzuberufen und tunlichst rasch abzuhalten.

V. Wichtige Verhandlungsgegenstände sind den Vertrauensmännern seitens der Mitglieder oder der Direktion, falls diese eine Versammlung einzuberufen beabsichtigt, vorher bekannt zu geben.

Ferner sollen wichtige Vorfälle, welche die Anstalt und ihre Mitglieder betreffen, gegenseitig von der Direktion und den Vertrauensmännern einander mitgeteilt werden.

VI. Zur Beschlussfähigkeit der Versammlung ist die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder notwendig. Die außerhalb Wiens weilenden Mitglieder jedoch können in besonders wichtigen Fällen durch briefliche oder telegraphische Mitteilung oder durch ausdrückliche Übertragung ihrer Stimme auf ein anderes Mitglied der Geologischen Reichsanstalt sich an der Abstimmung beteiligen und dadurch die Beschlussfähigkeit der Sitzung ermöglichen.

Die Anwesenheit des Direktors ist zur Beschlussfassung nicht notwendig.

VII. Protokollführung und Vorsitz:

Über die Haussitzungen ist durch ein Mitglied des Geologenrates ein Bericht zu verfassen und im Protokollbuch niederzulegen. Der Bericht ist in der nächsten Sitzung zu genehmigen und nach Genehmigung von dem rangsältesten Mitgliede, welches zugleich den Vorsitz nach parlamentarischen Gebräuchen führt, gegenzuzeichnen.

VIII. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende falls alle Mitglieder anwesend waren, oder sich schriftlich an der Abstimmung beteiligten. Im anderen Falle ist der Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten, tunlichst rasch einzuberufenden Sitzung zu stellen. Diese Sitzung ist dann bei mündlicher oder schriftlicher Beteiligung von zwei Dritteln der Mitglieder in obigem Sinne beschlussfähig.

IX. Beratungsgegenstände der Haussitzungen sind alle die Anstalt als Ganzes betreffenden Angelegenheiten wie Neuorganisation, Arbeitsplan, Verteilung der wissenschaftlichen und praktischen Arbeiten an der Anstalt, Neuaufnahme von Mitgliedern und sonstigen Angestellten der GRA, auswärtigen Mitarbeitern und Lokalbeobachtern, Ernennung von Korrespondenten, Vertretung der Anstalt nach außenhin wie bei Kongressen, Beratungen und Versammlungen, Erörterung des Budgets der GRA. und diesbezügliche Vorschläge, Vornahme der Wahl der Vertrauensmänner usw. – Die Beratungen gelten im Allgemeinen als vertraulich und dürfen außerhalb des Geologenrates stehenden Personen nicht mitgeteilt werden.

X. Änderungen der Geschäftsordnung und Ergänzungen derselben sind nur unter Zustimmung von drei Vierteln der Mitglieder des Geologenrates möglich.

Wien, am 7. Februar 1919

## Beilage E

### An den Herrn Staatssekretär für Landwirtschaft

Wien, 1919

Die Direktion und der wissenschaftliche Beirat der Geologischen Reichsanstalt gestatten sich dem Staatsamte für Landwirtschaft eine Anregung betreffend die bodenkundliche Erforschung der Agrargebiete des deutschösterreichischen Staates zu unterbreiten. In neuerer Zeit wird in den Kulturstaaten die Frage bodenkundlicher Untersuchungen ein erhöhtes Interesse zugewendet, das vor Allem in der Aufnahme und Herausgabe spezieller agrogeologischer Karten seinen Ausdruck findet.

In fast allen Ländern, z.B. Preussen, Württemberg, Baden, Ungarn, Vereinigte Staaten etc. wurden die pedologischen Arbeiten den geologischen Landesanstalten übertragen. Häufig sind den betreffenden geologischen Instituten eigene bodenkundliche Sektionen angegliedert.

Angesichts der gewiss auch vom Staatsamt für Landwirtschaft anerkannten Notwendigkeit aller Erfahrungen, die zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion beitragen können, in Anwendung zu bringen, erscheint eine von pedologischen Gesichtspunkten aus erfolgende fachmännische Begutachtung unserer Böden, wie sie nur durch Inangriffnahme bodenkundlicher Aufnahme erfolgen kann, als ein Erfordernis der Zeit.

Dass solche bodenkundliche Aufnahmen die Grundlage bilden können auch für mannigfaltige Kalkulationen der Landwirtschaft braucht hier nicht ausgeführt zu werden. Es sei bloss auf die grosse Bedeutung der Bodenuntersuchungen für erfolgreichere Bodenverbesserung und Düngung hingewiesen.

Ansätze zur bodenkundlichen Erschliessung Deutschösterreichs bilden das pedologische Landeslaboratorium für Niederösterreich und die Lehrkanzel für forstwirtschaftliche Standortslehre an der Hochschule für Bodenkultur. Beide Institute sind aber wegen ihres geringen Personalstandes, beziehungsweise der Belastung mit Lehrtätigkeit naturgemäß nicht allein befähigt, diese Aufgabe zu lösen. Dies ist um so mehr der Fall, als die betreffenden Herren zwar die botanische-chemische Seite der Bodenkunde beherrschen, dagegen in der geologischen Aufnahmestätigkeit und vor allem mit der geologischen Erfassung der Bodenverteilung begreiflicher Weise nicht die nötigen Erfahrungen aufweisen. Wie schon aus der in fast allen Staaten erfolgenden Durchführung bodenkundlicher Arbeiten durch die geologischen Anstalten erhellt, bildet die geologische Aufnahme die Grundlage aller bodenkundlicher Arbeit.

Die geologische Reichsanstalt besitzt derzeit infolge der zahlreichen ihr harrenden Aufgaben praktischer und wissenschaftlicher Art auf absehbare Zeit leider nicht die Möglichkeit mit dem geringen zur Verfügung stehenden Stand an Mitgliedern auch noch die langwierige Arbeit der Bodenkartierung allein zu übernehmen.

Um aber die erfolgversprechenden Bodenuntersuchungen dennoch ins Leben rufen zu können, erlaubt sich die Geologische Reichsanstalt im Einvernehmen mit dem Professor der forstwirtschaftlichen Standortslehre an der Hochschule für Bodenkultur Grafen Leinige-Westerburg, nachstehende Anträge zu stellen:

1) Zur Erforschung des Bodens wird von staatswegen eine aus mehreren Geologen und Pedologen (je 2-3) bestehende Kommission bestellt unter dem wechselnden Vorsitz des jeweilig an Jahren ältesten Geologen und Pedologen.

2) Der Kommission obliegt die Durchführung vorbereitender Arbeiten für die pedologische Aufnahme, die Herausgabe bodenkundlicher Karten, zumeist 1:25000, der dazu gehörigen Erläuterungen, die Erstattung von Vorschlägen bezüglich Verwertung der Resultate für die Landwirtschaft und deren allgemeine Verbreitung.

3) Die Durchführung der pedologischen Aufnahmen erfolgt prinzipiell sowohl durch 1 Geologen, als auch 1 Pedologen. Ersterer hat die für die Aufnahmen nötigen geologischen und petrographischen Grundlagen zu schaffen und in allen geologischen Fragen, vor allem in der Auswahl der Bohrpunkte dem Bodenkundler beratend zur Seite zu stehen. Der Geologische Teil der Arbeit kann im Rahmen der Geologischen Landesaufnahme von dem kartierenden Geologen geleistet werden, wobei Dauer und Kosten dieser Aufnahmen gegenüber solchen, die nicht die Grundlage der nachfolgenden pedologischen Kartierung zu schaffen haben, nur etwas grösser wären. Der Einheitlichkeit des ganzen Unternehmens der Kommission halber wäre es angemessen, dass solche für pedologische Zwecke durchgeführte geologische Detailaufnahmen aus dem Budget des Staatsamtes für Landwirtschaft getragen werden und nicht das Normalbudget der Geologischen Reichsanstalt belastet wird.

Die Auswahl der für die pedologische Untersuchung geeigneten Kartenblätter wäre von der Kommission im Einvernehmen mit der Geologischen Reichsanstalt zu treffen.

Dem Pedologen obliegt die Detailaufnahme der Böden, insbesondere die hierzu nötige Durchführung von Handbohrungen, die chemische mechanische Analyse der Bodenproben und ihre landwirtschaftlich-praktische Auswertung.

4) Zur Leistung des rein bodenkundlichen Teils der Arbeit wäre die Anstellung von 2-3 geschulten Pedologen, die, um einen Chemiker zu ersparen auch mit den Methoden der chemischen Bodenanalysen vertraut sein müssten, dann die Beistellung der Bohrgeräte und des hierzu nötigen Personals unbedingte Voraussetzung. Es wäre Sache der Lehrkanzel für Bodenkunde an der Hochschule für Bodenkultur für die Gewinnung entsprechender Arbeitskräfte vorzusorgen.

Die Geologische Reichsanstalt glaubt, dass durch eine derart vereinigte Arbeit von Geologen und von der Hochschule für Bodenkultur entstammenden Pedologen sowohl die wissenschaftliche Grundlage für die bodenkundliche Erforschung, als auch die häufig in ökonomischen Kreisen gewünschte Berücksichtigung der speziellen landwirtschaftlichen Bedürfnisse gewährleistet wären. Durch das Zusammenfallen der geologischen mit der bodenkundlichen Aufnahme wird eine gegenseitige Ergänzung beider Arbeitsrichtungen und eine rationelle Verwertung der Resultate möglich sein.

Zum Schluss gestattet sich die geologische Reichsanstalt darauf hinzuweisen, dass sie unabhängig von diesem Vorschlag nach Tunlichkeit bestrebt sein wird, auch bei Durchführung der normalen Landesaufnahmen ihr Augenmerk auf wirtschaftlich wichtige Fragen zu lenken, speziell durch genauere Untersuchung und Kartierung von Kalk und Mergellagern und Torf, durch ausführlichere Ausscheidung der Bodenbedeckung im Kartenwerk und durch entsprechende Hinweise in den Erläuterungen die für die ökonomische Produktion wichtigen Erscheinungen festzulegen.

## Beilage F

### Zur Sitzung am 21. März 1919 – Einige Richtlinien für die Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt im Hinblick auf die Interessen der Landwirtschaft

I. Die Landwirtschaft benötigt bei verschiedenen Fragen der rationellen Bodennutzung und Bearbeitung Angaben über Art und Beschaffenheit des Bodens, die beide z. T. direkt schon von guten geologischen Karten, dann aus agrogeologischen Karten ersehen werden können. Es handelt sich daher zunächst darum, die geologischen Karten auch diesem Zwecke dienstbar zu machen durch stärkere Betonung des bodenkundlichen Momentes (Erweiterung der Aufnahmsinstruktion) auf den Karten und durch ausführliche Hinweise in den Erläuterungen.

Die Aufnahmsinstruktion des Geologen ist in folgender Hinsicht zu ergänzen und zu erweitern:

1. Die geologischen Ausscheidungen sollen nicht allein mehr nach rein stratigraphischen Gesichtspunkten, sondern nach petrographischen erfolgen. Ausdrücke z. B. Dogger-schichten od. Lunzerschichten od. Cardita-Schichten sind zu vermeiden und jeweils die petrographische Bezeichnung beizufügen. Wo es sich um Wechsellagerungen verschiedener Gesteine z.B. die im Flysch handelt, sind die innerhalb des wechsellagernden Komplexes auftretenden verschiedenen Gesteine in der Reihenfolge ihrer Mächtigkeit einzuschreiben bzw. das verwaltende Gestein durch Voransetzung und Unterstreichung zu bezeichnen.

2. Sind bei mächtigerer Entwicklung die Verwitterungsböden dieser Gesteine jeweils anzugeben, also sog. „abgedeckte“ Karten zu vermeiden. Besonders auffallende Mächtigkeiten sind tunlichst nach Abbohrung einzuschreiben.

3. Die umgelagerten Böden, besonders die geologisch jüngeren, meist lockeren Einlagerungen, welche ja landwirtschaftlich von besonderer Bedeutung sind, sind nicht nur nach dem geologischen Alter, sondern auch nach der petrographischen Beschaffenheit und Zusammensetzung auszuscheiden. Es sind also Angaben zu machen z. B. über Schotter, Kies, Sand, Ton, Mergel, Moore, Torf, inwieweit Mischungen eintreten, die vorwiegende Gesteinszusammensetzung der Schotter und Sande, Provenienz der Geschiebe u.s.w., Verkittungen durch Kalk, Eisen u. dgl.; auffallend mächtige Humusablagerungen sind kartographisch zu fixieren.

4. Vornahme von Handbohrungen nicht allein dort, wo der kartierende Geologe Aufschlüsse über den Gesteinsuntergrund wünscht, sondern auch namentlich bei mächtigen oder besonders wichtigen Bodenarten (Mergel, Moore, Torf) Bohrungen bis 2 m gelegentlich bis 5 m Tiefe. Die wichtigen Bohrungen sind in die Karte einzutragen und bei den tieferen Bohrprofilen das Ergebnis der Bohrungen kurz einzuschreiben (bes. im Flachland). Durch die Bohrungen werden die Aufnahmen etwas verlängert; dazu kommen die Kosten für den den Bohrer tragenden und bedienenden Gehilfen.

5. Ist vielmehr auf die Wasserführung des Bodens zu achten, Quellen Grundwasseraustritte, Schuttquellen, Nassgallen anzugeben. Im Flachland wären Angaben über Tiefe des Grundwassers an verschiedenen Stellen auf Grund von Brunnenbohrungen und anderen Bohrungen erwünscht.

Diese Ergänzungen sind solche, daß jeder Aufnahmsgeologe sie angepaßt seinem Arbeitsgebiet, nur mit einem etwas größeren Zeitaufwand durchführen kann, der umso größer sein wird, je mehr das Bodenkundliche berührt wird. In den Kartenerläuterungen sind vielmehr als es bis jetzt geschehen ist die Art und Weise der Verwitterung der Gesteine, die Bodenbildung, überhaupt die Beschaffenheit und Zusammensetzung der Böden ausführlich darzustellen. In den Erläuterungen, welche zu bereits angegebenen Karten gegenwärtig noch ausstehen, sollte bereits auf diese Wünsche Rücksicht genommen werden.

Durch diese Ergänzungen auf den geologischen Karten (geologisch-agronomische Karten, wie sie bei stärkerer Berücksichtigung des bodenkundlichen genannt werden können) werden demnach manche Interessen der Landwirtschaft befriedigt werden können z. B. für allgemeine Informationen und Beurteilungen von Böden, wobei selbstverständlich eine gewisse Schulung und Kenntnis in Bodenkunde beim Landwirt vorausgesetzt werden muß.

II. Diesen agronomisch verbesserten geologischen Karten stehen die eigentlichen agrogeol. Karten gegenüber, welche neben den noch weiter gehenden agronomischen Ausscheidungen auf Grund von zahlreichen Bohrungen noch die Verwertung der mechanischen und chemischen Analyse des Bodens voraussetzen. Zur Bearbeitung solcher Karten ist also bereits ein bodenkundlicher Forschungsapparat, die Anstellung eines Pedologen und eines Chemikers notwendig.

Nur unter Voraussetzung der Anstellung solcher geeigneter Hilfskräfte könnten seitens der geol.R.A. agrogeologische Karten ausgegeben werden. Als Maßstab wäre 1:25.000 oder ein noch größerer zu empfehlen, eventuell sogar 1:5.000, wenn seitens eines Grundbesitzers ein derartiger Auftrag einläuft.

Bei dem gegenwärtigen Personal ist an die Herausgabe agrogeologischer Karten nicht zu denken. In anbetracht der zahlreichen, wichtigen und dringenden Agenden der geol.R.A., besonders der Beschleunigung der allgemeinen Kartierung und der Herausgabe solcher Karten und der zu erwartenden überaus reichen Inanspruchnahme der Anstaltsgeologen für verschiedene öffentliche Arbeiten z.B. Bergbau, technische und naturtechnische Unternehmungen, müssen aber die Bestrebungen bezüglich der agrogeol. Karten gegenüber diesen dringenden Arbeiten unbedingt zurückgestellt werden. Diese Entschließung wird noch durch folgende Momente begründet:

1. Wenn eine Personalvermehrung sowohl an Geologen wie an Chemikern an der g.R.A. vonseite des Staatsamtes genehmigt wird, sind diese neuen Kräfte eher bereit zu stellen für die obigen dringenden Unternehmungen z.B. Förderung der Kartierung der Zentralalpen, Entlastung der Chemiker des Laboratoriums bezw. Übernahme dringender chemischer Arbeiten für die Anstalt als für die nicht so dringenden agrogeol. Karten.

2. Die Zurückstellung der Herausgabe der agrogeolog. Karten seitens der geol.R.A. kann umso leichter unterbleiben, als in Wien gegenwärtig bereits 2 Institute für dieses engere Forschungsgebiet bestehen, deren Existenzberechtigung geradezu durch solche bodenkundliche Studien und Kartierungen begründet erscheint. Es sind dies

- a) das pedologische Landeslaboratorium von N.Ö. (Vorstand dipl. Landwirt Dr. Joh. Wittmann)
- b) der bodenkundliche Lehrapparat des Institutes für forstliche Standortslehre und chemische Technologie an der Hochschule für Bodenkultur (Vorstand Prof. Graf Dr. W. Leiningen).

III. Wenn die geol. Reichsanstalt gegenwärtig die Herausgabe agrogeolog. Karten unbedingt zurückstellt, so wäre doch eine Form einer Kooperation mit Leiningen in mancherlei Beziehung von Nutzen. Übrigens ist bereits eine solche eines Mitgliedes mit Leiningen angebahnt, bei reinlicher Scheidung aber zwischen geologisch-petrographischen, agronomisch verbesserter Kartierung einerseits und bodenkundlicher Kartierung andererseits. Erstere obliegt dem Geologen, letztere dem Bodenkundler. Für diese ersten Versuche einer Zusammenarbeit ist der östliche Wienerwald mit dem Abfall ins Wiener Becken in Aussicht genommen, also ein Teil der NO-Sektion des zur Herausgabe vorbereiteten Blattes Baden Neulengbach. Der Geologe wird, da er dem Bodenkundler Gesichtspunkte für die Vorbereitung verschiedener Böden wird geben können, meist die Auswahl der Bohrpunkte zu treffen haben, welche vom Bodenkundler neben den ihm noch notwendig erscheinenden durch seinen Gehilfen auszuführen sind. Als weitere Probeblätter für eine solche Kooperation käme vielleicht auch in der nächsten Zeit ein Abschnitt aus dem Viertel unter dem Manhartsberg, eventuell aus dem Innviertel und steierischen Hügelland in Betracht. Die Herausgabe solcher Karten, überhaupt die ganze Organisation der Einzelheiten obliegt einer zu schaffenden Kommission, die z.B. aus je 3 Geologen und 3 Pedologen (inkl. Chemikern) sich zusammensetzen würde. Es ist diesbezüglich die Fühlungnahme mit Leiningen und mit der Delgefö, welche die Arbeiten Leiningens subventioniert, notwendig (auch mit dem Staatsamt für Landwirtschaft).

Beiderlei Karten sind getrennt, eventuell als Oleaten übereinander 1:25.000 zu publizieren. Jedenfalls wird der Geologe eine Einflußnahme auf die Kartierung durch den Bodenkundler ausüben können, aus den Resultaten der chemisch-pedologischen Untersuchung der Boden- und Bohrproben Nutzen ziehen. Die geolog. Karte wird dann auch für den Bodenkundler ausgewertet werden können. Die Kooperation kann daher, da beide Arbeitsrichtungen einander ergänzen, ersprießlich sein. Durch Herausgabe solcher Bodenkarten würde ein Kontakt mit landwirtschaftlichen Kreisen hergestellt werden, zugleich könnte die Stellung der geol.R.A. auch in dieser Hinsicht eine Stärkung erfahren und es würde sich nachher die Möglichkeit einer weiteren Ausgestaltung im Hinblick auf die spätere Herausgabe agrogeol. Karten ergeben.

IV. Die geol. Reichsanstalt verschließt sich keineswegs verschiedenen aktuellen Fragen, welche im Interesse der Landwirtschaft gelesen sind, insbesondere bezüglich der Beschaffung von Gestein- und Bodenarten, welche für die Bodenverbesserung verwertbar sind (Hinweis auf Phosphatuntersuchungen 1917 und 1918). Gegenwärtig ist durch Dr. Schreiner, Minister a.D. und das Staatsamt für Landwirtschaft die Kalk- und Mergeldüngefrage in den Vordergrund gestellt worden. Bei dem gegenwärtigen Stand der geologischen Kartierung lassen sich aus

den geologischen Karten (besonders aus den O.A., auch aus den genaueren Spezialkarten) bereits zahlreiche Angaben machen über Mergelvorkommen, wobei unter Berücksichtigung der geologischen Lagerung auch eine Mächtigkeitsangabe bzw. Massenberechnung möglich ist. Für konkrete Fälle der Mergelbeschaffung ist natürlich noch eine Begehung des Terrains notwendig, besonders wenn es sich um eine Zusammenstellung der besonders geeigneten Vorkommen für spezielle Bedarfsgebiete handelt, welche seitens des Staatsamtes für Landwirtschaft zu bezeichnen wären. Eine Aufteilung der Gebiete unter mehrere Geologen wird notwendig sein, wenn die Untersuchungen größere Ausdehnung erreichen.

Das chemische Laboratorium ist bereit, die dringendsten Untersuchungen durchzuführen. Bei größerer Ausdehnung aber muß die Anstellung eines dritten und event. 4. Chemikers unbedingt gefordert werden, ebenso die Anstellung eines Zeichners für die Auswertung des vorhandenen Kartenmaterials. Im Falle einer großzügigen Aktion müßte auch unbedingt die Forderung nach Anstellung von jüngeren Geologen gestellt werden und es könnte das Staatsamt für Landwirtschaft diese Forderung bei dem der geol.R.A. vorgesetzten Staatsamt unterstützen. Anwärter für solche Stellen sind vorhanden.

Die geol.R.A. ist bereit bei künftigen Aufnahmen die Wichtigkeit der Kalk- und Mergelfrage zu berücksichtigen durch genauere, vor allem petrographische Kartierung solcher Sedimentgesteine und durch reicheres Probesammeln. Vorläufig ist zur Klarstellung des Umfanges der ganzen Aktion, im Besonderen bezüglich des Vorkommens von Kalk und Mergel und der Gebietes des Bedarfes seitens des Staatsamtes für Landwirtschaft eine Enquete in die geol.R.A. einzuberufen, in der vertreten sein sollen:

1. das Staatsamt f. Landwirtschaft
2. die geol.R.A.
3. Delgefö
4. Prof. Dr. Hibschi
5. Dr. Schreiner.

Hinsichtlich anderer die Landwirtschaft unmittelbar interessierender Fragen der Beschaffung und des Vorkommens von solchen Mineralien und Gesteinen und Bodenarten, welche für die Bodenverbesserung benötigt werden, wäre an die Delgefö wegen Mitteilung ihrer diesbezüglichen Wünsche heranzutreten.

Bodenkundliche Kommission der geol.R.A.

Wien, 21. März 1919

Göttinger

Hackel

## Beilage G

### Verhandlungsschrift über die in Angelegenheit der Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt am 27. Februar 1919 im Staatsamte für Unterricht abgehaltene zwischenamtliche Beratung

Vorsitzender:

Staatssekretär für Unterricht Raphael Pacher

Anwesend:

Für das Staatsamt für öffentliche Arbeiten: Ministerialrat Otto Rotky

Für das Staatsamt für Finanzen: Oberfinanzrat Dr. von Feyrer

Für die Staatskanzlei: Bezirkskommissär Dr. Troll

Für die Akademie der Wissenschaften: Hofrat Dr. Ritter von Wettstein

ferner der ehemalige Direktor der Geologischen Reichsanstalt Hofrat Dr. Emil Tietze

Rektor Hofrat Dr. Friedrich Becke und die o.ö. Professoren der Universität in Wien, Hofrat Dr. Kornel Dölter, Dr. Karl Diener, Dr. Franz Eduard Suess, Dr. Othenio Abel

der o.ö. Professor der Techn. Hochschule in Wien, Ing. August Rosiwal

der interimistische Leiter der Geologischen Reichsanstalt Reg. Rat Georg Geyer

und für das Staatsamt für Unterricht: Sektionschef Dr. von Kelle, Ministerialrat Ritter von Hörtingen und Ministerialsekretär Dr. Wilhelm Becker als Schriftführer.

Der Vorsitzende begrüßt die Beratungsteilnehmer und führt im Wesentlichen aus, daß infolge der Verkleinerung des Staatsgebietes auch eine Neuanpassung der Geologischen Reichsanstalt an die dermaligen Verhältnisse eintreten müsse.

Ob diese Anstalt als selbstständiges wissenschaftliches Institut weiter bestehen oder in einer anderen Form in Erscheinung treten soll, sei die Kardinalfrage.

Allenfalls werde die frühere Aufgabe der Anstalt auch im verkleinerten Staatsgebiete durchzuführen sein. Hiebei sei vielfach der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Anstalt mehr noch als bisher die Montanindustrie Dienste leisten solle.

Es handle sich bei der Geologischen Reichsanstalt um eine Organisation, welche die wissenschaftliche Tätigkeit wie bisher auszuüben, andererseits aber auch den Anforderungen der Praxis zu entsprechen hätte, weil in dem verkleinerten Staatsgebiete alles aufgeboten werden müsse, um die Bodenschätze zu heben.

Es sei daher Aufgabe der Beratung, diese beiden Richtungen fachgemäß zu verknüpfen, weshalb sich der Vorsitzende in dieser Hinsicht den Rat der Anwesenden erbitte.

Sodann übergibt der Staatssekretär den Vorsitz dem Sektionschef Dr. von Kelle, welcher das Wort dem Ministerialrate R. von Hörtingen zur Erstattung des Referates erteilt.

Ministerialrat R. v. Hörtingen führt Nachstehendes aus:

Der wissenschaftliche Charakter der Geologischen Reichsanstalt liegt schon in ihrer Gründungsurkunde. Ein eigenes Organisationsstatut besitzt die Anstalt nicht, doch ist ihre Aufgabe in dem bezüglichen alleruntertänigsten Vortrage in den Punkten 1 – 7 taxativ aufgezählt, welche im Wesentlichen in der geologischen Durchforschung und Aufnahme der Monarchie, in der Sammlung und publizistischen Verwertung des gewonnenen Materials und Erfahrungen, sowie in der Herausgabe geologischer Karten bestehen. Es wurde aber immer mehr betont, daß die Anstalt auch der Praxis zu dienen habe und zwar auf vielen Gebieten der Industrie, Landwirtschaft u.s.w.

In der Tat hat die Geologische Reichsanstalt eine Reihe von diesbezüglichen Gutachten abgegeben auf dem Gebiete der Wasserversorgung, des Quellenschutzes u.s.w. namentlich aber auch mit Bezug auf die Montanistik. Trotzdem sind mehrfach Wünsche ausgesprochen worden, daß sich die Anstalt noch mehr der Praxis zu widmen hätte und zwar besonders aus den Kreisen der Montanindustrie. Diese Wünsche haben bisher betroffen:

- 1.) Die Angliederung oder Zuteilung von Montanisten an die Anstalt zwecks ihrer weiteren Ausbildung als Montangeologen, eine Institution, die sich schon seinerzeit bewährt habe; heute aber fehlen zum Teile solche Montangeologen.
- 2.) Die Errichtung einer praktischen Sektion an der Geologischen Reichsanstalt.
- 3.) Die Schaffung einer Schurfkommission, wie eine solche schon bestanden hat, die aber wieder aufgelöst wurde.
- 4.) Beschleunigung der Herausgabe der geologischen Karten, besonders der für den Montanbetrieb wichtigen Gebiete.

Dies insgesamt waren die früheren Wünsche, die bezüglich der Geologischen Reichsanstalt geltend gemacht wurden. In der Zwischenzeit ist aber der Umsturz eingetreten, welcher eine wesentliche Einschränkung des Gebietes mit sich brachte.

Es ergeben sich sonach nachstehende Fragen zur Diskussion:

- 1.) Soll der bisherige Wirkungskreis der Geologischen Reichsanstalt erhalten und infolge des verminderten territorialen Umfanges des Staates der Personalstand der Anstalt und die Dotation eine entsprechende Reduktion erfahren oder soll die äusserliche Schmälerung des territorialen Wirkungskreises durch innerliche Vertiefung und Verbreiterung des Wirkungskreises ersetzt, der bisherige systemisierte Personalstand und die präliminierten Dotationen der Anstalt ungeschmälert erhalten und im Bedarfsfalle erhöht werden?
- 2.) Wenn sich die geehrten Anwesenden für letzteren Modus entscheiden, wäre erwünscht Stellung zu nehmen zu den bereits vorgelegten Wünschen:

- a) Zuweisung von Montanisten an die Geologische Reichsanstalt, behufs ihrer Ausbildung zu Montangeologen.
- b) Schaffung einer eigenen praktischen Abteilung bei der Geologischen Reichsanstalt, offenbar gedacht in dem Sinne, daß die Anstalt sowie bisher den wissenschaftliche Aufgaben sowie der Kartenherstellung obliegt, während die neuanzugliedernde Abteilung sich ausschliesslich nur mit praktischen Fragen (offenbar montan-praktischen) zu befassen hätte.
- c) Schaffung einer eigenen Schurfkommission an der Anstalt.
- d) Die Frage der Beschleunigung der Herausgabe der Farbdruckkarten dürfte wohl durch die territoriale Verminderung des Wirkungskreises der Anstalt erledigt sein.
- e) Welche anderen Aufgaben wären etwa der Anstalt zuzuweisen, bzw. welche Wünsche wären zu erheben?

In dieser Beziehung liege ein Promemoria der Anstalt selbst vor, das bei Behandlung dieses Punktes nicht zur Verlesung gebracht wird, da es zu sehr ins Detail geht.

3.) Bedingen diese Aenderungen eine Aenderung der bisherigen Organisation der Anstalt selbst oder bleibt diese dadurch im Wesen unberührt?

Der Vorsitzende Dr. v. Kelle leitet die Diskussion mit dem Bemerkten ein, daß angesichts des in Zukunft eingeschränkteren Wirkungskreises der Geologischen Reichsanstalt die Frage auftauche, ob ihre Organisation mehr den wissenschaftlichen oder den praktischen Zielen anzupassen wäre.

Es ergebe sich insbesondere die Frage, wie man die Geologische Anstalt schaffen solle, damit dieselbe gleichzeitig praktischen und theoretischen Zwecken dienen könne. Es wäre allenfalls erwünscht, daß die Geologische Reichsanstalt in irgend einer Form mit den wissenschaftlichen Instituten der Hochschulen in Fühlung trete. Die Aufnahme praktischer Ziele in den Wirkungsbereich der Geologischen Reichsanstalt werde naturgemäß eine erhöhte Einflußnahme des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten zur Folge haben.

Hofrat Dr. Tietze führt als gewesener Direktor der Geologischen Reichsanstalt aus, daß schon in der Diskussion betont wurde, daß die Geologische Reichsanstalt zwei Zwecken diene. Es sei hervorgehoben worden, daß die Geologische Reichsanstalt einen doppelten Zweck habe, und zwar der Wissenschaft und der Praxis zu dienen. Für die Praxis könne die Wissenschaft nichts leisten, wenn sie nicht selbst gepflegt wird.

Die erste Aufgabe der Anstalt bilde die Durchforschung des vorliegenden Gebietes, dabei falle schon eine Menge für die Praxis ab; die Geologische Reichsanstalt habe für die Praxis sehr viel gearbeitet, vielleicht sogar zu viel. Sie hatte nie das Glück besessen, den Beifall der Montanisten zu finden.

Es sei möglich, daß den Wünschen der Praxis nicht in genügendem Masse entgegengekommen worden sei, doch seien dies nur subjektive Meinungen. Es gebe eben sehr viele heterogene Interessen, denen man nicht immer dienen könne.

Wenn es sich darum handle, die Geologische Reichsanstalt dem Staatsamte für öffentliche Arbeiten zu unterstellen, so sei zu betonen, daß es viele Fragen gebe, in denen ein unparteiisches Urteil notwendig sei, z.B. bei Schutzrayons.

Handle es sich z. B. um einen Bergbau, so wäre das Staatsamt für öffentliche Arbeiten selbst eine Partei. Die Anstalt sei in erster Linie ein wissenschaftliches Institut und gehöre als solches unter das Staatsamt für Unterricht.

Die Geologische Reichsanstalt liefere für den Unterricht das wissenschaftliche Substrat; auch seien seit Jahrzehnten die Hochschullehrer aus ihr hervorgegangen.

Die Mitglieder der Anstalt sind auch Prüfungskommissäre, so beispielsweise an der Hochschule für Bodenkultur. Die Anstalt habe also jedenfalls mit dem Staatsamte für Unterricht die naheliegendsten Beziehungen.

Gegen die Beziehung von Montanisten in die Geologische Reichsanstalt habe Redner im Prinzip nichts einzuwenden. Die Montanisten müßten aber selbst das Bedürfnis haben, etwas in der Geologie zu lernen. In der Natur sei nichts katalogisiert, es könne vorkommen, daß der aufnehmende Geologe selbst nicht in der Lage ist, über eine Formation ohne eingehendes nachträgliches Studium ein Urteil abzugeben. Dies würde einen schlechten Eindruck auf den Montanisten als Laien machen. Es werde sich daher empfehlen, daß die Montanisten von den Geologen in ein ihnen wohlbekanntes Gebiet eingeführt werden; selbstverständlich bilde die Platzfrage eine Voraussetzung für die Heranziehung von Montanisten.

Was die Schurfkommission betrifft, so sei diese Angelegenheit schon 70 Jahre alt. Es seien bisher schon Anträge aus allen Teilen der ehemaligen Monarchie so z.B. aus Dalmatien, Schlesien, Böhmen eingelaufen. Es sei u.a. der Vorwurf erhoben worden, daß die Geologischen Karten nicht wirtschaftlich wichtige Gebiete betreffen. Dagegen sei zu bemerken, daß man mit der Reihe der Aufnahmen nicht willkürlich herumspringen kann, und zu bedenken, daß die wissenschaftlichen Angaben der Karten immer wieder den Anforderungen der Praxis dienen.

Was die angeregte Errichtung einer eigenen praktischen Sektion bei der Geologischen Reichsanstalt betrifft, so hebt Redner hervor, daß sich der mit einem praktischen Zwecke betraute Funktionär doch immer wieder beim Fachgeologen Informationen holen müsse. Es sei daher nicht einzusehen, warum nicht gleich der Fachgeologe mit diesen praktischen Aufgaben betraut werden solle. Andererseits wäre der Mann nur eine Expertenmaschine.

Namens des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten führt Ministerialrat Rotky Nachstehendes aus:

Als Verwalter des Bergwesens hat das Staatsamt für öffentliche Arbeiten grosses Interesse an der Geologischen Reichsanstalt. Die Gründung dieser Anstalt ist seinerzeit durch das Ministerium für Landeskultur und Bergwesen, somit von einem praktischen Ministerium erfolgt.

Es ist in der Gründungsurkunde auf die praktische Seite hingewiesen, dies soll noch heute gelten.

Nach einer kurzen Kritik der bisherigen Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt betont Redner die Notwendigkeit, daß der eingeschränkte neue deutsch-österr. Staat seine Bodenschätze anders und intensiver bearbeiten müsse als früher.

Die Mineralienschätze müssen rascher und eindringlicher erforscht werden als bisher. Wir müssen unser Gebiet kennen, weshalb es notwendig sei, die geologischen Aufnahmen rascher durchzuführen. Gegenwärtig seien die Fortschritte sehr langsam, insbesondere wegen des grellen Personalmangels. Der Personalstand dürfe nicht reduziert werden, er genüge nicht für die raschen Durchführungsarbeiten, die unbedingt notwendig seien.

Die Bergbau besitzenden Gebiete erscheinen bisher zu wenig berücksichtigt, so gäbe es z. B. keine Karten vom nordwestlichen Böhmen, ebensowenig von den Gold führenden Gebieten der hohen Tauern, ferner aus den Gebieten der Grauwakenzonen, den Erzberg, das Gebiet der Magnesiten, welches unser Monopol bildet. Das Terrain des Hüttenberger Erzberges sei ebenfalls noch nicht aufgenommen.

Der Aufnahmeplan sollte vielmehr den praktischen Bedürfnissen angepasst werden nicht nur den wissenschaftlichen.

Die Geologische Bundesanstalt hätte die Aufgabe gehabt, montangeologische Karten zu schaffen, desgleichen einen Kataster der Bodenschätze Oesterreichs wie in Preussen und zwar viel weitgehender als dies im Promemoria angegeben wurde.

Hiezu sei nötig, das Zusammenwirken mit den Bergbautechnikern, nachdem bisher engere Beziehungen fehlen. Bei der Beurteilung der Lagerstätten können nicht nur wissenschaftliche Gesichtspunkte maßgebend sein, denn die Lagerstätten [*sic*] müssen von Praktikern bezüglich ihres Wertes beurteilt werden. Dieses Zusammenwirken von Wissenschaft und Praxis sei ohne Reibung möglich, wie dies das bekannte Gutachten über die Karlsbaderquelle erweise.

Eine eigene Montangeologische Sektion an der Geologischen Reichsanstalt hätte keinen Sinn.

Die Geologische Reichsanstalt habe es bisher ihren Mitgliedern überlassen, private Gutachten zu erstatten. Dagegen habe es die Geologische Reichsanstalt immer abgelehnt, solche offizielle Gutachten abzugeben.

Dies müsse jedoch geändert werden, denn die Reichsanstalt als solche müsse in Zukunft Gutachten für den Staat abgeben.

Die Aufschliessungen durch den Bergbau und durch Bohrungen müssen planmäßig gesammelt und aufbewahrt werden, weil damit unendlich viel nutzlos hinausgeworfenes Geld erspart bleibt und die Volkswirtschaft vor Schaden bewahrt werde.

Wenn beispielsweise nur ein Bohrloch erspart werde, seien die Auslagen für die Geologische Reichsanstalt, die sich auf ungefähr 200.000 K jährlich belaufen, schon gedeckt.

Die Errichtung einer Schurfkommission sowie die Zuteilung von Montangeologen sei als überholt zu betrachten.

Die Zuweisung von Bergakademikern zur Geologischen Reichsanstalt sei weder für sie noch für die Anstalt von Bedeutung; eine andere Frage sei jedoch die Zuweisung geschulter Bergbautechniker zur Geologischen Reichsanstalt oder es liesse sich auch erwägen, ob nicht Aspiranten der Geologischen Reichsanstalt vorher noch einen Kurs an der Montan-Hochschule in Leoben zu absolvieren hätten.

Welchem Staatsamt [*sic*] steht die Anstalt mit Rücksicht auf ihre praktischen Zwecke wohl am nächsten?

Dem Unterrichtsressort untersteht sie nur in England und Norwegen, sonst meist im Auslande technischen Ministerien.

Es ergibt sich daher die Frage, ob auch bei uns nicht die Geologische Reichsanstalt einem technischen Ministerium unterstellt werden solle, denn mit dem Unterrichtswesen haben die geologischen Landesaufnahmen wenig zu tun. Ihre Verbindung mit diesem Ressort sei nur eine recht lose. Durch die Unterstellung unter ein technisches Ministerium würde das Mißtrauen zwischen den Bergbaupraktikern und der Geologischen Reichsanstalt beseitigt werden. Es würde in rascherer und zielbewußter Weise ermöglicht werden, unsere Mineralienschatze zu erforschen.

In Erwiderung auf die Ausführungen des Vertreters des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten, soweit sie eine Kritik der bisherigen Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt betreffen, bemerkt Hofrat Dr. Tietze, daß die in der Debatte gefallene Behauptung, die Geologische Reichsanstalt hätte die Abgabe eines Gutachtens in der Aufnahme der Eisenerzschätze der Welt für den Geologenkongress in Stockholm abgelehnt, unrichtig sei, richtig sei vielmehr, daß die Geologische Reichsanstalt zur Abgabe eines derartigen Gutachtens niemals angeregt wurde.

Weiters führt Redner aus, daß die Geologische Reichsanstalt im Gegenteile besonders in der letzten Zeit viele praktische Gutachten für Zwecke der Industrie abgegeben habe.

Professor Dr. Abel vermag sich, wenngleich er selbst seinerzeit der Geologischen Reichsanstalt als Mitglied angehört hat, was er mit Stolz hervorhebe, doch der kritischen Bemerkung nicht zu enthalten, daß die bisherige wissenschaftliche Tätigkeit der Geologischen Reichsanstalt einen gewissen einheitlichen Plan vermissen lasse. Die Arbeiten der Geologischen Reichsanstalt setzten sich bloß aus den Einzelarbeiten von Funktionären dieser Anstalt zusammen.

Nach dem Dafürhalten des Redners könne ein derartiges wissenschaftliches Programm nur von der Geologischen Reichsanstalt, keineswegs aber von einer Universitätslehrkanzel durchgeführt werden.

Professor Dr. Suess betont, daß die geologische Aufnahmstätigkeit immer die Grundlage der Aufnahme des Geologen bleiben müsse. Es sei daher das Hauptgewicht auf die Aufnahmstätigkeit zu lenken, denn die Natur trete uns mit der größten Mannigfaltigkeit entgegen, so daß ein Montangeologe allein vermöge seiner Ausbildung dieser Aufgabe nicht gewachsen wäre. Die geologische Aufnahmstätigkeit bilde in dieser Hinsicht die einzige Schule. Es soll also der wissenschaftliche Charakter der Anstalt bewahrt bleiben, wobei es sich allerdings empfehlen wird, jüngeren Geologen an der Montanistischen Hochschule eine praktische Ausbildung teilhaftig werden zu lassen.

Vorsitzender Sektionschef Dr. von Kelle glaubt aus der bisherigen Diskussion entnehmen zu können, daß die Aufgaben der Geologischen Reichsanstalt sowohl wissenschaftlicher wie auch praktischer Natur seien; der Vorsitzende wünscht eine Aussprache über die personelle Frage der Geologischen Reichsanstalt, an die sich erst dann jene der ressortmässigen Zuteilung knüpfen könnte.

Rektor Hofrat Becke stimmt vom von einigen Vorrednern ausgesprochenen Satze zu, daß die Geologische Reichsanstalt angewandte Wissenschaft in Anlehnung an die Praxis betreiben solle, wobei auch die reine Wissenschaft nur gewinnen könne. Die schon erwähnten nächsten Aufgaben werden in der möglichst beschleunigten Durchführung der noch zu erledigenden Aufnahmen eines grossen Teiles von Deutsch-Oesterreich mit Anpassung an das praktische Bedürfnis zu bestehen haben, wobei nicht allein das Montanistikum sondern auch andere Richtungen des wirtschaftlichen Lebens zu berücksichtigen wären.

Bei dieser Ergänzung wäre in erster Linie auch auf die Heranziehung von Mineralogen, Petrographen und Mineralchemikern zu sehen, da die Mineralanalyse ein bisher viel zu wenig gepflegter Spezialzweig sei. Daher müßte die Leitung der Anstalt die Verbindung mit den wissenschaftlichen Quellen aufrechterhalten.

Wenn die Geologische Reichsanstalt angewandte Wissenschaft betreiben soll, muß sie ihre Arbeitskräfte aus der Wissenschaft beziehen.

Hofrat Professor R. v. Wettstein bezeichnet als Hauptzweck der Geologischen Reichsanstalt die Pflege der angewandten Wissenschaft. Eine Angliederung praktischer Nebenämter an rein wissenschaftliche Institute habe bisher niemals gute Früchte getragen. Er glaube die Entwicklung würde die beste sein, wenn man die praktische Tätigkeit in den Vordergrund rückt, wobei trotzdem die reine Wissenschaft nicht zu kurz kommen werde. Auf diese Weise würde man nämlich mit viel reicheren Mitteln arbeiten können, daher meint Redner, daß die Angliederung der Geologischen Reichsanstalt als ein technisches Staatsamt das beste wäre. Zu demselben Resultate komme man auch auf einem anderen Wege.

Wenn die Unterstellung des Militärgeographischen Institutes, des Grundsteuerkatasters, der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, des Erd- und Gradmessungsbureaus, des ehemaligen Generalstabes, des hydrographischen Zentralbureaus unter das Staatsamt für öffentliche Arbeiten geplant ist, so liege die Sache bei der Geologischen Reichsanstalt ganz analog. Wenn es sich jetzt darum handle zu sparen, so liege es nahe, alle diese Anstalten in eine ressortmässige Beziehung zu bringen.

Dem gegenüber vertritt Hofrat Tietze den Standpunkt, daß die Geologische Reichsanstalt beim Staatsamte für Unterricht verbleibe, wenn er sich auch gegen eine Angliederung an die Universität aussprechen müsse, wodurch sich eine Art wissenschaftliches Papsttum herausbilden könnte. Doch sei für die Anstalt mehr Personal nötig.

Professor Dr. Karl Diener hebt hervor, daß engere Beziehung zwischen der Geologischen Reichsanstalt und der Universität sich schwer schaffen lassen würden, weil die Aufgaben beider sehr verschieden sind. Die Universität vertrete nur die reine Wissenschaft, während die Geologische Reichsanstalt ein spezifisches Forschungsinstitut darstelle, wie solche in neuerer Zeit vielfach geschaffen wurden.

Redner kann sich die Geologische Reichsanstalt nur als selbstständiges Institut denken, aber nur so, daß die praktische Richtung nicht die wissenschaftliche Tätigkeit überwuchere. Es sei nicht schwer, diesbezüglich ein richtiges Verhältnis beider Richtungen herzustellen. Die Entfremdung, die sich herausgebildet hat, hätte sich vermeiden lassen können durch ein

anderes Vorgehen der leitenden Persönlichkeiten; er sehe nicht ein, warum etwas geändert werden solle. Es seien ausgezeichnete Kräfte tätig.<sup>1</sup>

Jeder Aufnahmegeologe sei als solcher Autodidakt. Durch den Krieg haben sich viele Mitglieder praktische Erfahrungen erworben; Redner könnte sich nicht vorstellen, daß durch eine Aenderung etwas Besseres geschaffen werden könnte. Das, was der Anstalt fehle, das sei die Zusammenfassung der Kräfte zu einem Ziel. Das Personal bedürfe keiner Aenderung, wohl aber einer Ergänzung. Ein weiterer Punkt sei noch nicht berührt worden. Wir müssen damit rechnen, daß bei der jetzigen Sozialisierung in der Regierung eine Verstaatlichung des Bergwesens vorgenommen werden könnte; dann würde es Aufgabe des Staates sein, für die Schürfung zu sorgen und dazu wird man ein solches Organ brauchen.

Hofrat Dr. K. Dölter bemerkt, der Hauptfehler sei dadurch begangen worden, daß sich die Anstalt zu wenig praktisch betätigt hat. Es würde die Anstalt auch unter dem Staatsamte für Unterricht wie bisher diese Aufgabe erfüllen können, wenn sie es will. Wichtig wäre nur eine Ergänzung der mineralogischen Kräfte. Eine weitere Aufgabe wäre die Anlage eines Katasters der nutzbaren Mineralien und Gesteine sowie ein Schurfkataster. Die Geologische Reichsanstalt brauche mehr Kräfte als bisher. Das chemische Laboratorium sei viel zu klein.

Die Anstalt bedarf einer einheitlichen Leitung, wobei auch die Frage der Expertisen von amtswegen aus geregelt werden müßte. Da die Fundamente der Praxis in der Theorie liegen, hält Redner es nicht für notwendig, daß eine Aenderung in der ressortmässigen Zuteilung der Geologischen Reichsanstalt eintrete.

Der Vorsitzende Sektionschef R. v. Kelle macht hierauf aufmerksam, daß für die Geologische Reichsanstalt bisher kein eigenes Statut bestehe, und daß daher im Zuge einer sachgemässen Behandlung der mit der Reorganisation zusammenfallenden Fragen es dringend notwendig erscheint, zunächst ein derartiges Statut, welches gewissermassen das Fundament für die weitere Beratung bilden würde, herzustellen.

Der Vorsitzende regt sohin die Einsetzung eines engeren Komitees an, welches die Aufgabe hätte, ein derartiges Statut und damit im Zusammenhange dem Komitee Reorganisationsvorschläge zu erstatten über die Aufgaben der Anstalt und zugleich über die personelle Ausgestaltung.

Referent Min.Rat R. v. Hörtingen bemerkt, daß bei der Ausarbeitung eines derartigen Statutes folgende Momente in erster Linie zu berücksichtigen wären:

1. Die Selbstständigkeit des Institutes,
2. die Wissenschaft als Grundlage ihrer Arbeiten,
3. die Verbindung mit der Praxis.

Professor August Rosival entnimmt den vorhergehenden Aeusserungen im allgemeinen eine Anerkennung der Leistungen der Geologischen Reichsanstalt und ihrer Selbstständigkeit. Er sehe darum nicht ein, warum sie nicht in derselben Form weiterbestehen solle, wenn auch anzuerkennen sei, daß das Institut vergrößert werden müsse, namentlich in Bezug auf die

---

<sup>1</sup> Folgt gestrichen: welche nicht alle von der Universität herausgekommen sind.

chemische Richtung. Für den Fall, als ein Statut ausgearbeitet werden sollte, so macht Redner auf verschiedene technische Zweigfächer (bautechnischer Richtung) aufmerksam, von denen bisher hier nicht die Rede war.

Der Vertreter des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten betont, daß die Geologische Reichsanstalt als solche nur für staatliche Behörden Gutachten abzugeben hätte, während private Gutachten nach wie vor den einzelnen Mitgliedern überlassen bleiben mögen, wobei Redner auf das wirtschaftlich schlechte Fortkommen der Anstaltsmitglieder hinwies, welche nur die Begeisterung für die Wissenschaft dort festgehalten hat.

Hofrat Professor Dölter meint, daß bei den Neuaufnahmen und bei der Anlage eines Katasters auch die Professoren herangezogen werden sollten.

Hofrat Tietze entgegnet, daß dies teilweise bisher ohnedies geschehen sei, wobei allerdings keine günstigen Erfahrungen gemacht wurden, da die Geologische Reichsanstalt in diesen Fällen keine Ingerenz auszuüben vermochte.

Professor Dr. Abel regt die Aufstellung von Arbeitsprogrammen seitens der Geologischen Reichsanstalt an, die sich auf Publikationen grösseren Stiles beziehen sollen.

Vorsitzender Sektionschef R. v. Kelle schlägt sohin die Einsetzung eines besonderen Komitees zur Ausarbeitung des Statutes unter Reformvorschläge vor, dem der Vertreter des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten Ministerialrat Otto Rotky, der Referent des Staatsamtes für Unterricht Ministerialrat R. v. Hörtingen, Professor Dr. Karl Diener und der interimistische Leiter der Geologischen Reichsanstalt Regierungsrat Georg Geyer anzugehören hätte.

(Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen).

## Beilage H

Protokoll über die am 19. März 1919 in der Zeit von ½ 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Staatsamte für Unterricht abgehaltene Enquête über die Neugestaltung der Geologischen Reichsanstalt

Anwesend:

Vom Staatsamt f. Unterricht:

Unterstaatssekretär Glöckel

Sektionschef von Kelle

Min.Rat Rit. von Hoertingen

Min.Sekr. Dr. Becker

Vom Staatsamte für öffentl. Arbeiten: Min.Rat. Ing. Rotky

Vom Staatsamte der Finanzen: Finanzrat Dr. Moser

Von der Wiener Universität:

Univ.Prof. Hofrat Dr. R. v. Wettstein

Univ.Prof. Dr. Diener

Univ.Prof. Hofrat Dr. Doelter

Univ.Prof. Dr. Sueß

Univ.Prof. Dr. Abel

Von der Wiener Techn. Hochschule: Prof. Ing. Rosiwal

Von der Hochschule für Bodenkultur: Prof. Graf zu Leiningen

Von der Geologischen Reichsanstalt:

Hofrat Dr. Tietze (früherer Direktor)

Reg.Rat Geyer (gegenw. Leiter)

Geologe Dr. Hammer

Geologe Dr. Waagen

Von der Staatskanzlei: Statth.Sekr. Dr. Troll

Unterstaatssekretär Glöckel erklärt einleitend, die Geologische Reichsanstalt müsse ein Forschungsinstitut bleiben, jedoch mit stärkerer Betonung der praktischen Betätigung; es sei von größter Wichtigkeit, die Resultate der wissenschaftlichen Forschung mit der praktischen Ausübung der Wissenschaft in nahe Beziehung zu bringen. Hinsichtlich der ressortmässigen

Unterstellung der Geologischen Reichsanstalt müsse hervorgehoben werden, daß es notwendig sei, soweit als möglich alle Forschungsinstitute, Unterrichtsanstalten sowie überhaupt alle Anstalten, die der Volksbildung dienen können, im Staatsamte für Unterricht zu vereinigen, das ein Amt für Volkserziehung und Volksbildung sein solle. Unterstaatssekretär Glöckel übergibt sodann den Vorsitz an Sektionschef von Kelle.

Referent Ministerialrat Ritter von Hoertingen gibt einen Ueberblick über den Gang der bisherigen Verhandlungen und hebt insbesondere hervor, daß alle beteiligten Faktoren über den Charakter der Anstalt als selbstständiges Forschungsinstitut sowie darüber einer Meinung seien, daß bei der Landesaufnahme zunächst die wirtschaftlich bedeutungsvollen Gebiete zu berücksichtigen seien und daß eine Reduzierung des Personales nicht am Platze, vielmehr eine Vergrößerung und Ausgestaltung des Betriebes anzustreben sei. Ferner werde übereinstimmend anerkannt, daß die praktische Betätigung der Anstalt in erhöhtem Maße zum Ausdruck kommen müsse. Das in der Enquête vom 27. Februar l.J. eingesetzte Komitee habe einen Entwurf der Satzungen festgestellt und hiebei auch den Wünschen der Anstaltsmitglieder Rechnung getragen, indem diesen ein Einfluss auf die Ausgestaltung der Anstalt und überhaupt alle wichtigeren Fragen eingeräumt werde.

Professor Dr. Diener verliest § 1 des Entwurfes und bemerkt zunächst, es sei der Titel „Staatsanstalt“ gewählt worden, weil die Titel „Reichsanstalt“ und „Landesanstalt“ den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entsprechen würden. Hinsichtlich der ressortmässigen Unterstellung habe sich das Komitee zu einem bestimmten Antrage nicht für berechtigt gehalten.

In der folgenden Diskussion tritt Professor Rosiwal für die Beibehaltung des Titels „Geologische Reichsanstalt“, unter dem die Anstalt auf der ganzen Welt bekannt sei, Geologe Dr. Wagen für die Einführung des Titels „Deutschösterreichische Geologische Reichsanstalt“ ein. Ueber Anregung des Vorsitzenden Sektionschef von Kelle wird hierüber beschlossen, die Entscheidung der Titelfrage dem Herrn Unterstaatssekretär und der Staatskanzlei zu überlassen.

Auf Antrag des Hofrates Dr. Tietze werden die Worte „und deren“ gestrichen. Im übrigen wird der § 1 angenommen; die Frage der Unterstellung wird jedoch der späteren Beratung vorbehalten.

Professor Dr. Diener bringt den § 2 zum Vortrage.

Ueber Anregung des Hofrates Dr. Tietze und über Antrag des Professors Dr. Diener wird der Ausdruck „Abhandlungen“ in „Veröffentlichungen“ abgeändert.

Professor Dr. Abel schlägt vor, zwischen die Wort[e] „wirtschaftlich“ und „wichtigen“ einzufügen „und wissenschaftlich“; dieser Antrag wird nach der Feststellung des Professors Dr. Diener und Hofrates Rotky, daß nach dem Entwurf kein Hindernis für die Herausgabe von Karten über wissenschaftlich wichtige Gebiete vorliege, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Professor Graf zu Leiningen hebt hervor, es müsse die Möglichkeit geboten werden, zu agrogeologischen Zwecken in die Originalaufnahmen Einsicht nehmen zu können; dagegen beantragt Professor Dr. Abel folgenden Zusatz: „Karten, die sich in Aufnahme befinden, sind der Einsichtnahme durch Privatpersonen nur mit Bewilligung des Autors zugänglich“, zieht

jedoch den Antrag zurück, nachdem Hofrat Dr. Doelter und Professor Dr. Diener konstatieren, daß es sich um eine rein interne Angelegenheit handle.

Hofrat Dr. Tietze macht darauf aufmerksam, daß einzelne kostspielige Aufnahmen noch nicht vollendet seien und einzelne Nationalstaaten auf diese Arbeiten Anspruch erheben könnten. Sektionschef von Kelle hält dafür, daß diese Angelegenheit einer gesonderten Verhandlung vorbehalten bleiben müsse.

Ueber den Antrag des Regierungsrates Geyer, einen Hinweis auf das chemische Laboratorium der Anstalt aufzunehmen, wird nach einer Diskussion, an der sich Ministerialrat Ritter von Hoertingen, Professor Dr. Diener und Ministerialrat Rotky beteiligen, folgender von Sektionschef von Kelle formulierter Schlussabsatz beigefügt: „An der Geologischen Staatsanstalt bestehen die für ihre Arbeiten nötigen Sammlungen, Laboratorien und sonstigen Einrichtungen“. Im übrigen wird der § 2 angenommen.

Professor Diener verliert den § 3.

Der von Ministerialrat Rotky und Professor Dr. Diener unterstützte Antrag des Hofrates Dr. Doelter, nach „Bergbehörden“ einzufügen „und andere zuständige Stellen“ wird zum Beschluss erhoben.

Ueber Anregung des Hofrates Dr. Doelter wird nach einer Diskussion, an der sich Ministerialrat Rotky und Professor Rosiwal beteiligen, folgender Zusatz angenommen: „sowie die planmäßige Durchführung von Untersuchungen über nutzbare Mineralien.“ Im übrigen wird der § 3 angenommen.

Bei § 4, der hierauf von Professor Dr. Diener vorgetragen wird, entspinnt sich eine längere Debatte über den Ausdruck „Belegstücke“. Hofrat Dr. Tietze weist auf die Paläontologischen Sammlungen, Hofrat Ritter von Wettstein auf die Sammlung von Joachimsthal hin, die nicht zu den Belegstücken gezählt werden könnte. Ueber Vorschlag des Vorsitzenden Sektionschefs von Kelle werden hierauf die Worte „Sammlung und“ ersetzt durch die Worte „Verwaltung ihrer Sammlungen sowie die“.

Hofrat Ritter von Wettstein schlägt folgenden Zusatz vor: „Keine Gesteinsanalyse darf gemacht werden, bevor nicht ein petrographisch untersuchtes Handstück samt Dünnschliff vorgelegt wird; diese sind als Beleg für die Analyse aufzubewahren und zugänglich zu machen“.

Gegen einen von Ministerialrat Rotky beantragten Zusatz des Inhaltes, die Anstalt habe die Aufgabe, die Sammlungen, etwa durch Veranstaltungen von Ausstellungen nutzbar zu machen, sprechen sich Hofrat Dr. Tietze und Hofrat Dr. Doelter, letzterer mit dem Hinweis aus, daß dies nicht Aufgabe der Anstalt sei.

Die Aufnahme der Ergänzung, für welche Sektionschef von Kelle die Fassung „Die Sammlungen der Geologischen Staatsanstalt können der öffentlichen Besichtigung zugänglich gemacht werden“ vorschlägt, wird über Antrag des Hofrates Dr. Doelter abgelehnt. Im übrigen wird der § 4 zum Beschluss erhoben.

Bei § 5, der hierauf von Professor Dr. Diener verlesen wird, entspinnt sich eine längere Debatte über die Frage, ob die Gutachten der Anstaltsmitglieder als Gutachten der Anstalt aufzufassen und wie die Gebühren zu behandeln seien. Nach Schluss der Debatte, an welcher sich Ministerialrat Rotky, Professor Rosiwal, Hofrat Dr. Tietze, Finanzrat Dr. Moser, Hofrat Dr. Doelter, Ministerialrat Ritter von Hoertingen, Geologe Dr. Waagen und Professor Dr. Diener beteiligen, wird der § 5 in folgender von Sektionschef von Kelle vorgeschlagenen Fassung angenommen: „Die Geologische Staatsanstalt ist verpflichtet, für die obersten Staatsbehörden fachmännische Gutachten zu erstatten und Untersuchungen durchzuführen, deren Ausarbeitung von der Direktion der Anstalt ihren Mitgliedern übertragen wird. Für öffentliche Körperschaften können derartige Gutachten und Untersuchungen gegen Erlag bestimmter Gebühren durchgeführt werden, deren Höhe und Verwendung vom Staatsamte für Inneres und Unterricht geregelt wird. Privatgutachten können von Anstaltsmitgliedern nur mit der Zustimmung des Direktors unbeschadet der Bestimmung des § 33 des Gesetzes vom 25. Jänner 1914, R.G.Bl. Nr. 15, (Dienstpragmatik) übernommen werden. Das Entgelt unterliegt in diesem Falle der freien Vereinbarung.“

Der Antrag des Finanzrates Dr. Moser, vor „zu erstatten“ das Wort „kostenlos“ einzufügen, wird abgelehnt.

Professor Dr. Diener trägt sodann den § 6 vor, der mit folgenden Abänderungen angenommen wird:

Ueber Antrag des Hofrates Dr. Doelter werden die Worte „entsprechende Vorbildung“ durch den Ausdruck „vom Staatsamte für Inneres und Unterricht festgestellten Anstellungsbedingungen“ ersetzt.

Da Geologe Dr. Hammer die Abschaffung der Praktikanten als Hauptwunsch der Beamtenschaft bezeichnet und Professor Dr. Rosiwal auch die Beseitigung des Titels „Assistent“ befürwortet, wird die Bestimmung des 2. Absatzes folgendermaßen formuliert: „... Staatsgeologen II. Klasse und Staatsgeologen III. Klasse. An der Anstalt.....“

Finanzrat Dr. Moser behält den 2. Absatz der Schlussfassung des Staatsamtes der Finanzen vor.

Der § 7, der hierauf von Professor Dr. Diener verlesen wird, erhält über Antrag des Geologen Dr. Hammer den Zusatz „Die Protokolle sind dem vorgesetzten Staatsamte zur Einsicht vorzulegen“. Die weitergehenden Wünsche der Beamtenschaft, insbesondere nach Einräumung eines Vorschlagsrechtes für den Direktorposten, können, wie Sektionschef von Kelle konstatiert, nicht in Erwägung gezogen werden.

Schließlich wird in die Beratung der Frage, welchem Staatsamte die Geologische Staatsanstalt zu unterstellen sei, eingegangen. Da hierüber keine Einigung erzielt werden kann, wird über Anregung des Vorsitzenden Sektionschef von Kelle beschlossen, die von Ministerialrat Rotky und Ministerialrat Ritter von Hoertingen zu verfassenden schriftlichen Vorschläge in einer neuerlichen Enquête zu beraten und das Ergebnis seinerzeit dem Kabinettsrate zur Schlußfassung vorzulegen.

## Anlage zu Beilage H

### Entwurf der Satzungen der Geologischen Staatsanstalt in Wien [Entwurf Diener]

#### § 1

Die Geologische Staatsanstalt ist eine selbstständige Forschungsanstalt, die berufen ist, die geologische Untersuchung des Staatsgebietes auszuführen und deren wissenschaftliche Ergebnisse zu veröffentlichen und der Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Sie untersteht dem Staatsamte für Inneres und Unterricht.

#### § 2

Die Hauptaufgabe der Geologischen Staatsanstalt ist die geologische Landesaufnahme. Es obliegt der Anstalt die Ausführung und Veröffentlichung einer geologischen Spezialkarte des Staatsgebietes im Maßstabe 1:75.000 auf Grund dieser Aufnahme, nebst den erläuternden Texten. Bei dem Aufnahmeplan ist den wirtschaftlich wertvollen Teilen des Staatsgebietes der Vorrang einzuräumen. Ausserdem sind von wirtschaftlich wichtigen Gebieten, Karten in größerem Maßstabe zu veröffentlichen. Im Zusammenhange mit der Landesaufnahme steht die Herausgabe von Abhandlungen in den Druckschriften der Anstalt.

#### § 3

Der Geologischen Staatsanstalt obliegt ferner, in gemeinsamer Arbeit mit den Bergbehörden, die Anlage eines Katasters der Bodenschätze des Staatsgebietes.

#### § 4

Es obliegt ihr ferner die Sammlung und Aufbewahrung aller Belegstücke zu den Kartenwerken und sonstigen Arbeiten, die Feststellung der beim Bergbau, Bahnbau und anderen Gelegenheiten gemachten wichtigen geologischen Aufschlüsse. Diese Sammlung soll ein möglichst vollständiges Bild des geologischen Aufbaues, des Mineralreichtums und der auf diesem beruhenden bergbaulichen und gewerblichen Tätigkeit gewähren.

#### § 5

Die Mitglieder der Geologischen Staatsanstalt sind verpflichtet, ihren fachmännischen Rat den staatlichen Behörden über Verlangen zu erteilen. Oeffentliche Körperschaften können den Rat und die Untersuchung[2]gen von Seite der Geologischen Staatsanstalt gegen Erlag bestimmter Gebühren in Anspruch nehmen. Privatgutachten können von Anstaltsmitgliedern nur mit Zustimmung des Direktors unbeschadet der Bestimmung des § 33 der geltenden

Dienstpragmatik übernommen werden. Das Entgelt unterliegt in diesem Falle der freien Vereinbarung.

## § 6

Der Personalstand der Geologischen Reichsanstalt setzt sich zusammen aus wissenschaftlichen Mitgliedern, welche die entsprechende Vorbildung nachzuweisen haben, ferner aus den nötigen Hilfs- und Dienerpersonale.

Die Aufnahmsgeologen führen je nach ihrer Rangklasse die Dienstbezeichnung Oberbergräte, Bergräte, Staatsgeologen I. Klasse, Staatsgeologen II. Klasse, Assistenten und Praktikanten. An der Anstalt können auch Assistenten nach den für die Hochschulassistenten geltenden Vorschriften angestellt werden.

Nach Bedarf und nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mitglieder können auch ausserhalb der Anstalt stehende Fachmänner zur wissenschaftlichen Mitarbeit herangezogen werden.

Die Geologische Staatsanstalt hat das Recht zur Bestellung korrespondierender Mitglieder.

## § 7

Die Leitung der Anstalt obliegt einem Direktor, dem ein Vizedirektor in der Geschäftsführung unterstützt.

Dem Direktor steht ein aus sämtlichen wissenschaftlichen Kräften der Anstalt gebildeter Beirat mit beratender Stimme zur Seite.

Die Mitglieder des Beirates sind berufen, über alle wichtigeren, in den Wirkungskreis der Anstalt fallenden Angelegenheiten ihre fachmännische Meinung zu äussern.

Der Beirat wird vom Direktor der Anstalt fallweise zu einer Beratung einberufen.

Zu seiner Einberufung ist der Direktor verpflichtet, wenn ein Drittel seiner Mitglieder dies schriftlich beantragt. Ueber Antrag muß ein Protokoll geführt werden und unbeschadet der nur beratenden Geltung des Votums eine Abstimmung erfolgen.

## Abkürzungsverzeichnis

a.D.	außer Dienst
ao.	außerordentlich
Bd.	Band
BR	Bergrat
bzw., bezw.	beziehungsweise
ca.	circa
CsP	Christlichsoziale Partei
d.h.	das heißt
dipl.	diplomiert
d. J.	dieses Jahres
Doz.	Dozent
Dr.	Doktor
Dr.med.	Doctor medicinae
Dr.iur.	Doctor iuris
Dr.phil.	Doctor philosophiae
ebd.	ebenda
eh.	eigenhändig
etc.	et cetera
evtl.	eventuell
f.	folgend, auch: für
ff.	fortfolgend
Fr.	Franc
Frl.	Fräulein
GBA	Geologische Bundesanstalt
GRA	Geologische Reichsanstalt
H	Heller
h	Stunde, auch: Uhr
HR	Hofrat
i. M.	im Maßstab
insbes.	insbesondere
jährl.	jährlich
K	Kronen
k.k.	kaiserlich-königlich
k.u.k.	kaiserlich und königlich
korresp.	korrespondierend
m	Meter
MR	Ministerialrat
Mr.	Mister
MS	Ministerialsekretär
NÖ	Niederösterreich
o.	ordentlich
o.D.	ohne Datum
od.	oder
OBR	Oberbergrat
ORR	Oberregierungsrat
Prof.	Professor
RR	Regierungsrat

S.	Seite
SC	Sektionschef
SHS	Država Slovenaca, Hrvata i Srba (Staat der Slowenen, Kroaten und Serben)
sog.	so genannt
SR	Sektionsrat
TH	Technische Hochschule
Univ.-Prof.	Universitäts-Professor
u.a.	unter anderem, unter anderen
u.dgl.	und dergleichen
unpag.	unpaginiert
usw., u.s.w.	und so weiter
v.	von
w.	wirklich
Z.	Ziffer
z.B.	zum Beispiel
Zl.	Zahl
z.T.	zum Teil

## Personenverzeichnis

### Martin Krenn

**Abel**, Othenio (1875-1946): 1898 Assistent von Franz Eduard Suess, 1899 Dr. phil., 1901 Habil., 1900-1907 Geologische Reichsanstalt, 1907 ao. Prof. an der Universität Wien, 1917-1934 o. Professor für Paläontologie, 1935-1940 o. Prof. an der Universität Göttingen. 1935 Mitglied der Leopoldina.

**Ampferer**, Otto (1875-1947): Geologe; Studium an der Universität Innsbruck, 1899 Dr. phil.; 1901 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt; 1935-1937 Direktor. 1899 Erstbesteigung des Campanile basso/Dolomiten.

**Angerer**, Hans (1871-1944): Gymnasialprof. in Klagenfurt, Gletscherforscher, 1907-1933 Abgeordneter zum Kärntner Landtag, 1919-1927 Nationalratsabgeordneter (Großdeutsche Volkspartei).

**Arnstein**, ? (?-?)

**Bajon**, ? Baron von (?-?)

**Beck von Managetta**, Eugen (1861-1943): Sektionschef im Staatsamt für Finanzen.

**Beck**, Heinrich (1880-1979): Geologe; Studium an der Universität Wien, 1903 Dr. phil.; 1903 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt; 1938-1941 kommissarischer Leiter der Zweigstelle Wien des Reichsamtes für Bodenforschung.

**Becke**, Friedrich (1855-1931): 1882 ao. Prof. der Mineralogie in Czernowitz, 1890 Prof. an der deutschen Universität Prag, 1898 Professor an der Universität Wien, 1918-1919 Rektor ebd. 1911-1929 Generalsekretär der österreichischen Akademie der Wissenschaften.

**Becker**, Wilhelm (?-?): Ministerialsekretär im Staatsamt für Unterricht.

**Breisky**, Walter (1871-1944): Beamter und Politiker (CsP), 1920 Staatssekretär für Inneres und Unterricht, 1920-1922 Vizekanzler und Leiter des Ministeriums des Inneren und Unterrichts, 1923-1931 Präsident des Bundesamtes für Statistik.

**Broger** (Bröger), ? (?-?)

**Brückner**, Eduard (1862-1927): Geologe und Geograph, 1885 Dr. phil., 1888 ao. Prof. an der Universität Bern, 1891 o. Prof., 1898-1899 Dekan, 1899-1900 Rektor ebd., 1904 Prof. in Halle/Saale, 1906 Prof. an der Universität Wien für physische Geographie. 1907 korresp. Mitglied der österreichischen Akademie der Wissenschaften, 1911 w. Mitglied.

**Bukowski von Stolzenburg**, Gejza (1858-1937): Geologe; Studium an der Universität Wien, 1885 Dr. phil.; 1885-1889 Assistent am Paläontologischen Institut der Universität Wien; 1889-1918 an der k.k. Geologischen Reichsanstalt; 1918-1937 am Polnischen Geologischen Staatsamt.

**Cieslar**, Adolf (1858-1934): 1905 o. Prof. für forstliche Produktionsweise an der Hochschule für Bodenkultur Wien, 1910 Rektor.

**Credner**, Georg Rudolf (1850-1908): Dr. phil., 1876 Sektionsgeologe der Geologischen Landesanstalt Sachsen, 1878 Habil., 1881 ao. Prof. für Geographie an der Universität Greifswald, 1891 o. Prof., 1901 Rektor ebd. 1882 Mitglied der Leopoldina.

**Credner**, Hermann (1841-1913): 1864 Dr. phil., 1869 Habil., 1870 ao. Prof. für Geologie und Paläontologie an der Universität Leipzig, 1877 o. Honorarprof., 1895 o. Prof. für Geologie und Paläontologie. 1872 mit der geologischen Landesuntersuchung Sachsens betraut.

**Ćwikliński**, Ludwig (1853-1942): Philologe, Prof. an der Universität Lodz, Rektor ebd., 1917-1918 Minister für Kultus und Unterricht.

**David**, B. (?-?): Sektionsrat im Staatsamt für Unterricht.

**Davy**, Robert (1867-1924): Jurist; Studium an der Universität Berlin, Leipzig und Wien, 1891 Dr.jur.; 1891 Eintritt in den österreichischen Verwaltungsdienst (Schlesische Landesregierung in Troppau), 1897 Ministerialbeamter im Ministerium für Inneres in Wien; 1909 Ministerialrat ebd.; 1911-1916 Leiter des Büros der Kommission zur Förderung der Verwaltungsreform; 1919 Sektionschef; 1921 vom Hauptausschuss des Nationalrates zum Landesverwalter für das Burgenland ernannt.

**Deutsch**, Viktor (?-?): Ministerialrat im k.k. Ministerium für Ackerbau.

**Deutsch**, Viktor (1864-1941): Dr.iur., Sektionschef im Staatsamt für Landwirtschaft.

**Diener**, Karl (1862-1928): Geologe und Paläontologe; Studium an der Universität Wien, 1883 Dr. phil., 1886 Habilitation für Geographie, 1893 Habilitation für Geologie, 1903 ao. Univ.-Professor an der Universität Wien, 1906 o. Univ.-Professor für Paläontologie an der Universität Wien, 1919-1920 Dekan ebd., 1922-1923 Rektor ebd. 1913 w. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. 1887-1903 Präsident des Österreichischen Alpenklubs.

**Doelter**, Cornelio August (1850-1930): 1872 Dr. phil., kurzzeitig tätig an der k.k. Geologischen Reichsanstalt, 1876 ao. Prof. an der Universität Graz, 1883 o. Prof. für Mineralogie und Petrographie ebd., 1907-1921 o. Prof. an der Universität Wien.

**Dreger**, Julius (1861-1945): Geologe und Paläontologe; Studium an der Universität Wien, 1887 Dr. phil.; 1888-1892 Assistent am Geologischen Institut der Universität Wien bei Eduard Suess; 1892 Praktikant an der k.k. Geologischen Reichsanstalt, 1920-1922 Vizedirektor.

**Eckhardt**, ? (?-?): Ministerialrat.

**Eichleiter**, Friedrich (1867-1941): Geologe; 1892 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, Vorstand des chemischen Laboratoriums.

**Eldersch**, Matthias (1869-1931): Politiker (Sozialdemokrat), 1901 Abgeordneter zum Reichsrat, Zentralsekretär der Reichskommission der Krankenkassen, Obmann des nö. Konsumvereins, 1918 Direktor des Volksernährungsamtes, 1919-1920 Staatssekretär für Inneres und Unterricht, 1919-1931 Abgeordneter zum Nationalrat, 1930 erster Nationalratspräsident.

**Felix**, Johann (?-1924): Laborassistent an der k.k. Geologischen Reichsanstalt.

**Fesch**, Emil Milos von (?-?): Sektionschef im Ministerium für Kultus und Unterricht.

**Fink**, Jodok (1853-1929): Landwirt, kommunalpolitische Tätigkeit in Vorarlberg, 1897 Mitglied des Abgeordnetenhauses im Reichsrat, 1914-1918 Direktor des k.k. Amtes für Volksernährung, 1918 Präsidium des Staatsrates (CsP), 1919-1920 Vizekanzler.

**Foullon von Norbeeck**, Heinrich (1850-1896): Geologe, 1878 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt als Volontär, 1892 Montansekretär der Landesregierung für Bosnien und Herzegowina.

**Frank**, Felix (1876-1957): Jurist und Politiker (Großdeutsche), Tätigkeit in der Generalstaatsanwaltschaft, 1920-1925 Abgeordneter zum Nationalrat, 1922-1924 Vizekanzler, 1925-1932 Botschafter in Berlin.

**Frickinger**, Hans Walter (?-?): Naturwissenschaftler, Verleger.

**Gaina**, Johann (?-?): Rechnungsrat in der Kanzlei der Geologischen Staats- und später Bundesanstalt.

**Gattner**, ? (?-?): Burghauptmann von Wien (?).

**Geyer**, Georg (1857-1936): Geologe und Paläontologe; Studium an der TH Graz, der Bergakademie Leoben und der Universität Wien; ab 1882 Volontär an der k.k. Geologischen Reichsanstalt in Wien, 1919-1923 Direktor. 1914 korresp., 1921 w. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

**Girardi**, Margarete (1888-1964): 1909 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt als Direktionssekretärin, 1918 kurzzeitig Leiterin der Bibliothek ebd., Begründerin des Verlags der Geologischen Bundesanstalt; 1938 zwangspensioniert, 1945-1948 abermals an der GBA tätig. 1947 Sekretärin der Österreichischen Exlibris-Gesellschaft.

**Glanz**, Egon (1880-1945): 1903 Dr.iur., Eintritt in den Staatsdienst und Tätigkeit in verschiedenen Funktionen, 1920-1921 Staatssekretär des Inneren und Unterricht.

**Glöckel**, Otto (1874-1935): 1892 Volksschullehrer auf der Schmelz, 1907 Reichsratsabgeordneter (Sozialdemokratie), 1918-1920 Mitglied der Prov. und Konst. Nationalversammlung, 1919-1920 Unterstaatssekretär für Unterricht, 1920-1934 Nationalratsabgeordneter, 1922-1934 Präsident des Wiener Stadtschulrates, 1934 Inhaftierung in Wöllersdorf.

**Glutz**, Robert (?-?): Ministerialrat im Staatsamt für Unterricht.

**Götzinger**, Gustav (1880-1969): Geologe; Studium an der Universität Wien, 1905 Dr. phil.; 1905 Volontär an der k.k. Geologischen Reichsanstalt, 1938 Direktor, 1938 Rücktritt vom Direktorat, 1945-1959 abermals Direktor. 1936 Professor. 1952-1955 Präsident der Geographischen Gesellschaft.

**Granigg**, Bartel (1883-1951): 1909 Dr. mont. an der montanistischen Hochschule Leoben, 1910 Assistent Höfers, 1911 ao. Prof., 1917-1933 o. Prof. ebd., 1934-1946 Prof. für Geologie an der TH Graz.

**Grohmann**, ? (?-?): Ministerialrat im Staatsamt für Finanzen.

**Groß**, ? (?-?)

**Hackl**, Oskar (1886-1962): Chemiker; Studium an der TH Wien und der TH Graz, 1910 Dr. phil.; 1909 Volontär an der k.k. Geologischen Reichsanstalt; 1923-1951 Leiter des chemischen Laboratoriums ebd.

**Haidinger**, Wilhelm von (1795-1871): Studium der Mineralogie in Graz und Freiberg, 1840 Berufung als Bergrat nach Wien, 1849 Gründungsdirektor der k.k. Geologischen Reichsanstalt. 1847 Mitglied der Leopoldina.

**Hammer**, Wilhelm (1875-1942): Geologe; Studium an der Universität Innsbruck, 1899 Lehramtsprüfung und Dr. phil.; 1899 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, 1923-1935 Direktor. 1920-1921 Vorsitzender der Geologischen Gesellschaft. 1896 gem. mit Otto Ampferer Erstbesteigung der Dremelspitze (Tirol).

**Hampe**, Richard von (1863-1931): Sektionschef, Minister für Kultus und Unterricht im Ministerium Lammasch 1918.

**Handlirsch**, Anton (1864-1935): Entomologe und Paläontologe, Studium der Pharmazie an der Universität Wien (Mag.), sodann Studium der Entomologie, 1886 Eintritt ins Naturhistorische Museum, 1922 Direktor ebd. 1924 Habil., 1931 ao. Prof. an der Universität Wien.

**Hauer**, Franz von (1822-1899): Geologe und Paläontologe, Studium in Schemnitz, 1846 Assistent von Haidinger in Wien, 1849 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, 1866-1885 Direktor ebd., 1885-1896 Intendant des k.k. Naturhistorischen Hofmuseums. 1856 Mitglied der Leopoldina, Mitglied der ö. Akademie der Wissenschaften.

**Heritsch**, Franz (1882-1945): Geologe und Paläontologe, 1906 Dr. phil., 1909 Habil., Gymnasiallehrer, 1921 ao. Prof. für Geologie und Paläontologie an der Universität Graz, 1924-1945 o. Prof. ebd.

**Hibsch**, Josef Emanuel (1852-1940): Geologe; Studium an der TH Wien, 1874-1878 Assistent von Kornhuber, 1887 Dr.phil.; 1878-1880 Lehrer an der Staatsrealschule Pilsen; 1880-1914 Professor an der Höheren Landwirtschaftlichen Lehranstalt Tetschen-Liebwerd. Korresp. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

**Hinterlechner**, Karl (1874-1932): Geologe, zunächst Assistent an der deutschen TH Brünn, 1899 Dr. phil., 1899 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt als Volontär, 1918 Prof. für Geologie, Mineralogie und Lagerstättenkunde an der Universität Laibach.

**Hirschwald**, Julius (1845-1928): Mineraloge, Kristallograph und Petrograf; Studium an den Universitäten Berlin, Tübingen und Zürich, 1868 Dr. phil., 1870 Habilitation, 1875 Ernennung zum Professor für Mineralogie und Geologie an der Gewerbeakademie Berlin, 1886 Professor für Mineralogie und Geologie an der TH Berlin. Aufbau eines neuen Laboratoriums für technische Gesteinsprüfung, welches 1926 vom deutschen Materialprüfungsamt (heute: Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung) übernommen wurde.

**Hnatek**, Adolf (1876-1960), Astronom und Astrophysiker, 1911 Eintritt als wissenschaftlicher Beamter in den Dienst der Universitäts-Sternwarte Wien, 1914 Dr. phil., 1926 Habil., 1932 ao. Prof.

**Höfer von Heimhalt**, Hans (1843-1924): 1860-1864 Studium an der montanistischen Hochschule Leoben, ab 1864 im staatlichen Montandienst, 1869 Prof. an der Bergschule in Klagenfurt, sodann an der Bergakademie in Příbram, 1881-1911 Prof. in Leoben, 1887-1889 Direktor ebd.. 1898 Mitglied der Leopoldina.

**Hoffmann von Wellenhof**, Paul (1858-1944): Realschullehrer und Politiker (DnP/GdP); 1901-1918 Abgeordneter für die Steiermark im Österreichischen Abgeordnetenhaus; 1918-1919 Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung.

**Hörtingen**, Rudolf von (1864-1934): Ministerialrat im Ministerium für Kultus und Unterricht.

**Huber**, Franz (?-?): Amtsgehilfe an der Geologischen Staats- und später Bundesanstalt.

**Jahn**, Jaroslav Jilji (1865-1934): Geologe, 1890 Dr.phil., 1892-1893 Assistent von Wilhelm Waagen, 1893 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, 1899 Prof. für Mineralogie und Geologie an der TH Brünn.

**Kelle**, Carl von (1859-1935): 1882 Eintritt in den Staatsdienst, 1886 ins k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht, 1902 Ministerialrat, 1911-1922 Sektionschef, 1918 Chef der Hochschulsektion.

**Kerner von Marilaun**, Fritz (1866-1944): Geologe und Meteorologe; Studium der Humanmedizin an der Universität Wien, 1891 Dr. med., sodann Arbeit am Wiener Hygienischen Institut; 1893 Eintritt in die k.k. Geologischen Reichsanstalt als Volontär.

**Kettner**, Radim (1891-1967), Geologe, Mitglied der Gründungsgruppe der Geologischen Staatsanstalt der Tschechoslowakischen Republik, ab 1920 externer Mitarbeiter ebd., Prof. an der Karlsuniversität Prag. 1952 Mitglied der Tschechischen Akademie der Wissenschaften.

**Kienböck**, Viktor (1873-1956): Jurist, Politiker; Studium an der Universität Wien, Dr.jur. 1896; Eintritt in die väterliche Rechtsanwaltskanzlei; 1908-1914 Mitglied des Sozialpolitischen Arbeitsrates; 1918 Mitglied des Gemeinderats; 1918-1922 Stadtrat ohne Ressort; 1919 Mitglied des Verfassungsgerichtshofes; 1920 Präsidentschaftskandidat der CsP; 1920-1923 Bundesrat; 1923-1932 Nationalrat; 1922-1924 und 1926-1929 Bundesminister für Finanzen; 1932 Präsident der Österreichischen Nationalbank; 1952-1956 Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank.

**König**, Josef (?-?): Präparator an der Geologischen Reichs- und später Bundesanstalt.

**Kopetzky**, Josef (?-?): Verfasser mehrerer Werke über Bodenuntersuchungen zum Zwecke von Dränagearbeiten, Entwicklung einer spezifischen Schlamm-Methode.

**Kossmat**, Franz (1871-1938): 1894 Dr.phil., 1894 Volontär an der k.k. Geologischen Reichsanstalt, 1900 Habil., 1911 o. Prof. für Mineralogie und Geologie an der TH Graz, 1913 o. Prof. für Geologie und Paläontologie an der Universität Leipzig und zugleich 1913-1934 Direktor des Sächsischen Geologischen Landesamtes. 1925 Mitglied der Leopoldina, 1912 korresp. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 1937 korresp. Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften.

**Kreindl**, ? (?-?): Laborant am mineralogisch-petrographischen Institut der Universität Wien.

**Krenkel**, Erich (1880-1964): Geologe, 1905 Dr.iur, 1909 Dr.phil., 1912 Habil. für Geologie und Paläontologie an der Universität Leipzig, 1912-1918 Privatdoz. ebd., 1918-1945 ao. Prof. für Angewandte Geologie.

**Kreyca**, Alois (?-?): Amtsdienner an der k.k. Geologischen Reichsanstalt.

**Krüger**, ? von (?-?): Ministerialsekretär im Ministerium für Kultus und Unterricht.

**Krumpholz**, Franz (?-?): Studium der Geologie, Dr.phil., Tätigkeit an der bosnisch-herzegovininischen Geologischen Landesanstalt in Sarajevo.

**Lastovka**, Wenzel (?-?): Laborant an der Geologischen Bundesanstalt.

**Lauf**, Oskar (1873-): 1897 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, Leiter der kartographischen Abteilung.

**Lechner**: Rudolf Lechner & Sohn, Kommissionsbuchhandlung Wien I., Seilerstätte 5.

**Leiningen-Westerburg**, Wilhelm Graf zu (1875-1956): Studium der Chemie, Botanik, Zoologie und Geologie an den Universitäten München und Heidelberg, 1901 Assistent an der forstlichen Versuchsanstalt in München, 1904 Dr., 1907 Habil., 1911-1938 Ordinarius für forstliche Standortslehre und forstlich-chemische Technologie der Hochschule für Bodenkultur Wien.

**Leisching**, Eduard (1858-1938): Kunsthistoriker; Studium an den Universitäten Berlin und Wien, 1884 Dr. phil.; 1885 Eintritt in das k.k. Österreichische Museum für Kunst und Industrie, 1897 Vizedirektor ebd., 1909-1925 Direktor; 1925-1934 Kunstberater der Stadt Wien. Ab 1917 Obmann des Wiener Volksbildungsvereins, 1934 Ehrenobmann.

**Leitte**, ? (?-?): Ministerialrat im Staatsamt für Unterricht.

**Lemper**, ? (?-?)

**Liebus**, Adalbert (1876-1946): Geologe und Paläontologe, 1900 Dr. phil., Gymnasialprof. in Prag, 1912 Privatdoz. an der deutschen Universität Prag, 1927 ao. Prof., 1931 o. Prof. ebd.

**Lipold**, Marko Vincenc (1816-1883): Montanist und Geologe, 1841-1844 Mitarbeit an der geologischen Aufnahme Tirols, Schachtmeister in Hall, 1849 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, 1867 Direktor des Quecksilberbergwerks in Idria.

**List**, ? (?-?): Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutschösterreichs.

**List**, Camillo (1867-1924): Kunsthistoriker und Waffenhistoriker; Studium an der Universität Wien, 1894 Dr. phil.; 1891 Beginn der Tätigkeit an den k. Sammlungen von Waffen und kunstindustriellen Gegenständen; 1900 Kustos ebd.; 1918 Direktor der Waffensammlung des Kunsthistorischen Museums. Ab 1922 ehrenamtliche Leitung des Museums der Stadt Mödling.

**Lodgman von Auen**, Rudolf (1877-1962): 1911 Abgeordneter zum österreichischen Reichsrat, 1912 Abgeordneter des Böhmisches Landtages, 1918 Landeshauptmann von

Deutschböhmen, ab 1919 Führungspersönlichkeit der tschechoslowakischen Deutschen Nationalpartei.

**Loehr**, August von (1882-1965): Numismatiker, 1905 Dr. phil., 1906 Eintritt ins Münzkabinett des k.k. Kunsthistorischen Hofmuseums, 1926 Direktor ebd., 1929 Honorar-Prof. an der Universität Wien, 1938 zwangspensioniert, 1945-1949 Direktor des Kunsthistorischen Museums.

**Lucerna**, Roman (1877-1945): Dr., Realschulprofessor in Brünn.

**Madeyski**, Georg Ritter von (1878-?): Minister für Kultus und Unterricht im Ministerium Hussarek 1918.

**Maluschka**, Alfons (1882-1957): Bibliothekar an der Geologischen Staats- und später Bundesanstalt.

**Marchet**, Arthur (1892-1980): Petrograph, 1940 o. Prof. für Petrologie an der Universität Wien, 1943-45 Dekan der philosophischen Fakultät ebd., Direktor des Petrographischen Instituts, 1951-1963 Laborleiter der Glashütte Mitterberghütten.

**Marchet**, Julius (1858-1935): 1892-1901 Leiter der Bauabteilung der Forstdirektion Wien, 1896 Habil., 1904 o. Prof. für forstliches Bauingenieurwesen an der Hochschule für Bodenkultur Wien, 1909 Rektor ebd.

**Matosch**, Anton (1851-1918): Bibliothekar und Heimatdichter, 1883 Dr.phil., Mitbegründer des Stelzhamer-Bundes, 1890 als Bibliothekar an die k.k. Geologische Reichsanstalt.

**Mayer**, ? (?-?): Archividirektor.

**Mayer**, ? (?-?): Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutschösterreichs.

**Mayr**, Michael (1864-1922): Historiker, 1890 Dr. phil., 1897-1900 Leiter des Tiroler Landesarchivs, 1900 Prof. für Neue Geschichte an der Universität Innsbruck, 1907-1911 Abgeordneter zum Reichsrat, 1908-1914 Abgeordneter im Tiroler Landtag, 1919-1920 Nationalratsabgeordneter (CsP) und Staatssekretär (mit dem bloß persönlichen Aufgabenkreis der Mitarbeit an der Verfassungs- und Verwaltungsreform), 1920-1921 Bundeskanzler.

**Miklas**, Wilhelm (1872-1956): Gymnasialprof. und Politiker (CsP), ab 1907 Abgeordneter zum Reichsrat, ab 1908 Abgeordneter im Niederösterreichischen Landtag, ab 1918 Abgeordneter zur Nationalversammlung und zum Nationalrat, 1919-1920 Unterstaatssekretär für Kultus, 1928-1938 Bundespräsident.

**Mohr**, Hannes (1882-1967): Geologe, Studium an der Montanuniversität Leoben und der Universität Wien, 1910 Dr.phil., 1913 Habil., 1927-1945 Prof. an der Deutschen Technischen Hochschule in Brünn, 1945, 1947-1950 Leiter der Abteilung für Bau- und Baugrundgeologie an der Geologischen Bundesanstalt Wien; 1949/50 Vorsitzender der Geologischen Gesellschaft in Wien.

**Mohs**, Friedrich (1773-1839): Mineraloge, 1912 Prof. für Mineralogie in Graz, 1817 Prof. an der Bergakademie Freiberg, 1826 Prof. an der Universität Wien, 1834 Kustos am Mineralienkabinett, 1835 Bergrat an der montanistischen Hochschule Leoben. 1822 Mitglied der Leopoldina.

**Ohnesorge**, Theodor (1876-1952): Geologe, 1903 als Volontär an die k.k. Geologische Reichsanstalt, 1925 Ausscheiden aus dem Dienst.

**Ostermayer**, Adolf (1867-1935): Agrologe, 1910 Dr., 1911 Habil., 1913 ao. Prof. für landwirtschaftliche Buchführung an der Universität für Bodenkultur Wien, 1918 o. Prof., 1919-1921 Rektor ebd.

**Pacher**, Raphael (1857-1936): Studium der Germanistik und Geschichte in Prag, sodann Journalist, 1895 Redakteur der „Deutschen Zeitung“ und der „Ostdeutschen Rundschau“, 1899 Abgeordneter zum böhmischen Landtag, 1901 Abgeordneter im österreichischen Reichsrat, 1918 Landeshauptmann der Provinz Deutschböhmen, 1918-1919 Staatssekretär für Unterricht, 1919-1924 Präsident des österreichischen Schulbücherverlages.

**Palme**, Franz (?-?): Amtsdienst an der k.k. Geologischen Reichsanstalt.

**Patzau**, Josef (1861-1932): Direktor der Kaiser Ferdinands-Nordbahn.

**Paul**, Ludwig (1864-1920): Jurist, 1890 Beamter bei der Straßenbahn Wien, 1901 Beamter im k.k. Eisenbahnministerium, 1909 Direktionsstellvertreter der k.k. österreichischen Staatsbahnen, 1918 Leiter des Amtes für Volksernährung, 1919-1920 Staatssekretär für Verkehrswesen.

**Pelech**, Anton (?-?): Unterbeamter an der Geologischen Bundesanstalt.

**Peterbock**, ? (?-?)

**Petrascheck** (ehemals Petraschek), Wilhelm (1876-1967): Geologe; Studium an der Königlich Sächsischen Technischen Hochschule, der Universität Halle und der Universität Leipzig, 1899 Dr. phil., 1900 Assistent bei Ernst Kalkowsky am Mineralogisch-Geologischen Institut in Dresden; 1901 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt; 1918-1950 Professor für Geologie, Paläontologie und Lagerstättenlehre an der Montanuniversität Leoben, 1922-1923 und 1935-1936 Rektor ebd. 1937 korresp. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

**Pietschmann**, ? (?-?): Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutschösterreichs.

**Pircher**, ? (?-?): Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutschösterreichs.

**Ploj**, ? (?-?): 1919 jugoslawischer Vertreter in der Liquidierungskommission.

**Prüger**, Viktor (1880-1932): seit 1918 Leiter der Präsidialsektion im k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht.

**Purkyně**, Cyrill (1862-1937): Prof. für Geologie und Mineralogie an der TH Prag.

**Ramek**, Rudolf (1881-1941): Jurist und Politiker (CsP), Rechtsanwalt in Salzburg, 1920-1934 Abgeordneter zum Nationalrat, 1919-1920 Staatssekretär für Justiz, 1921 Bundesminister für Inneres und Unterricht, 1924-1926 Bundeskanzler.

**Rausch**, Antonie (?-?): Hausmeisterin an der k.k. Geologischen Reichsanstalt.

**Reich**, Otto (1879-1958): 1919-1945 Bibliotheksdirektor an der Akademie der bildenden Künste Wien.

**Reisch**, Richard (1866-1938), Jurist, 1891 Beamter im k.k. Ministerium der Finanzen, 1910 Sektionschef ebd., 1914 Prof. für Finanzrecht an der Universität Wien, 1919-1920 Staatssekretär im Staatsamt für Finanzen, 1922-1932 Präsident der Österreichischen Nationalbank.

**Renner**, Karl (1870-1950): Bibliothekar und sozialdemokratischer Politiker, Dr.iur 1898, 1918-1920 und 1945 Staatskanzler, 1945-1950 Bundespräsident.

**Rosiwal**, August (1860-1923): Studium an der TH Wien, 1885-1891 Assistent von Franz Toula ebd., 1891 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, 1892 Privatdoz. für Mineralogie und Geologie an der TH Wien, 1918 o. Prof. ebd., 1921-1923 Dekan.

**Roßmäßler**, Emil Adolf (1806-1867): Naturschriftsteller, 1830 Prof. für Naturgeschichte an der Forstakademie Tharandt, 1848 Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, 1850 in Tharandt entlassen, sodann Tätigkeit als Schriftsteller in Leipzig.

**Rotky**, Otto (1870-1951): Studium an der Universität Wien und der Montanistischen Hochschule in Leoben; 1895 Eintritt in den Bergdienst; 1904 Berufung an die oberste Bergbehörde in Wien; nach dem 1. Weltkrieg Sektionschef und Leiter der obersten Bergbehörde in Wien. 1929-1930 Präsident der Wiener Mineralogischen Gesellschaft.

**Sander**, Bruno (1884-1979): Geologe; Studium an der Universität Innsbruck, 1907 Dr. phil., 1907-1909 Assistent an der TH Wien, 1909-1912 Assistent an der Universität Innsbruck, 1912 Habilitation; 1913 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt; 1922 o. Univ.-Prof. für Mineralogie und Petrographie an der Universität Innsbruck. 1940 korresp. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 1944 o. Mitglied.

**Sauer**, Adolf (1852-1932): 1876 Dr. phil., 1900-1923 Prof. für Geologie und Mineralogie an der TH Stuttgart, ab 1903 Direktor der geologischen Landesaufnahme von Württemberg. 1885 Mitglied der Leopoldina.

**Schneider**, Anna (?-?): Putzfrau an der k.k. Geologischen Reichsanstalt.

**Schneider**, Emil (1883-1961): Gymnasiallehrer und Politiker (CsP), 1919-1920 Nationalratsabgeordneter, 1922-1926 Bundesminister für Unterricht und Kultus, ab 1927 Schuldirektor in Vorarlberg.

**Schober**, Johann (1874-1932): Beamter und Politiker (Großdeutsche), 1898 Eintritt in den Polizeidienst, 1918-1932 Polizeipräsident von Wien, 1921-1922 und 1929-1930 Bundeskanzler, 1930-1932 Vizekanzler und Außenminister.

**Scholtz**, ? (?-?)

**Schreiner**, Gustav (1847-1922): 1870 Dr.iur, Tätigkeit als Notar in Böhmen, 1899 Präsident der deutschen Sektion des böhmischen Landeskulturrates, Mitglied des Landwirtschaftsrates beim Ackerbauministerium in Wien, 1895-1913 Abgeordneter zum böhmischen Landtag, 1901-1918 Mitglied des Abgeordnetenhauses des Reichsrates (Deutsche Fortschrittspartei, 1906 Agrarpartei), 1908-1910 Minister ohne Portefeuille.

**Schrott**, ? (?-?): Gipsgießer am Österreichischen Museum für Kunst und Industrie.

**Schuh**, Friedrich (1889-1981): Geologe, 1913 Dr.phil. an der Universität Freiburg, 1918 Habil. An der Universität Rostock, 1920-1924 Privatdoz. für Geologie ebd., 1924-1935 ao. Prof., 1935-1946 o. Prof. für Geologie und Paläontologie an der Universität Münster.

**Schumpeter**, Josef (1883-1950): Nationalökonom und Politiker, 1906 Dr.iur., 1908 Habil., 1911 o. Prof. an der Universität Graz, 1919 Staatssekretär für Finanzen, 1925-32 Prof. an der Universität Bonn, 1932 Prof. an der Universität Harvard.

**Schwab**, ? (?-?): Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutschösterreichs.

**Skala**, Guido (?-1932): Kanzleioberoffiziant an der k.k. Geologischen Reichsanstalt.

**Soldern**, ? (?-?): Gewerkschaft der wissenschaftlichen Beamten Deutschösterreichs.

**Spatny**, Franz (?-?): Präparator an der k.k. Geologischen Reichsanstalt.

**Spengler**, Erich (1886-1962): Geologe; Studium an der Universität Wien, 1909 Dr. phil.; 1909-1914 Assistent am Geologischen Institut der Universität Graz, 1914 Habilitation; 1915 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, 1924 ao. Univ.-Prof. in Wien, 1928-1945 o. Univ.-Prof. an der Deutschen Universität Prag. 1956 korresp. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

**Spitz**, Albrecht (1883-1918): Geologe, 1906 Dr.phil., 1911 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt als Volontär.

**Splesser**, ? (?-?)

**Stache**, Guido (1833-1921): Geologe und Paläontologe, Studium in Breslau, 1855 Dr.phil., 1857 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, 1885 Vizedirektor, 1892-1902 Direktor ebd.

**Stark**, Michael (1877-1953): Geologe, Assistent von Becke, 1910 ao. Prof. an der Universität Czernowitz, 1912 o. Prof. ebd., 1918 Prof. an der deutschen Universität Prag, 1936-1937 Rektor ebd.. 1937 Mitglied der Leopoldina.

**Steinwender**, Otto (1847-1921): Gymnasiallehrer und Politiker (DnP/GdP); Studium an der Universität Wien, Lehramtsprüfung für Klassische Philologie und Germanistik, 1873 Dr. phil.; Prof. für Latein und Griechisch am Wiener Städtischen Gymnasium in Wien VI.; 1885 Mitglied des Österreichischen Abgeordnetenhauses im Reichsrat; 1892 Abgeordneter im Kärntner Landtag; 1918-1919 Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung und Staatssekretär der Finanzen; 1920-1921 Abgeordneter im Bundesrat. 1891 Obmann der Deutschen Nationalpartei; 1896 Obmann der Deutschen Volkspartei. Mitbegründer des Deutschen Schulvereins.

**Stini** (auch: Stiny), Josef (1880-1958): Geologe, 1919 Prof. an der Höheren Forstlehranstalt Bruck an der Muhr, 1925-1943 o. Prof. für Geologie an der TU Wien.

**Stromer**, Richard (?-?): Amtsgehilfe an der Geologischen Staats- und später Bundesanstalt.

**Štúr**, Dionýs (1827-1893): Geologe und Paläontologe, 1849 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, 1877 Vizedirektor, 1885-1892 Direktor ebd. 1890 Mitglied der Leopoldina.

**Suess**, Franz Eduard (1867-1941): 1891 Dr.phil., 1891 Assistent von Victor Uhlig an der deutschen TH Prag, 1893 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt als Volontär, 1908-1910 Prof. an der deutschen TH Prag, 1911-1938 o. Prof. an der Universität Wien. 1911 korresp. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 1915 w. Mitglied ebd.

**Tertsch**, Hermann (1880-1962): Mineraloge und Kristallograph, Studium an der Universität Wien, 1901-1903 Assistenz von Friedrich Becke, 1903 Dr. phil., ab 1903 im Schuldienst als Lehrer in Triest und Wien, 1920-1933 Landesschulinspektor der Mittelschulen in Niederösterreich, 1922 ao. Prof. an der Universität Wien für Kristallographie und Kristallphysik, 1943-1944 Vertretungs-Prof. für Mineralogie.

**Tietze**, Emil (1845-1931): Geologe; Studium an der Universität Breslau und der Universität Tübingen, 1869 Dr. phil.; 1870 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt; 1901 Vizedirektor ebd.; 1902-1918 Direktor ebd. 1900-1908 Präsident und 1908-1931 Ehrenpräsident der Geographischen Gesellschaft.

**Tomson** [möglicherweise: Thompson], ? (?-?): amerikanischer Geologe.

**Trener**, Giovanni Battista (1877-1954): italienischer Naturwissenschaftler, Geograph und Geologe, 1922-1932 und 1946-1954 Direktor des „Museo Tridentino di Scienze Naturali“ in Trento.

**Tschernich**, Franz (1852-1929): Gymnasiallehrer und Naturwissenschaftler, ab 1877 im Schuldienst in Böhmen, 1883 Dr. phil.

**Ulbig**, Johann (?-?): Amtsdienner an der Geologischen Staats- und später Bundesanstalt.

**Urban**, Karl (1855-1940): Politiker (Deutschfortschrittliche Partei), Dr.iur., 1895 Abgeordneter zum Böhmischem Landtag, 1900-1918 Abgeordneter zum österreichischen Reichsrat, 1916-1917 k.k. Handelsminister, 1918-1919 Staatssekretär für Gewerbe, Industrie und Handel, Kriegs- und Übergangswirtschaft.

**Vacek**, Michael (1848-1925): Geologe, 1872 Dr. phil., Assistent an der Universität Wien, 1875 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, 1903-1918 Vizedirektor ebd.

**Vernon**, ? (?-?)

**Vetters**, Hermann (1880-1941): Geologe; Studium an der Universität Wien; 1903 Assistent am Geologischen Institut der Universität Wien; 1908 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt. 1934-1935 Präsident der Geologischen Gesellschaft. Privatdozent für tektonische Geologie an der Montanistischen Hochschule in Leoben.

**Waagen**, Lukas (1877-1959): Geologe; Studium an der Universität Wien, 1901 Dr. phil. und Assistent am Geologischen Institut der Universität Wien; 1901 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt, 1926 Mitbegründer der „International Erdöl-Union“ und 1926-1938 deren Präsident.

**Waber**, Leopold (1875-1945): Beamter und Politiker (Großdeutsche), ab 1911 Abgeordneter zum Reichsrat, ab 1918 Abgeordneter der Nationalversammlung und im Nationalrat, 1918-1919 Unterstaatssekretär im Staatsamt des Äußern, 1921-1922 Bundesminister für Inneres und Unterricht, 1922-1923 Bundesminister für Justiz, 1924-1926 Vizekanzler.

**Waber**, Leopold (1875-1945): Jurist und Politiker (GDVP); Studium an der Universität Wien, Dr.jur. 1907; ab 1898 im österreichischen Finanzdienst; Obmann des Deutschen Volksbundes; 1911-1918 Reichsratsabgeordneter; 1918-1919 Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung; 1919-1920 Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung und Unterstaatssekretär; 1921 Innenminister; 1922 Justizminister; 1924-1926 Vizekanzler; 1926-1930 Dritter Präsident des Nationalrates.

**Wahl**, ? (?-?): Mitarbeiter an der Biologischen Versuchsanstalt Wien.

**Wallner**, Matthias (?-?): Amtsdieners an der Geologischen Staats- und später Bundesanstalt.

**Wettstein**, Richard (1863-1931): Botaniker, 1884 Dr. phil., Assistent von Anton Kerner von Marilaun, 1886 Habil., 1899 o. Prof. für Systematische Botanik an der Universität Wien, gleichzeitig Direktor des Botanischen Gartens, 1913-1914 Rektor ebd. 1894 Mitglied der Leopoldina, 1901 Präsident der Wiener Zoologisch-Botanischen Gesellschaft, 1917 Mitglied des Herrenhauses im österreichischen Reichsrat.

**Winkler(-Hermaden)**, Arthur (1890-1963): Geologe; Studium an der Universität Wien, 1914 Dr. phil.; 1915 Eintritt in die k.k. Geologische Reichsanstalt; 1921 Habilitation; 1936-1937 Tätigkeit bei der staatlichen Lagerstättenforschungsstelle Leipzig; 1937 Rückkehr an die Geologische Bundesanstalt; 1941-1945 Professor an der Deutschen Technischen Hochschule in Prag; 1954-1956 Gastprofessuren an der FU Berlin und in Erlangen; 1957 Professor für Mineralogie und Technische Geologie an der TH Graz.

**Wolkan**, Rudolf (1860-1927): Literaturhistoriker, 1896 Habil., ao. 1908 Prof. an der Universität Wien, Vizedirektor der Universitätsbibliothek.

**Wülfling**, ? (?-?): Ministerialrat im Staatsamt für Finanzen.

**Wurtz**, ? (?-?): Mitarbeiter in der Buchhandlung Lechner.

**Zelizko**, Johann Wratislav (1874-1938): Amtsassistent an der k.k. Geologischen Reichsanstalt, zuständig für Museum/Sammlungen ebd., 1918-1927 Sekretär an der Geologischen Staatsanstalt in Prag.

**Zerdik**, Johann (1878-1961): 1918-1920 Nationalratsabgeordneter (CsP), 1918-1919 Staatssekretär für öffentliche Arbeiten, 1919-1920 Staatssekretär für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten.

**Zimmermann**, Karl von (?-?): Chemiker aus Böhmisches Leipa (Česká Lípa).

## Zeittafel 1918 bis 1922

**Andreas Suttner, Martin Krenn & Thomas Hofmann**

Daten zur Geschichte der Geologischen Reichsanstalt / Staatsanstalt / Bundesanstalt	Ereignisse in Politik und Kultur
<b>1918</b>	
<p><b>8. Mai 1918:</b> Tod des Bibliothekars Anton Matosch (1851-1918)</p> <p><b>4. September 1918:</b> Tödlicher Sturz von Albrecht Spitz (1883-1918) in Gletscherspalte</p>	<p><b>8. Jänner 1918:</b> Proklamation der 14 Punkte des US-Präsidenten Woodrow Wilsons</p> <p><b>14.-24. Jänner 1918:</b> Jännerstreik in Österreich</p> <p><b>1. Februar 1918:</b> Matrosenaufstand auf Schiffen der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine im Hafen von Cattaro und Bildung von Matrosenräten</p> <p><b>3. März 1918:</b> Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen dem Deutschen Reich und Russland</p> <p><b>3. Oktober 1918:</b> Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und der Entente</p> <p><b>17. Oktober 1918:</b> Kaiser Karl I. verspricht Österreich-Ungarn in einen föderativen Bundesstaat umzuwandeln</p> <p><b>20. Oktober 1918:</b> Woodrow Wilson fordert die Anerkennung der Unabhängigkeitsbewegungen der Völker Österreich-Ungarns</p> <p><b>21. Oktober 1918:</b> Konstituierende Sitzung der „Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich“</p> <p><b>28. Oktober 1918:</b> Proklamation der Tschechoslowakei</p> <p><b>29. Oktober 1918:</b> Ausrufung des Nationalstaats der Slowenen, Kroaten und Serben</p>

**11. November 1918:** Umbenennung der k.k. Geologischen Reichsanstalt in Geologische Reichsanstalt

**30. Oktober 1918:** Bildung der provisorischen Regierung Deutschösterreichs unter Staatskanzler Renner bei gleichzeitigem Weiterbestand der kaiserlichen Regierung und Verwaltung (Ministerium Lammasch)

**31. Oktober 1918:** Vorstellung des ersten offiziellen Soldatenrats vor der Nationalversammlung in Wien

**31. Oktober 1918:** Gründung der Roten Garde Deutschösterreichs in Wien mit ca. 1.000 Mann

**1. November 1918:** Bildung einer eigenständigen Regierung in Ungarn

**1. November 1918:** Bildung von Soldatenräten in Linz, Salzburg und anderen österreichischen Städten

**3. November 1918:** Waffenstillstand Österreich-Ungarns mit der Entente

**5. November 1918:** Beginn des Grenzkonfliktes mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen SHS in Kärnten (bis 1920)

**9. November 1918:** Bekanntgabe des Rücktrittes des deutschen Kaisers Wilhelm II.

**9. November 1918:** Ausrufung der Weimarer Republik durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann in Berlin

**9. November 1918:** Ausrufung der Räterepublik durch Karl Liebknecht in Berlin, Beginn der sog. Novemberrevolution in Deutschland

**11. November 1918:** Waffenstillstand von Compiègne zwischen dem Deutschen Reich und der Entente

**11. November 1918:** Rücktritt Kaiser Karls I., Ende der österreich-ungarischen Monarchie

**12. November 1918:** Ausrufung der Republik Deutschösterreich

**27. November 1918:** Beschluss der neuen Wahlordnung mit allgemeinem Frauenwahlrecht

**Ende November 1918:** Tschechische Truppen besetzen die deutschsprachigen Grenzgebiete und verhindern einen Zusammenschluss der sog. „Sudetengebiete“ mit Deutsch-Österreich

<p><b>Dezember 1918:</b> Vorsprache der Geologischen Reichsanstalt bei Staatssekretär Pacher</p> <p><b>Dezember 1918:</b> Entlassung von Gejza von Bukowski, Karl Hinterlechner, Johann Zelizko, Franz Spatny und Guido Skala</p> <p><b>31. Dezember 1918:</b> Pensionierung von Emil Tietze und Michael Vacek</p>	<p><b>1918:</b> Oswald Spenglers erster Teil seines kulturphilosophischen Hauptwerkes „Der Untergang des Abendlandes“ erscheint im Verlag Braumüller in Wien</p>
<b>1919</b>	
<p><b>1. Jänner 1919:</b> (Provisorische) Übernahme des Direktorats der Geologischen Reichsanstalt durch Georg Geyer</p> <p><b>7. Jänner 1919:</b> Denkschrift der Geologen der Geologischen Reichsanstalt hinsichtlich der Nachfolge Tietze als Direktor</p> <p><b>17. Jänner 1919:</b> Fertigstellung des Promemoria – Vorschläge zur Ausgestaltung der Geologischen Reichsanstalt und Vorlage im Staatsamt für Unterricht</p> <p><b>18. Jänner 1919:</b> 1. Haussitzung des Geologenrates</p> <p><b>24. Jänner 1919:</b> 2. Haussitzung des Geologenrates</p> <p><b>31. Jänner 1919:</b> 3. Haussitzung des Geologenrates, Geschäftsordnung des Geologenrats, Wahl von Wilhelm Hammer und Lukas Waagen zu Vertrauensmännern</p> <p><b>7. Februar 1919:</b> 4. Haussitzung des Geologenrates</p> <p><b>14. Februar 1919:</b> 5. Haussitzung des Geologenrates</p>	<p><b>5. Jänner 1919:</b> Beginn des Aufstandes des revolutionären Spartakusbundes in Berlin</p> <p><b>7. Jänner 1919:</b> „Die Neue Zeitung“ titelt: „Der Kampf in Berlin. Bolschewiken und Sozialdemokraten stehen sich mit Waffen gegenüber“</p> <p><b>12. Jänner 1919:</b> Niederschlagung des Spartakusaufstandes in Berlin durch rechtsgerichtete Freikorps</p> <p><b>12. Jänner 1919:</b> Erste Reichskonferenz der deutschösterreichischen Soldatenräte in Wien</p> <p><b>17. Jänner 1919:</b> Die „Arbeiter- Zeitung“ titelt: „Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet.“</p> <p><b>18. Jänner 1918:</b> Eröffnung der Friedenskonferenz in Paris</p> <p><b>19. Jänner 1919:</b> Erste Reichskonferenz der österreichischen Arbeiterräte in Linz</p> <p><b>24. Jänner 1919:</b></p> <p><b>31. Jänner 1919:</b> Das „Neue Wiener Journal“ titelt: „Ultimatum der Ukraine an Polen. Die sofortige Räumung Ostgaliziens verlangt.“</p>

**22. Februar 1919:** 6. Haussitzung des Geologenrates

**27. Februar 1919:** Erste Enquete im Staatsamt für Unterricht

**28. Februar 1919:** 7. Haussitzung des Geologenrates

**7. März 1919:** 8. Haussitzung des Geologenrates

**11. März 1919:** 9. Haussitzung des Geologenrates

**19. März 1919:** Zweite Enquete im Staatsamt für Unterricht

**21. März 1919:** 10. Haussitzung des Geologenrates

**1. April 1919:** 11. Haussitzung des Geologenrates

**16. Februar 1919:** Sieg der SDAP bei den ersten allgemeinen, freien, demokratischen Wahlen in Österreich

**1./2. März 1919:** Reichskonferenz der deutschösterreichischen Arbeiterräte

**2. März 1919:** Die Unterzeichnung eines Anschlussprotokolls zwischen den Außenministern der Weimarer Republik und Deutsch-Österreichs soll die Aufnahme „Restösterreichs“ als selbstständiger Gliedstaat ermöglichen

**4. März 1919:** Erste Sitzung der deutschösterreichischen Nationalversammlung

**12. März 1919:** Die Nationalversammlung erklärt Deutschösterreich zum Bestandteil der Deutschen Republik

**15. März 1919:** Regierung aus SDAP und CsP, Karl Renner wird Staatskanzler, Jodok Fink Vizekanzler

**21. März 1919:** Ausrufung der Räterepublik Ungarn durch Bela Kun

**23. März 1919:** Gründung der faschistischen Bewegung in Italien durch Benito Mussolini

**24. März 1919:** Kaiser Karl I. geht aufgrund seiner Weigerung eines formellen Thronverzichts ins Schweizer Exil

**3. April 1919:** Nationalrat spricht die Enteignung des Hauses Habsburg-Lotringen aus, Abschaffung von Adelstiteln

**5. April 1919:** Ausrufung der Münchner Räterepublik

**12. April 1919:** 12. Haussitzung des Geologenrates

**6. Mai 1919:** 13. Haussitzung des Geologenrates

**10. Mai 1919:** 14. Haussitzung des Geologenrates

**31. Mai 1919:** 15. Haussitzung des Geologenrates

**Juni 1919:** Aufnahme von Josef König

**26. Juni 1919:** 16. Haussitzung des Geologenrates

**21. Juli 1919:** 17. Haussitzung des Geologenrates, Besprechung der internationalen Liquidierungskommission

**August 1919:** Aufnahme von Alphons Maluschka als Leiter der Bibliothek der Geologischen Reichsanstalt

**28. August 1919:** Umbenennung der Geologischen Reichsanstalt in Geologische Staatsanstalt

**1. Mai 1919:** Gewaltsames Ende der Münchner Räterepublik

**4. Mai 1919:** Absolute Mehrheit für die SDAP bei den Gemeinderatswahlen in Wien

**28. Mai 1919:** Start der zweiten Großoffensive des SHS-Staates im Klagenfurter Becken

**2. Juni 1919:** Beginn der Friedensverhandlungen mit Österreich in St. Germain-en-Laye

**21. Juli 1919:** Generalstreik der Arbeiter für die ungarische und russische Räterepublik in ganz Deutsch-Österreich

**1. August 1919:** gewaltsame Niederschlagung der Räterepublik Ungarn

**27. August 1919:** Auflösung der Roten Garde in Deutsch-Österreich unter Zustimmung der Soldatenräte

**10. September 1919:** Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Österreich in St. Germain-en-Laye mit endgültigem Verbot des Zusammenschlusses mit Deutschland, Änderung des Staatsnamens in „Republik Österreich“

**10. September 1919:** Sitzung des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte über die Zukunftsperspektiven nach dem Fall der Rätebewegung in Ungarn

**1. Oktober 1919:** Annahme der bundesstaatlichen Verfassung der Republik Österreich durch das Parlament

<p><b>10. November 1919:</b> 18. Haussitzung des Geologenrates</p> <p><b>3. Dezember 1919:</b> 19. Haussitzung des Geologenrates</p>	<p><b>17. Oktober 1919:</b> Genehmigung des Friedensvertrages von St. Germain durch die österreichische Nationalversammlung</p> <p><b>10. November 1919:</b> „Der Montag“ auf Seite 1: „Ententekredit von einer halben Milliarde. Zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen.“</p> <p><b>3. Dezember 1919:</b> Die „Arbeiter Zeitung“ schreibt auf Seite 5 über „Die Kohlennot und die Schulen“.</p>
<b>1920</b>	
<p><b>4. Jänner 1920:</b> 20. Haussitzung des Geologenrates</p> <p><b>11. Februar 1920:</b> 21. Haussitzung des Geologenrates</p> <p><b>23. März 1920:</b> 22. Haussitzung des Geologenrates</p> <p><b>April 1920:</b> Aufnahme von Arthur Winkler-Hermaden</p> <p><b>20. April 1920:</b> 23. Haussitzung des Geologenrates</p> <p><b>11. Juni 1920:</b> 24. Haussitzung des Geologenrates</p> <p><b>14. Juni 1920:</b> 25. Haussitzung des Geologenrates</p> <p><b>Juli 1920:</b> Julius Dreger wird Vizedirektor</p>	<p><b>10. Jänner 1920:</b> Der Völkerbund nimmt seine Arbeit auf</p> <p><b>26. Februar 1920:</b> Gesetz über die Errichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte</p> <p><b>27. Februar 1920:</b> Premiere des wegweisenden expressionistischen Stummfilms „Das Kabinett des Dr. Caligari“ von Regisseur Robert Wiene in Deutschland</p> <p><b>18. März 1920:</b> Verabschiedung des Wehrgesetzes bedeutet das Ende der Soldatenrätebewegung in Österreich</p> <p><b>20. April 1920:</b> Die „<b>Neue Freie Presse</b>“ titelt: „Die Beendigung des Eisenbahnerausstandes.“</p> <p><b>4. Juni 1920:</b> Letzte Vollversammlung der Soldatenräte, die in der Volkswehr aufgehen</p> <p><b>11. Juni 1920:</b> Die „<b>Neue Freie Presse</b>“ titelt: „Ausbruch einer Staatskrise. Demission des Staatskanzlers und der sozialdemokratischen Staatsekretäre wegen des Konflikts mit den Christlichsozialen.“</p>





